



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Selbst- und Fremdermächtigung von Frauen in der honduranischen Gesellschaft: Welche Plattformen der Ermächtigung haben Frauen in Honduras genutzt und welche Rolle spielt die westliche Entwicklungszusammenarbeit?“

Verfasserin

Caroline Sander

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaften

Betreuer:

Univ. Doz. Dr. Gernot Stimmer

Danksagung

Neben meinem himmlischen Vater, der in allen Lebenslagen bei mir ist, gibt es viele wichtige Menschen, bei denen ich mich an dieser Stelle bedanken möchte:

Zuerst möchte ich meinen Eltern, Heino und Christa Sander, einen besonderen Dank aussprechen, die mich immer ermutigt haben, für mich da waren und während meines gesamten Studiums unterstützt haben. Ohne euch wäre ich nicht da, wo ich heute bin!

Danken möchte ich auch meinen lieben Korrekturleserinnen Michaela und Ruth, die dafür verantwortlich sind, dass nicht alle Sätze über fünf Zeilen lang geworden sind und meiner Mama, die sich durch die schwierige Theorie der Arbeit gequält hat.

Allen meinen Mitbewohnerinnen und Freundinnen gilt mein Dank für ihre Geduld und ihre seelische Unterstützung, die sie mir besonders auch während der stressigen letzten Wochen vor Abgabe der Diplomarbeit entgegen gebracht haben.

Ein großer Dank gilt meinem zukünftigen Ehemann Samuel, der mir bei der Transkription der Interviews geholfen hat, mich während der Forschung und darüber hinaus emotional unterstützt und auch ertragen hat, wenn es einmal nicht so gut vorwärts ging: Te amo mi amor!

Auch bedanke ich mich bei meinem immer hilfsbereiten und engagierten Diplomarbeitbetreuer Univ. Doz. Dr. Gernot Stimmer, bei allen HonduranerInnen, die mir ihre wertvolle Zeit geschenkt, und sich für ein Interview zur Verfügung gestellt haben sowie bei meinen Freunden und Bekannten in Honduras, die mich während meines Forschungsaufenthaltes aufgenommen und begleitet haben.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Theoretische Annäherung.....	4
2.1 Definitionen.....	4
2.2 Die Geschichte der Frauenbewegung.....	9
2.2.1 Die erste Welle der Frauenbewegung.....	10
2.2.2 Die zweite Welle der Frauenbewegung.....	14
2.2.3 Die dritte Welle der Frauenbewegung.....	18
2.3 Feministische Strömungen und Theorien.....	19
2.3.1 Die politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung.....	20
2.3.2 Differenz- und Egalitätsfeminismus und andere Kategorien.....	21
2.3.3 Der liberale Feminismus.....	23
2.3.4 Der sozialistische (auch marxistische oder materialistische) Feminismus.....	24
2.3.5 Der radikale Feminismus.....	25
2.3.6 Der kulturelle/gynozentrische Feminismus.....	26
2.3.7 Der Ökofeminismus (spiritueller Feminismus).....	26
2.3.8 Der dekonstruktivistische (postmoderne) Feminismus.....	27
2.3.9 Der Black Feminism.....	29
2.4 Entwicklung, Macht und postkoloniale Kritik.....	31
2.4.1 Entwicklungstheorien und Entwicklungsdenken.....	32
2.4.2 Internationale Organisationen.....	36
2.4.3 Instrumente, Mechanismen und Indexe.....	51
2.5 Frauen in der Entwicklungstheorie und postkoloniale feministische Kritik.....	56
2.5.1 Women in Development (WID).....	57
2.5.2 Women and Development (WAD) & Women Environment Development (WED).....	59
2.5.3 Gender and Development (GAD).....	61
2.5.4 Feministische postkoloniale Kritik.....	62
2.5.5 Ansätze und Konzepte postkolonialer Feministinnen.....	66
2.5.6 Auseinandersetzung mit „Power“ und „Empowerment“.....	69
2.5.7 Frauen-Aktivismus.....	77
2.6 Die praktische Forschung.....	82
2.6.1 Forschungsvorhaben.....	83
2.6.2 Forschungsfragen, Hypothesen und Fragebögen.....	85
2.6.3 Zielgruppen.....	86
2.6.4 Forschungsvorgehen.....	87
2.6.5 Auswertungsvorgehen.....	89
3. Diskussion und Analyse der Situation in Honduras.....	91
3.1 Gesellschaftsgeschichte, Probleme und koloniale Abhängigkeiten.....	91
3.1.1 Die Kolonialzeit und ihr Einfluss auf die Identität.....	91
3.1.2 Politische und sozioökonomische Entwicklungen seit der Kolonialzeit.....	95
3.1.3 Der Staatsstreich 2009 und seine Folgen.....	96
3.2 Frauengeschichte und gesellschaftliche Kritik.....	100
3.2.1 Traditionelle Rollenverhältnisse.....	100
3.2.2 Vorreiter(I)nnen der Frauen- und feministischen Bewegung.....	103
3.2.3 Die Entstehung einer feministischen Bewegung.....	104
3.2.4 Frauen- und feministische Organisationen und Organisationen für Frauen.....	109
3.2.5 Widersprüche in der Bewegung und gesellschaftliche Herausforderungen.....	116
3.2.6 Frauen in der Politik und politische Errungenschaften.....	124
3.2.7 Kritik der NGOs an den staatlichen Institutionen und Akteuren.....	136
3.2.8 Der honduranische Feminismus – Kategorisierung?.....	141
3.3 Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit in Honduras.....	144
3.3.1 Akteure der EZA in Honduras.....	144
3.3.2 Frauen&gender in der Arbeit der Geber aus eigener Sicht.....	147
3.3.3 Bewertung der Geber durch die honduranischen Akteure.....	155
3.4 Analyse: Plattformen der Selbst- und Fremdermächtigung.....	169
3.4.1 Die Frauen- und feministische Bewegung.....	169
3.4.2 Die Politik.....	173
3.4.3 Breitere soziale Bewegungen.....	178
3.4.4 Die westliche EZA.....	184
4. Conclusio.....	189
5. Literaturliste.....	193
Anhang.....	199

1. Einleitung

In der vorliegenden Diplomarbeit beschäftige ich mich mit der Frauenbewegung in Honduras bzw. mit der Frage nach *Empowerment* (dt.: Ermächtigung). Der Titel lautet:

Selbst- und Fremdermächtigung von Frauen in der honduranischen Gesellschaft: Welche Plattformen der Ermächtigung haben Frauen in Honduras genutzt und welche Rolle spielt die westliche Entwicklungszusammenarbeit?

Ziel ist es herauszuarbeiten, wie Honduranerinnen selbst für ihr *Empowerment* in der eigenen Gesellschaft kämpfen. Es gibt eine nationale Frauenpolitik, eine Frauenbewegung, viele Organisationen von und für Frauen, die sich zum Teil der Frauenbewegung zugehörig fühlen, zum Teil aber auch nicht, Universitätsprofessorinnen, die zu Frauen&gender-Themen lehren und wahrscheinlich noch viele weitere Plattformen, die Frauen verwenden, um sich zu emanzipieren.

Die vielseitigen Aktivitäten von Frauen sollen nun zum Einen untereinander in Beziehung gesetzt werden – Wer definiert wie, was Frauen in Honduras brauchen? Wer verbucht welche Erfolge? etc. – zum Anderen sollen diese Aktivitäten in Beziehung gesetzt werden mit den Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in Honduras im Bereich Frauen/gender und *Empowerment* – Welche Rolle spielt *Fremdermächtigung* z.B. durch die deutsche EZA? Wer entwirft Projekte und Programme? Wer ist beteiligt? Wer setzt die Ziele?

Es geht in der Arbeit grundsätzlich um die Analyse von Machtbeziehungen und in diesem Sinne um Vergleiche von Selbst vs. Fremd, National vs. International, Staatliche Frauenpolitik vs. Zivilgesellschaftliche Frauenpolitik, kleine Frauenorganisationen vs. große Frauenorganisationen etc. Macht spiegelt sich auch beim Definieren wieder: Was ist *Empowerment*? Wer definiert wie? Wer hat Definitionsmacht bzw. bestimmt, was *Empowerment* für den Mainstream bedeutet? Und bedeutet es das auch für Frauen aller Gesellschaftsschichten in Honduras?

In der EZA stellt die Problematik von Selbst- und Fremdbestimmung einen grundsätzlichen Aspekt dar. Menschen gehen ausgesandt von Organisationen, die sich im politischen Westen der Welt befinden, in die so genannten Länder der Dritten Welt und „bringen“ Entwicklung, regen diese an oder „unterstützen“ sie. Doch sind die Menschen in den Ländern der Dritten Welt trotzdem die „Schmiede“ ihrer eigenen Entwicklung? Wollen sie „entwickelt werden“? Und ist es überhaupt möglich, bei einer *Selbst*-Entwicklung und Ermächtigung zu „helfen“, oder stellt dies bereits einen Widerspruch dar?

Als Europäerin und Studentin sowohl der Politikwissenschaft als auch der Internationalen

Entwicklung bin ich mir meines Blickpunktes bewusst. Ich habe selbst keine honduranischen Wurzeln und bin auch nicht Teil der honduranischen Frauenbewegung. Meine Betrachtung und Analyse der honduranischen Frauenbewegung und der vorhandenen Machtbeziehungen muss automatisch ein Blick aus dem Westen und damit von Außen sein. Dies kann zum Einen ein Vorteil sein – dadurch, dass ich nicht Teil und mittendrin bin, sind gewisse Machtbeziehungen eventuell leichter zu erkennen – zum Anderen ist es auch ein Nachteil – ich versuche Analysen in einer Kultur zu unternehmen, die nicht meine eigene ist, und werde Interviews führen in einer Sprache, die nicht meine Muttersprache ist. Um dem rein westlichen Analyse-Blick ein wenig entgegenzuwirken, wurden qualitative Interviews mit honduranischen Frauen geführt, um sie für sich sprechen lassen zu können. Ebenso wurden aber auch Interviews mit RepräsentantInnen der deutschen/westlichen EZA, die in Honduras präsent ist, geführt, um herauszufinden, inwiefern deren Projekte Frauen ansprechen. Hier wiederum kann der Blickpunkt als Europäerin einen Vorteil darstellen, wenn es um ein Verständnis von Herangehensweisen europäischer/westlicher Organisationen und eventuell vorhandenen Vorurteilen oder kulturellen Zusammenstößen aufgrund von unterschiedlichen kulturellen „Codes“ bei den InterviewpartnerInnen geht.

Die Frage nach Selbstbestimmung vs. Fremdbestimmung und nach *Selbstermächtigung* stellt sich – wie gesagt – besonders im Zusammenhang der EZA von westlichen Ländern in „Ländern des Südens“ immer mehr. Menschen in Ländern der „Dritten Welt“ werden oft als passiv wahrgenommen, besonders wenn es um Fragen der Entwicklung geht. Projekte und Projektideen kommen aus den „Ländern des Nordens“. Wir „helfen“ den „Anderen“, die das selbst nicht können. Natürlich ist vielen bewusst, dass gerade Lateinamerika viele gesellschaftliche Veränderungen durchgemacht hat und alles andere als passiv ist. Besonders die Welle politisch linksgerichteter Bewegungen überall in Lateinamerika in den vergangenen Jahrzehnten ist von großer Bedeutung. Diese Diplomarbeit ist insofern thematisch relevant, da sie aufzeigen kann, wie besonders auch Frauen in Lateinamerika – in diesem Fall in Honduras – über verschiedene Plattformen und besonders über soziale Bewegungen selbst für ihre Rechte kämpfen und sich selbst ermächtigen. Eine Arbeit, die es zu diesem Thema bereits gibt, ist das Buch aus dem Jahre 1996 „Sintiendose Mujer, Pensandose Feminista“ von Breny Mendoza über die Frauenbewegung in Honduras. Seitdem ist wieder Zeit vergangen und gerade die kürzlich erfolgten politischen Veränderungen in Honduras stellen einen sehr interessanten Aspekt dar: Die nationale Widerstandsbewegung in Honduras, die sich gegen den Putsch des Präsidenten Manuel („Mel“) Zelaya wehrt, ist eine Plattform, die von einigen Organisationen und Einzelpersonen der Frauenbewegung genutzt wird, auch ihre Interessen wieder verstärkt einzubringen. Inwiefern dieses neue Türen öffnet oder auch

alte verschleißt, soll analysiert werden. Lösen gesellschaftliche Bewegungen die Bedeutung (und Macht) von Projekten der EZA ab? Geht es zukünftig noch mehr darum, Bewegungen der Bevölkerung zu unterstützen, anstatt westliche Projekte nach westlichen Idealen zu implementieren?

Methodisch gesehen wurde neben der Arbeit mit wissenschaftlichen Quellen zum Thema empirisch geforscht. Im Sinne qualitativer politikwissenschaftlicher Forschung wurden in erster Linie Fallstudien in Form von Interviews mit RepräsentantInnen von Entwicklungs- und Frauen- und feministischen Organisationen durchgeführt.

Vom Aufbau her schafft die Arbeit zunächst die theoretische Basis für die folgende Analyse. Dazu gehört eine Beschäftigung mit Definitionen, relevanter Terminologie und Theorien, welche für die Analyse wichtig sind. Im zweiten Teil geht es um geschichtliche Faktoren, die sozialen Gegebenheiten und die Entstehung von Frauenbewegungen bzw. feministischen Organisationen in Lateinamerika und Honduras. Die qualitative Forschung im Analyseteil dient dazu, die theoretische Basis um das ExpertInnenwissen von Honduranerinnen zu bereichern. Beide Teile zusammenführend können schließlich die Forschungsfragen, die der Arbeit zugrunde liegen, bearbeiten und beantworten werden.

2. Theoretische Annäherung

In der theoretischen Annäherung an das Thema werden der bisherige Forschungsstand und die der Analyse zugrundeliegenden Theorien beschrieben. Mithilfe der Theorie werden Annahmen formuliert und mögliche und überprüfbare Zusammenhänge formuliert und erklärt. Dabei handelt es sich ausdrücklich nicht um eine Darstellung aller vorhandenen Theorien, sondern um eine Auswahl, die der Arbeit auch tatsächlich dient.

Für die Auseinandersetzung mit Feminismus und der Frauenbewegung in Honduras ist zunächst einmal die Beschäftigung mit Feminismus und **feministischen Theorien** unabdingbar. Ein allgemeiner Überblick über weltweite feministische Bewegungen wird ebenso vermittelt, wie grundsätzliche feministische Theorien und schließlich spezifische feministische Theorien, die der wissenschaftlichen Analyse des Themas der Arbeit konkret dienen. Zentral ist auch die Auseinandersetzung mit **Entwicklungstheorien** allgemein, sowie mit Ansätzen zu **Frauen in der Entwicklungstheorie**, wobei die postkoloniale Kritik der verschiedenen Ansätze durch Frauen aus der „Dritten Welt“ immer eine zentrale Rolle spielt. Eine wesentliche Basis für die Analyse von Beziehungen zwischen einzelnen Frauenorganisationen, zwischen Frauenorganisationen und Organisationen der internationalen (bzw. deutschen) EZA, sowie zwischen Frauenorganisationen und dem honduranischen Staat und Organisationen der EZA und dem Staat, ist eine theoretische Beschäftigung mit Machtbeziehungen bzw. Machtverhältnissen. Diese soll dabei helfen, die Macht der ausländischen Organisationen durch die finanzielle Unterstützung und die Macht der Frauenbewegung selbst gegenüber der Gesellschaft und Politik analysieren zu können. Somit sind **Theorien über Macht** zentral für die Arbeit. Die Ansätze klassische Theoretiker wie Foucault oder Gramsci legen dafür zum Teil die Basis, jedoch sind es die Ansätze **postkolonialer TheoretikerInnen**, die viele der der Arbeit zugrunde liegenden Haltungen und Herangehensweisen beeinflussen. Die Auseinandersetzung mit postkolonialen Ansätzen sorgt dafür, dass nicht nur okzidentale Theorien für nicht-okzidentale Realitäten angewendet werden, sondern Ansätze von Männern und Frauen aus der sogenannten „Dritten Welt“ herangezogen werden, welche die Ansätze der klassischen Theoretiker auf ihre Realitäten angewendet und dadurch verändert haben, sowie eigene Ansätze entwickelt haben.

2.1 Definitionen

Bevor sich den Inhalten der feministischen und anderen Theorien gewidmet werden kann, müssen häufig verwendete Begriffe definiert werden.

Im Laufe meiner Feldforschung, aber auch schon in Gesprächen mit Bekannten und Freunden zum Thema meiner Diplomarbeit, bin ich häufig Vorurteilen gegenüber *Feminismus* und Problemen mit diesem Begriff begegnet. Reaktionen wie „Feminismus ist das Gegenteil von Machismus und somit 'genauso schlimm'“; „Feministinnen hassen doch Männer!“, „Warum muss es denn immer gleich so radikal, also feministisch, sein?“ waren nicht selten. Gerhard (2009:7) stellt fest, dass Abwehr und Missverständnisse die Erörterung von Frauenfragen und Feminismus seit jeher begleitet haben. Somit möchte ich dem Wort, welches augenscheinlich auch im neuen Jahrtausend noch Abneigung und Widerstreben hervorruft, zunächst die „böse Maske“ nehmen.

Der Ursprung des Begriffs *Feminismus* liegt in der Französischen Revolution. In den 1880er Jahren wurde er erstmals von französischen Frauenrechtlerinnen verwendet, nachdem die Suffragette Hubertine Auclert ihn in einem Artikel einer Frauenzeitschrift als politische Leitidee gegen den vorherrschenden „Maskulinismus“ eingebracht hatte. (vgl. Gerhard, 2011:8) Daraufhin in Kongressen verwendet und von der Presse bereitwillig aufgegriffen, verbreitete sich der Begriff zunächst sehr schnell in Europa. (vgl. Gerhard, 2011:8 & Karsch, 2004:8) Tatsächlich weltweit populär wurde der Begriff erst in der zweiten oder „neuen“ Welle der Frauenbewegung der 1970er Jahre. (vgl. Notz, 2011:11+17) Das englische Wörterbuch *Encyclopedia Britannica* schlägt als Definition von Feminismus den Glauben an die soziale, ökonomische und politische Gleichheit der Geschlechter vor. (vgl. Notz, 2011:11) Jedoch sind Feministinnen davon überzeugt, dass allein der Glaube an die umfassende Gleichheit nicht reicht, sondern dass Feminismus aktiv sein muss, indem er die existierende Ungleichheit auch anprangert und das Ziel verfolgt, dass Maßnahmen zur Veränderung ergriffen werden. (vgl. ebd.:11) So kommt folgende Definition der Bedeutung näher:

*Beim **Feminismus** handelt es sich um eine politische Theorie, „die nicht nur einzelne Anliegen verfolgt, sondern die Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse im Blick hat, also einen grundlegenden Wandel der sozialen und symbolischen Ordnung – auch in den intimsten und vertrautesten Verhältnissen der Geschlechter – anstrebt und gleichzeitig Deutungen und Argumente zu ihrer Kritik anbietet“.* (Gerhard, 2009:7)

Frauen aus Ländern der „Dritten Welt“ haben in den 1980er/90er Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass Definitionen von Feminismus, die sich lediglich auf das Geschlecht fokussieren, andere Machtbeziehungen unsichtbar machen, so dass die folgende Definition als Ergänzung dient:

*„**Feminism** ... constitutes the political expression of the concerns and interests of women from different regions, classes, nationalities, and ethnic backgrounds. There is and must be a diversity of feminisms, responsive to the different needs and concerns of different women, and defined by them for themselves. This diversity builds on common opposition to gender oppression and hierarchy*

which, however, is only the first step in articulating and acting upon a political agenda.“ (Cagatay, Grown, and Santiago, 1986, zit. n. Mohanty/Russo/Torres, 1991:324-325)

Diese Definition weist darauf hin, dass es nicht *die* feministische Theorie oder *den* Feminismus gibt, sondern verschiedene Ansätze und Richtungen, die sich seit den Anfängen im 18. Jahrhundert entwickelt haben, so dass man eigentlich von *Feminismen* sprechen muss. (vgl. Babka, 2004:194, Becker-Schmidt/Knapp, 2000:7 & Notz, 2011:8)

Der Begriff ***Frauenbewegung*** betont, dass es sich beim Feminismus auch um eine soziale *Bewegung* handelt; also nicht nur um eine Theorie, sondern um eine bestimmte Form des „gemeinsamen sozialen Handelns, die darauf gerichtet [ist], sozialen Wandel – sprich: die Beseitigung von Bevormundung, Ungerechtigkeit und sozialen Ungleichheiten – herbeizuführen“ (Gerhard, 2009:6). Genauso, wie es nicht *den* Feminismus gibt, gibt es auch nicht *die* Frauenbewegung, sondern eine Vielzahl von Frauenbewegungen überall auf der Welt. Denn Frauen in ihrer Gesamtheit lassen sich, wie Hedwig Dohm bereits 1899 feststellte, „nicht unter einen Hut bringen“ (Dohm, zit. n. Notz, 2011:13). Dies weist auf die Besonderheit bei der Mobilisierung von Frauen im Vergleich zu anderen politischen, sozialen oder religiös motivierten Befreiungsbewegungen hin – nämlich dass sie, gerade weil sie „die Hälfte der Menschheit“ bilden, nicht unbedingt Angehörige einer gleichen Lebenslage, einer Klasse, Schicht, Glaubensrichtung oder gleicher nationaler bzw. ethnischer Herkunft sind. (vgl. Gerhard, 2009:51)

Eigelsreiter-Jashari (2004:54) sieht Feminismus auch als „transformative Politik“. So gesehen ist Feminismus „eine Weltanschauung, die sich auf alle Probleme bezieht und nicht auf einen Spezialkatalog von 'Frauenproblemen' reduziert ist“; vielmehr geht es darum, die Einsichten, die Feministinnen aus ihrer Arbeit gewonnen haben, für andere Belange fruchtbar zu machen und „die vielfältigen Probleme von Unterdrückung und Herrschaft zu einer umfassenden feministischen Vision von sozialer Veränderung und Gerechtigkeit zusammen zu fassen“ (Eigelsreiter-Jashari, 2004:54).

Diese soziale und symbolische Ordnung, die Feministinnen grundlegend ändern wollen, wird auch häufig als *Patriarchat* bzw. *patriarchal* bezeichnet. ***Patriarchat*** wird Bell Hooks (1981:15) zufolge für die Arbeit als „institutionalisierten Sexismus“ definiert.

Die Diskussion von „Klassen“, „Schichten“ und ethnischer Herkunft als Ebenen der Machtausübung führt zu einem weiteren Begriff, der vorab definiert werden muss: Die ***„Dritte Welt“*** (engl.: „*Third World*“). Mohanty, Russo und Torres, die sich in den 1980ern mit einer postkolonialen Sicht von „women of color“ auf den Feminismus auseinandergesetzt haben,

entscheiden sich für die Verwendung des Begriffs, obwohl er oft negativ konnotiert ist und definieren ihn bewusst anders. Sie betonen, dass der Begriff keine hierarchische kulturelle und ökonomische Beziehung zwischen der „ersten“ und der „dritten Welt“ beschreibt, sondern auf die Geschichte der Kolonisation und die noch immer existierenden Beziehungen struktureller Dominanz zwischen den Menschen der „ersten“ und „dritten Welt“ hinweist. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:x) Er verweist zwar geographisch auf eine bestimmte Region bzw. Regionen – nämlich kolonisierte, neokolonisierte oder dekolonisierte Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, deren wirtschaftliche und politische Strukturen im kolonialen Prozess umgeformt/deformiert wurden – schließt aber auch Minderheiten aus diesen Regionen in Nordamerika, Europa und Australien mit ein. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:1+ix) Wird der Begriff so verwendet, bedeutet er keine Abwertung, sondern im Gegenteil eine Art der *Selbstermächtigung*, da er auf antirassistische und antiimperialistische Kämpfe überall auf der Welt erinnert. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:x) Auch das Frauennetzwerk DAWN (siehe unten) verwendet den Begriff in diesem Sinne als ein positives Identifikationsmerkmal. (vgl. Sen/Gown, 1988, zit. n. Kerner, 1999:63) In diesem Sinne wird der Begriff in dieser Arbeit verwendet, jedoch in Anführungsstriche gesetzt, um zu verdeutlichen, dass er mit Vorsicht gelesen werden muss.

Ermächtigung bzw. das im deutschsprachigen Raum (wie auch in dieser Arbeit) auch oft im englischen verwendete Wort ***Empowerment*** ist als emanzipatorisches Konzept 1985 durch das Frauennetzwerk DAWN entstanden und bezeichnet den politischen Kampf um Macht für Frauen. (vgl. Kerner, 1999:11) Macht wird hierbei nicht als Herrschaft über andere verstanden, sondern als „Verfügungsrecht über Ressourcen, Entscheidungs- und Gestaltungsrecht in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen“ (Wichterich, 1994, zit. n. Kerner, 1999:11). Durch die Einbindung des Ansatzes in die Entwicklungsplanung hat der Begriff seine ursprüngliche Bedeutung zum Teil verloren und wurde durch ein passives Konzept des „entwickelt-werdens“ ersetzt. Im Titel dieser Arbeit wird dieses Problem durch die Verwendung des Wortes *Selbstermächtigung* im Gegensatz zur *Fremdermächtigung* ausgedrückt.

Ein weiterer, für die Arbeit wichtiger Begriff ist ***gender***. Sollte das „Wort des Feminismus“ der letzten 40 Jahre gewählt werden, so wäre es wohlmöglich dieses, meint Karsch (2004:107). Das *gender*-Konzept entwickelte sich dadurch, dass Feministinnen davon Abstand nahmen, den „'großen Folgen' des 'kleinen Unterschieds' nachzugehen“ (Becker-Schmidt/Knapp, 2000:63) und zunehmend Fragen der kulturellen Repräsentation von Geschlechterdifferenz nachgingen. Ann Oakley definiert in ihrem Buch „Sex, Gender and Society“, dass *sex* ein Begriff sei, der sich auf die biologischen Differenzen zwischen „männlich“ und „weiblich“ beziehe, während *gender* die

kulturelle Interpretation des biologischen Geschlechts, also die Zuordnung von „männlich“ und „weiblich“ sei. (vgl. Oakley, 1972: 16) Die amerikanische Historikerin Gerda Lerner erklärt: „Das *sexuelle Geschlecht* ist eine biologische Gegebenheit für Männer und Frauen. Die *geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen* an Frauen und Männer stellen eine kulturabhängige Definition von Verhalten dar, das den Geschlechtern in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit angemessen gilt. Diese kulturspezifische Bestimmung der Geschlechterrollen ist also ein historisch bedingtes Produkt.“ (Lerner, zit. n. Becker-Schmidt/Knapp, 2000:66) *Gender* ist demnach zu verstehen als das „soziale Geschlecht“ oder die „Geschlechterrolle“ und basiert auf der Wahrnehmung von Unterschieden der Geschlechter. (vgl. Karsch, 2004:107) Für Feministinnen ist die Auseinandersetzung mit *gender* zentral, da die soziale Zuordnung des Geschlechts Machtbeziehungen festlegt und somit in hohem Maße alle sozialen Beziehungen beeinflusst; so sei Männlichkeit in der gesellschaftlichen Ordnung mit mehr positiven gesellschaftlichen Werten verknüpft als Weiblichkeit und wird demzufolge höher bewertet, so dass *gender* der Klassifikation von Status dient. (vgl. Karsch, 2004:107) Das soziale Geschlecht liefert eine Ideologie zur Strukturierung der Welt, indem es definiert und kategorisiert sowie über die Verknüpfung von materiellen und ideellen Bewertungen ein sozioökonomisches und ein politisches Gefälle zwischen Männern und Frauen herstellt, wie beispielsweise die Lohnhöhe und die Setzung „männlich ist weiblich überlegen“. (vgl. Karsch, 2004:108) Ursprünglich geht die Begriffsdifferenzierung von *sex* und *gender* auf die in den 50er Jahren von Sexualwissenschaftlern durchgeführte medizinisch-psychiatrische Diskussion um Transsexualität zurück. (vgl. Becker-Schmidt/Knapp, 2000:69) Für die feministische Theorie wurde die Differenzierung Anfang der 1970er Jahre aufgegriffen, um Vorurteilen und festen Zuschreibungen von Charakter und Wesenseigenschaften gegenüber Frauen und Männern, die sich auf die Biologie stützen, zu begegnen und biologische Argumente zur „Natur der Frau“ besser zurückweisen zu können. (vgl. Becker-Schmidt/Knapp, 2000:69 & Karsch, 2004:108) Auch im deutschsprachigen Raum wurde der Begriff *gender* vielfach aufgegriffen, da man mit *gender* zum Einen die sprachlich ungelene Konstruktion 'soziales Geschlecht' umgehen kann und zum Anderen auch das Wort 'feministisch' vermeidet, das – wie oben erwähnt – für viele nach einem Relikt aus den 70er- und 80er-Jahren klingt. (vgl. Krause, 2003:26)

Nach dieser ausführlichen Definition geht es im folgenden um die Entstehung der Frauenbewegung und des Feminismus auf globaler Ebene.

2.2 Die Geschichte der Frauenbewegung

Begonnen zur Zeit der französischen Revolution von 1789 ist der Feminismus als demokratisches Projekt heute, über 200 Jahre später, noch immer nicht erledigt – auch wenn man als Feministin in unserer Gesellschaft nicht selten gefragt wird, warum denn der Feminismus immer noch sein müsse, wo „wir“ doch arbeiten, wählen etc. dürften. (vgl. Gerhard, 2011:9) Gerhard stellt fest, dass die Rede vom „Ende des Feminismus“ augenscheinlich zu seiner Geschichte gehört. (vgl. ebd.:121) Trotzdem geht es in der Realität noch immer um den gleichen Widerspruch: Das Versprechen der Befreiung, Gleichheit und Emanzipation der Frauen gegenüber der nur partiellen Realisierung von Frauenrechten und tatsächlicher Unterordnung der Frau unter männliche Dominanz sowie „eheliche Pflichten“ und Gewalt. (vgl. ebd.:8) Denn Frauen verdienen heute noch immer nicht dasselbe wie Männer in gleichen Positionen, Frauen werden noch immer aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert, sind Opfer von sexueller Belästigung etc. In einigen Gesellschaften sind Ausschluss und Diskriminierung von Frauen vielleicht subtiler geworden, aber sie sind noch immer existent. (vgl. ebd.:9) So wehren sich Frauen auch heute noch gegen nach wie vor existente stereotype Bilder von Weiblichkeit, gegen strukturelle Barrieren, die sich inzwischen als „gläserne Decken“ tarnen, und gegen Gewalt. (vgl. ebd.:122)

Die Autorin Margret Karsch, die sich u.a. mit der deutschen Gesetzesentwicklung in diesem Bereich beschäftigt hat, stellt fest, dass die Rede von der männlichen Vorherrschaft keine leere ideologische Phrase ist, sondern auf Tatsachen beruht, die auch das Leben der Männer berühren und sie davon profitieren lassen – ob sie wollen oder nicht. (vgl. Karsch, 2004:87) Sie betont aber, dass es Feministinnen dabei nicht um Schuldzuweisungen geht oder darum, Frauen als 'Opfer' zu bemitleiden und Männer als 'Täter' zu verdammen, sondern vielmehr um die Beseitigung impliziter Wertungen und Hierarchisierungen von Weiblichkeits- und Männlichkeitszuschreibungen, damit sowohl Frauen als auch Männer die Möglichkeit bekommen, sich in ihrem Verhalten außerhalb derartiger Rollenvorstellungen zu bewegen. (vgl. ebd.:87-88)

Die Geschichte der Frauenbewegung wird im angelsächsischen Raum in drei „Wellen“ eingeteilt, während man im Deutschen von „alter“ und „neuer“ Frauenbewegung spricht. (vgl. Gerhard, 2009:50) Die Einteilung in „alt“ und „neu“ bezeichnet Gerhard zurecht als schwierig, da sich die Frage stellt „wie lange eine Frauenbewegung 'neu' bleibt, die selbst in die Jahre gekommen ist, oder noch grundsätzlicher, ob eine Bewegung überhaupt auf Dauer zu stellen ist“ (Gerhard, 2009:50). Auch am (Drei-)Wellen-Modell gibt es Kritik. So stellt Rupp (2011:6) fest, dass die Entwicklungslinie der Frauenbewegung auf globaler Ebene etwas komplizierter verläuft, beziehungsweise nicht so einfach in drei Etappen einteilbar ist, wie es das Drei-Wellen-Modell

suggeriert, da die Frauenbewegung z.B. auch während der Weltkriege weiterhin bestand. (siehe 2.2.1) Auch Gita Sen betont die Wichtigkeit, die Verbindungen zwischen den drei Wellen der Frauenbewegung nicht zu ignorieren, indem sie auf die Bedeutung aller Facetten der Bewegung hinweist, die eine weltweite Frauenbewegung bis heute prägen: „*The presence of multiple strands from early on has made for a movement that is broad and capable of addressing a wide range of issues.*“ (Sen, zit. n. Antrobus, 2004:24) Die Metapher der Welle leugnet die Verbindung zwischen den Wellen jedoch nicht und wird laut Gerhard somit nicht in strikter Einteilung im Sinne von drei klar unterteilbaren Phasen verwendet, sondern soll vielmehr verdeutlichen, wie es immer wieder neue Anfänge, sowie von den politischen Bedingungen abhängige Erfolge und Rückschläge gegeben hat und „dass nur eine gewaltige, sich vereinigende Strömung Schwungkraft genug hat, um jahrhundertealte Gewohnheiten, Privilegien und Vorurteile hinwegzuschwemmen“. (Gerhard, 2009:50) Mit diesem Verständnis des Wellen-Modells werde ich mich im Folgenden an das (Drei-)Wellen-Modell halten, nach dem sich die weltweite Frauenbewegung wie folgt chronologisieren lässt:

1. Welle: Mitte des 19. Jh. bis 1920er/30er Jahre
 2. Welle: Beginn 1960er/70er Jahre
 3. Welle: Beginn 1990er Jahre
- (vgl. Gerhard, 2009 & Rupp, 2011)

Die obige Einteilung macht deutlich, dass beispielsweise die zweite Welle der Frauenbewegung nicht zu einem Ende gekommen ist, bevor die dritte Welle begonnen hat. Jedoch zeichnet sich die dritte Welle der Frauenbewegung durch Besonderheiten aus, die sie von den Charakteristika der zweiten Welle unterscheiden. Schrupp (2008:7-8) spricht sogar von einer 4. Welle der Frauenbewegung, die sich aus Frauen zusammensetzt, die in den 1980er und 1990er Jahren geboren sind und sich erneut von den Konzepten der vorigen Wellen absetzen wollen. Da man sie aber auch noch als Teil der dritten Welle verstehen kann bzw. unklar ist, ob die 4. Welle ein weltweites Phänomen beschreibt oder eher auf Schrupps Beobachtungen der Situation in Deutschland beschränkt ist, wird im Folgenden nicht weiter auf sie eingegangen.

2.2.1 Die erste Welle der Frauenbewegung

Die erste Welle der Frauenbewegung bezeichnet den Zeitraum ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu den 1920er/30er Jahren. Obwohl es auch in der Frührenaissance schon Kritik an der Geschlechterordnung gegeben hat – Christine de Pizan gilt als eine der ersten, die sich mit ihrem Buch „Die Stadt der Frauen“ 1404/05 in den „Geschlechterkampf“ warf – bot die Aufklärung im 18.

Jahrhundert mit ihrer Erschütterung des Fundaments der Zivilisation eine geeignete Basis für den Beginn der Frauenbewegung, da die Kontroverse angesichts des auf die Vernunft des Menschen gegründeten Menschenbildes unumgänglich geworden war. (vgl. Gerhard, 2009:11+12) Als Vorreiterinnen aus dieser Zeit gelten neben der berühmten Französin Olympe de Gouges u.a. auch die Engländerin Mary Wollstonecraft sowie die deutsche Louise Otto, die 1849 zur Wortführerin der ersten Frauenbewegung in Deutschland wurde. (vgl. ebd.:12) Doch nicht nur Frauen sprachen sich für Frauenrechte aus, auch aufklärerische Männer ergriffen das Wort. „Der Verstand hat kein Geschlecht“, verkündete der Aufklärer Francois Poullain de la Barree 1763 und der Marquis Marie Jean Antoine de Condorcet veröffentlichte 1790 sein berühmtes Plädoyer für die Zulassung der Frauen zum Bürgerrecht. (vgl. ebd.:12) Er nannte es einen „Akt der Tyrannei“, in Anbetracht der auf das Naturrecht gegründeten Gleichheit der Menschen, die 'Hälfte des Menschengeschlechts' – eine von ihm geprägte Formulierung – von den Bürger- und Menschenrechten auszuschließen“ (Gerhard, 2009:14).

Das zentrale Thema der ersten Frauenbewegung war also die Anerkennung des Bürgerrechts für Frauen mit allen damit zusammenhängenden Themen wie das Wahlrecht, den Zugang zu Bildung, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Gleichheit etc. (vgl. Rupp, 2011:6) Olympe de Gouges veröffentlichte 1791 ihre „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“, in der sie die kurz vorher verabschiedete erste republikanische Verfassung Frankreichs, welche die allgemeine Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 als Grundrechte inkludierte, kritisierte. (vgl. Gerhard, 2009:15) Sie warf der Nationalversammlung, Rousseau und den Männern allgemein vor, allein von der Revolution profitiert zu haben: „Extravagant, blind, von den Wissenschaften aufgeblasen und degeneriert, will er in diesem Jahrhundert der Aufklärung und des Scharfsinns, doch in krasser Unwissenheit, despotisch über ein Geschlecht befehlen, das alle intellektuellen Fähigkeiten besitzt.“ (Gerhard, 2009:16) De Gouges' Broschüre „Die Rechte der Frau“, zu der auch ihre Erklärung gehörte, wurde vor allem aufgrund der Manifestation der Frauenrechte als Menschenrechte wegweisend für den neuzeitlichen Feminismus. Gerhard beschreibt: „Ihre bis heute unstrittige Bedeutung liegt darin, dass sie die Rechtsgleichheit der Frauen als Menschenrecht am Beginn der bürgerlichen Gesellschaft konsequent zu Ende dachte und unbeirrt und ohne Rücksicht auf das eigene Wohlergehen radikal einforderte. Ihre Vision von Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie ist bis heute uneingelöst, ebenso wie ihre gelegentlich kritischen Zweifel an ihren Geschlechtsgenossinnen noch heute aktuell sind.“ (Gerhard, 2009:20)

Während de Gouges' Schriften teilweise in Vergessenheit gerieten, hatte Wollstonecrafts Verteidigungsschrift eine breite Wirkung durch die verschiedenen Wellen der Frauenbewegungen

hindurch. (vgl. Gerhard, 2009:21) Auch bei ihr, die 1792 ihr bekanntes Werk „A Vindication of the Rights of Woman“ veröffentlichte, ist der Einfluss der Aufklärung deutlich erkennbar. Wollstonecraft nahm besonders auf Rousseau's Ausführungen über Frauen Bezug und stellt sie seinen Thesen zum Menschenbild, zu Verstand und Tugend gegenüber. Zentrales Thema ist in ihren Ausführungen aber nicht die Gleichheit, wie bei de Gouges, sondern Unabhängigkeit, Selbstbestimmung sowie die Bildung der Frau. (vgl. Wollstonecraft, 2008 & Gerhard, 2009:23) Das sogenannte „Wollstonecraft-Dilemma“, welches den neuzeitlichen Feminismus bis heute begleitet, beschreibt die Schwierigkeit, für die Gleichheit mit dem Mann zu streiten und doch nicht Mann sein zu wollen, bzw. „die Zwänge und Zumutungen traditioneller Weiblichkeit und Geschlechterrollen abzulehnen, jedoch Frausein, Mütterlichkeit, d.h. weibliche Erfahrungen und Orientierungen, trotzdem zum Ausgangspunkt für eine emanzipatorische Politik und gleiche Staatsbürgerrechte zu machen“ (Gerhard, 2009:26).

Während die europaweite Frauenbewegung unter scharfer Repression zu leiden hatte und viele Rückschläge hinnehmen musste, machte die US-amerikanische Frauenbewegung, die 1848 in Seneca Falls ihren Anfang fand, schnelle Fortschritte. (vgl. Gerhard, 2009:46) Die Initiatorinnen waren Anhängerinnen der großen Reformbewegungen, der religiösen Erweckungsbewegungen und insbesondere der Antisklavereibewegung und hatten sich als weibliche Delegierte auf dem internationalen Antisklavereikongress in London kennengelernt, wo sie als Frauen jedoch kein Rederecht erhalten hatten. (vgl. Gerhard, 2009:46) Die Veranstaltung von Frauen in Seneca Falls sowie deren unterzeichnetes Manifest „Declaration of Sentiments“ erregte das öffentliche Aufsehen und die Presse berichtete landesweit. (vgl. ebd.:47) Folgend wurden bis zum Amerikanischen Bürgerkrieg 1861 jährlich Frauenrechtskonferenzen abgehalten, so dass Anhängerinnen gewonnen wurden und Organisationen beständig wachsen konnten. (vgl. ebd.:48) Anders als im europäischen Fall wurden amerikanische Frauenrechtlerinnen in Kampagnen und Versammlungen von vielen prominenten Männern unterstützt. (vgl. ebd.:48)

Bemerkenswert sind neben den nationalen Bewegungen die frühen internationalen Verbindungslinien und Spuren eines feministischen Bewusstseins über nationale Grenzen hinweg. (vgl. ebd.:48) Viele Korrespondenzen und persönliche Kontakte um die Jahrhundertmitte belegen die Transnationalität des frühen Feminismus u.a. in Form von großen transnationalen Organisationen. (vgl. Rupp, 2011:1+6) Diese definierten sich zuallererst über ihre Weiblichkeit. Einige nahmen zwar bereits die Bezeichnung „Feministin“ für sich an, andere vermieden sie jedoch eher. (vgl. ebd.:6) Obwohl es auch kein einheitliches feministisches Programm gab, herrschte Klarheit darüber, dass sie als Gruppe gemeinsame Interessen hatten, die sich von denen der Männer

unterschieden und dass sie ein gemeinsames Ziel hatten, nämlich die Lage der Frau in der Gesellschaft zu verbessern. (vgl. ebd.:6) Betrachtet man die Entstehung und Entwicklung dieser transnationalen Organisationen, so erklärt sich, warum Rupp das Wellen-Modell für ungenau hält, welches die Entstehung von Frauenbewegungen auf nationaler Ebene in den USA und Europa betrachtet und dementsprechend davon ausgeht, dass die erste Welle der Frauenbewegung spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg versiegt und erst in den 1970er Jahren eine zweite Welle ins Rollen kommt. (vgl. ebd.:6) So stellt Rupp fest, dass der Erste Weltkrieg der transnationalen Frauenbewegung paradoxerweise neue Energie gab und diese somit nicht in den 1920ern/30ern zu einem Ende kam. (vgl. ebd.:6) Auch wenn die transnationalen Frauenorganisationen teilweise ihre Aktivitäten ändern mussten, lösten sich die großen Organisationen nicht auf, sondern organisierten sich gleich nach Ende des Krieges neu. (vgl. ebd.:6) Zudem gründeten sich nach den Kriegen neue Frauenorganisationen mit anderen Ideologien, wie z.B. kommunistisch-geprägte Unionen (vgl. ebd.:6) Der größte Kritikpunkt der neuen, jüngeren Frauengeneration war, dass die bestehenden Organisationen zwar von Universalität sprachen, jedoch faktisch vor allem europäisch-stämmig, elitär, christlich und „alt“ waren. (vgl. ebd.:5) Fast alle führenden Mitglieder gaben eine europäische Herkunft an, die offiziellen Sprachen waren Englisch, Französisch und Deutsch und fast alle Kongresse fanden in Nordamerika oder Europa statt. (vgl. ebd.:5) Nur wer wohlhabend oder prominent war, konnte sich die Reise zu diversen Kongressen finanziell leisten, was für die elitäre Prägung verantwortlich war. (vgl. ebd.:5) Obwohl es einige wenige jüdische, wie auch eine muslimische Leiterin gab, begegneten jüdische Frauen nicht nur christlichen Annahmen und Traditionen, sondern auch mitunter Antisemitismus, während muslimische Frauen nicht nur christlichen Vorurteilen über sie unterworfen waren, sondern zudem erdulden mussten, dass ihre islamischen Gesellschaften generell als rückständig und frauenabwertend bezeichnet wurden. (vgl. Rupp, 2011:5) Darüber durchzog eine Art „feministischer Orientalismus“ die internationalen Frauenorganisationen: Es wurde grundsätzlich angenommen, Frauen in Asien, Afrika, sowie im Nahen Osten und Lateinamerika bräuchten die Führung von Frauen aus dem Westen, um ihren Weg zu Freiheit und Gleichheit zu finden. (vgl. ebd.:5)

Dennoch hatten es die transnationalen Organisationen geschafft, einen „feministischen Internationalismus“ zu entwickeln, von dem sie hofften, dass er Frauen von überall auf der Welt verbinden würde. (vgl. Rupp, 2011:1) Als 1920 der Völkerbund gegründet wurde, sorgte die transnationale Frauenbewegung dafür, dass Frauenthemen auf die internationale Agenda kamen und auch dort blieben. (vgl. ebd.:7) Als der Zweite Weltkrieg überstanden war, waren die transnationalen Frauenorganisationen wesentlich daran beteiligt, gleiche Rechte für Frauen in der

Charta der Vereinten Nationen zu implementieren und eine Frauenkommission einzurichten. (vgl. ebd.:7) So wird also sichtbar, dass auch während und nach den zwei Weltkriegen auf transnationaler Ebene viel passiert ist und die Frauenbewegungen nicht „eingeschlafen“ waren und erst in den 1970ern „neu erwachten“. Der fortbestehende Aktivismus über die Kriegs- und Nachkriegsjahre hinweg hat im Gegenteil der zweiten Welle gewissermaßen den Weg bereitet. Rupp schließt aus diesen Beobachtungen, dass der zweite Weltkrieg zwar eine Wende kennzeichnete, nicht aber ein Ende oder einen Anfang transnational organisierter Frauenorganisationen (vgl. ebd.:7)

2.2.2 Die zweite Welle der Frauenbewegung

Obwohl in der ersten Welle der Frauenbewegung einiges erreicht worden war, waren die zwei aufeinanderfolgenden zwei Weltkriege nicht spurlos an den Gesellschaften der am Krieg beteiligten Länder vorüber gegangen. Während sich Frauen auf transnationaler Ebene weiter engagierten, war die Rückkehr zum „traditionellen Geschlechterverhältnis“ bzw. zu den „traditionellen Geschlechterrollen“ im Privaten prägend für die amerikanische und auch für die europäische Nachkriegsgesellschaft der 1950er Jahre. (vgl. Gerhard, 2009:107) Der Krieg hatte so viele Frauen wie nie zuvor vom Haushalt in die Arbeitswelt geführt, doch sobald er vorbei war, erwachte eine Ideologie von Sicherheit im trautem Heim und von Familie in den Nachkriegsgesellschaften, welche die Rolle von Hausfrau und Mutter wieder in einem neuen Licht erstrahlen ließ und ihr eine neue Bedeutung zumaß. (vgl. Zinn, 2006:74) Studien belegen, dass die „Normalisierung“ von Verhältnissen nach den Kriegen in den beteiligten Ländern im Privaten und auf dem Arbeitsmarkt zu einer Restauration patriarchaler Verhaltensweisen führte und mit einer „Re-maskulinisierung“ in Politik, Wirtschaft und Kultur verbunden war. (vgl. Gerhard, 2009:107-108) Die 1940er und 1950er Jahre wurden bekannt als die Jahre des „Baby Booms“: Es wurden viele Kinder geboren, die jungen Frauen heirateten bedeutend früher als ihre Mütter und Großmütter und bekamen ihre Kinder auch in viel jüngerem Alter als diese. (vgl. D’Emilio/Freedman, 1997:249+308) Friedan stellt fest: *„A century earlier women had fought for higher education; now girls went to college to get a husband. By the mid fifties, 60 per cent dropped out of college to marry, or because they were afraid too much education would be a marriage bar.“* (Friedan, 1963:14)

Über die Romantisierung und Idealisierung alter Rollenaufteilungen wurde der Versuch unternommen, die Frau wieder zurück an ihren traditionellen Platz zu drängen. (vgl. Zinn, 2006:70) Die Frauen, die während des Krieges in die Arbeitswelt eingetaucht waren, ließen sich trotz der generellen gesellschaftlichen Tendenz nicht komplett aus der Arbeitswelt vertreiben, sondern erreichten in den USA im Laufe der Jahre einen Anteil an der Arbeiterschaft von 40%. (vgl.

ebd.:74) Dies erwies sich für viele jedoch eher als eine Doppelbelastung: Sie waren nicht mehr „nur“ Hausfrau, Mutter und erotische Partnerin ihres Ehemannes, sondern waren außerdem auch noch berufstätig. (vgl. ebd.:74) Eine beträchtliche Anzahl der arbeitenden Frauen überall waren zudem nicht in Führungspositionen, sondern vielmehr in typischen „Frauenberufen“ (als Sekretärinnen, Putzfrauen, Grundschullehrerinnen, Verkäuferinnen, Kellnerinnen und Krankenschwestern) beschäftigt, wo sie nicht nur mit der vollen Bandbreite an Demütigungen behandelt wurden, wie auch Männer in untergeordneten Positionen, sondern als Frau darüber hinaus noch eine spezielle Reihe von Erniedrigungen über sich ergehen lassen mussten, wie z.B. spöttische Bemerkungen über ihre geistigen Fähigkeiten, sexuelle Witze und Aggressionen, Unsichtbarkeit außer als Sex-Objekt etc. (vgl. Zinn: 2006, 74-75) So verschaffte die Berufstätigkeit den Frauen zunächst nicht wirklich eine Ermächtigung, denn von der politischen Macht waren sie weiterhin größtenteils ausgeschlossen. Bis 1967 wurden in den USA beispielsweise nur 4% der Sitze in den Staatsparlamenten und 2% aller Richterposten von Frauen besetzt. (vgl. Zinn: 2006, 74)

Aus gutem Grund bezeichnen die amerikanischen Feministinnen ihre Frauenbewegung der 1950er Jahre als „Überleben in der Flaute“. (vgl. Gerhard, 2009:108) Inwiefern die herrschende Geschichtsschreibung und -lehre ihren Teil dazu beigetragen hat, wird deutlich angesichts der „Verblüffung“ von Frauen der zweiten Welle der Frauenbewegung über die Erkenntnis, dass es im 19. und frühen 20. Jahrhundert eine Frauenbewegung gegeben hatte, von der sie nichts mehr wussten, weil sie von der Geschichtsschreibung und -lehre komplett verschwiegen worden war. (vgl. Mies/Shiva, 1995:53) Die Auseinandersetzung mit dieser Situation und die „Wende“ zur zweiten Welle der Frauenbewegung prägten in den USA und in Europa im Laufe der 1960er/70er Jahre Vertreterinnen wie die Französinen Simone de Beauvoir, Hélène Cixous, Luce Irigaray und Julia Kristeva und die Amerikanerin Betty Friedan. (vgl. Babka, 2004:191) Simone de Beauvoir kennzeichnete mit ihrer bekannten Feststellung „Als Frau wird man nicht geboren, zur Frau wird man gemacht“ aus dem Buch „Das andere Geschlecht“ von 1949 gewissermaßen den theoretischen Schlusspunkt der ersten und den Übergang zur zweiten Frauenbewegung. (vgl. Babka, 2004:190 & de Beauvoir, 2009:334)

Als Wegbereiter für die „neue“ zweite Welle der Frauenbewegung kann die Bürgerrechtsbewegung bezeichnet werden, die in den 50er Jahren zuerst in den USA ausbrach und an der Frauen sich intensiv beteiligten. (vgl. Freeman, 1983:20) Während es in der Bürgerrechtsbewegung um Freiheit und Gleichberechtigung ging, stellten Frauen bald fest, dass sie zwar für diese Ziele kämpften, selbst aber nicht das Gefühl hatten, frei und gleichberechtigt mit Männern zu sein. (vgl. ebd.: 20) Die Realität im Leben der Bewegung sah bedeutend anders aus als ihre Rhetorik: „*Despite the nods*

in the direction of human liberation, male leaders in the New Left often exploited the labor of female members, devalued women's contributions to the cause, and kept leadership roles to themselves." (D'Emilio/Freedman, 1997: 310) Von Frauen wurde erwartet, dass sie ihre revolutionäre Begeisterung insoweit auslebten, dass sie mit alten Moralvorstellungen und Normen bezüglich Sexualität brachen. Die neue sexuelle Freiheit wurde somit zu einem neuen Werkzeug der Degradierung von Frauen. (vgl. ebd.: 310) Als Frauen angesichts dessen Mitte der 1960er das Wort ergriffen, um im Rahmen der Bewegung auch auf ihr eigenes Freiheitsdefizit aufmerksam zu machen, bestätigte die Reaktion ihrer männlichen Mitstreiter lediglich ihren Status als Sexobjekt: Als eine Frau in einer Konferenz den Wunsch einbrachte, über die Frauenrolle in der Bewegung diskutieren zu wollen, wurde sie vom Moderator abgewimmelt, während aus der Zuhörerschaft Anspielungen darauf ertönten, dass sie wohl nicht sexuell ausgelastet sei. (vgl. ebd.: 311) Den jungen Frauen wurde aufgrund solcher Erfahrungen deutlich, dass sie ihre eigene Bewegung beginnen mussten, wenn sie etwas erreichen wollten. Alte feministische Ideen wurden wiederbelebt, Berichte formuliert und neue Gruppen formierten sich und vernetzten sich mit alten. (vgl. Freeman: 1983, 18) All dies gab dem Ausbruch einer neuen Welle der Frauenbewegung einen Anstoß: "In the early 1960's, feminism was still an unmentionable, but it was slowly awakening from the dead" (Freeman: 1975, 449), „[b]y the mid-1960s one might almost say that American women were in search of a feminist movement“ (D'Emilio/Freedman: 1997, 310).

In den USA ging es den Aktivistinnen des *Women's Rights Movement* ganz praktisch um ihre sozialen und arbeitspolitischen Rechte, wie z.B. die arbeitsrechtliche Gleichstellung von Frauen, auf der anderen Seite gab es das *Women's Liberation Movement*, das als Teil einer Anti-Kriegs-Bewegung angesichts des Vietnam Krieges geboren wurde und sich über feministische Theorieproduktion profilierte. (vgl. Babka, 2004:191) In Großbritannien richtete sich die „neue“ Bewegung der 60er gegen das Patriarchat und Sexismus. (vgl. Babka, 2004:191) Auch der „neue“ Feminismus der zweiten Welle war im Hinblick auf die Problemstellungen und Diskurse von Anbeginn eine internationale Bewegung. So ließen sich die westdeutschen Frauen von Aufsehen erregenden Aktionen der Aktivistinnen des *Women's Liberation Movement* wie etwa die öffentliche Verbrennung von Büstenhaltern 1968 in New York und London sowie die „Aufmüpfigkeit der *Dollen Minnas* in den Niederlanden oder der 'ererbte revolutionäre Stil' des *Mouvement de Libération des Femmes (MLF)* in Frankreich“ (Gerhard, 2009:113) ermutigen und es entstanden neue feministische Gruppen, die sich mit der Unterdrückung der Frau, sexueller Ausbeutung oder Fragen der Abtreibung beschäftigten. (vgl. Babka, 2004:191) In Deutschland wurde die „neue“ Frauenbewegung ebenfalls Teil der Bürgerrechts- und Protestbewegungen, die in den 1960er Jahren

gegen das restaurative Klima, gegen Wiederbewaffnung und Atomwaffen und gegen eine konservativ-autoritär geprägte Politik des Vergessens aufbegehrten. (vgl. Gerhard, 2009:110) Anders als die „alte“ Frauenbewegung gründeten die „neuen“ deutschen Feministinnen keine traditionellen Vereine oder Organisationen, sondern wollten sich ausdrücklich als Basisbewegung verstanden wissen, die eine Stellvertreterpolitik mit „Führerinnen“ strikt ablehnte und wie die anderen neuen sozialen Bewegungen nicht nur auf Gleichberechtigung und Partizipation im bestehenden System, sondern auf eine gesellschaftliche Veränderung und eine andere Form der Politik und politischer Teilhabe zielte. (vgl. ebd.:110+116)

Neben sozialen und arbeitspolitischen Rechten war ein weiterer Bereich der zweiten Welle der Frauenbewegungen der akademische Feminismus, der sich vor allem dadurch auszeichnete, dass seine Protagonistinnen Women's Studies Programme aufbauten – „d. h., dass sie Curricula entwickelten, die darauf ausgerichtet waren, sexuelle Stereotypen in verschiedenen Lebensbereichen (wie Arbeit, Familienrecht, Religion) sowie in verschiedenen Bereichen künstlerischer Produktion (wie Literatur, Film etc.) zu definieren und zu analysieren.“ (Babka, 2004:192) Die Vertreterinnen des akademischen Feminismus zielten in erster Linie auf eine Bewusstseinsbildung ab und orientierten sich an den realen Lebensverhältnissen von Frauen. Zugleich setzten sie sich aber auch mit feministischer Politik auseinander und formulierten – in letzter Konsequenz – Theorien. (vgl. Babka, 2004:192) Der wohl tiefgreifendste Effekt der amerikanischen zweiten Welle der Frauenbewegung wurde auch die erzielte Bewusstseinsbildung in der amerikanischen Gesellschaft (vgl. Zinn: 2006, 83): *“Der neue Feminismus warf mehr Licht auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft und auf die Ungerechtigkeiten, welchen sich die Frauen in ökonomischen, sozialen und politischen Bereichen gegenübersehen. Gleichzeitig trug diese Bewegung dazu bei, dass die Gesellschaft sich der Notwendigkeit bewusst wurde, traditionelle Annahmen über die Natur der Unterschiede zwischen Mann und Frau zu überprüfen.“* (Greenglass: 1986, 15) Während dies in den USA also erfolgreich war, gelang es den Aktivistinnen in Deutschland trotz ihrer engen Verbindung mit der StudentInnenbewegung der 1968er Jahre bis auf wenige Ausnahmen nicht, die Frauen- und Geschlechterforschung oder eine vergleichbare Studienrichtung in Deutschland auf der Ebene von Lehrstühlen zu institutionalisieren. (vgl. Babka, 2004:192) Den Französisinnen gelang es zwar mit ihrem Ansatz einer kritischen Auseinandersetzung mit der Dekonstruktion und der Psychoanalyse eine „Feminisierung der Philosophie“ in den akademischen Diskurs einzugehen, trotzdem blieben Lehrstühle für Frauenforschung, Gender Studies oder Queer Studies auch in Frankreich bis ins 21. Jahrhundert eine Ausnahme. (vgl. Babka, 2004:192) Von der Notwendigkeit eines akademischen Feminismus zeugte auch die oben erwähnte

Feststellung, dass die erste Welle der Frauenbewegung in der herrschenden Geschichtslehre und Wissenschaft verschwiegen worden war. (vgl. Mies/Shiva, 1995:53) Mies betont aber, dass dabei nicht vergessen werden darf, dass die Frauenforschung aus der Frauenbewegung erwachsen ist und nicht das Resultat akademischer Bemühungen in Forschungsinstituten ist; also nicht von Wissenschaftlerinnen erfunden wurde, sondern auf der Straße entstand, als Frauen verschiedener Hintergründe zusammenkamen, um *als Frauen* gegen patriarchale Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. (vgl. Mies/Shiva, 1995:53)

In der zweiten Welle der Frauenbewegung hat sich ohne Zweifel sehr viel auf theoretischer und praktischer Ebene entwickelt. So hat die feministische Forschung ihren Anfang genommen und der Feminismus der 1970er hat eine kulturelle Revolution in den Geschlechterverhältnissen ausgelöst, welche die Leitbilder und Lebensentwürfe von Frauen grundlegend verändert hat. (vgl. Gerhard, 2009:122) Trotzdem waren die strukturellen Barrieren im Zugang zu beruflichen Karrieren und politischer Entscheidungsmacht auch in den 1980er/90er Jahren noch fest mit alten Gewohnheiten und Machtverhältnissen verknüpft. (vgl. ebd.:122)

2.2.3 Die dritte Welle der Frauenbewegung

Während westliche Feministinnen seit der weltpolitischen Wende von 1989 einen Rückschlag oder gar ein Ende des 'neuen' Feminismus beklagten, kam es auf globaler Ebene – unabhängig und unbemerkt von westlichen Feminismen – zur Entstehung von lokalen und globalen Frauenbewegungen und feministischen Initiativen, von denen mittlerweile als „Third Wave Feminismus“ gesprochen wird. (vgl. Gerhard, 2009:123) Begründerin des Begriffs Third Wave-Feminismus ist die Amerikanerin Rebecca Walker (selbst Tochter einer bekannten afroamerikanischen Feministin), die 1997 zusammen mit anderen Frauen die *Third Wave Foundation* gründete. (vgl. Schrupp, 2008:1) Ausgehend von dem Impuls, den Rebecca Walker gesetzt hatte, entstanden in den 1990er Jahren in den USA zahlreiche Initiativen, Publikationen und Aktionen rund um den Begriff der „Dritten Welle“. (vgl. ebd.:3)

Charakteristisch für die dritte Welle ist die Kritik des westlichen Feminismus durch Black Women und „Women of Color“ aus verschiedenen Teilen der Welt. Diese hatten feststellen müssen, dass sie zwar weitreichend an der zweiten Welle der Frauenbewegung beteiligt gewesen waren, die Frauenbewegung jedoch immer noch Konnotationen unterworfen war, welche nicht-weiße Frauen zumindest in der Wahrnehmung der Bewegung ausschloss. (vgl. Antrobus, 2004:1) „Women of Color“ übten scharfe Kritik an der Weißen-Mittelschichts-Dominanz der zweiten Welle der Frauenbewegung und die Bewusstseinsarbeit, die Vertreterinnen des *Black Feminist Literary*

Criticism hinsichtlich der Vielfältigkeit des Begriffs Frau und der Dominanz eurozentristischer Diskurse leisteten, war besonders bedeutsam für die feministische Theoriebildung. (vgl. Schrupp, 2008:4 & Babka, 2004:217) So öffnete sich auf theoretischer Ebene auch der Weg für einen sogenannten *postkolonialen Feminismus*, abgeleitet aus der *postkolonialen Kritik*. Die VertreterInnen postkolonialer feministischer Ansätze, wie Gayatri Chakravorty Spivak oder Chandra Mohanty, widmen sich besonders dem Phänomen von Dominanz und Unterwerfung zwischen (und oftmals innerhalb) verschiedenen Nationen, Ethnien und Kulturen sowie zwischen den Kolonisatoren und den Kolonialiserten. (vgl. Babka, 2004:208) So entwickelte sich im Laufe der 1980er und 1990er Jahre aus den Differenzdebatten um den Konstruktionsgedanken von Geschlechtsidentitäten immer mehr ein Differenzdenken, das nicht mehr ausschließlich auf die Geschlechterdifferenz fixiert war, sondern vermehrt ein Denken rund um das Begriffstrias *race – class – gender* zuließ sowie zusätzlich noch um Fragen der sexuellen Orientierung, des Alters, religiöser Zugehörigkeit und anderer Parameter. (vgl. Babka, 2004:217) So entstanden mit der neuen Ausdifferenzierung auch Forschungsansätze wie die Lesbian and Gay Studies bzw. Queer Studies mit dem bahnbrechenden Buch „Gender Trouble“ von Judith Butler, welches 1990 erschien und die Unterscheidung von *sex* und *gender* hinterfrage. (vgl. Babka, 2004:217 & Schrupp, 2008:1)

In Europa hat sich der Third-Wave-Feminismus nie so etabliert, wie es in den USA der Fall war, wenn einige Debatten und Aktivitäten in den 90er Jahren auch ähnlich verlaufen sind und beispielsweise Judith Butlers Beiträge große Bedeutung gewonnen haben. (vgl. Schrupp, 2008:5) Dafür hat seit Ende der 1980er Jahre in Deutschland eine große Welle der Institutionalisierung von Frauenpolitik stattgefunden, angefangen von der Installierung von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den meisten Kommunen und Institutionen bis hin zu den *Gender-Mainstreaming*-Vorgaben seitens der EU – mit der nachteiligen Wirkung, dass der Feminismus den Charakter des Bürokratischen bekommen hat, nicht mehr als Bewegung, vielmehr als Teil des Staates gesehen wird und der formalistische Gleichstellungs-Aspekt des Feminismus auf Kosten des kulturellen Aspektes ein enormes Übergewicht erfuhr. (vgl. Schrupp, 2008:5)

2.3 Feministische Strömungen und Theorien

Verschiedene politische Strömungen und feministische Theorien entwickelten sich entlang der Geschichte der Frauenbewegungen – von denen einige im geschichtlichen Überblick schon erwähnt wurden – allerdings sind diese theoretischen Entwicklungen nicht als zeitlich aufeinanderfolgende Phasen zu verstehen: „*Die Kritik an und Infragestellung von bestehenden Wissenschaftsbeständen,*

die Generierung neuen Wissens und dessen Etablierung sind vielmehr parallel verlaufende Prozesse, die zudem von vielen Ungleichzeitigkeiten geprägt sind.“ (Hark, 2007:241) So ist die feministische Wissenschaft – besonders seit ihrem Aufblühen in den 1970er Jahren – im Laufe der Zeit immer wieder Bündnisse mit anderen kritischen Theorieprojekten eingegangen, „so zum Beispiel mit der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule, dem dekonstruktivistischen Denken, der Marxschen Theorie, der Diskurstheorie, mit dem machtkritischen, genealogischen Projekt Michel Foucaults, der Psychoanalyse sowie besonders mit postkolonialen und (hetero-)sexualitätskritischen, queeren Theorieansätzen“ (Hark, 2007:10). Für einige wissenschaftliche Bereiche, wie die Soziologie, die Pädagogik oder die Literaturwissenschaften, hat dies zu einem Durchbrechen der Geschlechterindifferenz jener Fächer geführt, während andere Disziplinen – insbesondere aus dem Bereich der Naturwissenschaft, der Technik und der Wirtschaftswissenschaften – sich bisher erfolgreich gegen die feministische Kritik immunisiert haben. (vgl. ebd.:241)

2.3.1 Die politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung

Die Überlegungen der feministischen Politikwissenschaft und feministischer Theorie allgemein liegen quer zu den Einteilungen des Faches und quer zu den Disziplinengrenzen. (vgl. Krause, 2003:10) Dies ist nicht nur zufällig so, denn tatsächlich ist die Mächtigkeit des Geschlechtersystems nur erfassbar, wenn man es außer in politischen Zusammenhängen auch in juristischen, literarischen, kulturellen, biologischen, medizinischen etc. verfolgt. (vgl. ebd.:10) Somit muss die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung die Erkenntnisse anderer Disziplinen einschließlich der Naturwissenschaften zumindest wahrnehmen. (vgl. ebd.:10) Das Wort „feministisch“ drückt im politikwissenschaftlichen Sinne das Vorhaben aus, emanzipatorische Impulse in politischen und wissenschaftlichen Strömungen zu charakterisieren, die von Frauen gesetzt wurden. Bis heute ist „feministisch“ ein Synonym für „kritisch“, nicht nur gegenüber universalisierenden oder einseitig männlichen Sichtweisen, sondern auch gegenüber wissenschaftlichen Positionen. (vgl. ebd.:23)

Die erste Aufgabe der Frauenforschung – die Frau zu entdecken – stellt sich in der Politikwissenschaft gleich als umfassende Herausforderung heraus, denn der Frauenausschluss in dieser Disziplin war perfekt: Der Gegenstand der Politikwissenschaft – die Politik – war so definiert, dass Frauen, typische Tätigkeiten von Frauen und die den Frauen zugewiesenen Eigenschaften einfach nicht auftauchten, denn politikwissenschaftliche Fragestellungen waren durch den Ausschluss des „Privaten“ und somit die Auslassung von weiblichen Lebenswelten gekennzeichnet. (vgl. ebd.:20) Mit Blick auf das Selbstverständnis der Disziplin sowie auf

staatliche Unterlassungen ging es der politikwissenschaftlichen Frauenforschung somit in erster Linie darum aufzuzeigen, in welchem Maße das so genannte Private politisch bestimmt war. (vgl. ebd.:20) Sie beschäftigten sich also mit Fragen nach dem sozialpolitischen Handeln und der Bevormundung und Rollenzuweisung durch Politik, z.B. durch das Ehe- und Steuerrecht oder Bestimmungen zur Abtreibung. Sie fragten: Wie geht (staatliche) Politik mit Frauen um? Von welcher Rolle der Frauen geht Politik aus; welche Rolle wird unterstützt, welche behindert? (vgl. ebd.:20) Während einige politikwissenschaftliche Frauenforscherinnen der Frage nachgingen, wie der Grad politischer Partizipation von Frauen zu erhöhen sei, stellten andere heraus, dass Frauen in einem unkonventionellen Sinne bereits politisch sehr aktiv waren und widerlegten damit die Rede von der „unpolitischen Frau“. (vgl. ebd.:20)

Staatliche Politik (*Policy*) lässt sich einer politikwissenschaftlichen feministischen Analyse zufolge in drei Kategorien einteilen. (vgl. ebd.:223) Die erste Kategorie umfasst *Policies*, die direkt auf Frauen zugeschnitten sind, wie z.B. Mutterschutzgesetze, Abtreibungsregelungen, Frauenförderungspläne etc. (vgl. ebd.:223) Zur zweiten Kategorie gehören Maßnahmen, die auf die Beziehungen von Männern und Frauen zielen, so wie Ehe- und Familienrecht und Gesetze zu Eigentum und Sexualität. (vgl. ebd.:223) *Policies* der dritten Kategorie beziehen sich auf scheinbar geschlechtsneutrale Themen wie Staatsrecht, internationaler Handel, Umweltschutz etc., sind aber der feministischen Analyse zufolge trotzdem von Geschlechtsvorstellungen geprägt und haben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer. (vgl. ebd.:223) Diese Einteilung soll verdeutlichen, dass Frauen-, Männer- und Geschlechterpolitik nicht nur das ist, was als solche deklariert wird, sondern gerade auch scheinbar geschlechtsneutrale Maßnahmen der Analyse unterzogen werden müssen. (vgl. ebd.:223)

2.3.2 Differenz- und Egalitätsfeminismus und andere Kategorien

Der Differenz- und der Gleichheitsansatz können zunächst einmal als zwei grundlegende Positionen festgemacht werden, an denen entlang sich die feministischen Theorien von Beginn an ausdifferenzieren. (vgl. Babka, 2004:194 & Karsch, 2004:108) Während die Vertreterinnen eines Egalitätsfeminismus von einer grundsätzlichen Gleichheit der Geschlechter ausgehen, stellen die Vertreterinnen eines Differenzfeminismus eine unhintergehbare Unterschiedlichkeit fest. (vgl. Babka, 2004:194)

Der Gleichheitsansatz geht davon aus, dass Mann und Frau ursprünglich die gleichen Fähigkeiten besitzen, sich ihre Interessen, Eigenarten und Begabungen jedoch durch eine unterschiedliche Sozialisation im Sinne der Geschlechterrollen verschieden ausbilden. (vgl. Karsch, 2004:108-109)

Das Ziel der Vertreterinnen eines Egalitätsfeminismus ist es, die sozial bedingten Geschlechterrollen zu verändern und Mann und Frau aneinander anzugleichen, um dadurch eine Gleichberechtigung herbeizuführen. (vgl. ebd.:109) Der Differenzansatz betont die Andersartigkeit von Frauen trotz ihrer Gleichwertigkeit mit den Männern, indem er die „weiblichen Besonderheiten“ hervorhebt und diese im Gegensatz zur gesellschaftlichen Abwertung gegenüber den „männlichen Eigenschaften“ aufwertet. (vgl. ebd.:109-110)

Festzuhalten ist jedoch, dass beide Ansätze ein gleiches Ziel verfolgen können – z.B. die gleiche politische Beteiligung der Frau – dieses jedoch mit unterschiedlichen Begründungen herbeiführen wollen. So haben Vertreterinnen des Differenzansatzes eine alternative Frauenkultur propagiert und mithilfe der Betonung biologischer Unterschiede die Notwendigkeit einer Frauenquote abgeleitet. (vgl. ebd.:110) Vertreterinnen des Egalitätsansatzes gehen zwar nicht von natürlichen Unterschieden zwischen Mann und Frau aus, betonen aber aufgrund der Gleichheit von Frau und Mann die Notwendigkeit, dass Frauen genauso präsent sein müssen in der Politik wie Männer, anstatt sie auf die „private Sphäre“ zu reduzieren. (vgl. Karsch, 2004:110 & Krause, 2003:29)

Abgesehen von Unterteilungen in Egalitäts- und Differenzfeminismus lassen sich weitere Zuordnungen treffen, wie im Folgenden sichtbar wird. Krell (Knapp/Krell, 2004:75) geht beispielsweise von drei Hauptströmungen aus: dem *liberalen Feminismus*, dem *radikalen Feminismus* und dem *postmodernen Feminismus*. Andere Autoren (z.B. Krause, 2003 & Notz, 2011) ergänzen Strömungen wie Ökofeminismus, Black Feminism, Cyberfeminismus oder Queerfeminismus. Eine solche Vielfalt an Feminismen macht es fast unmöglich, einen ausreichenden Überblick darzustellen und Karsch stellt zudem fest: „Trotz unterschiedlicher theoretischer Annahmen unterscheiden sich die politischen Forderungen der Feministinnen oft nur sehr wenig voneinander.“ (Karsch, 2004:110) Trotzdem soll der Versuch unternommen werden, auf die Besonderheiten der verschiedenen Strömungen einzugehen und somit einen gewissen Überblick über die Vielseitigkeit des Feminismus zu geben:

- liberaler (bürgerlicher) Feminismus
- sozialistischer (auch marxistischer oder materialistischer) Feminismus
- radikaler Feminismus
 - kultureller (gynozentrischer) Feminismus
 - Ökofeminismus (spiritueller Feminismus)
- postmoderner (dekonstruktivistischer) Feminismus
- Black Feminism

2.3.3 Der liberale Feminismus

Der liberale Feminismus folgt den Prinzipien des traditionellen politischen Liberalismus, wie z.B. dem Ideal der universellen Menschlichkeit (Krause, 2003:28) Er klagt das bis heute uneingelöste Gleichheitspostulat der Aufklärung ein und will die Leistungen sowie die Diskriminierung der Frau sichtbar machen, rechtliche Gleichheit und bessere Partizipation erlangen. (vgl. Brand, 2004:75) Er ist historisch gesehen die zuerst entstandene Strömung, fand sowohl in der ersten Welle der Frauenbewegung als auch in den Anfängen der zweiten große Verbreitung und bildet bis heute die Basis des Feminismus. (vgl. Babka, 2004:194 & Karsch, 2004:22)

Den Vertreterinnen wie Olympe de Gouges ging es im Sinne der Gleichheit um die Anerkennung der bürgerlichen und politischen Rechte der Frau, da sie schließlich ebenso wie der Mann frei geboren und demnach gleich in allen Rechten sei. (vgl. Karsch, 2004:17) Mary Wollstonecraft stellte, abgesehen vom rein biologischen Unterschied, alle von Rousseau benannten „natürlichen Unterschiede“ zwischen Frauen und Männern in Frage, wie beispielsweise die körperliche Überlegenheit des Mannes. (vgl. Karsch, 2004:20 & Krause, 2003:29) Sie forderte dementsprechend, „das Verhalten von Frauen und Männern nicht länger mit zweierlei Maß zu messen und das Recht der Frauen auf unabhängige Arbeit, Ausbildung sowie Teilhabe am bürgerlichen und politischen Leben zu gewährleisten“ (Karsch, 2004:22). Zur Erreichung einer politischen Gleichberechtigung waren es liberale Feministinnen, die Vorschläge wie die Quotenregelung und andere spezifischen Frauenförderungsmaßnahmen entwickelten. (vgl. Krause, 2003:29) Die Vertreterin Simone de Beauvoir sprach außerdem von der Notwendigkeit einer Veränderung der Geschlechterrollen durch Angleichung der Frauen an die Männer, um so die Gleichberechtigung herbeiführen zu können. (vgl. Karsch, 2004:108-109) In ihrem Buch „Das andere Geschlecht“ von 1949 stellte sie die Geschlechterverhältnisse radikal in Frage, indem sie die Unterdrückung der Frauen durch die Männer in der Geschichte nachzeichnete. Wie Wollstonecraft betont sie, dass die sexuelle Zweigeschlechtlichkeit zwar ein biologisches Faktum sei, aus der möglichen Mutterschaft der Frauen aber nicht zwangsläufig ihre Unterdrückung folgen müsse. So seien Frauen zwar von ihrem Körper geprägt, nicht aber von diesem abhängig. (vgl. Karsch, 2004:101 & de Beauvoir, 2009:57) Der Titel ihres Buches verweist darauf, wie Männer in allen Lebensbereichen ein Bild von sich als 'dem Einen' und Frauen als 'dem Anderen' geschaffen und so sich selbst die aktive Subjekt-, den Frauen die passive Objektrolle zugeteilt haben. Die Folge sei ein Androzentrismus, der Männlichkeit als Norm und Weiblichkeit als Abweichung verstehe. (vgl. Karsch, 2004:101 & de Beauvoir, 2009:95ff.) Das für die Frauenbewegung bedeutende Zitat „Man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu gemacht“ weist auf die Künstlichkeit der

Unterdrückung in den Geschlechterverhältnissen und die Möglichkeit der Veränderung hin. (vgl. Karsch, 2004:101)

Als Schwäche des liberalen Feminismus kann die Tatsache gesehen werden, dass er die Klassenunterschiede zwischen Frauen nicht überwinden konnte. So vertrat er zwar die Interessen der Frauen des Bürgertums – war er ja auch von ihnen ins Leben gerufen worden – vernachlässigte aber die Interessen der Arbeiterinnen, die sich schließlich um einen sozialistischen Feminismus formierten. (vgl. Karsch, 2004:34)

2.3.4 Der sozialistische (auch marxistische oder materialistische) Feminismus

Der sozialistische Feminismus geht – wie der liberale Feminismus – von der Gleichheit der Geschlechter aus, möchte diese aber nicht nur rechtlich und politisch, sondern auch ökonomisch durchsetzen. (vgl. Babka, 2004:195) Während bürgerliche Frauen nicht das Recht auf Lohnarbeit besaßen und die Ehe in der Regel ihre „Versorgungsanstalt“ war, fehlte es den Arbeiterinnen oft an Zeit und Kraft für die politische Arbeit und die Industrialisierung hatte für sie andere Folgen als für die bürgerlichen Frauen. (vgl. Karsch, 2004:34+35) Sie arbeiteten nicht mehr nur als Haushaltsbedienstete und Farmerinnen, sondern als Fabrikarbeiterinnen in den Großstädten, wo ihre Arbeit nicht nur unsicher war, sondern sich durch ein unregelmäßiges, schlechtes Gehalt auszeichnete. (vgl. ebd.:50)

1848 war Marxs und Engels kommunistisches Manifest erschienen, welches alle Proletarier zur Vereinigung aufrief, um gemeinsam den Kapitalismus abzuschaffen und den Sozialismus als gerechte Gesellschaftsform einzuführen. (vgl. ebd.:57) Marx und Engels hatten schon in früheren Schriften die besondere Unterdrückung von Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft thematisiert und proklamierten nun das Ende der Abhängigkeit der Frau durch bezahlte Arbeit und Organisation in der Gewerkschaft. (vgl. ebd.:57) Auch Bebel wiederholte in seiner Schrift „Die Frau und der Sozialismus“ von 1879, dass das Privateigentum und der Ausschluss der Frau von der produktiven Arbeit und der daraus resultierenden Abhängigkeit vom Mann die Ursache der Unterdrückung der Frau seien. (vgl. ebd.:59) Er kritisierte auch das Phänomen der bezahlten Männerarbeit und unbezahlten weiblichen Hausarbeit. (vgl. ebd.:59)

So verbanden die Arbeiterinnen die „Lösung der Frauenfrage“ mit der Einführung des Sozialismus und wollten nicht, wie die bürgerlichen Frauen, mit ihren Forderungen innerhalb der kapitalistischen Ordnung verharren. (vgl. Karsch, 2004:34-35) Der sozialistische Feminismus brachte also die Unterdrückung der Frau mit dem Kapitalismus und der damit zusammenhängenden Produktionsweise in Verbindung. Diesem Gedanken folgend schloss sich Mitte des 19. Jahrhunderts

eine wachsende Zahl von Frauen den sozialistischen Bewegungen an. (vgl. ebd.:49) Sie waren der Ansicht, dass die Gesellschaft nur Gerechtigkeit erlangen könne, wenn sie den Frauen Gleichheit zugestehe und ihre Ausbeutung beende und meinten, dass die Gleichheit sich in der Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter zeige. (vgl. ebd.:49) Sozialistische Feministinnen analysieren jedoch nicht nur das Klassensystem als Kapitalismus, sondern auch das kulturelle System als Patriarchat, worin sie eine Nähe zu den radikalen Feministinnen aufweisen. (vgl. ebd.:31)

2.3.5 Der radikale Feminismus

Der radikale Feminismus ging in seinen Anfängen – die ebenfalls in der ersten Welle der Frauenbewegung liegen – von der Gleichheit der Geschlechter aus, veränderte sich diesbezüglich jedoch, so dass der späte radikale Feminismus als Differenzfeminismus bezeichnet werden kann. (vgl. Krause, 2003:28 & Babka, 2004:194) Er geht über die Forderungen des liberalen Feminismus hinaus und betont die Unterschiede zwischen Mann und Frau: Die Frau soll nicht nur aus Gründen der Gleichberechtigung als politischen und sozialen Geschehen beteiligt sein, sondern auch, weil sie andere Werte und Moral einbringt. (vgl. Brand, 2004:75) Die Vertreterinnen des späten Ansatzes des radikalen Feminismus schreiben die Geschlechterdifferenz also als unhintergehbare Kategorie fest, akzentuieren das echte, angeborene Weibliche und lehnen kulturell bzw. sozial begründete Definitionen des Geschlechts ab. (vgl. Babka, 2004:194)

Der radikale Feminismus prägte besonders die zweite Welle der Frauenbewegung. Die Frauen wehrten sich gegen die ihnen zugeschriebene alleinige Zuständigkeit für die Kindererziehung und Reproduktionsaufgaben, welche sie daran hinderte, bei der politischen Arbeit eine gleichberechtigte Rolle einzunehmen. (vgl. Notz, 2011:18) „Das Private ist Politisch“ war der Slogan, der die Trennung von Privatem und Politischem sowie die damit zusammenhängende patriarchale Abhängigkeit und Unterdrückung kritisierte und die Abschaffung des Patriarchats als oberstes Ziel verfolgten. (vgl. ebd.:18) Das Patriarchat als systemische und systematische Organisation der übergeordneten Stellung der Männer und des Männlichen wurde als dafür verantwortlich erkannt, dass Frauen in erster Linie aufgrund ihres Geschlechts Unterdrückung erführen. (vgl. Krause, 2009:32) Demnach ergäbe sich eine Gemeinsamkeit zwischen allen Frauen trotz unterschiedlicher sozialer Lagen. (vgl. ebd.:32) Die Radikalität dieser Strömung zeigt sich im Gesellschaftsverständnis, in der Bewertung des Weiblichen und in der politischen Strategie und Utopie. Der Schwerpunkt des radikalen Feminismus liegt nicht auf Veränderungen der politischen Institutionen, auf der Rechtsprechung, auf Arbeit oder Markt, wie im sozialistischen Feminismus, sondern auf sozialen und kulturellen Institutionen, wie beispielsweise Familie, Ehe und

Partnerschaft. (vgl. ebd.:32) Dem Körper der Frau kommt im Sinne der Selbstbestimmung eine besondere Bedeutung zu, so dass radikale Feministinnen die schärfste Kritik an Abtreibungsverboten, herkömmlichen Sexualnormen, Reproduktionstechniken etc. formulierten. (vgl. ebd.:32) Auch gehen radikale Feministinnen davon aus, dass Frauen mit anderen Frauen nach ihren eigenen Prinzipien Entfaltungs- und Handlungsräume schaffen müssen, da Emanzipation nicht in Kooperation mit bestehenden Strukturen oder zusammen mit Männern erreicht werden kann. (vgl. ebd.:33)

2.3.6 Der kulturelle/gynozentrische Feminismus

Von Kulturfeminismus wird dort gesprochen, wo die Tendenz des radikalen Feminismus, mit Männern und dem gegebenen Gesellschaftssystem zu brechen, mit den besseren Qualitäten der Frau und ihrer höherwertigen Kultur begründet wird. (vgl. Krause, 2009:33) Der kulturelle Feminismus betrachtet Frauen, im Gegensatz zum radikalen Feminismus, nicht nur als biologisch unterschiedlich zum Mann, sondern ordnet Frauen und Männern auch unterschiedliche Wesensmerkmale, Werte und sogar kosmologische Bestimmungen zu. (vgl. Biehl, 1991:11) Die Anthropologin Sherry Ortner beschäftigte sich mit der Frage „Verhält sich das Weibliche zum Männlichen, wie die Natur zur Kultur?“ (zit. n. Biehl, 1991:10). Demnach ist die Kultur männlich angesehen und die Natur weiblich, was Vertreterinnen dieser Richtung vor allem daraus ableiten, dass sie die gegenwärtige Kultur als Frau- und Natur-verachtend empfinden. (vgl. Biehl, 1991:12) Frauen seien aufgrund ihrer Körpernähe und aufgrund ihrer sorgenden Tätigkeiten sozial- und naturverträglicher als Männer. (vgl. Krause, 2003:33)

2.3.7 Der Ökofeminismus (spiritueller Feminismus)

Der Ökofeminismus entstand Anfang der 1980er Jahre vor dem Hintergrund weltweiter ökologischer Katastrophen und verschiedener sozialer Bewegungen wie der Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung. (vgl. Notz, 2011:23 & Mies/Shiva, 1995:23) Er ist eindeutig als Differenzfeminismus zu bezeichnen, da Ökofeministinnen einen natürlichen Unterschied zwischen den Geschlechtern postulieren und einen strukturellen Zusammenhang zwischen Frauen und der Natur sehen. (vgl. Notz, 2011:23) Die Naturverbundenheit ist somit die Zentralessage des Ökofeminismus. (vgl. Krause, 2003:33) Er stellt fest, dass die Unterdrückung der Frau im Patriarchat Parallelen zu der Unterdrückung der Natur mit der Folge der Umweltzerstörung aufweist: „[D]er Krieg gegen die Natur und die Frauen [hat] die gleichen Wurzeln“ (Mies/Shiva, 1995:25). Aus diesem Zitat geht die Schlussfolgerung der Ökofeministinnen hervor, dass die

Ausbeutungsverhältnisse sich gegenseitig bedingen und nur gemeinsam aufgehoben werden können. (vgl. Krause, 2003:34) Die Strategie ist die Befreiung der Frauen und Aufwertung weiblicher Qualitäten, die der Umweltzerstörung im Folgenden Einhalt gebieten können. (vgl. ebd.:34) Da Frauen sich aufgrund ihrer Reproduktionsfähigkeit der Natur per se stärker verbunden fühlen und Eigenschaften wie Fürsorge, Muttergefühle und Kommunikationsfähigkeit haben, können sie mit Hilfe dieser Eigenschaften die Erde als Lebensgrundlage bewahren und Lösungen für die weltweiten ökologischen, ökonomischen und sozialen Probleme entwickeln, die von der herrschenden Elite der Männer nicht zu erwarten seien. (vgl. Notz, 2011:23)

In den USA legen Vertreterinnen des Ökofeminismus wie Mary Daly einen größeren Wert auf Spiritualität als in Europa. (vgl. Mies/Shiva, 1995:29) Spiritualität wird dort insofern von einigen Ökofeministinnen betont, dass es um die „Wiederentdeckung der Heiligkeit des Lebens“ geht, also darum, alle Lebensformen als heilig anzusehen und zu respektieren. (vgl. ebd.:29)

2.3.8 Der dekonstruktivistische (postmoderne) Feminismus

Die oben genannten politischen Strömungen waren in der politikwissenschaftlichen Frauenforschung der 1970er und 80er Jahre deutlich zu identifizieren, haben jedoch mittlerweile an Kontur verloren. (vgl. Krause, 2003:34) Seit den 1980er Jahren wurde die Frauen- und Geschlechterforschung durch neue wissenschaftliche und politische Strömungen beeinflusst und die „Naivität“, mit der liberale, marxistisch-sozialistische oder radikale Feministinnen „wussten“, was Frauen und Männer sind, ging verloren. (vgl. ebd.:35) Hatte die Lesbenbewegung im radikalen Feminismus die Naturalisierung von Heterosexualität in den 1980er Jahren bereits radikal in Frage gestellt, wurden die Erkenntnisse des lesbischen Feminismus im dekonstruktivistischen Feminismus noch vertieft. (vgl. Notz, 2011:21) Das *gender*-Konzept, welches im radikalen Feminismus der 1980er Jahre entstanden war, wurde im dekonstruktivistischen Feminismus weiter entwickelt. (vgl. Becker-Schmidt/Knapp, 2000: 63) Es sollten nicht mehr nur Ungerechtigkeit und Unterdrückungsmechanismen aufgedeckt werden, sondern zudem geklärt werden, wie Frauen und Männer als Gegenbilder entworfen – konstruiert – werden. (vgl. Krause, 2003:35) Diese Ausdifferenzierung markierte den Beginn der Geschlechterforschung, ohne die Frauenforschung jedoch völlig abzulösen. (vgl. ebd.:35) Simone de Beauvoirs bedeutender Satz „Als Frau wird man nicht geboren, zur Frau wird man gemacht“, mit welchem sie als die Begründerin der Idee der Konstruiertheit von Geschlecht bezeichnet werden kann, erlang neue Bedeutung. Der dekonstruktivistische Feminismus betont jedoch nicht mehr nur die Unterschiede zwischen Mann und Frau, sondern auch zwischen Frau und Frau und schlussfolgert, dass es „die Frau“ oder „die

Frauen“ nicht gibt. (vgl. Brand, 2004:75) In den 1990er Jahren trat diese Diskussion um Dekonstruktion sowie das Thema der sozialen und kulturellen Heterogenität von Frauen in den Vordergrund. (Becker-Schmidt/Knapp, 2000:8) Die Notwendigkeit der Feststellung einer kulturellen Heterogenität bzw. „Differenzen“ von Frauen entwickelten Vertreterinnen dieses Ansatzes aus den Debatten zwischen Frauen unterschiedlicher Hautfarbe oder sexueller Orientierung und besonders aus den Kontroversen zwischen Frauen aus den Industriestaaten und der sogenannten „Dritten Welt“. (vgl. (Becker-Schmidt/Knapp, 2000:103 & Brand, 2004:75) Postmoderne Feministinnen kritisierten das Machtkonzept ihrer Vorgängerinnen: Macht sei nicht als ein universelles, in Institutionen verankertes patriarchales Unterdrückungssystem zu erfassen, denn eine solche Vorstellung übergehe, dass Frauen weltweit in unterschiedlichen sozialen Lagen Macht in unterschiedlicher Weise erleben und ausüben. (vgl. Krause, 2003:50) So begann der postmoderne Feminismus – ähnlich wie der sozialistische Feminismus – andere soziale Kategorien wie „class“ und „race/ethnicity“ miteinzubeziehen. (vgl. Krause, 2003:31)

Was bedeutet aber nun die Dekonstruktion von Geschlecht? Im Gegensatz zu den „klassischen Feminismen“ geht es den Vertreterinnen dekonstruktivistischer Ansätze nicht mehr um die „Rechte der Frau“, sondern um eine grundsätzliche Infragestellung der Geschlechterkategorien „Mann/Frau“. (vgl. Notz, 2011:22) So wurde insbesondere durch Judy Butler zusätzlich zum kulturellen Geschlecht *gender* auch das Körpergeschlecht *sex* in Frage gestellt. (vgl. Becker-Schmidt/Knapp, 2000:70+71) Einerseits war in Feldstudien durch Anthropologen festgestellt worden, dass es in manchen Kulturen Formen der Geschlechterklassifikation gibt, die den uns vertrauten Rahmen der Zweigeschlechtlichkeit überschreiten; sie stießen auf dritte und weitere Geschlechtskategorien oder auf uns fremde Formen des Geschlechtswechsels. (vgl. Becker-Schmidt/Knapp, 2000:68) Andererseits wurden neben diesen ethnologischen Betrachtungen in den USA im Rahmen der Queer Theory Studien zu Transsexualität durchgeführt und der Zusammenhang von biologischem Geschlecht (*sex*) und sozialem Geschlecht (*gender*) kritisch analysiert, so dass geschlussfolgert wurde, dass geschlechtliche und sexuelle Identitäten nicht naturgegeben sind, sondern erst in sozialen und kulturellen Prozessen konstruiert werden. (vgl. Notz, 2011:21 & Becker-Schmidt/Knapp, 2000:68) Judith Butler geht über die Unterscheidung von *sex* und *gender* hinaus und bezeichnet auch *sex* als diskursiv erzeugt. Butler meint damit, dass die Beschränkung auf zwei Kategorien des Geschlechts – „weiblich“ und „männlich“ – angeblich „natürliche“ biologische Tatsachen zum Vorwand nimmt, um Herrschaft und Macht auszuüben. (vgl. Notz, 2011:22) So lässt sich die Dekonstruierung immer weiter führen: „Ist 'Geschlecht' eine Kategorie der 'Natur' oder 'Kultur'? Wenn 'Geschlecht' gänzlich kulturell sein sollte, eine soziale

Konstruktion, wie können wir dann im Namen von 'Geschlecht', das heißt im Namen von Frauen (politisch) sprechen und handeln? Mehr noch: Wenn Judith Butlers (1990) These zutrifft, dass 'Frau' eine regulatorische Phantasie ist, durch deren Gebrauch unweigerlich die normativen Beziehungen zwischen *sex*, *gender* und Begehren reproduziert werden, wie kann 'Frau' dann als begründete Kategorie feministischer Theorie dienen?“ (Hark, 2007:12)

2.3.9 Der Black Feminism

Auch der Black Feminism entstand in den frühen 1980er Jahren in den USA und beschäftigte sich mit den Differenzen zwischen Frauen unterschiedlicher Hautfarbe und Herkunft. Fragen ökonomischer Ungleichheit sowie der historischen Verknüpfung von Klassenverhältnissen und Rassismen stehen dabei im Zentrum. (vgl. Becker-Schmidt/Knapp, 2000:106+107) Die Veröffentlichung einer Reihe von Schriften afroamerikanischer Frauen, die als erste die Gefühle, Analysen und politischen Positionen afroamerikanischer Feministinnen vermittelten und den weißen Mainstream-Feminismus kritisierten, führte zu einem Wandel im feministischen Bewusstsein. (vgl. Becker-Schmidt/Knapp, 2000:106) Eine der ersten war Bell Hooks, die 1981 ihr Buch „Ain't I a woman. Black women and feminism“ veröffentlichte. Auch andere „Dritte-Welt-Frauen“ veröffentlichten bald feministische antirassistische Schriften, jedoch übersteigt der Umfang an Werken afroamerikanischer Frauen alle anderen Bereiche, so dass Mohanty den Black Feminism als „one of the most exciting, insightful, and well-documented fields in feminist and antiracist scholarship“ (Mohanty/Russo/Torres, 1991:24) hervorhebt.

Als klassische Einwanderungsländer waren die USA und Kanada die ersten gewesen, in denen derartige Diskussionen um Unterschiede der sozialen und kulturellen Herkunft von Frauen begannen. (vgl. Becker-Schmidt/Knapp, 2000:105) Afroamerikanische Frauen involvierten sich dort recht früh gleichzeitig im Kampf um „racial equality“ und in der feministischen Bewegung. (vgl. Hooks, 1981:2) Als Vorreiterinnen eines „Black Feminism“ nennt Hooks Frauen wie Sojourner Truth, auf deren Rede aus dem Jahr 1852 sie den Titel ihres Buchs basiert. (vgl. ebd.:159) Truth ist Hooks zufolge die erste afroamerikanische Frau, die ihre Meinung zum Thema direkt äußerte, indem sie sich öffentlich dafür aussprach, dass auch afroamerikanische Frauen ein Stimmrecht erhalten müssten, wenn sich wirklich etwas an der Situation der Unterdrückung ändern sollte. (vgl. ebd.:3-4) Während der ersten Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts mussten afroamerikanische Frauen jedoch bald feststellen, dass sie vom weiß und mittelständisch geprägten feministischen Diskurs ausgeschlossen waren, so dass sie wie viele Frauen der „Dritten Welt“ begannen, den Feminismus an sich in Frage zu stellen. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:7) So

schreibt Hooks: „*Every women's movement in America from its earliest origin to the present day has been built on a racist foundation [...].*“ (Hooks, 1981:124)

Hooks stellt fest, dass sich das feministische Wissen afroamerikanischer Frauen der ersten Welle der Frauenbewegung im Jahrhundertwechsel verloren hatte und afroamerikanische Frauen sich größtenteils einer untergeordneten patriarchalen Rollenzuschreibung fügten: „*Twentieth century black women had learned to accept sexism as natural, as given, a fact of life. Had surveys been taken among black women in the thirties and forties and had they been asked to name the most oppressive force in their lives, racism and no sexism would have headed the list.*“ (Hooks, 1981:4)

So kämpften Frauen in den Bürgerrechtsbewegungen der 50er und 60er Jahre an der Seite von afroamerikanischen Männern gegen Rassismus, schlossen sich jedoch zunächst nicht der zweiten Welle der Frauenbewegung an, weil sie Weiblichkeit nicht als wichtigen Teil ihrer Identität wahrnahmen. (vgl. Hooks, 1981:1) Eine interessante Feststellung, die daraus gewonnen werden kann ist, dass, während weiße Feministinnen in der Frauenbewegung der 1980er Jahre „race“ als Kategorie entdeckten, es für afroamerikanische Frauen in dem Moment genau anders herum gewesen ist: eine rassistische Gesellschaft hinderte sie daran, Sexismus als wichtiges Problem für sich zu erkennen. So schreibt Hooks: „*We were afraid to acknowledge that sexism could be just as oppressive as racism.*“ (Hooks, 1981:1) Doch nicht nur afroamerikanische Frauen selbst mussten sich ihrer Identität als afroamerikanischer Frau erst neu bewusst werden, der gesellschaftliche sowie der feministische Diskurs waren aktiv daran beteiligt gewesen, sie lange in die Unsichtbarkeit zu drängen. So wurden afroamerikanische Frauen lange einfach nicht unabhängig von afroamerikanischen Männern und ebensowenig in ihrer Identität als Frauen wahrgenommen. (vgl. Hooks, 1981: 7)

Hooks nimmt Ausschnitte aus der feministischen Literatur als Beispiel und zeigt auf, wie weiße Feministinnen von „black people“ sprechen, wenn „black men“ gemeint sind und selbstverständlich von „women“ sprachen, wenn sie eigentlich nur sich selbst, also „white women“ meinten. (vgl. ebd.:7) Weiße Frauen sprachen als „Frauen“ und gingen damit wie selbstverständlich davon aus, dass sie alle Frauen repräsentierten, während sie in Wahrheit nur für sich selbst das Wort ergreifen konnten. (vgl. ebd.:136). Hooks stellt fest: „*From Betty Friedan's The Feminine Mystique [...], most white female writers who considered themselves feminist revealed in their writing that they had been socialized to accept and perpetuate racist ideology.*“ (Hooks, 1981:137) Besonders offensichtlich wird diese „rassistische Ideologie“ in dem von weißen Feministinnen gezogenen Vergleich zwischen „Women“ und „Blacks“, der als Vergleich vollkommen unnötig wäre, würden weiße Feministinnen die Existenz afroamerikanischer Frauen anerkennen: „*The most glaring example of their support of the exclusion of black women was revealed when they drew analogies*

between 'women' and 'blacks' when what they were really comparing was the social status of white women with that of black people. [...] for white women to acknowledge the overlap between the terms 'blacks' and 'women' (that is the existence of black women) would render this analogy unnecessary. [...] What this indicates is that there exists in the language of the very movement that is supposedly concerned with eliminating sexist oppression, a sexist-racist attitude towards black women.“ (Hooks, 1981: 8) Hooks wirft weißen Feministinnen einen Narzissmus vor, der sie blind dafür machte zu erkennen, dass sie sich rassistisch verhielten und dass Frauen in einer kapitalistischen, rassistischen, imperialistischen Gesellschaft nicht als kollektive Gruppe existierten, weil sie keinen gemeinsamen sozialen Status hatten. (vgl. ebd.:136) Während weiße Frauen der zweiten Frauenbewegung von „global sisterhood“ und Solidarität sprachen, ignorierten sie ethnische Konflikte und gaben vor, alle Frauen in den USA könnten unabhängig von *class* oder *race* -Grenzen zusammenkommen – eine Vorstellung, die jedoch in der Realität nie erfolgte. (vgl. ebd.:136) So entwickelte sich durch die Schriften afroamerikanischer Frauen wie Bell Hooks in den 1980er/90er Jahren ein Verständnis dafür, dass afroamerikanische Frauen zu Opfern einer doppelten Unterdrückung gemacht wurden. (vgl. ebd.:6+123)

Die theoretischen Ansätze und Auseinandersetzungen mit *race* im dekonstruktivistischen Feminismus und im Black Feminism hatten Auswirkungen auf Entwicklungstheorien und -politik. Aufbauend auf diesen feministischen Ansätzen wird sich im Folgenden mit Entwicklungstheorien und der Bedeutung von Frauen in der Entwicklungstheorie auseinandergesetzt.

2.4 Entwicklung, Macht und postkoloniale Kritik

In der politikwissenschaftlichen Analyse ist die Auseinandersetzung mit Macht und Machtbeziehungen immer ein zentrales Thema. PolitikwissenschaftlerInnen wissen, dass Macht in allen Beziehungen eine Rolle spielt und in unterschiedlichsten Ausdrucksformen – darunter auch unterschwellig – vorkommt. Ein Ansatz, der westliche Diskurse über den Rest der Welt und Machtverhältnisse, die diese Diskurse hervorbringen, analysiert, ist die postkoloniale Theorie bzw. postkoloniale Kritik. (vgl. Kerner, 1999:15) Sie ist im Umfeld der Literatur- und Kulturwissenschaft entstanden, hat jedoch immer einen explizit politischen, emanzipatorischen Anspruch gepflegt. (vgl. ebd.:15) Im Mittelpunkt der Analyse stehen Texte und Diskurse, denen eine originäre Machtdimension zugeschrieben wird. (vgl. ebd.:15)

Auch in der feministischen Forschung wird die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Macht und Geschlecht in den 1970er Jahren zum Fokus der politischen Orientierung. (vgl. Knapp,

2000:33) Ab den 1990er Jahren mit Beginn der „Third World Feminism“ verbinden sich feministische Ansätze mit postkolonialer Kritik und es kommen weitere Ebenen der Machtanalyse hinzu. Vertreterinnen dieses Ansatzes beschränken sich nicht darauf, dem *malestream* postkolonialer Kritik die Geschlechterdimension hinzuzufügen, sondern sie eröffnen eine „binnenfeministische Debatte“, in der es um den Umgang mit Differenzen zwischen Frauen geht. (vgl. Kerner, 1999:15) Da feministisch inspirierte EZA zu den wichtigsten Interaktionsgelegenheiten zwischen Frauen aus Ländern der „Ersten Welt“ und Frauen aus Ländern der „Dritten Welt“ gehört, bezieht sich feministische postkoloniale Kritik des öfteren explizit auf entwicklungspolitische Texte und Aspekte. (vgl. Kerner, 1999:15-16)

Inwiefern Macht und Hierarchie somit in der EZA bzw. im Entwicklungsdenken eine Rolle spielen, wird in den folgenden Unterkapiteln verdeutlicht.

2.4.1 Entwicklungstheorien und Entwicklungsdenken

Das „Geschäft mit der Entwicklung“, wie Rai es kritisch benennt, fand seinen Beginn in den 1940er Jahren. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:7) Als „Erfinder“ der modernen Entwicklungspolitik wird oft der ehemalige US-amerikanische Präsident Harry Truman bezeichnet, der in seiner Antrittsrede 1949 als erster öffentlich von „unterentwickelten Weltgegenden“ sprach. (vgl. Kerner, 1999:12) Er sprach von einem „kühnen Programm“, welches entwickelt werden müsse, um „die Segnung unserer Wissenschaft und Technik für die Erschließung der unterentwickelten Weltgegenden zu verwenden“ (Truman, zit. n. Kerner, 1999:13) und erschuf damit zum Einen ein Entwicklungsdefizit des Südens („Unterentwicklung“), und zum Anderen die Verheißung eines Weges aus der Misere mit Hilfe von Wissenschaft und Technik aus den Ländern der „Ersten Welt“. (vgl. Kerner, 1999:13)

In diesem Diskurs entwickelte sich ab den 1940er/50er Jahren die Überzeugung westlicher Gelehrter und Politikmacher, dass die Länder der Dritten Welt sich dadurch modernisieren und entwickeln ließen, dass man sie mit Entwicklungshilfe, Investitionen und zunehmenden Handelsbeziehungen unterstützen könnte. (vgl. Marchand/Parpart, 1995: 28-29) Entwicklung wurde also primär als technisches Problem konstruiert, welches dadurch behoben werden konnte, dass Wissen und Erfahrung und technischer Fortschritt aus dem Norden in den weniger entwickelten Süden weitergegeben werden sollte. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:7 & Mies/Shiva, 1995:81) Diesem ersten Ansatz der Entwicklungstheorie liegt ein Verständnis von der westlichen Welt als modern und höhergestellt, im Gegensatz zur nicht-westlichen Welt als nicht modern, traditionell und untergeordnet zugrunde. Die Schlussfolgerung dieser Feststellung ist die Vorstellung von einer

linearen Entwicklung, in der die traditionellen Länder der Dritten Welt das Ziel verfolgen, zu modernen Industrieländern zu werden. (vgl. Marchand/Parpart, 1995: 29) Entsprechend wird dieser Ansatz als **Wachstumstheorie oder Modernisierungstheorie** bezeichnet. (vgl. Kerner, 1999:20) So wie der Marshall-Plan für Westeuropa gewirkt hatte, sollte nun den Ökonomien der Länder der „Dritten Welt“ geholfen werden. (vgl. ebd.:20) Dass nicht alle Menschen gleichzeitig an wirtschaftlichen Aufschwüngen partizipieren könnten, stellte für die Wachstumstheoretiker insofern kein Problem dar, dass der automatische „trickle down effect“ ihrer Ansicht nach dafür sorgen würde, dass Errungenschaften der ökonomischen Entwicklung früher oder später zu den unteren Gesellschaftsschichten durchsickern würde. (vgl. ebd.:20) Der Grad der Entwicklung eines Landes ergibt sich diesem Ansatz zufolge schließlich danach, inwieweit die Wirtschaft sich den strukturellen Erfordernissen des Weltmarktes angepasst hat und inwieweit die soziale Frage gelöst ist und von einer formalen Demokratie gesprochen werden kann. (vgl. ebd.:13)

Bald mussten EntwicklungstheoretikerInnen jedoch feststellen, dass die erhofften Erfolge ausblieben. Anstatt den Entwicklungsdiskurs aber grundsätzlich zu hinterfragen, wurden nun soziale und kulturelle Faktoren in den zu entwickelnden Ländern dafür verantwortlich gemacht, dass Entwicklung nicht so stattfand, wie es in den Industrienationen funktioniert hatte. (vgl. ebd.:20) Entgegen derartige Schlussfolgerungen erhoben sich in den 1960er Jahren auch Stimmen aus den Ländern der „Dritten Welt“. Die **Dependenztheorie**, die vornehmlich von lateinamerikanischen WirtschaftswissenschaftlerInnen entwickelt worden war, lehnte die These, traditionelle Kulturen seien das ursächliche Hemmnis von Entwicklung, entschieden ab. (vgl. ebd.:21) Sie analysierten und kritisierten Herrschaftsverhältnisse zwischen industrialisierten Zentren der Welt und von diesen abhängigen Peripherien und verwiesen auf das kapitalistische Wirtschaftsmodell, welches die Länder der „Dritten Welt“ ihren Überlegungen zufolge in eine wirtschaftliche Abhängigkeit („*dependencia*“) geführt hatte. (vgl. ebd.:21) Sie argumentierten, dass die Industrieländer des „Nordens“ nicht das Ziel verfolgten, ihren kapitalistischen Reichtum zu teilen, sondern den „Süden“ vielmehr als unterentwickelte und periphere Region beibehalten wollten, die Rohstoffe und Märkte für Manufakturprodukte aus dem Norden zur Verfügung stellte. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:7) Nicht alle Kritiker gingen so weit, den zugrundeliegenden Entwicklungsgedanken der Wachstums- und Modernisierungstheorien von wirtschaftlicher Entwicklung als Entwicklungsziel ihrer Länder zu hinterfragen. (vgl. Kerner, 1999:21) Sie kritisierten zwar die ungerechten Import- und Exportbedingungen und Handelsbeziehungen („*terms of trade*“) zwischen Industrieländern und Ländern der „Dritten Welt“, blendeten endogene, kulturelle Faktoren darüber jedoch komplett aus. (vgl. ebd.:22)

Auch andere TheoretikerInnen, wie Andre Gunder Frank, Samir Amin, Johan Galtung, Dieter Senghaas, Immanuel Wallerstein, Vandana Shiva, Maria Mies, übten in den frühen 1970er Jahren grundlegende Kritik an der Theorie der „nachholenden Entwicklung“ und auch sie wiesen nach, dass die Armut der sogenannten Unterentwickelten nicht naturgegeben ist, sondern die direkte Folge der Überentwicklung in den Industrieländern, dass die heute armen Länder in Asien, Afrika und Südamerika durch diese Industrieländer ausgebeutet, d.h., hinunterentwickelt wurden und in Abhängigkeit gehalten werden. (vgl. Mies/Shiva, 1995:81) Mies und Shiva beschreiben: *„Der Mythos der nachholenden Entwicklung basiert auf einem evolutionären, linearen, teleologischen Geschichtsverständnis, das davon ausgeht, dass einige Kategorien von Menschen 'es schon geschafft haben', das heißt auf dem Gipfel der Evolution angekommen sind: Die Industrieländer, die Weissen, die Männer, die Städter und dass die 'anderen', die 'Entwicklungsländer', die Braunen und Schwarzen, die Frauen, die Bauern usw. es mit etwas Anstrengung auch schaffen werden, dorthin zu kommen.“* (Mies/Shiva, 1995:81)

Als wesentliches Problem benennen diese KritikerInnen den **Entwicklungsgedanken**, der modernen entwicklungspolitischen Maßnahmen zugrunde liegt und für die Entstehung des kulturellen Diskurses der „Dritten Welt“ verantwortlich ist. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:52) So weiche zwar die Art von Handelsbeziehungen im Entwicklungsmodell vom Zeitalter des Imperialismus ab, grundsätzliche Züge und Annahmen seien aber die gleichen. (vgl. Kerner, 1999:13) Es war der Entwicklungsgedanke, der überhaupt erst eine Hierarchie und eine Unterscheidung zwischen „Zivilisierten und Wilden“, zwischen Reichen und Armen, zwischen „Entwickelten und Unterentwickelten“, dem „Norden/Westen und dem Süden“ schuf und dafür verantwortlich ist, dass die Entwicklung der „unterentwickelten“ Länder zur Chefsache des Nordens gemacht wurde, statt zur Chefsache der lokalen Bevölkerung. (vgl. ebd.:13-14). Sachs hält fest: „Horizontal ließen sich so verschiedene Welten wie die Zapoteken, Tuaregs und Rajasthani als gleichartig einstufen und vertikal im Vergleich zu den 'reichen' Nationen auf eine Position nahezu unermesslicher Unterlegenheit verweisen. So definierte 'Armut' ganze Völker nicht nach dem, was sie sind, und sein wollen, sondern in dem, was ihnen fehlt und was sie zu werden haben.“ (Sachs, 1992, zit. n. Kerner, 1999:14) Der Entwicklungsgedanke prägt die entwicklungspolitischen Institutionen und produziert Geber- und Empfängerländer, „ExpertInnen“ und entwicklungspolitische Zielgruppen. (vgl. Kerner, 1999:14) Ausbeutungsverhältnisse und sich vergrößernde Unterschiede würden durch die Ideologie des evolutionären Wandels bzw. der „nachholenden Entwicklung“ verschleiert, stellten Mies und Shiva fest: „Die 'anderen' sind *noch* nicht so weit wie wir. Sie brauchen *noch* etwas mehr Zeit, Geld, Entwicklungshilfe, die Frauen brauchen *noch* etwas

mehr Gleichberechtigung und Frauenförderungspläne, um dahin zu kommen [...].“ (Mies/Shiva, 1995:85) Inwiefern der Entwicklungsgedanke entwicklungspolitische Zielgruppen geprägt hat, verdeutlicht das folgende Zitat: *„Die 'Kolonisierung der Gehirne' war eine tiefgreifendere und folgenschwerere Hinterlassenschaft des Kolonialismus als Monokulturen, Plantagen und Bergbauernsklaven; sie verpflanzte die Orientierung an europäischen Leitbildern von Entwicklung, an Lebensstilen und Konsumgewohnheiten in die Köpfe; sie verfremdete Bedürfnisse und wickelte das Potential zu eigenständiger Entwicklung ein, nicht aus. Nicht erst die Modernisierungstheorie sorgte dafür, dass alles, was Zivilisation, Fortschritt oder Entwicklung genannt wurde, am europäischen Modell gemessen wurde.“* (Nuscheler, 1996:181)

Das Ende des Ost-West Konflikts Ende der 1980er Jahre und die rasante ökonomische Entwicklung der sogenannten „Tigerstaaten“, die in den 1980ern den Sprung von „Entwicklungsländern“ zu „Industrieländern“ schafften, prägte die Gedanken über Entwicklung und Entwicklungspolitik entscheidend. (vgl. Kerner, 1999:22) Auf politischer Ebene sprach man über eine „Neue Weltordnung“, vom „Scheitern der großen Theorien“ (wie dem Sozialismus), dem „Ende der Dritten Welt“ und Francis Fukuyama sogar vom „Ende der Geschichte“. (vgl. Nuscheler, 1996:23 & Kerner, 1999:22) EntwicklungstheoretikerInnen nahmen Abstand davon, Entwicklung und „Unterentwicklung“ mit globalen Theorien erklären zu wollen und sich ausschließlich auf die ökonomische Entwicklung zu beschränken und begannen stattdessen, sich mit Einzelaspekten zu beschäftigen: „Transformationsprozesse ökonomischer und politischer Art, Umwelt und Entwicklung inklusive *sustainable development*, technologische Entwicklung, Armutsbekämpfung, die sogenannte menschliche Entwicklung und Frauen/Gender“ (Kerner, 1999:22).

Die Weigerung, Konzepte grundsätzlich zu hinterfragen zeigt sich jedoch weiterhin. Sprach man beispielsweise in der deutschen Entwicklungspolitik bis 1993 noch von „Entwicklungshilfe“ und versuchte ab 1994 mit der Einführung von Begriffen wie „Entwicklungszusammenarbeit“ und „Partnerländern“ eine Gleichheit herzustellen, die jedoch oft nicht viel weiter ging, als über eben diese Veränderung von Begrifflichkeiten: „Die Unterscheidung, auf der das Entwicklungsdenken beruht und die es reproduziert, ist bei diesem Austausch von Begriffen nicht verschwunden“ (Kerner, 1999:14). So bleibt Entwicklungspolitik laut Spivak ein Alibi für Ausbeutung. (vgl. Spivak, 1996, zit. n. Kerner, 1999:52) Dieses Argument wird untermauert durch Fakten, die Eigelsreiter-Jashari zusammenfasst. Sie stellt fest, dass das Pro-Kopf-Einkommen 1997 in 80 Ländern geringer war als 10 Jahre zuvor und das, obwohl man die 1980er Jahre aufgrund der Ernüchterung angesichts gescheiterter Entwicklungsvorhaben weitreichend als „verlorene Dekade“ für die Entwicklungsländer bezeichnet hat. (vgl. Eigelsreiter-Jashari, 2004:33) Darüber hinaus

schreibt sie, dass seit 1984 in Summe mehr Geld von den Ländern des Südens in den Norden geflossen ist als umgekehrt, während die Schulden der abhängigen Ländern unaufhörlich ansteigen. (vgl. Eigelsreiter-Jashari, 2004:33) Die Frage scheint also begründet: Sind die sogenannten „Entwicklungsländer“ ohne die Entwicklungsversuche des Nordens gar „besser dran“?

2.4.2 Internationale Organisationen

Die Akteure des intendierten Entwicklungsprozesses sind Regierungen, multilaterale Organisationen (wie z.B. die *United Nations Organization*, UNO, oder die *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*, OECD), Banken (wie die Weltbank) und Unternehmen. (vgl. Kerner, 1999:21) Im Folgenden werden einige UN-Organisationen und ihre Mechanismen sowie andere relevante große Institutionen, wie die Weltbank, die auf feministische und entwicklungspolitische Themen (auch in Honduras) Einfluss nehmen, genauer betrachtet.

Die *Weltbank* und der *Internationale Währungsfonds* (IMF) sind die zwei Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs), die 1944 im Diskurs der Modernisierungstheorie entstanden sind und bei der Realisierung der Entwicklung der „Dritten Welt“ helfen sollten. (vgl. Marchand/Parpart, 1995: 29) Die Konferenz, aus der die beiden Institutionen hervorgingen, fand 1944 in Bretton Woods mit dem Ziel statt, Regeln und Institutionen für ein Management der Nachkriegs-Wirtschaft zu formulieren und zu gründen. Zum obersten Ziel von Weltbank und IMF wurde die Verteilung von Krediten an die so genannten Entwicklungsländer, um diesen zu einem sozioökonomischen Wachstum zu verhelfen. (vgl. Antrobus, 2004:29)

Zum Ende des zweiten Weltkrieges 1945 gründeten 51 Staaten zusammen die *UNO* mit dem obersten Ziel, den Weltfrieden zu erhalten. (vgl. Karsch, 2004: 76) Im Laufe der Jahre sind viele Konventionen verabschiedet worden und es haben sich verschiedene UN-Organisationen und Mechanismen gegründet, die sich mit Fragen der Entwicklung oder Fragen der Gleichberechtigung von Frauen und Männern beschäftigen. (vgl. ebd.: 76)

Die 1960er und 70er Jahre wurden von der UNO als die ersten beiden *UN-Entwicklungsdekaden* deklariert. Das besondere internationale Interesse an Themen der sozio-ökonomischen und politischen Entwicklung ergab sich nicht zuletzt aus der Mitgliedererweiterung der UNO um die neuen unabhängig gewordenen Staaten Afrikas, Asiens und der Karibik, die unter anderem dafür sorgten, dass die Zahl der Mitgliedsstaaten der UNO bis heute auf 193 angestiegen ist. (vgl. Antrobus, 2004:29 & Karsch, 2004, 76) Die Sorge dieser Länder um die Verbesserung des Lebensstandards ihrer Bevölkerungen nach Erreichung der Unabhängigkeit spiegeln sich in den Diskussionen innerhalb der UNO und ihren Organen wider. (vgl. Antrobus, 2004:29)

Wie in 2.4.1 bereits erwähnt, dominierten in der ersten Entwicklungsdekade der 1960er die neoklassischen Theorien den Entwicklungsdiskurs, die davon ausgingen, dass Wohlstand durch wirtschaftliche Entwicklung erfolgen würde und schließlich im „*trickle-down-effect*“ auch die armen Bevölkerungsschichten erreichen würde. (vgl. Antrobus, 2004:29) Die UNO eröffnete zwar ein internationales Forum, um diese Ansätze zu diskutieren, jedoch war die Weltbank der bedeutendste Player und Unterstützer neoklassischer Theorien und sorgte dafür, dass Entwicklungshilfsleistungen generiert und auch in derartige Strategien investiert wurden. (vgl. Antrobus, 2004:29) So war es die Weltbank, welche zur Erhöhung von internationaler Entwicklungshilfe ermutigte, indem sie Staaten dazu aufforderte, 0,7% ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe auszugeben, mit der Folge, dass die 1960er Jahre eine beispiellose Erhöhung internationaler Entwicklungshilfszahlungen erlebten. (vgl. Antrobus, 2004:30) Die sogenannten Entwicklungsländer Lateinamerikas und der Karibik folgten ihrerseits der empfohlenen Strategie der Importsubstituierten Industrialisierung (ISI) und verabschiedeten Gesetze, die ausländische Investitionen in diesem Bereich anlockten. (vgl. Antrobus, 2004:30) Die von IMF und Weltbank promovierten Entwicklungsstrategien betonten Industrialisierung als Weg zu Wirtschaftswachstum und der Markt wurde als zentraler Player gesehen, während der Staat lediglich den Rahmen bzw. die Infrastruktur sicherzustellen hatte. (vgl. Antrobus, 2004:30) Im Laufe der Zeit veränderten sich die Strategien trotz des Aufkommens alternativer Ansätze zu Entwicklung nicht grundsätzlich, wohl aber veränderte sich etwas an der Sichtweise auf die Rolle des Staates. Der Staat wurde als Teil des Problems „erkannt“, eine Erkenntnis, welche die zweite Entwicklungsdekade der 1970er Jahre prägte. (vgl. Marchand/Parpart, 1995: 29 & Antrobus, 2004:30) Mit diesem neuen Fokus auf die Bedeutung der Rolle des Staates ersetzte die UNO die Weltbank als Zentrum der Diskussion über Entwicklung und viele der in der zweiten Dekade erarbeiteten Strategien wurden in Ansätzen des *United Nations Development Programme (UNDP)*, wie beispielsweise dem „*Basis Needs*“- und dem „*Integrated Rural Development*“-Ansatz, wie auch in anderen spezialisierten Organen (wie der ILO, FAO und WHO) eingebettet. (vgl. Antrobus, 2004:30) Die Staaten der „Dritten Welt“ formierten sich in dieser Zeit als die Gruppe der 77 (G-77) und forderten zusammen eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIEO), die sich auf Makrothemen wie „*terms of trade*“ konzentrieren und gleiche Beziehungen zwischen den Staaten fördern sollte, um das Ziel eines gleichen Wachstums für alle erreichen zu können. (vgl. Antrobus, 2004:30) Die UNO bot den G-77 in den 1970er Jahren eine Plattform zur Diskussion ihrer Ansätze und ihrer Kritik am dominanten Entwicklungsmodell, so dass die Debatten der Nord-Süd-Dialoge begleitet waren von einer Suche nach einer „anderen Entwicklung“ durch „*non-governmental actors*“ wie WissenschaftlerInnen und AktivistInnen. (vgl. Antrobus, 2004:31) Das Ende der zweiten Entwicklungsdekade und der Beginn

der 1980er Jahre sorgten für ein jähes Ende der Debatte über vielversprechende alternative Ideen als in den USA, Großbritannien und anderen Ländern konservative Regierungen an die Macht kamen. (vgl. Antrobus, 2004:31) Als die G-7-Länder sich 1981 in Cancun, Mexiko, trafen, gründeten US-Präsident Ronald Reagan und Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher ein Bündnis, das neue Strategien für eine dritte Entwicklungsdekade abbrach und stattdessen neoliberale Strategien auf die Agenda setzte. (vgl. Antrobus, 2004:31)

Der Washington Consensus von 1990 propagierte somit Strukturanpassungsprogramme (SAPs), die zum neuen Framework der Entwicklungsplanung wurden. (vgl. Antrobus, 2004:31) IMF und Weltbank gaben vor, welchen Rahmen der Nationalstaat zu schaffen hatte und zeugten davon, wie die Weltgemeinschaft zu alten Konzepten zurückgekehrte, anstatt von neuen Konzepten zu lernen. (vgl. Marchand/Parpart, 1995: 29 & Antrobus, 2004:4) Entwicklung unter Leitung des Staates („*state-led-development*“) hatte nicht funktioniert und neoklassische WirtschaftlerInnen fühlten sich in ihrer Ansicht bestärkt, die Entwicklung müsse der Leitung des Marktes überlassen werden. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:9) Der Staat musste sich zur Erreichung der Entwicklungsziele an Vorgaben wie „*good governance, democracy and economic liberalization*“ halten. (vgl. ebd.:9) Andererseits mussten die Regierungen der so genannten „*Less Developed Countries*“ (LDCs) Budgetzuordnungen in Schlüsselsektoren wie Bildung, Gesundheit, Wohlfahrt und Landwirtschaft sowie die finanzielle Unterstützung von Armen kürzen, öffentliche Dienste und Investitionen im öffentlichen Sektor privatisieren und ihre Währungen abwerten. (vgl. Antrobus, 2004:68) Theoretisch sollte dieses Konzept verschuldeten Ländern dabei helfen Geld zu sparen, mit dem sie im Folgenden ihre Schulden abbezahlen und zugleich die Produktion des Privatsektors fördern konnten, wurde aber folglich zum Plan für alle Länder, die sich „modernisieren“ wollten. (vgl. Antrobus, 2004:68-69) Als problematisch erwies sich, dass die SAPs mehr waren als ein ökonomisches Konzept, sondern die politischen Strategien außerdem einen sozialen, politischen und sogar kulturellen Einfluss hatten, der weitreichende Konsequenzen für das Wohl der Bevölkerungen hatte: „*[T]here policies undermined the capacity of states to guarantee the well-being of the majority of their citizens.*“ (Antrobus, 2004:69) Antrobus beschreibt den Wandel wie folgt: „*[T]he interests of international capital replaced those of people in the policy dialogues that took place between the IFIs and the governments of the South; and the International Monetary Fund replaced the UN at the heart of international policy debates.*“ (Antrobus, 2004:31) So kam es, dass das neoliberale Policy Framework des Washington Consensus als einzige Option für alle Länder gesehen wurde und demnach SAPs für alle Länder zur Basis für eine Liberalisierung des (nationalen und internationalen) Marktes wurden. (vgl. Antrobus, 2004:31) „*All institutions were*

encouraged (or obliged) to subscribe to this imposed 'consensus', and the macro-economic policy framework that it embodied was used as a conditionality in negotiations by other international and regional institutions such as the World Bank and the regional development banks, as well as in bilateral and regional aid.“ (Antrobus, 2004:69) Zusammen mit der **World Trade Organization** (WTO) verbreiteten die IFIs in den folgenden Jahren also den Neo-Liberalismus in der Entwicklungspolitik. (vgl. Antrobus, 2004:31) Die WTO gründete sich aus Verhandlungen der Uruguay Runde, die zwischen 1986 und 1994 stattfand und die Liberalisierung des internationalen Handels thematisierte. (vgl. Antrobus, 2004:32 & WTO, 2011) Die WTO beschreibt sich selbst wie folgt: *„There are a number of ways of looking at the World Trade Organization. It is an organization for trade opening. It is a forum for governments to negotiate trade agreements. It is a place for them to settle trade disputes. It operates a system of trade rules. Essentially, the WTO is a place where member governments try to sort out the trade problems they face with each other.*“ (WTO, 2011) Während die WTO also die Fragen des Handels zwischen den Ländern zu regeln begann und SAPs ihren Anfang nahmen, verschob sich der Blickpunkt in den 1990er Jahren auf die globalen Märkte und Handelsfragen lösten Entwicklungsfragen als zentrales Problem der „Dritten Welt“ ab. (vgl. Antrobus, 2004:32)

Ebenfalls ab den 1980/90er Jahren organisierte die UNO erneut eine Serie an Konferenzen zu globalen Themen. (vgl. Antrobus, 2004:32). Dieser „Konferenzmarathon“ setzte gegen die zerstörerischen Tendenzen der globalisierten Marktwirtschaft das Konzept allgemeiner Regelungen. (vgl. Randzio-Plath, 2004:73) So wurde die Dekade zwischen den Jahren 1988 und 1997 von der UNESCO zur Weltdekade der kulturellen Entwicklung ausgerufen. (vgl. Kerner, 1999:23) Die UNESCO setzte Entwicklung mit Kultur in Verbindung und definierte, dass jegliche Entwicklung, die von ihrem menschlichen und kulturellen Kontext abgetrennt ist, *Wachstum ohne Seele* sei. Man könne kulturelle Faktoren in der Entwicklungsplanung nicht lediglich nebenbei berücksichtigen, denn Entwicklungsmodelle und Wirtschaftssysteme selbst seien Teil der jeweiligen Kultur eines Volkes. (vgl. Kerner, 1999:23)

Interessanterweise hatte die internationale Entwicklungsstrategie der 1960er und 70er keinerlei Hinweis auf Frauen und Geschlechterverhältnisse enthalten und Frauen der „Dritten Welt“ tauchten lediglich im Zusammenhang mit Mutter-Kind-Programmen auf (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:128) Innerhalb der UNO existierte aber bereits sehr wohl eine **Kommission für die Gleichstellung der Frau (CSW)**, die bereits 1947 gegründet worden war. Sie ist Teil des *UN-Economic and Social Council* (ECOSOC) und zugleich das zentrale zwischenstaatliche Organ, welches mit der Verantwortung betraut ist, Frauen und *gender*-Gleichheit zu fördern. (vgl.

UNWOMEN, 2011b) Mit den 1960er Jahren begann mit dem Eintritt des Großteils ehemaliger Kolonien in die Unabhängigkeit auch für die CSW eine neue Phase. Nachdem sie bereits einige wichtige Konventionen in die Wege geleitet hatte, weitete sie nun ihren Themenkreis aus und bezog mehr und mehr Aspekte aus der Lebensrealität von Frauen der sogenannten „Dritten Welt“ ein, womit der Begriff „Frauendiskrimination“ eine neue Dimension annahm. Auch das Thema „Entwicklung“ prägte und so gewannen Fragen wie Grundbedürfnisse, Ernährungsfragen, Mutter-Kind-Gesundheit, Lokalentwicklung, Bevölkerungsprobleme sowie, ganz allgemein, Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika an Bedeutung. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:127) Zunächst war die CSW mit derart „frauenrelevanten Themen“ auf sich allein gestellt, die UNO als Gesamtorganisation war „völlig desinteressiert“. (vgl. ebd.:127) In den 1970er befassten sich jedoch auf einmal auch internationale Konferenzen eingehender mit Frauenfragen, wie z.B. die Weltbevölkerungskonferenz 1974 und der Welternährungskongress 1974. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:129) Die erste **UN-Weltfrauenkonferenz** fand **1975 in Mexiko City** statt und leitete das International Women's Year (IWY) 1975 und die anschließende *Decade for Women* zwischen 1975 und 1985 ein. (vgl. Antrobus, 2004:28) Geplant wurde diese erste Konferenz sowie alle darauffolgenden Weltfrauenkonferenzen und die seit 2000 stattfindenden Sondersitzungen durch die CSW. (vgl. UNWOMEN, 2011b)

Wie bereits in 2.2.1 erwähnt, hatten transnationale Frauenorganisationen dafür gesorgt, dass Frauenthemen auf die UN-Agenda kamen und dort blieben. Sie waren es auch, die hinter der Forderung eines internationalen Jahres der Frau standen. Da Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sich nicht direkt an die UN-Generalversammlung richten konnten, führte der Abgeordnete Rumäniens eine derartige Resolution ein. (vgl. Antrobus, 2004:34) Als Reaktion auf den starken Widerspruch des saudi-arabischen Abgeordneten richtete sich Prinzessin Ashraf Pahlavi, Zwillingschwester den iranischen Schah und Vorsitzende eines konsultativen UN-Komitees zu Frauen, an die Generalversammlung und sagte, „male imperialism [...] has paralyzed an important part of society in both developed and developing countries“ und alle Frauen sollten aufhören „*a colony of man*“ zu sein. (zit. n. Antrobus, 2004:34) Die Resolution wurde angenommen und die Verknüpfung von der Unterdrückung der Frau mit Imperialismus und Kolonialismus durch Prinzessin Ashraf Pahlavi bezeichnete den Kontext der Zeit. (vgl. Antrobus, 2004:34) Zu den Themen der Frauendekade wurden die Schlagwörter *Equality*, *Development* und *Peace*. (vgl. ebd.:29) Eine weiße Friedenstaube im Zusammenspiel mit den Symbolen für Frauen und Gleichheit veranschaulichten diese drei Themen. (vgl. ebd.:41) Die konkreten Themen auf der Agenda der ersten UN-Frauenkonferenz waren: „Alphabetisierung, Bildung und Ausbildung, Gesundheit,

Ernährung und Bevölkerung, Familie, Haushalt und Ehe, Arbeit und wirtschaftliche Themen wie Mindestlohn, Zugang zu Krediten, Selbstständigkeit und Kooperativen, Unterkunft/Wohnen, politische Beteiligung, internationale Kooperation, Frieden und Menschenrechte, und konkrete Mechanismen zur Umsetzung der Empfehlungen des Plan of Action. (vgl. ebd.:42) In Anbetracht des Datenmangels über die Rolle und den Status von Frauen galt besondere Aufmerksamkeit außerdem dem Bereich Forschung. (vgl. ebd.:42) Ausgeschlossen von der Diskussion waren Themen wie Sexualität oder sexuelle Orientierung und interessanterweise blieb auch das Thema Gewalt unerwähnt. (vgl. ebd.:43) Antrobus überlegt dazu: *„Could it be that women participating in the regional conferences that laid the groundwork for the draft Plan of Action did not yet feel sufficiently confident to break the silence, or could it be evidence of the extent to which the agenda was ultimately controlled by men? Such an omission would be unthinkable by the end of the Decade.“* (Antrobus, 2004:43) Dieses Zitat weist darauf hin, inwiefern die Konferenzen im Laufe nur einer Dekade einen bahnbrechenden Wandel auch in der Ansprechbarkeit bestimmter Themen verursachten.

Mohanty, Russo und Torres beschreiben, wie die UN-Frauenkonferenzen dafür sorgten, dass erstmals eine große Anzahl von Frauen aus Ländern der „Dritten Welt“ an internationalen Konferenzen teilnehmen konnten: *„Conferences during the U.N. International Decade for women [...] have exposed women from around the world to each other. Third World women have been able to have a voice at those conferences normally unavailable to them because of lack of access to financial and media resources.“* (Mohanty/Russo/Torres, 1991:324) Europäische und nordamerikanische Entwicklungsagenturen unterstützten Frauen aus der „Dritten Welt“, so dass diese am NGO-Forum teilnehmen konnten. (vgl. Antrobus, 2004:52) So registrierten sich insgesamt 8.000 Personen (70% Frauen) bei der ersten Konferenz und beim parallel stattfindenden Treffen für NGOs. (vgl. ebd.:41) Das Format der „Tribüne“ („La Tribune“) für die NGO-Szene war ein neues Konzept, welches erstmals auf der UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm eingeführt wurde. Während die Diskussionen dort jedoch in einem geregelten Rahmen mit formalen Präsentationen und Diskussionen stattfanden, gingen die Diskussionen in Mexiko in den Gängen und Hotelräumen überall in der Stadt weiter. (vgl. ebd.:44) Antrobus beschreibt: *„The few guidelines put in place in Stockholm [...] could not contain the excitement and energy released by this historic event in Mexico City. No formal report of the proceedings was ever published and no statements issued from the tribune, but media reports and independent studies described an experience 'operating on the ,creative edge' of chaos'.“* (Antrobus, 2004:44)

Das Zusammenkommen bereitete den Weg dafür, dass die Frauenbewegung tatsächlich zu einer

gemeinsamen globalen Bewegung wurde. (vgl. Antrobus, 2004:37) Frauen von „different racial and ethnic groups, countries, cultures, classes and occupational backgrounds“ kamen zusammen, Netzwerke auf lokaler, regionaler und globaler Ebene konnten auf den Konferenzen gegründet werden und Aktivistinnen und Forscherinnen konnten Ergebnisse hervorbringen „that served to empower women's advocacy“ (Antrobus, 2004:37). Sowohl Aktivistinnen als auch Forscherinnen konnten durch die Konferenzen an Erfahrung gewinnen, denn die Konferenzen „validated and encouraged the pursuit of research among activists, and activism among researchers“ (Antrobus, 2004:37). So fasst Antrobus zusammen: „*Mexico City 1975 may not have been the earth-shattering event anticipated by many, but it was the beginning of a process that was indeed to change the lives of many women, the first step towards the realization of the prediction made in the introduction to the World Plan of Action for Women that emerged from the conference, 'In our times, women's role will emerge as a powerful revolutionary social force'.*“ (Antrobus, 2004:45-46)

Was nun folgte war die Frauendekade, in der eine große Anzahl von Zielen des Aktionsplans umgesetzt wurde: „*Special mechanisms ('national machinery' – women's commissions, bureaux, desks, units) were established within government bureaucracies as well as within international institutions an bilateral assistance programmes; new women's studies programmes were established in many universities around the world; researchers within and outside academia, research institutes and government agencies worked to fill the data gap and new research institutes focusing on women were formed in many countries.*“ (Antrobus, 2004:46)

Die **zweite („Mid-Decade“) Konferenz 1980 in Kopenhagen** war mit einer Gesamtzahl von 10.000 TeilnehmerInnen (2.000 bei der Konferenz und 8.000 beim NGO-Forum) bereits größer als die erste UN-Frauenkonferenz. (vgl. Antrobus, 2004:49) Bei der Vorbereitung wurden – noch mehr als bisher – alle Organe der UNO und deren Spezialorganisationen einbezogen. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:134) Die Forschungs- und Analysetätigkeiten, die seit 1975 stattgefunden hatten, sorgten außerdem dafür, dass die TeilnehmerInnen ein weit umfassenderes Verständnis von den verschiedenen Themen erlangt hatten, was sich auch auf die Inhalte der Konferenz auswirkte. (vgl. Antrobus, 2004:49) Im Mittelpunkt stand die Sichtbarmachung des bisher unbeachteten wirtschaftlichen Beitrags der Frau und zudem wurden erstmals auch häusliche und sexuelle Gewalt sowie weibliche Beschneidung thematisiert. (vgl. Antrobus, 2004:50 & Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:134) Dabei handelte es sich für die Frauen zwar um keine neuen Themen, „but their appearance on the agenda of a conference sponsored by a male-dominated institution was as much a tribute to the tenacity of women within the UN system and the female delegates who had political clout in their own countries as it was to the men who aligned themselves with women in these

difficult discussions“ (Antrobus, 2004:50). Weitere Themen, welche die zweite Konferenz dominierten, waren der Israel-Palestina-Konflikt, die Notlage weiblicher Flüchtlinge und Vertriebener sowie die Apartheid, so dass viele Delegierte sich der Charakterisierung der Konferenz durch die Medien anschlossen, welche die Konferenz als „zu politisch“ bezeichneten. (vgl. Antrobus, 2004:50) Antrobus argumentiert dagegen, dass diese Themen die Welt zur Zeit der Konferenz nun einmal widerspiegeln und dass Gleichheit für Frauen, ebenso wie wirtschaftliche Themen, Gesundheit und Bildung, an sich tief politische Themen seien, besonders in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. (vgl. ebd.:51)

Verschiedene Autorinnen erwähnen heftige Auseinandersetzungen entlang der „Nord-Süd“-Grenze während der ersten beiden UN-Frauenkonferenzen, die dadurch erwachsen, dass frau sich nicht einig darüber war, was ein feministisches Thema sei und was nicht. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:317 & Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:136) Frauen aus der „Dritten Welt“ kritisierten den westlich-geprägten Feminismus mit dem Drängen auf „Gleichberechtigung“ und „Frauenbefreiung“ angesichts ihrer Nöte in Ländern, die erst vor kurzem das Joch des Kolonialismus abgeschüttelt hatten oder noch im Befreiungskampf standen: *„In 'underdeveloped' societies it is not just a question of internal redistribution of resources, but of their generation and control; not just equal opportunity between men and women, but the creation of opportunity itself; not only the position of women in society, but the position of the societies in which Third World women find themselves.“* (Mohanty/Russo/Torres, 1991:320) Die westlichen Feministinnen dagegen hatten wenig Verständnis für die Kapitalismus- und Imperialismuskritik der „Dritte Welt“-Frauen und vertraten in internationalen Foren die Ansicht, dass Frauenthemen nicht politisiert werden sollten (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:132)

Zwischen 1980 und 1985 liefen die Bemühungen der UNO, die „Frauenfrage“ in allen ihren Organen und Spezialorganen in den Mittelpunkt zu stellen, auf Hochtouren. Ein wichtiger Punkt war dabei die Entwicklungspolitik. Das UNDP widmete sich zunehmend der Förderung von Frauenprojekten und -anliegen und 1975 wurde der *Voluntary Fund for the UN Decade for Women* eingerichtet, der später in *United Nations Development Fund for Women (UNIFEM)* umbenannt wurde und bis dato die zentrale Forschungs- und Projektstelle der UNO zur Unterstützung von Frauen bildet und immer wieder Frauen-relevante Trends auf globaler Ebene analysiert. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:71+136)

Das Mandat der **dritten Frauenkonferenz 1985 in Nairobi** war es, auf Basis der Erfahrungen und Empfehlungen der vorigen Konferenzen Zukunftsstrategien („*forward-looking strategies*“) hervorzubringen. (vgl. Antrobus, 2004:54) In diesem wurde u.a. argumentiert, dass ökonomisches

Wachstum nicht unbedingt eine verbesserte ökonomische und gesellschaftliche Situation für Frauen der „Dritten Welt“ nach sich ziehe. (vgl. Randzio-Plath, 2004:19) Erstmals waren in Nairobi mehr weibliche als männliche Delegierte bei der Konferenz anwesend und auch schwierige Themen, die bei den vorigen Konferenzen nicht angesprochen worden waren, wurden thematisiert, wie z.B. Gewalt gegen Frauen und den Missbrauch von Frauen und Kindern, der rechtliche Zugang von Frauen zu Entschädigung sowie Pornographie. (vgl. Antrobus, 2004:55) Trotzdem stellt Antrobus fest, dass die Bedingungen für Frauen - „both in terms of a widening gap between rich and poor within and between countries, and in terms of the incidence of violence against women“ (Antrobus, 2004:63) – sich trotz enormer Bemühungen und Ressourcen, die von Regierungen, Foundationen und anderen Gebern zur Verfügung gestellt worden waren, im Laufe der Dekade weiter verschlechtert hatten. (vgl. ebd.:54) Sie erklärt den ökonomischen Teil dieses Trends mit der Tatsache, dass viele Länder in diesem Zeitraum wirtschaftliche Einbrüche erfahren haben, wofür sie den Anfang der Schuldenkrise, Rezession und Protektionismus in den Industrieländern und die SAPs als Gründe anführt. (vgl. ebd.:67) Obwohl diese Umstände in Konferenzberichten erfasst wurden, wurden die Zukunftsstrategien nicht danach ausgerichtet. (vgl. Antrobus, 2004:54)

Die Tatsache, dass Nairobi als Ort für die *End-of-Decade* Konferenz ausgewählt wurde, gab den Ereignissen rund um die dritte UN-Frauenkonferenz eine besondere Bedeutung: *„As the Decade progressed, women from the economic South had become increasingly visible in the leadership of the movement at the international level; the meetings in Nairobi provided these women with an opportunity to show that leadership.“* (Antrobus, 2004:53) In vorbereitenden Treffen hatten viele „Dritte Welt-Frauen“ sich auf das NGO-Forum vorbereitet. Ein kleines, aber wichtiges Treffen fand in Bangalore, Indien, statt, wo das feministische DAWN-Netzwerk (*Development Alternatives with Women for a New Era*) ein Platfordokument vorbereitete, welches das Wachstums-orientierte Wirtschaftsmodell dafür kritisierte, dass es die Aufrechterhaltung von Armut und Marginalisierung von Frauen unterstützte. (vgl. Antrobus, 2004:56) Insgesamt 13.504 Personen hatten sich allein für das NGO-Forum registriert und 60% von ihnen waren Frauen aus Ländern der „Dritten Welt“, davon über 1.000 allein aus Kenia. (vgl. Antrobus, 2004:57) Auch der Feminismus erfuhr eine Bedeutungszunahme bei der dritten Frauenkonferenz: *„[W]hile feminism had been marginalized in Mexico and to lesser extent in Copenhagen, here in Nairobi it was central to the organizing, highlighting the fact that feminism, grounded in an analysis of the structured relationships of power between men and women, could also help women to understand other structured relationships of power between other groups – rich and poor, black and white – and even countries. Feminism was seen as a politics as relevant to Third World women as it was to women from North America and*

Europe.“ (Antrobus, 2004:57) So waren viele Veranstaltungen explizit feministisch, wie beispielsweise die zahlreichen Panels, die von der DAWN-Gruppe vorbereitet worden waren. (vgl. Antrobus, 2004:57) Insgesamt wurde die Leiterschaft und Selbstständigkeit von Frauen stärker betont, so dass eine Bewegung von einer „Integration“ von Frauen in den Entwicklungsprozess hin zu „*empowering*‘ *women for social change*“ (Antrobus, 2004:58) festzustellen war.

Eine der Empfehlungen der Frauenkonferenz in Nairobi war, dass die UNO in zehn Jahren eine weitere Weltfrauenkonferenz veranstalten sollte, um die Implementation der „*Platform of Action*“, die in Nairobi formuliert worden war, zu überprüfen. (vgl. Antrobus, 2004:63) Das Resultat dieser Forderung war die **vierte Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing**.

Die DAWN-Gruppe bereitete für Beijing erneut ein Plattdokument vor, in dem sie eine dreiteilige Strategie für „*South-based women's movements*“ vorstellten. (vgl. ebd.:89) Das Thema Globalisierung und deren Auswirkungen auf Frauen wurde dank Frauennetzwerken wie DAWN und WIDE in Beijing erstmals sehr deutlich präsentiert und die Politik von Weltbank und IMF wurden – besonders durch die afrikanisch-asiatisch-lateinamerikanische Frauengruppe *Women's Eyes on the World Bank* – sehr kritisch analysiert. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:162)

Sehr geprägt wurde die vierte Weltfrauenkonferenz auch durch die **Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien**, bei welcher Frauen das Thema „Frauenrechte als Menschenrechte“ propagierten und damit für eine Schwerpunktverschiebung sowohl auf der Menschenrechtskonferenz als auch nachfolgend in Beijing sorgten. (vgl. Gerhard, 2009:124) Mit der Schwerpunktverschiebung wurde auch das Thema Gewalt gegen Frauen zum ersten Mal ein zentraler Punkt auf der Agenda der Menschenrechtskonferenz, was besonders dem Druck vieler NGOs zu verdanken ist. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:108) So gründeten sich auf der Menschenrechtskonferenz Organisationen wie z.B. die lateinamerikanische und karibische Organisation *La Nuestra*, die zur Vorbereitung der Frauenkonferenz in Beijing einen Vorschlag zu den Menschenrechten von Frauen ausarbeiteten. (vgl. Antrobus, 2004:92) Das Ziel für Beijing war es, die Definition von „Menschenrechten“ zu ändern, die Frauen und Geschlechterverhältnisse bis dahin oft unerwähnt gelassen hatte. So wendeten sich einige Instrumente im Bereich der Menschenrechte ausdrücklich nur an Männer, während andere Frauen nur in Zusammenhängen wie Regelungen zum Schutz der Familie sichtbar erscheinen lassen. Generell gaben Instrumente keinen Hinweis darauf, wie Frauen vor Verletzungen ihrer Rechte geschützt werden könnten. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:75)

Beijing 1995 demonstrierte erneut das exponentielle Wachstum der globalen Frauenbewegung und zwar nicht nur in Zahlen, sondern auch in Bezug auf wissenschaftliche Fortschritte sowie Organisation und Verhandlung. (vgl. Antrobus, 2004:63) Durch die Erfahrung der 1990er und der

Beteiligung vieler Frauen an anderen globalen Konferenzen hatten sich die Themen, die als für Frauen relevant anerkannt wurden, um ein vielfaches vermehrt. (vgl. ebd.:63) Beijing unterschied sich auch insofern von den vorigen Konferenzen, dass so gut wie alle Regierungen Verpflichtungen zu „frauenfreundlichen“ Veränderungen in ihrer Landespolitik eingingen. Es wurde sich eingehend mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten von Frauen beschäftigt und die hier angenommenen Empfehlungen waren von großer grundsätzlicher Bedeutung. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:161) Die Konferenz wurde in diesem Sinne auch als „*Conference of Commitments*“ gefeiert und das Schlussdokument, die *Beijing Platform of Action*, wird neben der *Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)* als eines der Meilensteine der vergangenen Dekaden gesehen. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:144 & UNWOMEN, 2011a)

Im Jahr 2000 fand in New York die *UN-Sondergeneralversammlung Beijing + 5* statt, die überprüfen sollte, was fünf Jahre nach der bedeutenden Frauenkonferenz mit dem wichtigen Abschlussdokument an Zielen erreicht worden war. (vgl. Antrobus, 2004:150 & UNWOMEN, 2011b) Festzustellen war, dass der Elan auf der Regierungsebene deutlich nachgelassen hatte, so dass es besonders an den NGOs lag, für die weiteren Umsetzungen der Forderungen zu kämpfen. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:145) Tatsächlich nahmen 2.052 RepräsentantInnen verschiedener NGOs beim Treffen der Generalversammlung teil (davon fast 11% aus der ECLAC-Region) und ca. 2.400 RepräsentantInnen verschiedener NGOS registrierten sich für Aktivitäten außerhalb der UNO. (vgl. UNWOMEN, 2011b) Der Aufsehen erregende UNIFEM Report, 'Progress of the World's Women 2000', der anlässlich der UN-Sondergeneralversammlung vorgestellt wurde, hielt fest, dass Frauen mit der Globalisierung weltweit sehr unterschiedliche Erfahrungen machten. (vgl. Eigelsreiter-Jashari, 2004:34 & Randzio-Plath, 2004:19) So hatte die Globalisierung einerseits mehr Frauen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet, andererseits hatte sie die existierenden Ungleichheiten und Unsicherheiten, die für Frauen aus der Zunahme von informeller Arbeit und Privatisierungsprozessen erwachsen, in vielen Teilen der Welt erhöht. (vgl. Randzio-Plath, 2004:19) Studien ergaben, dass hoch verdienende Frauen ihre reproduktiven Lasten an niedrig bezahltes Dienstpersonal (meist MigrantInnen aus anderen Ländern) übertrugen und zeigten damit auf, wie die Globalisierung nicht nur geschlechts-, sondern auch klassen- und ethnisch-spezifische Auswirkungen hatte. (vgl. Eigelsreiter-Jashari, 2004:35 & Randzio-Plath, 2004:19) Weitergehende Verpflichtungen wurden bei *Beijing+5* nicht erzielt, vielmehr fand ein erschreckender „*Backlash*“ statt. Viele NGOs plädierten für eine fünfte Weltfrauenkonferenz mit einem großen NGO-Forum in der Hoffnung, ein solches Ereignis würde die Medienaufmerksamkeit

erhöhen und dadurch Druck auf die Politik ausüben. Andere fürchteten jedoch das konservative und aggressive Klima, welches *Beijing+5* prägte. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:145-146)

Schließlich kam es 2005 und 2010 nur noch zu zwei weiteren Sondergeneralversammlungen, ***Beijing+10*** und ***Beijing+15*** mit der Betonung auf „sharing of experiences and good practices, with a view to overcoming remaining obstacles and new challenges, including those related to the Millennium Development Goals“ (UNWOMEN, 2011b). Bis jetzt hat es keine weitere Weltfrauenkonferenz gegeben, sehr wohl aber weitere UN-Konferenzen, die Frauen & gender thematisieren. Die UN-Konferenz „Finanzen für Entwicklung“ in Monterey, Mexiko (2002), sollte finanzielle Ressourcen mobilisieren, um die im Jahre 2000 ausgerufenen Millennium Development Goals (MDGs) zu erreichen. (vgl. Randzio-Plath, 2004:21) Trotz der Betonung ökologisch nachhaltiger, sozial gerechter und geschlechtsspezifischer Aspekte wurden diese aber nicht zu einem zentralen Bestandteil des Abschlussdokuments (Monterey Konsensus) und Budgetanalysen aus der Genderperspektive wurden zwar einerseits eingefordert, andererseits wurden Frauen jedoch im Zusammenhang mit Mikrokrediten nicht einmal erwähnt, obwohl sie die überwiegende Mehrheit darstellten, die Bedarf an Mikrokrediten hatte. (vgl. ebd.:21-22)

Im Juli 2010 gründete die UN-Generalversammlung im Rahmen der Reformagenda zur Zusammenführung von Ressourcen und Mandaten den Bereich ***UNWOMEN*** als „*Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women*“. (vgl. UNWOMEN, 2011a) *UN Women* umfasst somit seit Juli 2010 die folgenden vier Arbeitsbereiche des UN-Systems: *Division for the Advancement of Women (DAW)*, *International Research and Training Institute for the Advancement of Women (INSTRAW)*, *Office of the Special Adviser on Gender Issues and Advancement of Women (OSAGI)* und *UNIFEM*. Die Hauptaufgaben sind – neben der Verantwortung dafür, dass die UN selbst ihren Verpflichtungen in diesem Bereich nachkommt – die Unterstützung zwischenstaatlicher Organe (wie die CSW) bei der Formulierung von Standards und Normen und die technische und finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Implementierung ebendieser (in effektiver Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft). (vgl. UNWOMEN, 2011a)

Es kann festgehalten werden, dass es bedeutende Unterschiede zwischen den verschiedenen internationalen Organisationen und einzelnen Industrieländern gibt: Die UN-Organisationen UNDP, UNICEF, UNIFEM (UNWOMEN) sowie auch die ILO und die WHO stellen basisorientierte Entwicklung und Self-Reliance von Frauen in den Vordergrund, während die Weltbank, die FAO und die OECD sowie viele Industrieländer die Integration von Frauen in den Status Quo forcieren. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:137) Der Ansatz, der bis heute durchschimmert ist der *Effizienzansatz*, der „dem Wirtschaftswachstum und dem Profit der Industrieländer ziemlich

unverblümt den Vorrang einräumt, was sich sehr zum Nachteil der Frauen auswirkt und die negativen Konsequenzen westlicher Entwicklungspolitik verstärkt. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:137). So äußern auch Autorinnen wie Gayatri Spivak Kritik an die Beschaffenheit großer internationaler Organisationen wie der UNO und ihre Konferenzen an sich. Spivak vertritt in ihrem Text „Woman as Theatre“ die Ansicht, die Arbeit der UNO basiere auf der impliziten und nicht thematisierten Annahme, der Rest der Welt sei außerstande, sich selbst zu regieren. „Da natürlich – in unterschiedlichem Maße – kein Staat in der Lage sei, sich vollständig selbst zu regieren und die Macht der Nationalregierungen im Zeitalter der Globalisierung abnehme, sei es notwendig geworden, möglichst verschwenderisch eine globale staatliche Einheit zu demonstrieren. Globalisierung bedeute in diesem Zusammenhang hauptsächlich die weltweite Durchsetzung US-amerikanischer oder EU-europäischer Interessen.“ (Spivak, 1996, zit. n. Kerner, 1999:50) So kritisiert Spivak zum Einen die Verschwendung finanzieller Ressourcen durch die UNO – ohne dies jedoch näher zu spezifizieren – und zum Anderen, dass auch in der UNO trotz der Demonstration einer Einheit Hierarchien bestehen, an deren Spitze die USA und EU-Europa stünden. Dies bezieht Spivak nicht nur auf die UNO, sondern auf ein Interaktionssystem zwischen so gut wie allen „Mächtigen“. Sie beschreibt das „globale Konferenztheater“ als „staged to show participation between the North and the South, the latter constituted by Northern discursive mechanisms – a Platform of Action and certain power lines between the UN, the donor consortium, governments and the elite Non-Governmental Organisations.“ (Spivak, 1996, zit. n. Kerner, 1999:50-51) Sie schließt daraus: „In fact, the North organizes a South.“ (Spivak, 1996, zit. n. Kerner, 1999:51)

Im Fall von Frauenkonferenzen stellt Spivak somit fest, dass trotz einer Ausklammerung diverser Themen und bestimmter Gruppen von Frauen mit ihren spezifischen Problemen und Problemlösungsstrategien, am Ende des „Konferenztheaters“ ein allgemeines Ergebnis der Frauen der Welt präsentiert werde. (vgl. Kerner, 1999:51) Spivak schreibt über den Bericht der Frauenkonferenz in Nairobi 1985: „[...] *one began to see who qualifies as 'woman', and what that woman must think in order to represent the woman who is to be empowered*.“ (Spivak, 1996, zit. n. Kerner, 1999:51) Spivak macht damit einen Bruch aus zwischen den Frauen, die an Konferenzen teilnehmen und dort ihren „Aktivismus ausleben“ und den feministischen *grassroots*-Aktivistinnen aus Ländern der „Dritten Welt“, die an der Basis arbeiten und von den großen Konferenzen und UN-Beschlüssen nicht nur unerreicht, sondern auch unerfasst bleiben. Somit seien die Bemühungen der UNO zwar prinzipiell nicht schlecht, jedoch seien die zahlreichen Konferenzen oftmals eine Verschwendung von Kräften und Mitteln, die anders wirksamer eingesetzt werden könnten. (vgl. Spivak, 1996, zit. n. Kerner, 1999:51) Die Konferenzen bewirken eine „Rekodierung“ der Frau im

Interesse des Nordens, die wiederum die Anliegen und Probleme des Widerstandes aus einer südlichen Perspektive vernachlässigt und so zu einer wachsenden Verelendung führt. Die diskursiven Elemente der Nord-Süd-Beziehungen und der UN-Politik stehen nicht unberührt nebeneinander, sondern erzielen ihre spezifische Wirkung im Zusammenspiel. (Spivak, 1996, zit. n. Kerner, 1999:52)

Antrobus versteht diese Einwände, weist aber darauf hin, dass der Austausch auf politischer Ebene mit Regierungen und auf internationaler Ebene, wie im Fall der UNO, unbedingt notwendig ist, um Ziele zu erreichen: *„It is possible to work within a women's movement without engagement with the institutions which determine the laws and politics and allocate resources that affect the quality of our lives as women. However, the implementation of the agendas of women's movements relies on the generation of political will and bureaucratic responses. For this to happen, significant sections of the women's movement must engage with mainstream political realities.“* (Antrobus, 2004:61)

Allgemein kritisieren AutorInnen jedoch, dass die Umsetzung von UNO-Vorgaben trotz einer Vielfalt an Instrumenten nicht erzwungen werden kann, da ein Verbot zur Einmischung in die internen Angelegenheiten besteht. (vgl. Karsch, 2004, 76) Problematisch ist also, dass es zwar keinen Mangel an Organisationen oder Mechanismen zu Frauenrechten und -themen gibt, jedoch sehr wohl Probleme bei der Umsetzung der Forderungen. Als grundsätzliches Problem sieht auch Antrobus die Weigerung oder auch Unfähigkeit der UNO und ihrer Mitglieder, sich auf eine Kritik am neoliberalen Politik-Framework zu einigen, ohne welches keine Basis dafür besteht, dass eine Vielzahl von Empfehlungen verschiedener Konventionen auch tatsächlich weltweit umgesetzt werden können. (vgl. Antrobus, 2004:103) So ist auch die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UN (1948) in Geltung und Wirksamkeit umstritten und unvollkommen, und die CEDAW wurde von vielen Staaten nur unter Vorbehalt ratifiziert und vielfach auf Staaten-Ebene einfach nicht umgesetzt. (vgl. Gerhard, 2009:124) Andere Länder haben CEDAW sogar ratifiziert, jedoch heißt das nicht automatisch, dass in diesen Ländern aktiv an der Gleichstellung der Frauen gearbeitet wird. (vgl. Randzio-Plath, 2004:73) Keiner der Grundsätze für Frauen ist in den einzelnen Mitgliedsländern einklagbar und selbst frühe Konventionen, wie beispielsweise die Konvention über die politischen Rechte der Frauen von 1952, bleiben oftmals nur ein „Lippenbekenntnis“. (vgl. Karsch, 2004, 76)

Nicht zuletzt bieten die Weltkonferenzen aber dennoch einen Raum, Kritik am Wirtschaftssystem anzubringen. Verschiedene soziale Bewegungen und einzelne NGOs haben u.a. durch Weltkonferenzen zusammen gefunden in ihrem Kampf für soziale Gerechtigkeit und Kritik am Neoliberalismus und Globalisierung. (vgl. Antrobus, 2004:4) Antrobus beschreibt, inwiefern die

UNO die Bildung einer globalen Frauenbewegung erleichtert hat: „*The UN [...] provided the movement both with space for the formulation of programmes of action that reflected the women's demands – practical and strategic – and with international standards and instruments for achieving these. Most importantly, UN conferences provided a space where the women's movement could interact with and challenge governments to sign on to pledges, declarations and resolutions that would change the condition and position of women.*“ (Antrobus, 2004:61) Auf den Weltfrauenkonferenzen zusammengefunden, beschäftigten sich in den 1980er/90er Jahren besonders viele Frauen mit Forschung und Advocacy rund um das Thema SAPs. (vgl. Antrobus, 2004:75) Die SAPs, die ab den 1980er Jahren von vielen Regierungen, begonnen mit den lateinamerikanischen Ländern, angenommen worden waren, hatten einen besonderen Einfluss auf Frauen. So wurde Feministinnen der globalen Frauenbewegung in den 1980er Jahren klar, dass die Ausbeutung ihrer Zeit, Arbeit und Sexualität die Basis eines Wirtschaftssystems bildeten, welches von Grund auf ungerecht war. (vgl. ebd.:67) Sie stellten fest: „*Underlying this policy framework was an ideology of the role of the state (its relationship to its citizens) and a gender ideology (the social relations between men and women, and specifically, women's traditional role in domestic work and the care of people – social reproduction).*“ (Antrobus, 2004:72) Die lateinamerikanischen feministischen Bewegungen waren die ersten, die gegen die sozioökonomischen Veränderungen, die aus den SAPs resultierten, angingen und trugen maßgeblich zur Erforschung der *gender*-Dimensionen derartiger Politikansätze bei. (vgl. Antrobus, 2004:75) UNICEF förderte die Veröffentlichung eines Buchs von lateinamerikanischen Forscherinnen, die herausgearbeitet hatten, dass der Schuldenabbau in Folge der Schuldenkrise maßgeblich auf den Schultern von Frauen ausgetragen wurde, indem deren unbezahlte Arbeit im Haushalt und unterbezahlte Arbeit in exportorientierten Industrien ausgebeutet wurde. (vgl. ebd.:73)

Eigelsreiter-Jashari (2004:21) kritisiert, wie der „freie Handel“, der eigentlich nur die Freiheit der mächtigen transnationalen Konzerne (TNCs) meint, die 70 % des Welthandels kontrollieren, auf der Zerstörung der Freiheit der BürgerInnen überall auf der Welt basiert und Globalisierung demnach die Aushöhlung der Macht von demokratischen Institutionen individueller Länder, lokaler Entscheidungsgremien, regionaler Regierungen und Parlamente bedeutet. (vgl. Eigelsreiter-Jashari, 2004:21) NGOs und Organisationen der Zivilgesellschaft stellen darüber hinaus besorgt fest, dass die IFIs, die WTO und die UNO in ihrer Politik immer näher zusammenrücken und „unbarmherzig auf den Neoliberalismus drängen“. (vgl. ebd.:104) So beschreibt Antrobus, wie das Handelsregime rund um die WTO auf dem *World Summit on Sustainable Development (WSSD)* 2003 die Verantwortung des Staates, ein Framework für Wachstum, Armutsreduzierung und Umweltschutz

zu schaffen, ausgetauscht hat durch „public-private Partnerships“, die nun aufgerufen sind, Richtlinien für die die Umsetzung der Agenda zu entwickeln und deren Monitoring zu übernehmen. (vgl. ebd.:105) Darüber hinaus erlebte das WSSD die praktische Aufgabe der Agenda 21 mit ihren Bezugnahmen auf die Rolle von Frauen in nachhaltiger Entwicklung sowie Frauenrechten und der Umverteilung sozialer Reproduktionskosten. (vgl. ebd.:105) Auch das multilaterale System hat sich also den „Kräften des Neoliberalismus“ verkauft, stellt Antrobus fest. Und trotzdem, so Antrobus, ist und bleibt die UNO mit allen ihren Limitationen und Widersprüchen das einzige Forum, in dem die globale Frauenbewegung Regierungen dazu bewegen kann, Agenden und Konventionen, die bereits angenommen wurden, zur Verantwortung zu zwingen. (vgl. ebd.:105) Dabei ist es wichtig, das revolutionäre Potential nicht zu verlieren und sich nicht anpassen zu lassen: „*The question is whether we have this critique any longer – of patriarchy, the state or the UN – or whether we are only interested in being included in the system.*“ (Khan, zit. n. Antrobus, 2004:150)

2.4.3 Instrumente, Mechanismen und Indexe

Besonders seit Ende der 1980er Jahre entstanden überall in der Welt zahlreiche Institutionen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die internationalen Instrumente und Organe einer Prüfung zu unterziehen, Schwachstellen aus weiblicher Sicht aufzudecken etc. (vgl. Neuhold/ Pirstner/Ulrich, 2003:157) Antrobus betont: „*In the wake of UN conferences, monitoring governments and other institutions and holding them to account for the implementation of resolutions, recommendations and international conventions have become important strategies for change.*“ (vgl. Antrobus, 2004:124)

Wie bereits in 2.4.2 angedeutet, gibt es zahlreiche Instrumente (Konventionen, Agenden etc.) auf deren Basis gearbeitet werden kann. Bereits die UN-Charta enthält den Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. 1948 veröffentlichte die UNO die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, welche die Gleichheit der Geschlechter, wie z.B. die Lohn- und die eheliche Rechtsgleichheit, erneut bekräftigte. (vgl. Karsch, 2004, 76) Darüber hinaus gibt es schon frühe speziell auf Frauen- und *gender*-Fragen bezogene Menschenrechtsinstrumente, wie z.B. die Konvention zur Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausbeutung von Prostituierten (1950), das Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau (1952), die CEDAW (1979) oder die Erklärung über die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (1993), die allesamt von der CSW ausgearbeitet wurden. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:32) Die CEDAW, auch „Magna Carta“ der Menschenrechte von Frauen genannt, ist von allen speziell mit Frauenfragen befassten Konventionen der UNO die wichtigste und umfassendste. (vgl. ebd.:49 & Eigelsreiter-Jashari,

2004:30 & Randzio-Plath, 2004:121) Die Vertragsstaaten sind mit ihrer Unterzeichnung dazu verpflichtet, „alle geeigneten Mittel“ zu ergreifen und „alle geeigneten Maßnahmen“ zu setzen, um die Ziele der Konvention zu verwirklichen. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:51) NGOs und nicht-staatliche ExpertInnen üben hartnäckig Druck aus, damit die Staaten ihre Verantwortung auch wirklich ernst nehmen. (vgl. ebd.:51) Die Mitgliedsstaaten müssen dem CEDAW-Ausschuss in regelmäßigen Abständen (ca. alle 4 Jahre) einen Bericht über die Umsetzung der Ziele der Konventionen vorlegen und zusätzlich legen NGOs so genannte „Schattenberichte“ vor. (vgl. ebd.:58-59) Somit ist der CEDAW-Ausschuss ein wichtiges Instrument der Überprüfung, wenngleich viele Staaten ihre Berichte nicht (nicht rechtzeitig oder auch gar nicht) einreichen. (vgl. ebd.:74+157) Zur Unterstützung des CEDAW-Ausschusses gründete sich nach der dritten Weltfrauenkonferenz die Organisation *Rights Action Watch (IWRAP)*, die Zeugnisse und Erfahrungen aus verschiedenen Regionen und Ländern sammelt und regelmäßig die Zeitschrift *The Women's Watch* mit Informationen über CEDAW herausgibt. (vgl. ebd.:157-158)

Dazu kommen Übereinkommen der ILO über eine gleiche Behandlung der Geschlechter im wirtschaftlichen Bereich, wie z.B. das Übereinkommen über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (1958) oder das Übereinkommen über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit. (vgl. ebd.:32)

Auch regionale Konventionen sind erwähnenswert, wie im Fall von Lateinamerika die *Amerikanische Menschenrechtskonvention* (1969) und die *Inter-Amerikanische Konvention zur Verhütung, Bestrafung und Ausrottung von Gewalt gegen Frauen* (1994) von der *Organisation amerikanischer Staaten (OAS)*. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:32) Die Amerikanische Menschenrechtskonvention (CIDH) wurde 1969 in Costa Rica angenommen, trat aber erst 1978 in Kraft. (vgl. ebd.:41) Die genannten Rechte sind im wesentlichen bürgerliche und politische Rechte, während der Schutz der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte nur in einem einzigen Artikel (Art. 26) niedergelegt ist. (vgl. ebd.:41) Die Instrumente zur Überwachung und Kontrolle der Amerikanischen Menschenrechtskonvention sind theoretisch sehr beeindruckend; so haben die Mitgliedsstaaten zwar keine Verpflichtung, Berichte über ihre Umsetzung vorzulegen, die Interamerikanische Menschenrechtskommission hat aber weitreichende Befugnisse: Sie gibt regelmäßig Länderberichte zur Menschenrechtssituation heraus und überwacht auch die Umsetzung der CEDAW in ihren Mitgliedsstaaten. (vgl. ebd.:42) Ein Spezialorgan der OAS ist die bereits 1928 gegründete inter-amerikanische Frauenrechtskommission (CIM). (vgl. ebd.:42) Die CIM sammelt berichte über die Situation von Frauen in den Mitgliedsstaaten, soll das Verständnis für Frauenfragen und -rechte fördern und ist zusammen mit der Inter-Amerikanischen Kommission für

Menschenrechte mit der Förderung der Umsetzung der Inter-Amerikanischen Konvention zur Verhütung, Bestrafung und Ausrottung von Gewalt gegen Frauen betraut. (vgl. ebd.:42-43) Neuhold/Pirstner/Ulrich (2003:43) stellen fest, dass Überlappungen zwischen den beiden Organen nicht selten zu beidseitiger Passivität führen. Der zentrale Leitfaden der CIM ist das „Programa Interamericano para la Promoción de los Derechos Humanos de la Mujer y la Equidad e Igualdad de Género“ (PIA). (vgl. OAS, 2011) Die im Anschluss an die Menschenrechtskonferenz 1993 verabschiedete Erklärung über die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen löste unter lateinamerikanischen feministischen NGOs intensive Anstrengungen zur Erarbeitung eines verbindlichen Instruments für ihre Region aus. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:107) So kam es 1994 zur Annahme der Inter-Amerikanischen Konvention über die Verhütung, Bestrafung und Ausrottung von Gewalt gegen Frauen (Konvention von Belem do Pará), die der Erklärung über die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen inhaltlich sehr ähnelt. (ebd.:108)

Ein wichtiges Institut zur Überprüfung und Kontrolle ist in Lateinamerika das *Lateinamerikanische Komitee zur Verteidigung der Rechte von Frauen (CLADEM)*. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:185) Im globalen „Norden“ gibt es beispielsweise das *Institute for Women, Law and Development*, das *Centre for Women's Global Leadership* und das *Women's Rights Project*, die versuchen, Frauen in Ländern der „Dritten Welt“ über ihre Rechte aufzuklären und ihnen den Rücken zu stärken. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:185)

Die MDGs, welche die Mitgliedsstaaten der UNO im Jahr 2000 als Entwicklungsziele bis 2015 formuliert haben, stellen seitdem auch einen neuen Schwerpunkt für den Aktivismus von Frauen dar, da Frauen von vielen Themen zentral betroffen sind. (vgl. Antrobus, 2004:105) Wenn beispielsweise das Millenniumsziel der Halbierung der Armut bis 2015 erreicht werden soll, muss bei der Stärkung der Frauen angesetzt werden. (vgl. Randzio-Plath, 2004:210) Die Umsetzung der MDGs lässt sich u.a. anhand der Entwicklungsindexe des UNDP überprüfen, das seit 1990 jährlich den *Human Development Report (HDR)* veröffentlicht, der alle Mitgliedsstaaten der UNO bezüglich ihrer „menschlichen Entwicklung“ beurteilt. (vgl. Randzio-Plath, 2004:30) Der Grundsatz, der den Bericht leitet, ist die Feststellung: *“People are the real wealth of a nation.”* (vgl. UNDP, 2011a) 1995 brachte der HDR erstmals die beiden *gender*-relevanten Maßstäbe *„Gender-related Development Index“ (GDI)* und *„Gender Empowerment Measure“ (GEM)* ein, die jedoch seit 2010 der Vergangenheit angehören. Der HDR 2010 brachte neben dem „alten“ *Human Development Index (HDI)* drei neue *„experimental indices“* ein: Den *„Gender Inequality Index“ (GII)*, den *„Inequality-adjusted Human Development Index“ (IHDI)* und den *„Multidimensional Poverty Index“ (MPI)*. (vgl. UNDP, 2011b & UNDP, 2011c) Die UNDP erklärt, der GDI hätte den

missverständlichen Eindruck vermittelt, „gender gaps“ seien irrelevant, da der HDI, von dem der GDI direkt abgeleitet wurde, mit Kategorien arbeite, in denen Unterschiede verfälscht hervorträten. (vgl. UNDP, 2011b) So würde die Höhe des Einkommens beispielsweise einen dominanten Einfluss auf das HDI-Ergebnis eines Landes haben, so dass Länder mit geringem Einkommen an sich keine guten GDI-Ergebnisse erzielen konnten, selbst wenn sie in der Einkommensverteilung eine perfekte Geschlechtergleichheit erzielen würden. (vgl. UNDP, 2011c) So wurde 2010 erstmals der GII verwendet, der die Benachteiligung von Frauen in drei Dimensionen misst und den Verlust im Bereich der menschlichen Entwicklung aufgrund der Ungleichheit zwischen den Errungenschaften von Männern und Frauen in den drei genannten Dimensionen veranschaulicht. Der Index reicht von 0 bis 1, wobei 0 für eine Gleichheit von Frauen und Männern steht und 1 bedeutet, dass Frauen in allen drei Dimensionen so schlecht abschneiden wie nur irgend möglich. (vgl. UNDP, 2011b) Die drei Dimensionen sind: *Reproduktive Gesundheit*: errechnet aus der Müttersterblichkeitsrate und der Jugendfertilitätsrate; *Empowerment*: errechnet aus dem Frauenanteil im Parlament und dem Abschluss einer Sekundär- oder höheren Ausbildung von Frauen; und *Arbeitsmarkt*: errechnet aus der Erwerbsbeteiligungsrate von Frauen. (vgl. UNDP, 2011b) Allgemeiner scheint es interessant, dass die Verbreitung empfängnisverhütender Mittel nur unter verheirateten Frauen untersucht wird. Dazu findet sich im GII leider keine Erklärung. Andererseits hat diese Angabe aber augenscheinlich keinen Einfluss auf den eigentlichen GII-Wert. *Empowerment* soll u.a. durch die Frauenquote im Parlament ersichtlich werden, wobei sicherlich hinterfragt werden kann, ob die alleinige Bekleidung von Sitzen im Parlament davon zeugt, dass Frauen auch Einfluss haben und „ermächtigt“ sind. Auch gehört zu einer Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt sicherlich mehr, als lediglich die „Beteiligung“ am Arbeitsmarkt, denn es spielt eine Rolle, in welchen Jobs Frauen arbeiten und wie viel sie darin verdienen. Der GII scheint also auch Lücken aufzuweisen, so dass geschlossen werden kann, dass Indexe, die Länder überblicksmäßig vergleichen, sicherlich keine Tiefenanalyse durchführen und somit keine genauen Ergebnisse liefern können.

Außer dem Index der UNO gibt es auch noch den „*World Economic Forum's Global Gender Gap Index*“ (*GGI*), der wiederum mit anderen Dimensionen und Indikatoren arbeitet. Hier wird jedoch komplett die Entwicklung eines Landes außer Acht gelassen bzw. der Verlust, den ein Land in seiner Entwicklung aufgrund von „gender gaps“ erfährt. (vgl. UNDP, 2011c) Ein weiterer Index, der „*Economist Intelligence Unit's Women's Economic Opportunity Index*“ (*WEOI*), untersucht Gesetze und Richtlinien über die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt sowie soziale Institutionen, welche die wirtschaftliche Einbindung von Frauen beeinflussen. Ebenso wie der *Social Institutions and Gender Index (SIGI)* der OECD vervollständigt der WEOI laut Angaben des UNDP den GII, da

beide versuchen, die Gründe für Geschlechterungleichheiten in wirtschaftlicher Beteiligung zu erklären. (vgl. UNDP, 2011c)

Gender-Profile, *gender-Budgeting* und wichtige internationale Abkommen und Strategie-Dokumente sind für Regierungen und Institutionen derzeit gängige Instrumente, um sich der von offizieller Seite unter dem Druck von Frauenorganisationen häufig postulierten Geschlechterdemokratie zu nähern. (vgl. Eigelsreiter-Jashari, 2004:30) Ein zentraler Begriff in diesem Zusammenhang ist „*Gender-Mainstreaming*“. *Mainstreaming* bedeutet an sich erst einmal die Integration neuer Frameworks, Agenda, Forschungsergebnisse und Strategien zu einem bestimmten Thema in *Mainstream- Politikprogramme* und -projekte. (vgl. Antrobus, 2004:122) *Gender-Mainstreaming* wurde innerhalb der spezialisierten Organisationen der UN aus dem WID-Ansatz (siehe 2.5.1) erarbeitet und soll dafür Sorge tragen, dass alle Maßnahmen verschiedener Ressorts auf ihre möglichen Effekte auf Frauen und Männer hin eingeschätzt werden. (vgl. Krause, 2003:253) Die Akteure auf den verschiedenen Ebenen des internationalen Systems sollen abgestimmt arbeiten und gemeinsam das allgemeine Entwicklungsziel mit dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verbinden. (vgl. ebd.:253) Somit wird die Strategie des *Gender-Mainstreaming* häufig von Institutionen, Organisationen der EZA, Netzwerken etc. verwendet, die beispielsweise besondere Programme für Frauen eingesetzt oder UN-Mandate angenommen haben. (vgl. Antrobus, 2004:122) Besonders offensiv wird *Gender-Mainstreaming* z.B. von der Europäischen Union vertreten. (vgl. Krause, 2003:314) Seit Mai 1998 gelten hier auch die DAC (Development Assistant Committee der OECD)-Leitlinien für die Gleichstellung der Geschlechter und die Befähigung von Frauen zur Selbstbestimmung in der EZA sowie seit Dezember 1995 die „*Gender Resolution der Europäischen Union: Allgemeine Grundsätze für eine geschlechtsdifferenzierte Entwicklungszusammenarbeit*“. (vgl. Eigelsreiter-Jashari, 2004:30) Doch nicht nur im Entwicklungskontext, sondern überall ist mittlerweile von *Gender-Mainstreaming* die Rede, sei es in offiziellen politischen Dokumenten, in Selbstdarstellungen privater Unternehmen oder sogar in den Leitbildern kommunaler Verwaltungen. (vgl. Krause, 2003:314) Diese weite Verbreitung hat wiederum Einfluss auf das Konzept genommen: An die Stelle einer feministisch-entwicklungspolitischen Debatte traten vor allem organisationstheoretische Überlegungen und aus der Privatwirtschaft bekannte Strategien wie *Managing Diversity* und *Qualitätsmanagement* haben Einfluss genommen, so dass für *Gender-Mainstreaming* entsprechend oft mit ökonomischen Vorteilen geworben wird. (vgl. ebd.:319)

Trotz der weiten Verbreitung des Begriffs gibt es keinen wirklichen Konsens über die engere Definition von *Gender-Mainstreaming* und dementsprechend weit gehen auch die vorläufigen

Bewertungen des Konzeptes auseinander (vgl. ebd.:315) Für einige stellt *Gender-Mainstreaming* eine sinnvolle Weiterentwicklung der Gleichstellungspolitik dar, für andere ergänzt es diese lediglich und für KritikerInnen ist *Gender-Mainstreaming* nicht mehr als ein schillerndes Modewort, das es jeder Institution erlaubt, Flagge zu zeigen, ohne zu handeln. (vgl. ebd.:315) Für letztere geht die Inhaltslosigkeit Hand in Hand mit einer Geschichtsvergessenheit: „*Dass der Begriff zunächst von zumeist entwicklungspolitisch engagierten Frauengruppen eingebracht wurde, ist völlig in den Hintergrund geraten. Entsprechend taucht auch der Begriff 'feministisch' in Gender-Mainstreaming-Programmen nicht auf.*“ (Krause, 2003:319) Darüber hinaus kann es kritisch bewertet werden, dass ein *Mainstreaming* von Frauenthemen oftmals zu Bürokratisierung und Depolitisierung führt, so dass die Effektivität der Ansätze letztlich sinkt. (vgl. Antrobus, 2004:123) Fraueninteressen werden in so einem Fall zu einer Rhetorik, die von einem Mangel an politischem Willen und tatsächlichen Wandels ablenkt: „*[T]he gender mainstreaming strategies of many multilateral agencies, such as the UN and the World Bank, as well as bilateral aid agencies, include impressive gender assessment checklists, guidelines and gender impact assessments to be applied to all programmes and policies. However, these are often contradicted by policy frameworks that undermine and jeopardize the goals, objectives and values of the strategies.*“ (Antrobus, 2004:123) Letztlich befürchten viele, dass *Gender-Mainstreaming* das Ende von Gleichstellungsmaßnahmen für Frauen bedeutet, obwohl dies ursprünglich einmal das Argument für *Gender-Mainstreaming* Initiativen war. Die zu den Urhebern des *Gender-Mainstreaming* zählenden Einrichtungen, wie die EU-Kommission, haben explizit davor gewarnt, Frauenförderpolitik zugunsten von *Gender-Mainstreaming* aufzugeben, doch lassen sich bereits praktische Beispiele nennen, wo einschlägige Maßnahmen, Budgets, Stellen und ganze Ministerien aufgegeben wurden mit der Begründung, dass Frauenpolitik fortan im *Gender-Mainstreaming*-Prozess weiterentwickelt werde. (vgl. Krause, 2003:320) Rai betont, dass dies allein nicht ausreicht: „*gender balance alone cannot be the process or outcome in a world ridden with poverty and class inequality.*“ (Rai/Parpart/Staudt, 2007:22)

2.5 Frauen in der Entwicklungstheorie und postkoloniale feministische Kritik

„*Frauen sind mehr als die Hälfte der Menschheit, leisten zwei Drittel aller Arbeitsstunden, erhalten ein Zehntel des Welteinkommens und besitzen weniger als ein Hundertstel des Eigentums.*‘ Diese Berechnung der Vereinten Nationen von 1980 hat ihren traurigen Bestand seit nun mehr als zwei Dekaden,“ stellt Randzio-Plath (2004:209) fest. Seit den 1960er/70er Jahren haben sich auf akademischer Ebene deshalb verschiedene Konzepte entwickelt, die sich damit auseinandersetzen,

wie Frauen in der EZA „unterzubringen“ seien und wie die Situation von Frauen weltweit verändert werden kann. Angesichts ernüchternder Ergebnisse gibt es auch kritische Ansätze, die sich mit diesen Konzepten auseinandersetzen sowie die postkoloniale feministische Perspektive, welche grundsätzliche Annahmen hinterfragt. Im Folgenden sollen die bekanntesten Ansätze betrachtet werden.

2.5.1 Women in Development (WID)

Der *Women in Development (WID)*-Ansatz wird meist mit der Autorin Ester Boserup in Verbindung gebracht, auch wenn er ursprünglich vom „Think Tank“ rund um das Frauenkomitee der *Society for International Development (SID)* entwickelt wurde. Ester Boserup war es jedoch, die ihn 1970 ausformuliert und auf die Integration von Frauen in globale Prozesse des ökonomischen, politischen und sozialen Wachstums und Wandels bezogen hat. (vgl. Rathgeber, 1989: 2+3 & Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:129 & Krause, 2003:252-253) Sie skizzierte erstmals die geschlechtsbezogene Arbeitsteilung, wie sie in landwirtschaftlichen Ökonomien weltweit praktiziert wurde. (vgl. Rathgeber, 1989: 2-3) Sie untersuchte Veränderungen, die in landwirtschaftlichen Ökonomien stattfanden wenn Modernisierung einzusetzen begann und analysierte den unterschiedlichen Einfluss dieser Veränderungen auf die Arbeit von Männern und Frauen. Damit wurde Boserup zur ersten Wissenschaftlerin, die das Geschlecht als unabhängige Variable in ihrer Analyse verwendete, und ihr Ansatz stärkte die Bereitschaft zum Überdenken der entwicklungspolitischen Praxis unter Frauenaspekten. (vgl. Rathgeber, 1989: 3 & Braig, 2001:111) Während in der Modernisierungstheorie in den 50ern und 60ern noch davon ausgegangen wurde, die männliche Erfahrung könnte 1:1 auf die weibliche übertragen werden, veränderte sich diese Haltung mit dem WID-Ansatz der 1970er Jahre. (vgl. Rathgeber, 1989: 5) In ihrer Studie „Women's Role in Economic Development“ hatte Boserup darauf aufmerksam gemacht, dass viele Entwicklungsprojekte den Status von Frauen nicht nur nicht verbessert, sondern sogar verschlechtert hatten. (vgl. Kerner, 1999:10) Frauen hatten einen geringeren Zugang zur Schulbildung, neue Technologien für den landwirtschaftlichen Sektor wurden auf Männer ausgerichtet und im formellen Industriesektor wurden Frauen in Billiglohnbereichen angestellt – was zum Einen an ihrer geringen Ausbildung lag, zum Anderen jedoch daran, dass sie nicht als Hauptverdienerinnen, sondern als Nebenverdienerinnen wahrgenommen wurden. (vgl. Rathgeber, 1989: 5)

Den WID-Aktivistinnen ging es demnach zunächst einmal um die Sichtbarmachung von Frauen im Entwicklungsprozess und im weiteren dann um ihre Integration in diesem. (vgl. Kerner, 1999:10)

Projekte, die auf der WID-Strategie aufbauten, waren demnach darauf ausgerichtet, den Frauen in Entwicklungsländern ein Einkommen zu ermöglichen, indem man ihnen bestimmte Fähigkeiten und Fertigkeiten beibrachte. (vgl. Rathgeber, 1989: 7) Dieser Fokus auf die Förderung einkommensschaffender Maßnahmen kann auf den zur selben Zeit dominanten Diskurs der Armutsbekämpfungsstrategie zurückgeführt werden. (vgl. Kerner, 1999:10) Ersichtlich wird an diesem Fokus bereits, dass die WID-Perspektive eng mit der Modernisierungstheorie verbunden war, die in den 1960er/70ern den entwicklungspolitischen Diskurs dominierte und davon ausging, dass Modernisierung Industrialisierung bedeutete und diese den „Entwicklungsländern“ dabei helfen würde, in ihrer Entwicklung zu den Industrieländern aufzuschließen und bessere Lebensstandards für alle zu erreichen. (vgl. Rathgeber, 1989: 4) So wurde das „WID-Regime“ auch vor allem durch die Weltbank vorangetrieben, welche die Modernisierungstheorie im wesentlichen trug. (vgl. Marchand/Parpart, 1995: 26)

Als Errungenschaft des WID-Konzeptes kann festgehalten werden, dass die Situation von Frauen in verschiedenen Wirtschaftssektoren erstmals getrennt von der männlichen Position untersucht und anerkannt wurde, und dass Frauen andere Erfahrungen bezüglich Entwicklung und sozialem Wandel machten. (vgl. Rathgeber, 1989: 5) In dem Sinne stellte das Konzept den Beginn des Widerstandes gegen die Verleugnung und Ausgrenzung der Frauen in der Entwicklungspolitik dar. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:130) Organisationen der EZA bemühten sich darum, Programme einzusetzen, die den Ungleichheiten entgegenwirken sollten. (vgl. Rathgeber, 1989: 6 & Braigh, 2001:114) Darüber hinaus trugen WID-Programme und -Projekte in vielen „Entwicklungsländern“ im hohen Maße zu einer Stärkung und Verbreitung von Frauenorganisationen auf lokaler Ebene bei. (vgl. Antrobus, 2004:47) Trotz dieser Errungenschaften wurde der WID-Ansatz bald vor allem von Frauen aus Ländern der „Dritten Welt“ für seine starke Vereinfachung von der Art weiblicher Arbeit und von Frauenrollen kritisiert, was nicht zuletzt mit der Fundierung des Ansatzes in der Modernisierungstheorie zu tun hatte. (vgl. Rathgeber, 1989: 3+6 & Antrobus, 2004:48) Es wurde kritisiert, dass sich der modernisierungstheoretische Entwicklungsansatz auf Frauen bezogen als „Wohlfahrtsansatz“ ausdrücke und Frauen lediglich als schutzbedürftige, verletzte Wesen und als passive Rezipientinnen wahrnahm und sie nur in ihrer Rolle als abhängige Hausfrauen und Mütter ansprach, so dass nahezu alle Unterstützungen einen Schwerpunkt auf den reproduktiven Bereich legten. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:128) Der WID-Ansatz reduzierte die reproduktive Seite der Frau dabei jedoch auf ein biologisches Konzept und ignorierte die Bandbreite von Aktivitäten, die soziale Reproduktion umfasst, wie z.B. Kinderpflege, alle möglichen Arten der Hausarbeit und soziokulturelle Funktionen, die der

Reproduktion von Institutionen wie der Familie dienen. (vgl. Rathgeber, 1989: 7 & Antrobus, 2004:40-41). Mohanty kritisiert nicht nur, dass Vertreterinnen des WID-Ansatzes allesamt davon ausgingen, dass „Entwicklung“ gleichbedeutend mit „ökonomischer Entwicklung“ oder einem „Entwicklungsprozess“ sei, sondern stört sich darüber hinaus am Blick des WID-Ansatzes auf Frauen als „Opfer“ des ökonomischen Entwicklungsprozesses, wodurch sie in erster Linie als Objekte und als einheitliche Gruppe wahrgenommen würden. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:57+63). Als Beispiel führt sie die Autorin Hudson auf, die Probleme und Bedürfnisse von Frauen aus verschiedenen „Entwicklungsländern“ in den selben Bereichen, wie beispielsweise Bildung, Gesundheit, politische Beteiligung, legale Rechte etc. ausmacht und daraus schließt, dass alle Frauen aus der „Dritten Welt“ ähnliche Probleme und Bedürfnisse haben und demnach auch ähnliche Interessen und Ziele verfolgen. (vgl. ebd.:63) Vertreterinnen des WID-Ansatzes hatten sich zwar überlegt, wie Frauen in aktuellen Entwicklungsstrategien untergebracht werden konnten, die gesellschaftliche Strukturen stellten sie dabei jedoch nicht in Frage und überlegten auch nicht, warum Frauen von den bisherigen Entwicklungsstrategien so wenig profitiert hatten. (vgl. Rathgeber, 1989: 6) So argumentierten Kritikerinnen aus der „Dritten Welt“, dass Frauen eigentlich bereits in den Entwicklungsprozess „integriert“ seien, nämlich insofern, als dass sie durch ihn Unterordnung und Ausbeutung ausgesetzt waren und forderten in Konsequenz eine Art von Entwicklung, welche die Bedürfnisse von Frauen ansprechen würde (vgl. Antrobus, 2004:48): *„The failure of this approach to fundamentally improve women’s position in the South (and North) led some scholars and activists from the South, and to a lesser degree the North, to call for new ways of thinking. They argued that the cultural assumptions and practices defining women and men’s roles often impeded women’s development.“* (Rai/Parpart/Staudt, 2007:10)

2.5.2 Women and Development (WAD) & Women Environment Development (WED)

Aus der Kritik am WID-Ansatz entwickelte sich in der feministischen NGO-Szene in der zweiten Hälfte der 70er Jahre der *Women and Development* Ansatz (*WAD*). (vgl. Kerner, 1999:10) Er wuchs aus der Beobachtung dessen heraus, dass die Modernisierungstheorie als Erklärung, wie Entwicklung gefördert werden sollte, nicht fruchtete. (vgl. Rathgeber, 1989: 8) Vertreterinnen des Ansatzes propagierten reine Frauenprojekte und die Suche nach einem eigenen Weg, statt einer engen Kooperation mit männlich dominierten Entwicklungsinstitutionen. (vgl. Kerner, 1999:11) Einige Aspekte seiner theoretischen Basis bezog der WAD-Ansatz aus der Dependenztheorie, die er mit Aspekten aus dem radikalen Feminismus verband. (vgl. Rathgeber, 1989: 8 & Kerner, 1999:10) Diese NGO-VertreterInnen waren geprägt von der dependenztheoretischen Annahme, dass die BewohnerInnen der westlichen Industriestaaten – einschließlich ihrer selbst – von der Ausbeutung

der Menschen und Ländern der „Dritten Welt“ profitierten würden. So nahmen viele die pauschale Schuldzuweisung persönlich und leiteten eine moralische Verantwortung ab, an den gegebenen Zuständen etwas ändern zu müssen. (vgl. Kerner, 1999:29-30) Während auf politischer Ebene in den 1980ern eine Rückkehr zu modernisierungstheoretischen Konzepten erfolgte, setzte sich in der NGO-Szene ein „Dritte-Welt-Romantizismus“ durch, der die „traditionellen“ Kulturen der Länder der „Dritten Welt“ als ganzheitlich und lebensbejahend erhob und die Kultur der westlichen Industrieländer als naturzerstörend, formal und rationalistisch erklärte und rigoros ablehnte. (vgl. ebd.:30) Problematisch war diese Romantisierung insofern, dass „nicht nur Herrschaftsverhältnisse und Hierarchien, die diesen Kulturen zu eigen sind, beschönigt oder geleugnet wurden, sondern daß außerdem diese Kulturen als stets intakt und in ihrer Traditionalität als rein und unvermischt betrachtet wurden“ (Kerner, 1999:31).

Der vergleichbare Ansatz *Women, Environment, Development (WED)* legt einen größeren Fokus auf die Umwelt und steht in Verbindung mit Vertreterinnen aus dem Ökofeminismus und anderen Subsistenzansätzen. Vertreterinnen des Bielefelder Ansatzes wie Maria Mies geht es um eine „neue Sicht“ auf Gesellschaft, Kultur, Geschichte und soziale Probleme. (vgl. Notz, 2011:24) Sie analysierten in erster Linie unsichtbare, un- oder unterbezahlte Arbeit von Hausfrauen, SubsistenzbäuerInnen und KleinproduzentInnen im sogenannten informellen Sektor. (vgl. ebd.:24) Daraus entwickelte Vorschläge sprachen davon, dass Frauen aus der Geldwirtschaft in die Subsistenzwirtschaft umsteigen sollten, weil der Kapitalismus auf dem Prinzip der Naturausbeutung, der Kolonisierung von Frauen und fremden Völkern beruhe. (vgl. ebd.:24 & Mies/Shiva, 1995:8) Der Ansatz betrachtete in seiner Analyse also vor allem auch Frauen in der „Dritten Welt“ und kritisierte die Strategie der „nachholenden Entwicklung“. (vgl. Mies/Shiva, 1995:80ff.) Kritikerinnen des Ansatzes bezweifelten allerdings, dass Frauen auf eine Emanzipation verzichten sollten und befürchteten vielmehr, dass die Folge einer reinen Subsistenzwirtschaft zu einer vermehrten Ausbeutung von Frauen in der „Dritten Welt“ führen würde. (vgl. Notz, 2011:25) Mies stellt nämlich fest: *„Die Versprechen von Freiheit, Gleichheit, Selbstbestimmung, die uns Frauen nach der Theorie der nachholenden Entwicklung im Rahmen des Industriesystems gemacht werden, sind deshalb illusionär und müssen gebrochen werden, weil sie samt und sonders an den Besitz von Geld geknüpft sind.“* (Mies/Shiva, 1995:96) Die postkoloniale Feministin Mohanty lobt jedoch die Forschungsweise von Maria Mies – die als Soziologin eine sehr differenzierte Kenntnis internationaler ökonomischer Zusammenhänge aufweisen kann – im Vergleich zu der Forschungsweise von Vertreterinnen des WID-Ansatzes (vgl. Krause, 2003:34): *„This is a good example of what careful, politically focused, local analyses can accomplish. It illustrates how the*

category of women is constructed in a variety of political contexts that often exist simultaneously and overlaid on top of one another. There is no easy generalization in the direction of 'women' in India, or 'women in the third world' [...].“ (Mohanty/Russo/Torres, 1991:65)

2.5.3 Gender and Development (GAD)

Nachdem das Netzwerk DAWN im Rahmen der Vorbereitungen auf die UN-Frauenkonferenz in Nairobi 1985 einen Text mit dem Titel „Development, Crises and Alternative Visions“ veröffentlicht hatte, der u.a. von *Empowerment* für Frauen sprach, entwarfen EntwicklungstheoretikerInnen auf der Basis des präsentierten Textes einen neuen Ansatz für die Entwicklungspolitik. (vgl. Kerner, 1999:12) Im Zentrum dieses neuen Ansatzes stand die Analyse von Geschlechterverhältnissen mit dem Ziel, die vorgefundenen Geschlechterverhältnisse zugunsten eines *Empowerment* von Frauen zu verändern. (vgl. ebd.:12) Die Basierung des *Gender and Development (GAD)*-Ansatzes auf dem *Empowerment*-Konzept der DAWN-Frauen ließ vermuten, dass GAD vor dem Spannungsverhältnis der partnerschaftlichen EZA gefeit sei. (vgl. ebd.:15) So gründete sich der GAD-Ansatz in den 1980er Jahren schließlich auch in Abgrenzung zu den oft für gescheitert erklärten Frauenförderstrategien auf „*people centered approaches*“ und entstand als Reaktion auf eine wachsende Ernüchterung angesichts mainstream und top-down Modellen für Entwicklung. (vgl. vgl. Kerner, 1999:11+12 & Rai/Parpart/Staudt, 2007:1) Trotzdem hebt Rai hervor, dass zwar wichtige Themen auf diese Weise aufgegriffen wurden, es die eigentlichen „*modernist roots*“ der BegründerInnen jedoch offensichtlich schwierig machten, eurozentrische Vorstellungen von Entwicklung abzulegen. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:10) So herrscht keine Klarheit darüber, was mit *Empowerment* eigentlich gemeint ist. (vgl. Batliwala, 2007:o.A.)

KritikerInnen stellen fest, dass mittlerweile so gut wie jede Regierungspolitik behauptet ein *Empowerment* von Frauen zu unterstützen, wenngleich sowohl die Politik als auch die Strategien zur Umsetzung nicht das *Empowerment* meinen und anstreben, von dem DAWN und andere Feministinnen ursprünglich gesprochen haben: „*Every department's narrow-bandwidth intervention, in the era of increasing divestment and privatisation, is packaged in the language of empowerment.*“ (Batliwala, 2007:o.A.) Vielmehr gelten große mikro-Finanzprogramme als schnellster Weg zum *Empowerment* von Frauen und fördern dabei gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung, die von Gebern ganz im Sinne der neoliberalen Ideologie angestrebt wird. (vgl. Batliwala, 2007:o.A.) Batliwala beschreibt: „*Meanwhile [...] we see the transition of empowerment out of the realm of societal and systemic change and into the individual - from a noun signifying*

shifts in social power to a verb signalling individual power, achievement, status.“ (Batliwala, 2007:o.A.) Auch Rai stellt fest, dass der Begriff mit dem Eindringen in das Lexikon des Mainstream Frauen- und Entwicklungsdiskurses seine transformative Bedeutung verloren und eine reformative Bedeutung erlangt hat. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:13) Hatte er sich ursprünglich auf eine große Bandbreite sozialer Transformationsprozesse bezogen, verwenden Entwicklungsorganisationen ihn seit Beginn der 1990er Jahre fast ausschließlich für angestrebte Veränderungen im Bereich Frauen und *gender-Gerechtigkeit*: „*Development assistance agencies (multilateral, bilateral and private), eternally in search of sexier catchphrases and magic bullets that could somehow fast-track the process of social transformation, took hold of the term and began to use it to replace their earlier terminology of 'people's participation' and 'women's development'.*“ (Batliwala, 2007:o.A.) Aus einer ganzen Reihe verschiedener Unterdrückungsverhältnisse, welche die DAWN-Gruppe im Dokument von 1985 als Ursache der Machtlosigkeit armer Frauen herausgearbeitet hatte, hatten EntwicklungstheoretikerInnen also das Geschlechterverhältnis als dasjenige herausgegriffen, das sie für ihre Zwecke als relevant betrachteten. (vgl. Kerner, 1999:12). So wurde *Empowerment* zum Mantra der EntwicklungspraktikerInnen und -theoretikerInnen, „the unquestioned ‘good’ aspired to by such diverse institutions as the World Bank, Oxfam and the most radical non-government organizations“ (Rai/Parpart/Staudt, 2007:1). Innerhalb des Ansatzes haben sich wiederum zwei Strömungen etabliert: Die *gender-bewusste Planung* leistet weiterhin den konventionellen, eher technisch orientierten Planungsmodellen Folge, die lediglich mit Rücksicht auf Geschlechterverhältnisse umgesetzt werden müssen, während *Gender-Planung* darüber hinausgeht und bestehende Geschlechterverhältnisse in den Projektregionen durch die Unterstützung der Austragung von Geschlechterkonflikten, die zu *Empowerment*-Prozessen von Frauen führen sollen, strukturell transformieren will. (vgl. Kerner, 1999:12 & Braig, 2001:115) In der entwicklungspolitischen Diskussion finden insbesondere diese Unterscheidung von Caroline Moser (1993) sowie der Hinweis auf die dreifache Rolle bzw. Belastung der Frau durch produktive, reproduktive und gemeindebezogene Aktivitäten Eingang in die Entwicklungsplanung, die im Folgenden aus feministisch-postkolonialer Sicht kritisch betrachtet wird. (vgl. Braig, 2001:115)

2.5.4 Feministische postkoloniale Kritik

Seit den 1990er Jahren haben TheoretikerInnen in postkolonialen Entwürfen versucht, globale Macht- und Herrschaftsverhältnisse anzuprangern, ohne dabei in einen Dritte-Welt-Romantizismus zu verfallen oder kulturelle Aspekte auszublenden. (vgl. Kerner, 1999:31) VertreterInnen dieser Ansätze, die manchmal als „postkoloniale Kritik“, manchmal als „Postkolonialismus“ oder auch allgemeiner als „postcolonial studies“ bezeichnet werden sind beispielsweise Homi Bhabha, Gayatri

Spivak, Chandra Mohanty, Frantz Fanon und Edward Said. (vgl. ebd.:37) Wie bereits erwähnt, beschäftigen sich zu Beginn besonders LiteraturkritikerInnen und KulturwissenschaftlerInnen mit postkolonialen Entwürfen, bevor sich zunehmend auch kritische EthnologInnen und SozialwissenschaftlerInnen in diesem Theoriefeld sammelten. (vgl. ebd.:32) Wichtig für ein Verständnis der postkolonialen Kritik ist die Auseinandersetzung mit dem Begriff „post-kolonial“, denn „post“ bezeichnet kein zeitliches „danach“ im Sinne einer chronologischen Progression, sondern „die Rekonfiguration des gesamten Feldes, in welches der koloniale Diskurs einmündet“ (Bronfen/Marius, 1997, zit. n. Kerner, 1999:35). Zum Einen geht es darum, von einer linearen Konzeption zu einem anderen Verständnis von Zeit zu gelangen und zum Anderen, die Vielfalt von Differenzen zu erkennen und nicht nur Unterscheidungen wie „Erste und Dritte Welt“ bzw. Kolonisatoren und Kolonisierte wahrzunehmen. (vgl. Kerner, 1999:35) Ziel dieser neuen Konzeption ist ein anderes, neues Weltbild. (vgl. ebd.:35)

Definieren lässt sich das Themengebiet wie folgt: *„Post-colonial theory involves discussion about experience of various kinds: migration, slavery, suppression, resistance, representation, difference, race, gender, place, and responses to the influential master discourse of imperial Europe such as history, philosophy and linguistics, and the fundamental experiences of speaking and writing by which all these come into being. None of these is 'essentially' postcolonial, but together they form the complex fabric of the field.“* (Ashcroft/Griffiths/Tiffin, 1995, zit. n. Kerner, 1999:34) Wie die Definition herausstellt, handelt es sich um ein breites Feld, in welches feministische Ansätze hervorragend ihren Platz finden. So weisen postkoloniale feministische Positionen auf imperiale, (neo)koloniale Tendenzen innerhalb feministischer Diskurse hin und werden oft mit Entwürfen von Theoretikerinnen des Black Feminism oder Vertreterinnen anderer Feminismen aus Ländern der „Dritten Welt“ in Verbindung gebracht, wie z.B. Bell Hooks oder Vandana Shiva. (vgl. Kerner, 1999:34) In Bezug auf sozialwissenschaftliche Diskurse sind besonders die Entwürfe von Chandra Mohanty und Gayatri Spivak interessant. (vgl. ebd.:42) Mohanty hat Differenzen zwischen Frauen mit in ihre Überlegungen einbezogen und kritisiert empirische Arbeiten „westlicher“ Feministinnen, die über Frauen aus Ländern der „Dritten Welt“ schreiben ohne sich dabei jedoch der Differenzen und Machtbeziehungen bewusst zu werden. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:53) Es gibt keine Wissenschaft, die nicht politisch ist, schreibt sie und meint damit, dass es einen Einfluss hat, wie beispielsweise EntwicklungstheoretikerInnen über „Andere“, also beispielsweise eine entwicklungspolitische Zielgruppe, schreiben. Entsprechend der Kritik des Postkolonialismus am Entwicklungsdenken setzt sich auch Mohanty mit Begriffen und den damit verbundenen Diskursen wie dem der „Dritten Welt“ auseinander. Sie macht den Entwicklungsgedanken dafür

verantwortlich, dass überhaupt von „Unterentwicklung“ gesprochen wird angesichts von Themen wie Bildung, Religion oder „Sippen-“/Clan-Verhältnissen, da es hier eigentlich nicht um Fragen der „richtigen“ oder „falschen“ oder „rückständigen“ Entwicklung ginge, sondern um einen anderen Weg der Entwicklung als den, welchen die westlichen Industrienationen eingeschlagen haben. Darüber hinaus wird missachtet, dass die Machtbeziehung zwischen „erster“ und „dritter Welt“ eine Richtungsabhängigkeit verursacht, so dass Menschen und Länder der „Dritten Welt“ sich auf einmal nach anderen Maßstäben weiterentwickeln mussten, als sie es selbst für richtig hielten. (vgl. ebd.:72) So gäbe es ohne den überbestimmenden Diskurs, der die „Dritte Welt“ erzeugt, auch keine einzigartige, privilegierte „Erste Welt“. (vgl. ebd.:74) Darüber hinaus kritisiert sie, dass unreflektierte Annahmen und Selbstwahrnehmungen „westlicher“ Feministinnen dafür verantwortlich sind, dass gewisse Vorurteile über die „Dritte Welt“ und ihre Menschen weiterhin auch in der feministischen Literatur bestehen: *„I argue that assumptions of privilege and ethnocentric universality, on the one hand, and inadequate self-consciousness about the effect of Western scholarship on the 'third world' in the context of a world system dominated by the West, on the other, characterize a sizable extent of Western feminist work on women in the third world.“* (Mohanty, 2004:19) Der westliche feministische Diskurs übt somit eine Art von Macht aus, indem er homogenisierend und systematisierend von einer Unterdrückung von Frauen in der „Dritten Welt“ spreche. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:54) Während sich die Kategorie „unterdrückte Frau“ aus einem Fokus auf die Geschlechterdifferenz erschließt, erhält die „unterdrückte Dritte-Welt-Frau“ noch ein zusätzliches Attribut – welches Mohanty *„the third world difference!“* nennt –, welches eine paternalistische Einstellung gegenüber Frauen der „Dritten Welt“ einschließt. (vgl. ebd.:72) Die „Dritte-Welt-Frau“ wird automatisch in Verbindung gebracht mit *„underdevelopment, oppressive traditions, high illiteracy, rural and urban poverty, religious fanaticism, and 'overpopulation' of particular Asian, African, Middle Eastern, and Latin American countries“* (Mohanty/Russo/Torres, 1991:5-6). Diese Art der Analyse von der Situation der Frau in der „Dritten Welt“ produziere das Bild einer „durchschnittlichen Dritte-Welt-Frau“, die sich wie folgt charakterisieren lässt: *„[T]hird world women as a group or category are automatically and necessarily defined as religious (read 'not progressive'), family-oriented (read 'traditional'), legal minors (read 'they-are-still-not-conscious-of-their-rights'), illiterate (read 'ignorant'), domestic (read 'backward'), and sometimes revolutionary (read 'their-country-is-in-a-state-of-war; they-must-fight!').“* (Mohanty/Russo/Torres, 1991:72 & Mohanty, 2004:21) Frauen werden somit in erster Linie als eine homogene Analyse-Kategorie wahrgenommen; sie haben ähnliche Probleme und Nöte, also müssen sie auch zwangsläufig ähnliche Interessen und Ziele verfolgen. (vgl. Mohanty, 2004:30) Grundsätzlich für diese Charakterisierung ist vor allem, dass sich die „Dritte Welt-Frau“

so deutlich von einer Frau aus der „Ersten Welt“ unterscheidet: „*This, I suggest, is in the contrast to the (implicit) self-representation of Western women as educated, as modern, as having control over their own bodies and sexualities, and the freedom to make their own decisions.*“ (Mohanty/Russo/Torres, 1991:56) Während die westliche Frau ihren Lebensstil als Maß aller Dinge sieht (geprägt durch den oben beschriebenen Entwicklungsgedanken), werden mit der klassischen „Dritte-Welt-Frau“ alle möglichen negativen Konnotationen verbunden, die sich aus dem Vergleich mit dem Leben der „Erste-Welt-Frau“ ergeben. Das Problem ist ebendieser Zwang in der heutigen Welt, alles vergleichen und in Relation setzen – und dadurch bewerten – zu müssen: Die Welt in der wir leben ist Mohanty zufolge „a world which is definable only in relational terms, a world traversed with intersecting lines of power and resistance, a world which can be understood only in terms of its destructive divisions of gender, color, class, sexuality, and nation [...] (Mohanty/Russo/Torres, 1991:2). Sie betont dabei, dass es nicht nur „westliche“ Feministinnen sind, die so handeln, sondern dasselbe Muster bei Mittelklasse-Frauen in der „Dritten Welt“ auftauchen kann, wenn diese über ihre „Schwestern“ der Arbeiterklasse auf dem Land schreiben und dabei die eigene Mittelklasse-Kultur als Norm annehmen. (vgl. Mohanty, 2004:18)

Aus der Perspektive eines postkolonialen Feminismus warnt Mohanty schließlich davor, Feminismus ausschließlich in „*gendered terms*“ zu definieren, die vorgeben, dass „being 'women' has nothing to do with race, class, nation, or sexuality, just with gender“ (Mohanty/Russo/Torres, 1991:12). Für sie ist es in Anlehnung an postkoloniale Positionen wichtig, verschiedene Differenzebenen zu beachten, anstatt sich nur auf *gender* zu fokussieren. So wirft sie „weißen, westlichen“ Feministinnen vor, sich zu wenig über Rassismus Gedanken zu machen bzw. der Täuschung zu unterliegen, dieser würde keine Rolle im Feminismus spielen. (vgl. ebd.:12) Rassismus ist diesem Ansatz zufolge mindestens ein genauso wichtiges Thema zur Auseinandersetzung für „weiße“ Feministinnen, wie es ein Thema für „women of color“ ist. Es falle leicht, so Russo, als weiße Frau beim Sprechen über Rassismus in erster Linie an die Erfahrungen von „women of color“ zu denken und darüber, wie ihnen zu helfen sei mit *ihrem* Problem und darüber zu ignorieren, dass es „wir“, die Weißen“ sind, die eigentlich ein Problem mit Rassismus haben und etwas an ihrem Denken ändern müssen. (vgl. ebd.:299+303) Auch das Sprechen von einer „*global sisterhood*“ (ein Schlagwort „westlicher“ Feministinnen) kritisiert Mohanty, denn nicht alle Frauen der Welt seien automatisch aufgrund ihres Geschlechts „Alliierte“: „*An extreme version of this line of thought is that Margaret Thatcher, [former] prime minister of Great Britain, and Jeanne Kirkpatrick, former U.S. Ambassador to the United Nations and architect of militaristic U.S. Policies in Central America, are more deserving of solidarity – because they are women – than*

the men who fought against those policies.“ (Mohanty/Russo/Torres, 1991:217)

Folgende Ansätze und Konzepte schlagen postkoloniale Feministinnen basierend auf ihrer Kritik vor.

2.5.5 Ansätze und Konzepte postkolonialer Feministinnen

Ein grundsätzlicher Ansatz postkolonialer Feministinnen ist aufbauend auf der oben beschriebenen Kritik die Analyse von Texten „westlicher“ Feministinnen und das Aufzeigen rassistischer oder diskriminierender Positionen, die den Texten oft unterschwellig unterliegen. So verdeutlicht Mohanty: *„Written texts are [...] the basis of the exercise of power and domination.*“ (Mohanty, 2004:78) Dabei meint sie nicht nur wissenschaftliche Texte, sondern auch Gedichte, Erzählungen etc. und erklärt, dass Texte definieren, Erinnerung, Bewusstsein und politischen Widerstand sowie ein politisches Bewusstsein und ein feministisches Bewusstsein schaffen. (vgl. ebd.:79) Mohanty ist es demnach wichtig, dass feministische Texte über die „Dritte-Welt-Frau“ innerhalb dieser Machtbeziehungen gelesen werden. (vgl. ebd.:20) Die Machtausübung westlicher Feministinnen muss unbedingt als solche benannt und der Prozess diskursiver Homogenisierung und Systematisierung der Unterdrückung der „Dritte-Welt-Frau“ als solcher definiert werden. (vgl. ebd.:19-20) Die westliche feministische Forschung darf nicht lediglich als simple Produktion von Wissen über ein bestimmtes Thema wahrgenommen werden, sondern muss als das erkannt werden was sie ist; eine direkte politische und diskursive Praxis, die zielgerichtet und ideologisch ist. (vgl. ebd.:19) Mohanty betont, dass es essentiell für die feministische Analyse ist, nicht in vereinfachten Beziehungen und Vergleichen zu denken, die in einer Momentaufnahme festgehalten werden, sondern verschiedene Machtstrukturen und Machtbeziehungen als Prozesse zu erkennen. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:14) Der Fokus feministischer Analyse darf nicht auf *gender* und *sexuelle Identität* beschränkt bleiben, da diese niemals als eine Machtbeziehung für sich allein existieren. (vgl. ebd.:217) Auch wenn eine Person sich persönlich nicht für rassistisch oder sexistisch hält, ist sie dennoch durch die Lasten oder Privilegien ihrer Geschichte, Kultur, des Wohnortes etc. geprägt. (vgl. Mohanty, 2004:191) Die Herausforderung, die *race* stellt, liegt in der grundsätzlichen Rekonzeptualisierung der verwendeten Analysekatogorien, um Unterschiedene historisch und als Teil größerer politischer Prozesse und Systeme zu erkennen. (vgl. ebd.:193)

Eine konkrete Aufgabe für postkoloniale Feministinnen ist es somit zu historisieren und gewisse Ideen, Überzeugungen und Werte zu denaturalisieren, um unsichtbare Machtbeziehungen und -strukturen sichtbar zu machen: *„I believe one of the greatest challenges we (feminists) face is this task of recognizing and undoing the ways in which we colonize and objectify our different histories*

and cultures, this colluding with hegemonic processes of domination and rule.“ (Mohanty, 2004:125) So kann beispielsweise aufgedeckt werden, welchen Einfluss entwicklungspolitische Diskurse und Aktivitäten auf die Identität und die kulturellen Muster von Menschen, die zu Zielgruppen von Entwicklungsprojekten werden, in einer Gesellschaft hinterlassen. (vgl. Kerner, 1999:59) Denn Entwicklungsdiskurse sind bezogen auf die Soziokultur und Identitäten von Menschen in den sogenannten „Entwicklungsländern“ nicht neutral, sondern entfalten Macht bzw. können vorhandene Machtgegensätze noch verstärken. (vgl. Kerner, 1999:59+60) Ein Effekt des Entwicklungsgedanken ist z.B. die Wahrnehmung eines eigenen „unterentwickelt-seins“ durch eine entwicklungspolitische Zielgruppe aufgrund der Prägung durch westliche Entwicklungsvorstellungen und der Gegenüberstellung mit Entwicklungsorganisationen etc. (vgl. ebd.:57) Diese negativ geprägte Selbstwahrnehmung führt in der Folge zur Schaffung eines Abhängigkeitsverhältnisses, welches in der folgenden Beschreibung einer tatsächlichen Situation veranschaulicht wird: *„In the past, if a trail was damaged, the villagers from the surrounding villages organized a work force and repaired it. Now the villagers felt that somebody else, a foreign donor or government agency would come and fix it.*“ (Shresta, 1995, zit. n. Kerner, 1999:57) Das Vorhandensein von „Fremdhilfe“ schafft demnach neue Bedürfnisse und zerstört gleichzeitig alte Modelle der Selbstversorgung (vgl. ebd.:58) Armut wird somit mehr als die Feststellung eines materiellen Mangels, es wird als Ergebnis rückständiger, unterentwickelter kultureller Praktiken dargestellt und wahrgenommen. (vgl. ebd.:58) Shresta und Spivak sprechen in diesem Sinne von der Notwendigkeit einer Dekonstruktion der (neo)kolonialen geistigen Verfassung, sowohl persönlich, als auch gesellschaftlich (vgl. ebd.:59) Historische Wahrheiten, wie kulturelle Identität oder die Existenz indigener Geschichte, z.B. sozialen Widerstandes, die in der hegemonischen, elitären oder gar imperialistischen Geschichtsschreibung lange unsichtbar gemacht wurden, müssen neu geschrieben werden. (vgl. Mohanty, 2004:81)

Auf Basis dieser Feststellungen darf ein globaler, multikultureller Feminismus nicht davon ausgehen, betont Mohanty, dass ein Dialog zwischen Feministinnen verschiedener Communities stattfinden kann, ohne dass vorher eine Basis für einen ethnisch-gerechten Dialog geschaffen wird. (vgl. Mohanty, 2004:125) Die Hauptanliegen postkolonialer Feministinnen sind somit: *Erstens*, dass allgemein anerkannt wird, dass die Interaktion zwischen Feministinnen im Norden und Süden niemals eine Interaktion zwischen Gleichen, sondern in Macht- und Herrschaftsverhältnisse unterschiedlichster Art eingeschrieben ist, und *Zweitens*, dass „traditionelle“ Formen der Identitätspolitik, die auf einer Annahme einheitlicher Personen- und sogar Gruppen-Identitäten ausgeht, abgelehnt werden. (vgl. Kerner, 1999:53) Gayatri Spivak betont angesichts des zweiten

Punktes die Notwendigkeit, dass „westliche“ Feministinnen bereit sind zuzuhören und von Feministinnen aus der „Dritten Welt“ zu lernen, anstatt nur zu fragen „*what can I do for them?*“: „*I should not consequently patronize and romanticize these women, nor yet entertain a nostalgia for being as they are. The academic feminist must learn to learn from them, to speak to them, to suspect that their access to the political and sexual scene is not merely to be corrected by our superior theory and enlightened compassion.*“ (Spivak, 1988, zit. n. Kerner, 1999:53-54) Darüber hinaus betont Spivak, dass es beim Zuhören nicht darum ginge, eine „Alibifrau“ als Vertreterin einer bestimmten Gruppe zu einer Veranstaltung einzuladen und einfach reden zu lassen, um danach wieder zur Tagesordnung zurückzukehren. (vgl. Kerner, 1999:55) Vielmehr müsse jede Mensch als eigenständige Person wahrgenommen und angehört werden: „*When the cad-carrying listeners, the hegemonic people, the dominant people, talk about listening to someone 'speaking as' something or the other, I think there one encounters a problem. When they want to hear an Indian speaking as an Indian, a Third World woman speaking as a Third World woman, they cover over the fact of the ignorance that they are allowed to possess, into a kind of homogenization.*“ (Spivak, 1990, zit. n. Kerner, 1999:55) Lateinamerikanische Feministinnen erreichen dies z.B. über die Entwicklung eines kollektiven Bewusstseins („*collective consciousness*“), welches es ihnen ermöglicht, aus einer Position oder einer Community heraus zu sprechen oder zu schreiben, anstatt über sie (*from within rather than for*). (vgl. Mohanty, 2004:81)

Um über Grenzen, Unterschiede und Hierarchien zwischen Frauen bzw. auch zwischen Frauen aus der „Dritten Welt“ hinweg treten zu können, schlägt Mohanty das Konzept einer „*imagined community*“ für den gemeinsamen oppositionellen Kampf vor, wobei sie „*imagined*“ nicht im Sinne von „nicht real/wirklich“ verstanden wissen will, sondern sich damit auf „*potential alliances and collaborations across diverse boundaries*“ (Mohanty/Russo/Torres, 1991:4) bezieht. Dadurch, dass auf potentielle Allianzen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit geschaut wird, kann trotz interner Hierarchien im „Dritte Welt“-Kontext von „*community*“ gesprochen werden. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:4) Zur Realisierung dieser „*imagined community*“ benötigt es allerdings eine „*significant, deep commitment to what Benedict Anderson [...] calls 'horizontal comradeship'*“ (Mohanty/Russo/Torres, 1991:4). Mohanty erklärt, warum sie die Idee der „*imagined community*“ für besonders geeignet und hilfreich hält: „*The idea of imagined community is useful because it leads us away from essentialist notions of third world feminist struggles, suggesting political rather than biological or cultural bases for alliance. Thus, it is not color or sex which constructs the ground for these struggles. Rather, it is the way we think about race, class, and gender – the political links we choose to make among and between struggles. Thus,*

potentially, women of all colors (including white women) can align themselves with and participate in these imagined communities. However, clearly our relation to and centrality in particular struggles depend on our different, often conflictual, locations and histories.“ (Mohanty/Russo/Torres, 1991:4) Das Zitat weist darauf hin, dass kulturelle und biologische Unterschiede zwar existieren und einerseits Gemeinsamkeiten innerhalb von Gruppen, andererseits Grenzen zu anderen Gruppen erzeugen, und es demnach eine mögliche gemeinsame politische Basis sein kann, welche die Möglichkeit für Allianzen schafft. Diesem Ansatz zufolge können verschiedene Gruppen also von möglichen Unterschieden absehen und sich auf gemeinsame politische Ziele konzentrieren und zusammen darauf hin arbeiten, statt in kleinen kulturellen Gruppen zu verharren. Mohanty leugnet dabei aber nicht, dass verschiedene Gruppen von bestimmten Kämpfen unterschiedlich betroffen sein können und demnach einen anderen Zugang haben, dieses muss aber ihrem Ansatz zufolge scheinbar kein Grund sein, nicht zusammenarbeiten zu können. Auch die „weiße, westliche“ Frau kann durch eine gemeinsame politische Basis ein Teil der „*imagined community*“ sein, jedoch muss sie ihren Blickpunkt auf die „Dritte-Welt-Frau“ ändern. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:7) Sie muss anerkennen, dass die „Dritte-Welt-Frau nicht der Entwicklung der „weißen“ Frau und ihrer Gesellschaft hinterherhinkt und dass es nicht darum geht, ihre „Probleme“ oder „Errungenschaften“ in einem linearen Prozess der Nachahmung (im Sinne der nachholenden Entwicklung) zu beurteilen und zu beschreiben. Die „Dritte-Welt-Frau“ und ihre jeweilige Gesellschaft, ethnische Gruppe etc. hat eine eigene Geschichte, die nicht erst mit der Kolonisation begann; sie ist mehr als das, was ein/e EntwicklungshelferIn erfasst, wenn sie die „Dritte-Welt-Frau“ in ihrer Kultur sieht und sie an einem imaginären Standard (nämlich dem, der „unabhängigen, freien weißen Frau“) misst. (vgl. ebd.:7)

2.5.6 Auseinandersetzung mit „Power“ und „Empowerment“

Postkoloniale Feministinnen übten besonders ab Beginn der UN-Frauendekade 1975 Kritik an der Forschung über „Dritte-Welt-Frauen“ (siehe 2.4.2). Besonders kritisch sahen sie die erwähnte Darstellung „Dritter-Welt-Frauen“ als eine Kategorie bzw. eine homogene machtlose Gruppe, die primär als Opfer wahrgenommen wird. (vgl. Antrobus, 2004:124) An dieser Stelle setzt das *Empowerment*-Konzept an, das in Vorbereitung auf die dritte Weltfrauenkonferenz in Nairobi von Feministinnen der „Dritten Welt“ erarbeitet wurde. (vgl. Kerner, 1999:15) Gründerin war das Netzwerk DAWN, das sich 1984 zusammengefunden hatte, um ein Plattformdokument für die Weltfrauenkonferenz 1985 vorzubereiten. Die Feministin Gita Sen legte mit Unterstützung von Caren Grown einen Entwurf des Dokumentes beim regionalen Treffen von Frauen in Indien vor und das fertige Plattformdokument beinhaltete schließlich viele Kommentare von feministischen

Forscherinnen, die sich bereits über Jahre mit dem negativen Einfluss der SAPs auf Frauen beschäftigt hatten. (vgl. Antrobus, 2004:75) Die Beschäftigung mit „*power*“ war also nicht erst in diesem Moment entstanden. Allerdings war die Debatte von Feministinnen über Macht lange Zeit sehr komplex gewesen. (vgl. Randzio-Plath, 2004:226) Lateinamerikanische Feministinnen hatten eine Diskussion sogar abgelehnt, weil für sie Macht gleichbedeutend war mit Herrschaft; hiernach waren Frauen Opfer und galten als Wesen ohne Macht. (vgl. ebd.:226) Sowohl die Wachstums- und Modernisierungstheorien der 1940er und 50er als auch die kritische Dependenztheorie der 1960er und 70er definierte und verstand „*power*“ lediglich als „*power over resources and institutions*“. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:7) Dieser Definition von „*power*“ liegt das Verständnis zugrunde, dass manche Menschen und Institutionen Macht über andere haben und andere eben nicht. (vgl. ebd.:5) Ein verbreitetes und noch heute die Frauenbewegungen stark beeinflussendes Vorurteil besagt, dass Frauen kein Interesse an der Macht haben, dass Macht nicht gut zu ihnen passt etc. Die Vorstellung wurde durch die patriarchalen Institutionen verbreitet und hat jede Frau innerlich geprägt, wie Randzio-Plath (2004:226) feststellt.

Ab den 1970ern entwickelten TheoretikerInnen neue Konzepte von Macht. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:5) Michel Foucault verwarf das Verständnis von Macht als etwas, das Individuen oder Gruppen besitzen und argumentierte hingegen, dass die Gesellschaft von Macht durchdrungen ist – ein Ansatz, den besonders postkoloniale Feministinnen in den 1980ern übernommen haben (s.o.). Er verstand Macht in diesem Sinne als etwas fließendes und relationales, das in alltäglichen menschlichen Beziehungen existiert und ausgedrückt wird – sei es individuell oder innerhalb von Institutionen – und sich oft in repressiven Praktiken und Diskursen internalisiert. (vgl. ebd.:5) Aufgrund der Auseinandersetzungen mit Macht durch verschiedene TheoretikerInnen wie Haleh Ashfar (1998), Jo Rowlands (1997), Naila Kabeer (1994) oder Srilatha Batliwala (1993) hat der Begriff mittlerweile weitere Erscheinungs- bzw. Interpretationsformen dazu gewonnen (vgl. ebd.:1): „*Es gibt heute positive Macht, die Wechsel und Aktion bewirkt. In diesem Sinne bedeutet sie eine kreative, produktive Macht. Es gibt auch die partizipative Macht, die zur Zusammenarbeit, zu Organisation und zu kollektivem Planen und Handeln führt. Eine weitere Form der Macht ist die innere Macht, die zur eigenen Befähigung und zum Selbstwertgefühl beiträgt.*“ (Randzio-Plath, 2004:226-227)

Als Feministinnen in Auseinandersetzung mit Machtkonzepten ihr Verständnis von den Wurzeln geschlechtsbedingter Unterdrückung vertieften, erkannten sie auch, wie wichtig der Zugang von Frauen zu Macht und Entscheidungsmacht im öffentlichen Raum war, um „*gender equality*“ zu erreichen und Machtbeziehungen auch im Privaten zu verändern. (vgl. Batliwala, 2005, o.A.) Die

Vorstellung von der Rolle der Frau als Opfer sowie von einem natürlichen weiblichen Desinteresse an Macht wurden infrage gestellt, so dass *Empowerment* schließlich als politischer Weg zur weiblichen Machtnahme erkannt wurde. (vgl. Randzio-Plath, 2004:226) Hierbei wurden verschiedene Ideen und Verständnisse von Macht angenommen. Das *Empowerment*-Konzept, das DAWN schließlich 1985 vorstellte, steht in enger Verbindung mit den Zielen und Sichtweisen der Gruppe. Auf der eigenen Webseite beschreibt sich DAWN als „network of feminist scholars, researchers and activists from the economic South working for economic and gender justice and sustainable and democratic development.“ (DAWN, 2011) Unter *Empowerment* versteht DAWN in diesem Sinne eine breite Vision weltweiter Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden, in der Ungleichheiten, Armut und Gewalt bezogen auf die Kategorien *class*, *gender* und *race* beseitigt werden sollten. (vgl. Tuidier/Wienold/Bewernitz, 2009: 156) Dementsprechend beschäftigt DAWN sich mit einer großen Bandbreite an Themen, die Frauen beschäftigten, darunter auch Umweltthemen, Folgen des Wirtschaftswachstums etc. (vgl. Antrobus, 2004:85) Dies verdeutlicht, dass „Frauenthemen“ sich nicht abgrenzen lassen von wirtschaftlichen und ökonomischen Themen und dass *Empowerment* in all diesen Bereichen nötig ist. Das Anliegen, das die DAWN-Frauen mit ihrer Studie 1985 also verfolgen, war zunächst die Produktion von Wissen und schließlich die Verbreitung dieses Wissen, von der sie sich transformatorische Impulse unterschiedlicher Art erhofften. (vgl. Kerner, 1999:62)

Wichtig bei DAWN ist der Ausgangspunkt der Analyse, der Frauen eine neue Sicht auf globale Prozesse und Entwicklungsthemen eröffnete. DAWN stellte eine Analysemethode vor, welche die tägliche Erfahrung von Frauen mit kolonialen Beziehungen zwischen Ländern und dem makroökonomischen Politikframework in Beziehung setzte, indem sie systematische Verbindungen zwischen ökonomischen (Kolonialismus und Kapitalismus), politischen (Patriarchat), sozialen (*gender relations*) und kulturellen (religiösen) Faktoren aufzeigten (vgl. Antrobus, 2004:75-77): „*By introducing an analysis drawn from the experience of women who were the most marginalized, this leadership generated new perspectives and facilitated a shift from the original goal of 'integrating women in development' to 'empowering women for social change', from a focus on narrowly defined 'women's issues' to 'women's perspectives' on a range of issues of concern for everyone.*“ (Antrobus, 2004:79) Der Ansatz von DAWN war auch insofern bahnbrechend, dass Frauenthemen bis dahin ahistorisch und sektoral behandelt worden waren, statt wie nun von der DAWN-Gruppe holistisch und politisch analysierend. (vgl. ebd.77) Basierend auf dieser Art der Analyse forderte die DAWN-Gruppe ein *Empowerment* von Frauen durch ihre Organisationen als Ausgangspunkt eines sozialen Wandels, der Menschen ins Zentrum der Agenda setzten sollte. (vgl.

ebd.:77)

Wie bereits in 2.5.5 erwähnt, wurde der Begriff in den späten 1980er Jahren relativ schnell von Entwicklungstheoretikern aufgenommen und fand eine Verbreitung im entwicklungspolitischen Mainstream. (vgl. Kerner, 1999:11) Jedoch wurde *Empowerment* in seiner Bedeutung abgewandelt, so dass er viel von seinem emanzipatorischen Anspruch verloren hat. (vgl. ebd.:11) Beim Versuch, Ziele zu operationalisieren, haben neben *Empowerment* auch andere alternative Begriffe und Techniken wie „Partizipation“ den Weg in den Mainstream-Entwicklungsdiskurs gefunden. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:9-10) Kein Entwicklungsprojekt bekommt mehr eine Genehmigung, so Rai, wenn es nicht die Schlagworte „*Empowerment*“, „Participation“, „Partnership“ etc. enthält. (vgl. ebd.:9-10) Batliwala (2007:o.A.) stellt fest, dass *Empowerment*, seit es in das „Entwicklungslexikon“ eingegangen ist, nur mehr ein Modewort ist, das viel verwendet und vor allem missbraucht wird. Ursprünglich als klares politisches feministisches Konzept formuliert, ist es mittlerweile „gemainstreamt“ worden, womit der Bedeutungsverlust einherging. (vgl. Batliwala, 2007:o.A.) Unter *Empowerment* wird seitdem oft ein eindimensionales Konzept verstanden, das Frauen mittels „westlich“ geprägter entwicklungspolitischer Strategien den Weg zu einem selbstermächtigten Leben ebnet soll. (vgl. Tuidier/Wienold/Bewernitz, 2009: 156) Bereits das Passiv in der Sprache vieler in diesem Kontext entstandenen Entwicklungsprogramme (Frauen „werden empowernt“) verdeutlicht, dass die Frauen aus Ländern der „Dritten Welt“ als Akteurinnen in Entwicklungsprogrammen nicht als handelnde Subjekte mit „Macht“, sondern als kohärente Gruppe mit identischen Interessen wahrgenommen werden, so dass erneut eine Stereotypisierung der „Dritte-Welt-Frau“ erfolgt, die neokolonialistische Tendenzen aufweist. (vgl. ebd.: 156-157)

Seit der Frauenkonferenz in Beijing versuchen internationale Netzwerke und Organisationen verstärkt, die politischen Strategien *Gender-Mainstreaming* und *Empowerment* parallel zueinander voranzubringen und den jeweiligen Kontexten entsprechend zu mixen. (vgl. Randzio-Plath, 2004:27) Allerdings gibt es bedeutende Unterschiede zwischen den beiden Konzepten. *Gender-Mainstreaming* wird in Institutionen als *top-down*-Ansatz von oben nach unten durchgesetzt, so dass ein Erfolg vor allem von der Bereitschaft und Kompetenz der Leitungsebenen abhängt, während *Empowerment* eigentlich ein Konzept ist, das Geschlechtergerechtigkeit in *bottom-up*-Prozessen, nämlich von der gesellschaftlichen Basis aus, erreichen will. (vgl. ebd.:28) *Empowerment* umfasst neben einer individuellen Emanzipation von Frauen außerdem die Perspektive einer gesellschaftlichen Transformation im Sinne einer Umverteilung und Neugestaltung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. (vgl. ebd.:28) Somit sind die Ziele von *Empowerment* weiter reichend und normativ anspruchsvoller als *Gender-Mainstreaming* und

wirken an der Basis oft konkreter und effektiver als halbherzig betriebene *Gender-Mainstreaming*-Ansätze in der institutionellen Politik. (vgl. ebd.:28)

Angesichts dieser Umstände, der Entfremdung von der ursprünglichen Bedeutung von *Empowerment*, und des Versuchs großer Mainstream Organisationen, *Empowerment* zu messen, sprechen postkoloniale Feministinnen von der Notwendigkeit, *Empowerment* zu „überdenken“ (engl.: „*Rethinking Empowerment*“). (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:22) So fragt Kerner (1999:60), ob das entschieden formulierte Ziel eines *Empowerment* mögliche entmächtigende Wirkungen wett macht und ob in der Entwicklungspolitik überhaupt noch eine Reflexion möglicher entmächtigender Wirkungen stattfindet. Batliwala überlegt sogar, ob das *Empowerment*-Konzept gar ganz aufgegeben werden sollte, sei es doch ohnehin bereits populistischen, neokonservativen Politiken zum Opfer gefallen, beantwortet ihre eigene Frage, „is it worth reclaiming?“, dann jedoch mit einem klaren „Indeed it is“ (Batliwala, 2007:o.A.). So hat es seit dem Eintritt von *Empowerment* in den Entwicklungsdiskurs viel Kritik von postkolonialen Feministinnen am Mainstream-Konzept gegeben, zusammen mit neuen Erklärungsansätzen, was „Dritte-Welt-Frauen“ eigentlich unter *Empowerment* verstehen.

Batliwala (2007:o.A.) unterstützt eine Definition von *Empowerment*, die aufbaut auf ihrer Befragung von grassroots- Frauen- und Entwicklungsorganisationen in Asien (1993). Hier wird *Empowerment* als Prozess der Transformation von Machtbeziehungen zwischen Individuen und sozialen Gruppen verstanden, in dem soziale Macht auf drei entscheidende Weisen umverteilt wird: durch die Infragestellung von Ideologien, die soziale Ungleichheit rechtfertigen (wie z.B. Geschlechterrollen), durch die Veränderung herrschender Zugangs- und Kontrollmuster über wirtschaftliche, natürliche und intellektuelle Ressourcen, sowie durch die Veränderung von Institutionen und Strukturen, die bestehende Machtstrukturen (wie Familie, Staat, Markt, Bildung, Medien...) stützen und aufrecht erhalten. (vgl. Batliwala, 2007:o.A.) Mit dieser Definition distanziert Batliwala sich deutlich von *Empowerment*-Konzepten, die Frauen lediglich als Empfängerinnen von Hilfe oder in ihrer Rolle als Arbeiterinnen wahrnehmen. (vgl. ebd.:o.A.)

Auch die Ökonomin Naila Kabeer hat 1999 ein alternatives Konzept von *Empowerment* in die Diskussion eingebracht, in welchem *Empowerment* als Prozess der Veränderung zur Erlangung von Wahlmöglichkeiten für diejenigen definiert wird, die bislang nicht über Möglichkeiten verfügten, zwischen verschiedenen Formen des Seins und Tuns zu wählen. (vgl. Kabeer, 1999: 2ff., zit n. Tuiden/Wienold/Bewernitz, 2009: 157) „Wahl“ versteht Kabeer in dieser Definition als Macht, so dass Ermächtigung von Frauen in diesem Sinne durch die Eröffnung von Wahlmöglichkeiten erfolgt. (vgl. Tuiden/Wienold/Bewernitz, 2009:157) Auch Rai betont in Anlehnung an Kabeer die

Wichtigkeit einer nuancierten Machtanalyse und erinnert daran, dass *Empowerment* auf verschiedenen Ebenen ansetzt. So spricht Kabeer von der individuellen Bewusstseinsbildung (*power within*) sowie vom kollektiven Handeln (*power with others*), das schließlich zu einem Wandel und zur Verbesserung der Lebensumstände für Frauen führen kann (*power to*). (Rai/Parpart/Staudt, 2007:6-7) Rai erklärt, warum *Empowerment* sowohl ein Prozess als auch ein Ergebnis ist: „*It is a process in that it is fluid, often unpredictable and requires attention to the specificities of struggles over time and place. Empowerment can also be seen as an outcome that can be measured against expected accomplishments.*“ (Rai/Parpart/Staudt, 2007:3) Hier distanziert sie sich in Anlehnung an Naila Kabeer von gängigen *Empowerment*-Konzepten, die davon ausgehen, dass *Empowerment* gemessen werden kann und ein Erfolg (oder auch ein Versagen) anhand dessen festgestellt werden kann, ob messbare Ziele erreicht oder nicht erreicht wurden: „Such measurements often either give us snapshots without a rigorous analysis of either the outcomes or the stability of the measurement.“ (Rai/Parpart/Staudt, 2007:3) Errungenschaften wie ein Arbeitsplatz und ein Einkommen führen Kabeer zufolge demnach nicht zwingend zu einem *gender*-spezifischen *Empowerment*. (vgl. Tuidier/Wienold/Bewernitz, 2009: 157)

Jo Rowlands (1997) teilt mit Rai die Ansicht, dass *Empowerment* eher als Prozess zu verstehen ist, denn als mögliches „Endprodukt“. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:12) Sie betont die individuelle Ebene als „Kern des *Empowerment*-Prozesses“, auf der Selbstbewusstsein und Selbstachtung an erster Stelle stehen sowie das Gefühl von Würde im Sinne von „being worthy of having a right to respect from others“. (vgl. ebd.:12) In diesem Punkt ähnelt ihr Ansatz auch dem der DAWN-Gruppe. Peggy Antrobus, Mitglied von DAWN, bezeichnet die feministische Methodologie der Bewusstseinsbildung als essentiell für ein individuelles *Empowerment*. (vgl. Antrobus, 2004:170) Sie stellt fest: „*Feminist praxis is a process that starts with the individual (i.e. building inner strength/empowerment, consciousness-raising/conscientization) and moves the individual through the 'community' into global public space (by caucusing, coalition building, campaigns) – a combination of counter-cultural and political approaches.*“ (Antrobus, 2004:172) Die „innere Arbeit“ – also die Arbeit an und mit sich selbst – ist Antrobus zufolge ein essentieller Bestandteil zur Herbeiführung von Wandel: „*Change must start within us.*“ (Antrobus, 2004:173) Sie spricht davon, die eigene „innere Kraft/Macht“ (inner power) zu finden, anstatt die eigene Unterdrückung zu internalisieren. Hier bezieht sie sich auf „Dritte-Welt“-Autoren wie Frantz Fanon oder Paulo Freire, die über „internalisierte Unterdrückung“ in Verbindung mit Rassismus, Kolonialismus und „class“ geschrieben haben und von vielen VertreterInnen der postkolonialen Kritik aufgegriffen wurden, um das *Empowerment*-Konzept zu erweitern. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:4). Antrobus

stellt fest, dass „*women's consciousness-raising groups*“ eine Praxis entwickelt haben, sich selbst in diesem Sinne von einer „geistigen Sklaverei“ (mental slavery) zu befreien. (vgl. Antrobus, 2004:175) Erst wenn sich Frauen selbst ermächtigen und selbstreflexiv bewusst und aktiv werden, indem sie sich ihrer eigenen Wünsche, Bedürfnisse und Interessen bewusst werden, diese artikulieren und umsetzen, sind sie auch in der Lage, sich mit anderen zu verbünden und zu solidarisieren. (vgl. Eigelsreiter-Jashari, 2004:52) Feministische Bewegungen im globalen Süden (besonders in Lateinamerika und Asien) entwickelten somit den Bewusstseinsbildungsansatz (*conscientization*) von Freire weiter und übertrugen ihn von einer individuellen Ebene auf eine politische: „*All efforts to more clearly conceptualise the term stressed that empowerment was a socio-political process, and that the critical operating concept within empowerment was power, and that empowerment was about shifts in political, social, and economic power between and across both individuals and social groups.*“ (Batliwala, 2007:o.A.) Viele „Black Feminists“ und „Third-World-Feminists“ sehen das Thema Beteiligung (*Participation*) somit als zentralen Punkt für *Empowerment*, wobei sie darunter eine Beteiligung am Prozess der Infragestellung hegemonischer Diskurse verstehen, die Frauen dabei unterstützt, im Sinne von Freire, Batliwala und Antrobus ein tieferes Verständnis vom Selbst zu erlangen, was wiederum zu Ermächtigung und politischem Handeln sowohl im privaten als auch im öffentlichen Leben inspiriert. Grundsätzlich für ein *Empowerment* ist dabei die Beteiligung am politischen Handeln selbst, auch wenn diese nicht zwingend zu einem unmittelbaren Erfolg im Sinne eines Wandels herrschender Machtbeziehungen führt. (vgl. Rai/Parpart/Staudt, 2007:6) So sehr die Vertreterinnen von *Empowerment*-Ansätzen also die individuelle Ebene betonen, wird deutlich, dass es ihnen allen letztlich um Veränderung von lokalen, regionalen, nationalen und schließlich globalen Machtstrukturen geht. Sie fordern einen neuen Entwicklungsansatz, der Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Nord und Süd verteidigt und lokales Wissen aus peripheren Regionen wertschätzt. (vgl. ebd.:8)

Abgesehen von der *grassroots*-Ebene der Organisation soll ein politisches *Empowerment* Frauen auch innerhalb des herrschenden Systems in politische Entscheidungen einbringen. (vgl. ebd.:11) In Skandinavien, den USA und auch in einigen Ländern der „Dritten Welt“, wie Uganda, Indien, die Philippinen, Südafrika, Brasilien und Mexiko, wurde bereits in den 1970ern eine große Anzahl von Frauen in das formelle politische System eingebunden. (vgl. Batliwala, 2005:o.A.) Viele Feministinnen erhofften sich durch die hohe Präsenz von Frauen in politischen Institutionen eine grundsätzliche Veränderung von Machtausübung, die vermehrt Kooperation und Zusammenarbeit sucht („power on behalf of, not over“) bzw. kurz gesagt „*that women would play politics differently and practice power accountably*“ (Batliwala, 2005:o.A.). Dass sich diesbezüglich jedoch durch die

alleinige Präsenz von Frauen in der Politik nichts änderte, erklärt Batliwala (2005:o.A.) wie folgt: „*There is widespread agreement among feminist thinkers and activists that we seriously underestimated the power of existing modes of politics to corrupt, co-opt, or marginalise women. We did not fully understand how women would be compelled or manipulated to compromise their goals for narrow party interests. We failed to address the possibility that many of the women who gained entry into the formal political sphere would be advocates of patriarchal, mainstream, elitist or fundamentalist ideologies. The experience of the last twenty years teaches that we cannot conflate biological women with women committed to gender equality and social justice.*“ (Batliwala, 2005:o.A.) Nicht zuletzt deshalb geht es Vertreterinnen des *Empowerment*-Ansatzes auch um die Ausbildung weiblicher Leiterschaft. So gibt es u.a. das *DAWN's Training Institute in Feminist Advocacy*, welches darauf ausgerichtet ist, die Themen *gender*-Gerechtigkeit, wirtschaftliche Gerechtigkeit und Demokratie miteinander zu verbinden. (vgl. Antrobus, 2004:178) Es braucht gezielte Strategien für ein politisches *Empowerment* von Frauen und für ein *gender*-bezogenes Verständnis von „*public power and policy*“: „*Only then can we hope to move from having more female bodies in politics to women actually transforming power.*“ (Batliwala, 2005:o.A.)

Für die Entwicklungspolitik, also dafür, wie eine Nord-Süd-Zusammenarbeit sinnvoll gestaltet werden kann, bietet die DAWN-Gruppe keine konkreten Modelle an. Ausdrücklich betont wird aber die Bedeutung von *self-empowerment*. (vgl. Kerner, 1999:113) Kerner ist der Ansicht, dass ein Nord-Süd-Dialog wesentlich mehr erfordert als das, was ein *Gender*-Planungsmodell zu leisten imstande ist. (vgl. ebd.:112) Ein Dialog erfordert interaktive Verfahren, die gegenseitiges Zuhören jenseits von *tokenism* (siehe oben) ermöglichen. Als nötige Voraussetzungen dafür sieht sie die Möglichkeit von allen Beteiligten zur Selbstdefinition und zur Bestimmung eigener Ziele. (vgl. ebd.:112) Auch die DAWN-Gruppe betont dies: Frauen sollen nicht durch Planungs- oder andere exogene Prozesse in ihrer Selbstständigkeit bestärkt werden, sondern müssen sich selbst definieren und dadurch ermächtigen. (vgl. ebd.:97) In der EZA erfordert ein echter Dialog darüber hinaus die Anerkennung der Tatsache, dass die PartnerInnen die Zusammenarbeit unter unterschiedlichen Voraussetzungen beginnen: „Für die einen stellt ein Entwicklungsprojekt einen Auslandseinsatz und Karriere-Baustein dar, für die anderen einen Eingriff in ihre Lebenswelt, dessen Konsequenzen nicht unbedingt vorhersehbar sind.“ (Kerner, 1999:112) DAWN schreibt über die Notwendigkeit einer weltweiten Netzwerkbildung und Kooperation von Frauenorganisationen und Basisgruppen (Stichwort: „Globale Zivilgesellschaft“). Kerner betont jedoch, dass der Erfolg eines solchen Vorgehen davon abhängig ist, ob die „GeberInnen“ im Norden gewillt sind das Privileg der

Definitionsmacht – nicht nur bezogen auf feministische Ziele, sondern auch bezogen auf Entwicklungsziele – aufzugeben. (vgl. Kerner, 1999:115-116)

2.5.7 Frauen-Aktivismus

Damit tatsächlich ein *Empowerment* für Frauen erreicht wird, braucht es den oben dargestellten Ansätzen zufolge keine klassischen Entwicklungsstrategien, sondern vielmehr eine Unterstützung von Frauen in Ländern der Dritten Welt, die sich selbst organisieren und für ihre Rechte kämpfen. Frauengruppen und -organisationen bzw. feministische Gruppen und Organisationen in Ländern der „Dritten Welt“ brauchen nicht „empowert werden“, sondern können eigene Plattformen nutzen, um eigenmächtig zu handeln.

Antrobus definiert zunächst sechs verschiedene Bereiche, wie Frauen sich weltweit organisieren:

1. „Consciousness-Raising“ Groups

Bewusstseinsbildung in feministischen Kleingruppen bezeichnet Antrobus als ersten Schritt zur Identifizierung und Benennung von weiblicher Unterordnung. Ohne sie bleibt Aktivismus ein abstraktes Konzept, welches Unterdrückung auf intellektueller Ebene thematisiert, aber nicht mit der gelebten Realität von Frauen in Verbindung steht. (vgl. Antrobus, 2004:110) Sie bezeichnet *consciousness-raising* auch als „*experimental learning*“: durch Reflektion über die eigenen persönlichen Erfahrungen *gender*-basierter Unterdrückung können Frauen ein tieferes Verständnis von anderen Arten der Unterdrückung aufgrund von „class, race, ethnicity, culture and international relations“ gewinnen. (vgl. ebd.:110) Somit ist *consciousness-raising* ein wichtiger Bestandteil bzw. ein wichtiges analytisches Werkzeug feministischer Organisation: „*Indeed it is precisely because women of every class, race, ethnic group and country can identify with the experience of structural exclusion, marginalization and alienation within patriarchal society, that they can identify with the exclusion, marginalization and alienation of others on the basis of class, race/ethnicity, culture, religion, geographic location, age, physical ability, etc.*“ (Antrobus, 2004:110)

2. Frauenkreise

Frauenkreise sind Orte, an denen Organisation meist beginnt. Sie entstehen dort, wo eine Gruppe enger Freundinnen oder Kolleginnen, die gemeinsame politische Ansichten und Agenda teilen, sich regelmäßig – entweder informell in einer kleinen Gruppe oder formell als Komitee oder Arbeitsgruppe – treffen, um gemeinsam zu analysieren und strategisch zu planen. Dies kann auch spontan, z.B. im Rahmen einer Konferenz oder Kampagne geschehen. (vgl. Antrobus, 2004:111) Antrobus hebt besonders das notwendige Vertrauensverhältnis in einer solchen Gruppe hervor:

„*Women engaged in political action in the area of social change towards gender justice need a safe space with like-minded sisters in which to hone their analysis and develop strategies; a space in which there is sufficient trust to encourage honesty and critical thinking.*“ (Antrobus, 2004:111)

3. Gremien

Frauengremien wurden durch die *Women, Environment and Development Organization (WEDO)* ins Leben gerufen und im Rahmen der UN-Konferenzen institutionalisiert. Während Positionen und Strategien in erster Linie in informellen Frauenkreisen formuliert werden, sind die Gremien die öffentlichen Orte, an denen Strategien für Lobbying mit Regierungen verhandelt werden. (vgl. Antrobus, 2004:111) Frauengremien sind heute in fast allen internationalen Meetings standardmäßig vorhanden und bilden Orte, an denen „Neulinge“ und bereits erfahrene Aktivistinnen ihre Lobbying-Aktivitäten aufeinander abstimmen können. (vgl. ebd.:112)

4. Koalitionen und Allianzen

Die Bildung von Koalitionen und Allianzen auf nationaler, regionaler, globaler Ebene (zwischen Nord & Süd) sowie innerhalb und außerhalb der Bewegung hat sich als eine wichtige Strategie für die globale Frauenbewegung erwiesen. (vgl. Antrobus, 2004:112) Dies ist auch der Grund, warum die Organisierung der globalen Frauenbewegung sich – anders als die anderer sozialer Bewegungen – durch ein hohes Maß an Kohärenz und Annäherung auszeichnet. (vgl. ebd.:112) So kam es, dass Frauennetzwerke mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten wie Umwelt, Bevölkerung, reproduktive Rechte und Entwicklung bei den Konferenzen der 1990er Jahre zusammenarbeiten konnten: „*The 'networking of networks' [...] was pioneered and honed by women's movements at local and global levels during the global conferences of the 1990s.*“ (Antrobus, 2004:112) Während sich Koalitionen und Allianzen zwischen einzelnen Frauennetzwerken oft als bereichernd erwiesen haben, bringt die Zusammenarbeit von Frauenorganisationen mit anderen NGOs nicht selten Schwierigkeiten mit sich: „*As DAWN has found in its work on environmental issues, women's perspectives can often be very different from those of NGOs, even those NGOs in which there are large numbers of women.*“ (Antrobus, 2004: 113) So setzten feministische Analysen grundsätzlich bei der Erfahrung von Frauen an – indem die Methode des *consciousness-raising* als Basis verwendet wird – während „Mainstream NGOs“ die Ideen und Erfahrungen von Frauen oft marginalisieren. (vgl. Antrobus, 2004: 113)

5. (Globale) Konferenzen

(Globale) Konferenzen haben sich als wichtige Plattformen für die Organisierung von Frauen erwiesen, indem sie Tätigkeiten lokaler Frauenbewegungen mit denen auf globaler Ebene vernetzt

haben. (vgl. Antrobus, 2004:114) Ohne die UN-Konferenzen scheint es fast unmöglich, dass eine globale Frauenbewegung hätte entstehen können. Die Konferenzen haben einen positiven Bildungseffekt - „there is nothing like an international conference for raising awareness, generating knowledge and developing skills in advocacy, lobbying and negotiating“ - einen politischen Effekt - „Conferences provide opportunities for negotiating the international norms and standards that set the framework for negotiation at local levels and for holding governments and international agencies responsible“ - und einen sozialen Effekt - „Conferences build the social capital without which political action cannot be sustained“ (Antrobus, 2004:114). In den Hintergrund gerät bei den Konferenzen jedoch oft, wie viel Vorbereitungsarbeit auf lokaler Ebene bereits vor Beginn einer Konferenz stattfindet. (vgl. Antrobus, 2004:113) Wie Spivak (siehe oben) stellt auch Antrobus fest: „Indeed, without this preparatory work at local level, and again within the caucuses formed around the arena of global events, global conferences are little more than theatre.“ (Antrobus, 2004:114) Auch sind die UN-Konferenzen für viele Aktivistinnen zu einer frustrierenden Erfahrung geworden und sie sind der Ansicht, dass es mittlerweile genug Programme, Plattformen, Resolutionen und Mandate gibt für eine ganze Dekade voller Arbeit an der Umsetzung dieser. Sie fordern nun, dass die Zeit der Implementierung gekommen ist. (vgl. Antrobus, 2004:114-115)

6. Frauenkampagnen

Es kann behauptet werden, dass die Frauenbewegung mehr durch Kampagnen erreicht hat, als durch Konferenzen, besonders durch solche Kampagnen, die von Netzwerken organisiert wurden, die starke Verbindungen zwischen Bewegungen auf lokaler und globaler Ebene pflegen. (vgl. Antrobus, 2004:117) Besonders effektiv sind z.B. die globalen Kampagnen zu den Themen Frauenrechte und Gewalt gegen Frauen gewesen oder Kampagnen für die Ausweitung der produktiven Rechte von Frauen in Lateinamerika. (vgl. ebd.:117) Auch in den Kampagnen spielen Frauenkreise und -gremien eine essentielle Rolle. (vgl. ebd.:117)

DAWN unternimmt eine Kategorisierung von Frauenorganisationen bezüglich ihrer Tauglichkeit für *Empowerment*-Prozesse, dabei werden Bewegungen und Netzwerke, die ohne Hilfe von außen entstanden sind, als besonders geeignet für *Empowerment*-Prozesse hervorgehoben:

Arbeiterinnenorganisationen (z.B. Gewerkschaften und ähnliche Zusammenschlüsse von Frauen) schätzt DAWN sehr positiv ein bezüglich ihrer Möglichkeiten, arme Frauen in ihrer persönlichen Lebenssituation im Sinne von *Empowerment* zu bestärken. (vgl. Kerner, 1999:75)

Organisationen, die während der Frauendekade aufgrund von Fremdfinanzierung entstanden sind (z.B. Handwerks- oder Kreditkooperativen) schätzt DAWN hingegen als besonders schwach

ein, weil sie keine gewachsene historische Verankerung und kaum organisatorische oder finanzielle Möglichkeiten jenseits spezifischer Projekte haben, zu deren Durchführung sie gegründet wurden. Einigen dieser Orgs bescheinigt DAWN eine hierarchische Binnenstruktur und einen Mangel an Verständnis für die spezifischen Probleme armer Frauen. (vgl. ebd.:75)

Feministische Basisorganisationen (z.B. Frauenhäuser, Rechtshilfevereine) werden prinzipiell positiv eingeschätzt, jedoch leiden sie häufig unter finanziellen Schwierigkeiten und sind bezüglich ihrer Mitgliedschaft und Perspektive an der städtischen Mittelschicht orientiert. (vgl. ebd.:75-76)

Forschungseinrichtungen, die ihre Ergebnisse an die Basis binden und sozialen Bewegungen zugute kommen lassen, bewertet DAWN ebenso positiv im Sinne eines *Empowerment*. (vgl. ebd.:76)

Auch Antrobus gibt einen Überblick über Frauenorganisationen und beurteilt die Effektivität ihrer Organisierung nach bestimmten Themenbereichen, Regionen etc.:

Sie stellt fest, dass sich Frauen über die vergangenen 30 Jahre am besten um **Themen** wie Gewalt gegen Frauen, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, Lebensunterhalt/Umweltthemen sowie Zugang zu Land, Wälder und Wasser organisiert haben, also um Themen, die „*gender justice*“ mit „*economic justice*“ in Verbindung gesetzt haben. (vgl. Antrobus, 2004:118-119) In weitläufigeren Themengebieten, um die sich Frauen in Form von Allianzen und Koalitionen mit anderen sozialen Bewegungen und Gruppen organisiert haben, wie Staatsangehörigkeit und Verfassungsänderung (z.B. in Lateinamerika), Strukturanpassung und Schulden (Lateinamerika, Afrika, Karibik), Armut und Landlosigkeit (Asien) oder Militarismus (Pazifik), ist die Frauenbewegung weniger erfolgreich darin gewesen, ihre spezifischen *gender*-Themen einzubringen. (vgl. Antrobus, 2004:119)

Nach **Regionen** beurteilt, ist die Frauenbewegung in Lateinamerika sehr viel aktiver gewesen, als die Frauenbewegung z.B. im karibischen Raum. So bestimmen kulturelle und politisch-strukturelle Unterschiede die Art der Organisierung auf lokaler Ebene. (vgl. Antrobus, 2004:119-120)

Auch **Strategien**, die von Frauen verwendet werden, richten sich nach dem Ort, an dem sie angewendet werden. (vgl. Antrobus, 2004:121) Jedoch ist die Bildung von Netzwerken eine der verbreitetsten Strategien, die Frauenbewegungen auf allen Ebenen angewendet haben. Durch die Bildung von Netzwerken ist es überhaupt erst zu einer globalen Frauenbewegung gekommen, denn Netzwerke haben Frauen über Konferenzen, Kampagnen etc. zusammengebracht und ihnen dabei geholfen, „gemeinsame Unterschiede“ zu finden, um solidarisch zusammenarbeiten zu können. (vgl. ebd.:126) Besonders die 1990er Jahre haben es ermöglicht, dass lokale Frauenbewegungen in

Vernetzung mit der globalen Frauenbewegung in politische Dialoge integriert wurden und so feministische Aktivistinnen mit Mainstream „ExpertInnen“ zusammenkommen und in bürokratische Prozesse wie *Mainstreaming* und *Monitoring* von Regierungspolitiken und -programmen zur Sicherstellung von *Accountability* involviert werden konnten. (vgl. ebd.:122) Antrobus empfiehlt jedoch, dass die Frauenbewegung nun rückwärts arbeiten muss, wenn sie als große Bewegung für Gerechtigkeit auf globaler Ebene erfolgreich sein will: „*[I]ts leadership must return to the basics, working backwards, from the conferences and campaigns, to coalition and alliance-building, from caucusing to the consciousness-raising groups and circles of friendship that enable us to undertake this work without losing our health and humanity.*“ (Antrobus, 2004:178) Einige KritikerInnen sind der Ansicht, dass viele Frauenbewegungen ihre „politischen Spitzen“ verloren haben, doch Antrobus sieht dies anders: „*Women's revolutionary action seems to be different from that of men [...] However, although women's political activism may be less violent than that of their brothers in struggle, their actions are no less revolutionary. How else does one describe a campaign to stop men who beat women by picketing their homes, or to get men to support their children by shaming them in their work-place, or to stop bulldozers by hugging trees, or confront the military by daily marches in the public square?*“ (Antrobus, 2004:120)

Außerdem identifiziert Antrobus drei ***Ansätze für sozialen Wandel***:

Den ***professionell-technischen Ansatz*** definiert sie als mainstream-Ansatz bezüglich Entwicklung und sozialen Wandel in westlichen Demokratien: „*It is based on the assumption that only a certain class (race and gender as well) has the intellectual expertise to make decisions for the rest of society.*“ (Antrobus, 2004:128)

Der ***politische Ansatz***, der von den meisten Frauenbewegungen verfolgt wird, erkennt die Bedeutung von Machtbeziehungen in Entscheidungsfindungen an und eröffnet eine Basis zur Planung von Strategien für sozialen Wandel in patriarchalen Gesellschaften mit unterschiedlichen Gruppen und Interessen. (vgl. Antrobus, 2004:128)

Der ***„counter-cultural“-Ansatz*** wird oft vernachlässigt, ist jedoch von besonderer Bedeutung für Frauen und andere marginalisierte Gruppen. Antrobus beschreibt: „*This approach is based on 'affirming the culture and values of the society. It is suspicious of over technocratic and over bureaucratic approaches and concepts of progress', since these are considered to lead to a marginalization of local or indigenous knowledge, a decrease of initiative, creativity and individuality, and to inhibiting the individual from realizing his or her full human potential. This perspective places emphasis on individual change – in personal values, life styles and relationships with others, and emphasizes communal organizations as the building and rebuilding blocks or a*

new unalienating society.“ (Antrobus, 2004:129-130) Es ist für politisch orientierte Frauenbewegungen besonders auf lokaler Ebene wichtig, mit Gruppen, die einen *counter-cultural approach* gewählt haben, Allianzen zu bilden, da sie zum Verständnis von „*power within*“ – als Art von Macht, die in mainstream-Frauenbewegungen oft fehlt – beitragen. (vgl. Antrobus, 2004:127) Antrobus definiert auch kollektives Handeln von Frauen mit unterschiedlichen Backgrounds als „*counter-cultural*“-Ansatz, nämlich „countering the culture of patriarchy“ (Antrobus, 2004:133).

Antrobus macht außerdem drei verschiedene Arten von **Herausforderungen** aus, mit denen die globale Frauenbewegung sich auseinandersetzen muss. (vgl. Antrobus, 2004:138)

Erstens haben sich die Umstände geändert, in denen Frauen-Aktivismus stattfindet: Während die internationale Gemeinschaft sich besonders in den 1980er/90er Jahren bei globalen Konferenzen offen zeigte und Frauen Raum gab, ihre Ideen und Analysen zu präsentieren, entwickelte sich im Laufe der Zeit eine Widerstandshaltung, unter anderem auch durch fundamentalistische Kräfte wie z.B. in den USA. (vgl. Antrobus, 2004:138)

Zweitens ist es eine Herausforderung für die feministische Forschung, „*gender relations*“ ausreichend mit wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Systemen und Strukturen zu verknüpfen, die Probleme in den Bereichen Reproduktion und menschliche Sicherheit aufrechterhalten und ausweiten. (vgl. Antrobus, 2004:141)

Drittens spricht Antrobus die Herausforderung für Frauen und Männer an, in größeren sozialen Bewegungen miteinander zu arbeiten. (vgl. Antrobus, 2004:143) Die Frauenbewegung muss diesbezüglich in anderen Bewegungen Überzeugungsarbeit leisten, damit diese die zentrale Bedeutung von „*gender justice*“ für das größere Projekt „*global justice*“ erkennen: „*We cannot build a movement for social transformation without making strategic alliances with men.*“ (Antrobus, 2004:148) Denn ein *Empowerment* von Frauen und die Bildung grenzüberschreitender feministischer Solidarität wird auch wesentlich durch die zunehmende Bedeutung des internationalen Menschenrechtssystems und einer Stärkung der Zivilgesellschaft erleichtert. (vgl. Eigelsreiter-Jashari, 2004:48)

2.6 Die praktische Forschung

Nach dem obigen Theorievergleich soll nun der methodisch empirische Teil in die Arbeit eingebracht werden. Gerda Lerner hält jedoch fest wie wichtig es ist, sich als Frau (und Forscherin) erst mit der feministischen Theorie auseinandergesetzt zu haben: „*Jede Frau sollte mindestens ein Jahr lang Frauengeschichte studieren, egal, was sie sonst macht. Jede Frau ändert sich, wenn sie*

erkennt, dass sie eine Geschichte hat.“ (Gerda Lerner, zit. n. Eigelsreiter-Jashari, 2004:52) Forschung ist niemals objektiv, sondern involviert neben dem Erforschten die Perspektive und die Überzeugungen des oder der Forschenden. Der obige Theorievergleich ist somit unerlässlich als (auch persönliche) Grundlage für jegliches empirisches Forschen und beide Teile sind keinesfalls getrennt zu lesen, sondern sind vielmehr eng miteinander verknüpft. Zentral für die empirische Forschung ist die postkoloniale feministische Theorie. Dem methodischen empirischen Vorgehen liegen ihre Annahmen und Ansätze zugrunde. Die weiteren theoretischen Ansätze sowie die beschriebenen historischen Phasen der Entwicklung der Frauenbewegungen dienen als Grundlage für den Vergleich mit den Gegebenheiten und Umständen der Frauenbewegung in Honduras.

2.6.1 Forschungsvorhaben

Der Notwendigkeit eines praktischen Schwerpunktes für das Thema der vorliegenden Arbeit ist bereits in der Einleitung erwähnt worden. Der Titel der Arbeit weist auf den Gegensatz von *Selbstermächtigung* und *Fremdermächtigung* hin. Das Ziel der Arbeit ist es herauszuarbeiten, wie Honduranerinnen selbst für ihr *Empowerment* in der eigenen Gesellschaft kämpfen und dies auf verschiedenen Ebenen zu erforschen – sei es auf der Ebene der formalen Politik, oder auf *grassroots*-Ebene. Immer geht es hierbei um die Perspektive honduranischer Frauen selbst anstatt eines Blickes von Außen. Essentiell für diesen Ansatz ist, neben des Heranziehens von Quellen honduranischer AutorInnen, die Durchführung von Interviews, denn nur so kann der westliche Analyseblick um neue Perspektiven erweitert werden. Andererseits sollten aber auch VertreterInnen der westlichen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit befragt werden, um ihre Perspektive auf den eigenen Einfluss auf Frauenthemen zu beschreiben.

Generell zeigt sich in feministischer Feldforschung und in feministischen Studien eine Affinität zu qualitativen Untersuchungen, stellt Krause (2003:24) fest. Hierfür gibt sie zwei Gründe an: Zum Einen gelingt es im Interview, die Erforschten aktiv einzubeziehen und ernst zu nehmen. Zum Anderen können bei der qualitativen Herangehensweise Hintergründe entdeckt werden, die von dem/der ForscherIn zunächst nicht erwartet wurden. (vgl. Krause, 2003:24) Mies und Shiva halten für die Methodologie einer engagierten Frauenforschung fest, dass der wissenschaftliche Maßstab der Objektivität mit seinem Postulat der Wertfreiheit, der Neutralität und Indifferenz gegenüber den Forschungsobjekten durch eine bewusste Parteilichkeit ersetzt werden muss. (vgl. Mies/Shiva, 1995:58) Diese bewusste Parteilichkeit soll dadurch erreicht werden, dass der/die Forschende sich in gewisser Weise mit den „Forschungsobjekten“ identifiziert und sowohl die „Forschungsobjekte“ als auch die „Forschungssubjekte“ als Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Zusammenhangs

begreift. (vgl. Mies/Shiva, 1995:58) Dieser Ansatz ermöglicht eine Korrektur subjektiver Wahrnehmungsverzerrungen auf beiden Seiten und trägt sowohl zu einer umfassenden Erkenntnis der sozialen Realität bei, als auch zur Bewusstseinsbildung der am Forschungsprozess Beteiligten, so Mies und Shiva (1995:58). Damit in Verbindung steht für die Autorinnen die Notwendigkeit, die vertikale Beziehung zwischen ForscherInnen und Erforschten (die „Sicht von oben“) durch eine „Sicht von unten“ zu ersetzen. (vgl. Mies/Shiva, 1995:59) Diese Perspektive der „Sicht von unten“ hat sowohl eine wissenschaftliche als auch eine ethisch-politische Bedeutung. Zur Erklärung der wissenschaftlichen Bedeutung verweisen Mies und Shiva auf die Mängel des Ansatzes von „oben“, wie das Problem der Relevanz von Daten, ihrer Validität und Signifikanz, das trotz aller Verfeinerungen der quantitativen Verfahren nicht gelöst ist, weil aufgrund der „Herrschaftssituation“ in der Befragung ein Misstrauen der Befragten gegenüber InterviewerInnen besteht. (vgl. Mies/Shiva, 1995:59) Die „Sicht von unten“ und die bewusste Parteilichkeit können die Herrschaftssituation zwischen ForscherInnen und Erforschten abbauen und so zu authentischeren und gültigeren Ergebnissen führen, so Mies und Shiva (1995:59). Die ethisch-politische Bedeutung führt zu einem dritten Punkt, nämlich zur aktiven Teilnahme an emanzipatorischen Aktionen und zur Integration von Forschung in diese Aktionen, an Stelle einer uninvolvierten „Zuschauerforschung“. (vgl. Mies/Shiva, 1995:60) Für Mies und Shiva ist es also essentiell für die praktische qualitative Forschung, dass der Forschungsprozess auch für die Forschende zu einem Bewusstwerdungsprozess wird. (vgl. Mies/Shiva, 1995:63)

Um honduranische Frauen tatsächlich für sich sprechen lassen zu können, wurde als empirische Methode für die vorliegende Arbeit die qualitative Forschung in Form von Interviews gegenüber der quantitativen als zielführender identifiziert. Krause warnt allerdings bei der qualitativen Forschung davor, die Aussagen von Befragten unkritisch und undistanziert zu übernehmen. (vgl. Krause, 2003:24) Angesichts dessen wurden in der praktischen Forschung für die vorliegende Arbeit einerseits die methodologischen Postulate von Mies und Shiva bedacht, andererseits wurde sich aber auch um eine gewisse Distanz bemüht, was sicherlich nicht immer einfach war oder gelungen ist. Grundsätzlich hat sich die Forschende aber darum bemüht, sowohl bei der Formulierung von Fragen und bei Durchführung der Interviews als auch bei der Interpretation ebendieser darauf acht zu geben, sich ihrer subjektiven Wahrnehmung bewusst zu sein. Die Interpretation der Interviews erfordert eine entsprechend vorsichtige Analyse, die in Kapitel 2.6.5 beschrieben wird. Zunächst aber werden die Forschungsfragen und Hypothesen vorgestellt.

2.6.2 Forschungsfragen, Hypothesen und Fragebögen

Der Titel bzw. die zentrale Forschungsfrage der Arbeit lautet:

„Selbst- und Fremdermächtigung von Frauen in der honduranischen Gesellschaft: Welche Plattformen der Ermächtigung haben Frauen in Honduras genutzt und welche Rolle spielt die westliche Entwicklungszusammenarbeit?“

Grundsätzlich geht es in der Arbeit um die Analyse von Machtbeziehungen und in diesem Sinne um Vergleiche von selbst und fremd, national und international, staatliche Frauenpolitik und zivilgesellschaftliche Frauenpolitik, kleine Frauenorganisationen und große Frauenorganisationen etc. Macht spiegelt sich auch darin wider, wie die verschiedenen Akteure (Staat, Akteure der westlichen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit, Frauenorganisationen/Feministinnen) definieren, was Frauen in Honduras brauchen oder was ein *Empowerment* von Frauen bedeutet.

Als *Leitfragen* für die Analyse und Auswertung haben sich folgende Fragen ergeben:

1. *Welche Machtbeziehungen herrschen zwischen den Akteuren „westliche Entwicklungsorganisationen“, „Frauen in der Politik“ und „Frauen- und feministische Organisationen“, was definieren sie als Empowerment und inwiefern unterscheiden sich ihre Ziele?*
2. *Welche Plattformen der Ermächtigung gibt es für Frauen in Honduras und welches Potential haben sie tatsächlich?*

Die folgenden *Hypothesen* können in Antwort auf die Leitfragen formuliert werden:

1. Es wird davon ausgegangen, dass die westlichen EZA-„Partner“ aufgrund der bestehenden finanziellen Abhängigkeit zwischen „Gebern“ und „Nehmern“ einen starken Einfluss auf den honduranischen Staat bezüglich der Definition von Frauenthemen und Zielen ausüben können. Ein ähnliches Machtverhältnis wird in der Beziehung zwischen westlicher EZA und Frauenorganisationen erwartet: Letztere können eigene Ziele formulieren, ob sie diese jedoch öffentlichkeitswirksam vertreten können, hängt davon ab, ob die westlichen EZA-Institutionen ähnliche Schwerpunkte setzen und Projekte der Frauenorganisationen finanziell unterstützen wollen. Dass sich die entwicklungspolitischen Ziele der „Geber“ mit emanzipatorischen politischen Zielen selbstbestimmter Feministinnen decken, ist anzuzweifeln. Auch wird von Machtunterschieden zwischen Frauen und der Politik und Frauen der Bewegung ausgegangen, da Frauen keine homogene Gruppe, sondern durch verschiedene Machtlinien (Schicht, Klasse, ethnische Herkunft) getrennt sind. So werden Frauen in der Politik andere Schwerpunkte setzen bzw. ihnen feministische Themen

persönlich weniger wichtig oder sogar unbekannt sein.

2. Es ist zu erwarten, dass Frauenorganisationen eine wichtige Plattform der Ermächtigung darstellen. Die nationale Widerstandsbewegung (FNRP), die aus dem Putsch 2009 entstanden ist, bietet möglicherweise auch eher Möglichkeiten zur *Selbstermächtigung* von Frauen als die politische Ebene im formellen männlich-dominierten System. Es ist anzunehmen, dass westliche Entwicklungsorganisationen aufgrund der in Hypothese 1 beschriebenen Machtverhältnisse eher „*fremdermächtigen*“ anstatt eine *Selbstermächtigung* von honduranischen Frauen zu unterstützen.

Zur Beantwortung der Leitfragen bzw. Überprüfung der Hypothesen müssen zunächst verschiedene grundsätzliche Fragen geklärt werden, wie z.B. welche Frauen-NGOs es in Honduras gibt, welchen Einfluss Frauen auf die Politik haben, welche Veränderungen für Frauen im historischen Blick ausgemacht werden können, welche Entwicklungsprojekte es in Honduras gibt sowie auch, welche Akteure in die nationale Politikformulierung wie mit einbezogen werden.

Im Vorfeld wurden vier verschiedene Fragebögen (siehe Anhang) für Interviews mit den vier verschiedenen Zielgruppen (siehe Kapitel 2.6.3) mit jeweils zehn Fragen ausgearbeitet. Diese dienten als Leitfäden, wurden also in der Praxis nicht chronologisch behandelt, vielmehr wurden die notierten Themenschwerpunkte – die Rolle des Staates, der Organisationen der Frauenbewegung sowie der westlichen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit – in einer offenen Interviewführung angesprochen und der/dem Befragten die Möglichkeit gegeben, unterschiedlich ausführlich auf die verschiedenen Punkte einzugehen. Je nach Bedarf wurde zusätzlich nachgefragt, auf interessante Punkte besonders eingegangen oder die/der Befragte wurde wieder auf die zentrale Thematik zurück gebracht, falls dieseR abgeschweift ist. Als nächstes werden die vier verschiedenen Zielgruppen für die Befragung vorgestellt.

2.6.3 Zielgruppen

Mit dem Ziel, verschiedene Blickpunkte auf das Thema zu erhalten und ein umfangreiches Verständnis der Thematik zu erlangen, wurden im Vorfeld vier Zielgruppen bestimmt.

Am wichtigsten erschien es zunächst – im Sinne der Fragestellung – möglichst viele Interviews mit VertreterInnen von Organisationen der Frauenbewegung bzw. mit feministischen Organisationen zu vereinbaren und darüber hinaus Interviews mit Repräsentantinnen von Organisationen der westlichen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit zu führen, um die Plattformen der Ermächtigung sowie den Einfluss der westlichen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit

feststellen zu können. Darüber hinaus ergaben sich zwei weitere Zielgruppen auf Ebene der Politik: Politikerinnen bzw. Frauen im Staatsdienst und Universitätsprofessorinnen im Bereich *Frauen&gender* als unabhängige Expertinnen.

In der Praxis veränderte sich die vierte Zielgruppe angesichts der Umstände jedoch. Der Zugang zu Universitätsprofessorinnen, die im Bereich *Frauen&gender* tätig sind, erwies sich als schwierig, weil es einen derartigen eigenständigen Studiengang zum Einen gar nicht gibt und *gender*-Themen zum Anderen höchstens als Nebenfächer in einigen Hauptfächern angeboten werden. Darüber hinaus werden oftmals ausländische ProfessorInnen eingeladen. Letztlich konnte nur mit einer honduranischen Universitätsprofessorin mit Spezialisierung in Entwicklungsthemen ein Interview geführt werden, dafür aber zusätzlich mit einer unabhängigen honduranischen Beraterin in *gender*-Fragen.

Die anderen Zielgruppen konnten im zufriedenstellenden Maße erreicht werden, wenngleich es auch hier nicht möglich war, eine große Vielseitigkeit von Frauenorganisationen, Politikerinnen oder Organisationen der westlichen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit zu erreichen. So konnten beispielsweise keine Interviews mit indigenen Frauengruppen geführt werden und auch nicht mit Politikerinnen verschiedener Parteien. Von den EZA-Institutionen hat lediglich die deutsche Kooperation auf die Bitte um ein Interview positiv reagiert, was möglicherweise mit der Staatsbürgerschaft der Forscherin im Zusammenhang steht. Andere Organisationen haben entweder gar nicht geantwortet oder ein Interview abgelehnt.

Insgesamt wurden 15 Politikerinnen bzw. Frauen im Staatsdienst interviewt (davon vier jeweils einzeln und die neun Parlamentsabgeordneten in einem zweistündigen Gruppeninterview), acht honduranische NGOs (teils mit mehreren GesprächspartnerInnen) und Einzelpersonen der Frauenbewegung und neun MitarbeiterInnen von Organisationen der deutschen Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit.

2.6.4 Forschungsvorgehen

Alle Interviews wurden im Zeitraum zwischen dem 8. April und dem 8. Juni 2011 in Honduras durchgeführt. Einige Interviews wurden bereits vor dem Auslandsaufenthalt vereinbart, der Großteil jedoch erst vor Ort. Während es vor dem Auslandsaufenthalt noch relativ schwierig war, fixe Interviewtermine zu bekommen, gestaltete sich dieses in Honduras wesentlich leichter, da die ersten Interviews zu neuen Kontakten und Einladungen geführt haben. Ein möglicher Grund dafür ist die „orale Kultur“ der HonduranerInnen – wie es eine deutsche Interviewpartnerin ausdrückte – in der sich vieles leichter mit einem Telefonanruf anstatt mit schriftlicher Kommunikation regeln lässt.

Überraschend einfach war es somit auch, über erste InterviewpartnerInnen Kontakt zu politischen Persönlichkeiten zu bekommen und sogar in das honduranische Parlament zu einem Gespräch mit weiblichen Abgeordneten der liberalen Partei eingeladen zu werden. Auch waren die ersten zwei Interviewtermine im Frauenministerium INAM (*Instituto Nacional de la Mujer*) hilfreich, um einen Überblick über die politische Situation und die Vielzahl der Frauenorganisationen zu erlangen. Über die Kontakte zu Politikerinnen konnten zudem zwei politische Events besucht werden: Zum Einen eine Diskussionsrunde über informelle Wirtschaft und zum Anderen das „Nationale Treffen der Frauen in der Politik“ (*Encuentro Nacional de Mujeres de Partidos Politicos de Honduras*).

Insgesamt wurden in den zwei Monaten Forschungsaufenthalt 26 Interviews durchgeführt.

Fast alle Interviews (bis auf eines) fanden in der Hauptstadt Tegucigalpa statt, da die meisten Organisationen und Institutionen sowie selbstverständlich die PolitikerInnen hier ihre Hauptbüros haben. Möglichkeiten, Personen in der zweitgrößten Stadt San Pedro Sula (Industriezentrum) zu befragen, haben sich erst sehr spät eröffnet, so dass es letztlich nicht mehr möglich war, tatsächlich Termine zu fixieren. In der drittgrößten Stadt La Ceiba gestalteten sich die Umstände ähnlich schwierig. Dies ist besonders deshalb schade, da in La Ceiba und in der umliegenden Region viele Frauenorganisationen ethnischer Minderheiten arbeiten, von denen es in Honduras viele gibt. Nur die Organisation schwarzer Frauen (*Garifunas*), ENMUNEH, aus der naheliegenden Stadt Tela, die bereits vor der Forschungsreise zugesagt hatte, stellte sich für ein Interview zur Verfügung. Ein möglicher Grund für die Schwierigkeit der Kontaktherstellung ist wohl die gefährliche Lage, in der sich viele Frauenorganisationen und einzelne Aktivistinnen aus politischen Gründen (siehe Putsch 2009) u.a. auch in dieser vom Drogenhandel stark betroffenen Region um La Ceiba befinden. Anderen Interviewpartnerinnen zufolge nehmen viele Aktivistinnen Telefonanrufe oder Emails von unbekanntem Empfängern aus Angst nicht entgegen oder sind sogar komplett „untergetaucht“.

Der Hauptteil der Interviews (20, also ca. 75%) fand in den Büros bzw. am Arbeitsplatz der Befragten statt. Die restlichen sechs Interviews fanden auf Vorschlag der Befragten in einem Kaffee oder Restaurant statt, zum Teil, weil die InterviewpartnerInnen keinen festen Arbeitsort hatten oder auch, weil sie das Interview in ihrer arbeitsfreien Mittagspause unterbringen wollten. Hier kann die Erfahrung festgehalten werden, dass ein Büro oft ein ruhigerer Ort für das Interview war und den Vorteil hatte, dass weitere MitarbeiterInnen z.B. einer Organisation hinzu gekommen sind und zum Interview beitragen konnten.

Fast alle Interviews dauerten zwischen 60 und 120 Minuten und damit weitaus länger, als ursprünglich von der Forschenden vorgesehen. Hierfür gibt es mehrere Erklärungen. Zum Einen haben Repräsentantinnen von Frauenorganisationen das Bedürfnis gehabt, sich und ihre Arbeit

genauer zu beschreiben, zum Anderen wurden die Interviews trotz des vorliegenden Leitfadens oft nicht nach diesem geführt, sondern im Interview und aus bereits erfolgten Gesprächen mit anderen InterviewpartnerInnen ergaben sich zusätzliche neue Fragen, die das Gesamtinterview verlängert haben. Außerdem haben Interviews nicht selten nur mit der Kontaktperson stattgefunden, wie von der Forschenden erwartet, sondern weitere Mitarbeiterinnen sind hinzugekommen, so dass die Interviews sich um die zusätzliche Redezeit weiterer Personen verlängert haben. Zum Teil schienen 120 Minuten nicht genug zu sein und das Interview hätte noch länger dauern können, hätte die/der InterviewpartnerIn mehr Zeit gehabt.

Fast alle Interviews (bis auf eins) wurden mit Einverständnis der GesprächspartnerInnen auf Tonband aufgenommen. Die Reaktionen der InterviewpartnerInnen waren diesbezüglich unterschiedlich. Einigen war es zunächst etwas unangenehm, aufgenommen zu werden, insgesamt zeigten sich aber alle angesichts des Versprechens der Forschenden zufrieden, die Aufzeichnungen nur für die Verschriftlichung im Rahmen der Arbeit zu verwenden. Das eine Interview mit der Repräsentantin der deutschen Konrad Adenauer Stiftung in Honduras wurde nicht aufgezeichnet, weil die Befragte sich mit der Begründung, erst verhältnismäßig kurz in Honduras zu leben und zu arbeiten, in erster Linie als Informationsquelle für Kontakte identifiziert hat.

Interessant war die Vielfalt an politischen Überzeugungen, die sich aus der Befragung einer gewissen Spannbreite sozialer Gruppen ergeben hat – von den gerade erwähnten Parlamentsabgeordneten über Personen aus ArbeiterInnen- bzw. sozialen Bewegungen bis Personen aus *grassroots*- und Selbsthilfegruppen. Hier war eine gewisse wissenschaftliche Neutralität wichtig für den Forschungsprozess, auch wenn eine bewusste Parteilichkeit im Sinne von Mies und Shiva nahe lag und wohl auch in der Analyse deutlich wird.

2.6.5 Auswertungsvorgehen

Für die Auswertung qualitativer Interviews stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. Lamnek (1995:107ff.) schlägt ein Vier-Phasen-Modell von 1. Transkription, 2. Einzelanalyse, 3. generalisierende Analyse und 4. Kontrollphase vor, an das sich in der vorliegenden Arbeit auch gehalten wird. In diesem Sinne wurden für die Auswertung im Rahmen dieser Arbeit zunächst alle Interviews vollständig transkribiert, nicht aber übersetzt. Die Übersetzung erfolgt direkt beim Zitieren in Kapitel 3.

Die Einzelanalyse soll Lamnek zufolge zunächst alle Nebensächlichkeiten ausblenden, wichtige Textstellen hervorheben, kommentieren und bewusst wertend interpretieren. (vgl. Lamnek, 1995:107ff.) In der folgenden Phase der generalisierenden Analyse soll der/die ForscherIn aufgrund

von Gemeinsamkeiten zwischen den durchgeführten Interviews Typen generalisieren und aufgrund von Unterschieden Differenzen herausarbeiten. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zusammen ergeben Grundtendenzen der ausgewerteten Ergebnisse, und unterschiedliche Typen von Aussagen können nun dargestellt und interpretiert werden. (vgl. Lamnek, 1995:107ff.) Die Kontrollphase schlägt Lamnek (1995:107ff.) zur Vermeidung von Verkürzungen und Fehlinterpretationen vor. Hier soll der/die Forschende immer wieder die vollständige Transkription des Interviews bzw. die Originalaufnahme zu Rate ziehen, Widersprüche interpretieren und Ergebnisse strukturieren.

Ein abschließendes Bild ergibt sich letztendlich aufgrund der Zusammenfassung der Interpretationen und der Integration von zusätzlichem Material, das thematisch nachvollziehbar und verständlich dargestellt werden muss. (vgl. Froschauer/Lueger, 1992, zit. n. Eigelsreiter-Jashari, 2004:99)

3. Diskussion und Analyse der Situation in Honduras

Die Situation der Frau, der Frauenbewegung, des Feminismus und der Einfluss der EZA in Honduras muss auf verschiedenen Ebenen untersucht werden, denn die Abhängigkeit und Unterdrückung vieler Frauen besteht – bestätigt durch die obigen theoretischen Ausführungen – nicht nur aufgrund eines *gender*-bedingten Machtgefüges innerhalb der Gesellschaft, sondern erklärt sich auch durch soziale (wie z.B. ethisch-bedingte), politische und wirtschaftliche Machtunterschiede. Dementsprechend beginnen Frauen auch aus unterschiedlichen Gründen, sich mit „Frauenthemen“, dem Feminismus und *gender*-Fragen auseinanderzusetzen. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:14) Die Beschäftigung mit gesellschaftlichen Faktoren in Honduras – die Betrachtung der Beschaffenheit der Gesellschaft, ihrer Geschichte, sowie sowie neokolonialer Abhängigkeiten – spielt deshalb eine bedeutende Rolle für die Auseinandersetzung mit der Situation und Ermächtigung der Frau. So wird im Folgenden zunächst tiefer auf die historische und aktuelle soziale, wirtschaftliche und politische Situation in Honduras eingegangen, bevor es konkret um verschiedene Plattformen der Ermächtigung, die Frauen- bzw. feministische Bewegung und die westliche EZA in Honduras geht.

3.1 Gesellschaftsgeschichte, Probleme und koloniale Abhängigkeiten

Honduras gehört der im Theorieteil eingeführten Definition zufolge zu den Ländern der sogenannten „Dritten Welt“. Als ehemalige spanische Kolonie befindet sich Honduras – wie die meisten Länder der „Dritten Welt“ – bis heute in diversen internationalen ökonomischen, politischen und sozialen Abhängigkeitsverhältnissen. (vgl. Borsó/Gerling, 2007:75) Diese historischen Abhängigkeiten und Prägungen – durch die Zeit der Kolonisation und der Erreichung der Unabhängigkeit sowie durch die Zeit der Militärdiktatur – sind ausschlaggebend für die Situation der Frau und die Entwicklung der „Rolle der Frau“ bzw. des Geschlechterverhältnisses in Honduras. (vgl. ebd.:75)

3.1.1 Die Kolonialzeit und ihr Einfluss auf die Identität

Bevor Honduras zu Beginn des 16. Jahrhunderts von den Spaniern „entdeckt“ wurde, bevölkerten die Mayas und Lencas unterschiedliche Teile von Honduras, unterhielten wirtschaftliche Beziehungen miteinander, sowie mit anderen ethnischen Gruppen zwischen Panama und Mexiko. (vgl. US Department of State, 2011) Christopher Kolumbus ist der gängigen Geschichtsschreibung nach der erste Europäer, der 1502 einen Fuß auf das honduranische Festland setzte, bevor 1523 die

erste spanische Expeditionstruppe folgte. (vgl. ebd.) Nach über drei Jahrhunderten Kolonialgeschichte erreichte Honduras zusammen mit seinen Nachbarländern am 15. September 1851 die Unabhängigkeit von Spanien. (vgl. ebd.)

Die Kolonialgeschichte Lateinamerikas unterschied sich in vielerlei Hinsicht von der Kolonialgeschichte der USA und hinterließ andere Spuren in den heutigen Gesellschaften Lateinamerikas und somit auch in Honduras. (vgl. Borsó/Gerling, 2007:75) Während sich die Kultur der USA auf Siedlungsprozessen gründete und somit anfangs im Wesentlichen die Wünsche und Träume der Siedler im Zentrum standen, entstanden die lateinamerikanischen Kulturen durch die Unterwerfung mächtiger prähispanischer Reiche, wie die der Azteken, Mayas und Inkas. (vgl. ebd.:75) Auch in den USA gab es eine Geschichte der Unterwerfung der indianischen Bevölkerung, jedoch mit dem Unterschied, dass diese erst viel später thematisiert wurde und dadurch nicht den Prozess der Identitätsbildung in den USA beeinflusste. Den USA gelang es deshalb aufbauend auf den Wünschen und Träumen der Siedler durch emanzipatorische und demokratische Bewegungen im 19. Jahrhundert eine integrale Identität als Vereinigte Staaten von Amerika zu konstruieren. (vgl. ebd.:76) In Lateinamerika hingegen prägte die Zerstörung der Traditionen und Geschichten präkolumbischer Völker von Anfang an maßgeblich die Selbstwahrnehmung und Identitätssuche der LateinamerikanerInnen. (vgl. ebd.:76)

Von Anfang an wurden hegemoniale Strukturen etabliert, die auf eine Überschreibung der indigenen Kultur durch die spanische ausgerichtet waren. (vgl. ebd.:75) Die indigene Bevölkerung Lateinamerikas wurde als unzivilisiert und minderwertig angesehen und zu Sklaven, Minenarbeitern und Dienern degradiert. (vgl. ebd.:75) Auch als ihre Versklavung Mitte des 16. Jahrhunderts verboten wurde, endete die Zerstörung indigener Kultur und Traditionen nicht, sondern nahm in der Missionierung ihren Lauf. (vgl. ebd.:75) Zu diesem Zeitpunkt zeigte der Kolonialismus bereits fatale Auswirkungen auf die Gesellschaft: „Zehn Jahre nach der Eroberung Amerikas und der gleich danach beginnenden Missionierung hatte sich die indianische Bevölkerung, auch insbesondere in Folge der von Spaniern eingeführten Seuchen, auf zehn Prozent reduziert. Der kulturelle Reichtum der Azteken, Mayas und anderer Völker wurde zerstört oder 'überschrieben' – ein Symbol dafür ist der Bau kolonialer Gebäude in der neuen Hauptstadt Mexiko auf den Trümmern der aztekischen Hauptstadt Tenochtitlán.“ (Borsó/Gerling, 2007:76) Doch es wurde nicht nur zerstört und überschrieben, es wurde auch geplündert. So gelangten Gold und andere Edelmetalle und Kunstschatze nach Spanien und die präkolumbische Welt „verschwand“ Stück für Stück. (vgl. Borsó/Gerling, 2007:77)

In Honduras wurde während der Kolonialzeit in erster Linie zerstört statt geraubt, denn Gold und

andere wertvolle Edelmetalle wurden von den Indigenen nicht in dem Ausmaß gesammelt wie der Edelstein Jade, den sie für ihre Götterdienste und Rituale, sowie für Schmuck und vieles mehr verwendeten. (vgl. Mejía, 1984:37-41+193-209) Plünderungen im großen Umfang begannen in Honduras somit erst im 19. Jahrhundert, als die Unabhängigkeit bereits erreicht war und US-amerikanische und europäische Forscher die Maya-Ruinen in Copan für sich entdeckt hatten. Sie brachten archäologische Güter, die sich oftmals bis heute in europäischen Museen und Universitäten befinden, für historische, archäologische, anthropologische und kulturelle Forschungszwecke ins Ausland. Ein Gesetz zum Schutz des honduranischen Kulturerbes wurde erst viel später verabschiedet, sodass der Handel mit archäologischen Gütern im 19. Jahrhundert geradezu normal war. (vgl. Véliz/Marineros, 2007: 14-22 & Nuñez Chinchilla, 1963: 9-18)

In der Kolonialzeit lässt sich die Konstruktion der „Anderen“ beim Zusammentreffen von spanischen Kolonialisten mit den hoch entwickelten Kulturen z.B. der Mayas, beobachten: „Seit jeher gelten im europäischen Kontext diejenigen als fremd, die den etablierten Normen nicht entsprechen, die man nicht versteht, die den Vorstellungshorizont der abendländischen Vernunft übersteigen.“ (Borsó/Gerling, 2007:78) So projizierten die Spanier ihre eigenen Bilder vom Fremden auf die indianische Bevölkerung, sodass was im mittelalterlichen Europa Monster oder Hexen gewesen sind, in der „Neuen Welt“ die Kannibalen und Nackten waren. So entsprachen die Indigenen „genau dem, was durch die abendländische Vernunft aus der Vorstellung von Kultur ausgeschlossen worden war: Barbarei und Sexualität“ (Borsó/Gerling, 2007:78). Um der Situation des Unverstehens der indigenen Kulturen zu entkommen, reduzierten die Kolonialisten das Fremde auf Bekanntes oder dämonisierten es, indem sie die indianischen Kulturen als „Wilde“ bezeichneten und durch Kategorien des Mangels beschrieben: „durch Mangel an Zivilisation, an Vernunft, an Menschsein.“ (Borsó/Gerling, 2007:79)

Das schnell durch die Spanier etablierte hegemoniale Herrschaftssystem war, wie in Spanien selbst, durch einen extrem ausgeprägten soziale Abstand zwischen Hof und Volk gekennzeichnet. In der höfischen Gesellschaft kam den Indigenen allein die Funktion der Diener zu. Sie wurden zu Kolonialsubjekten, das heißt zu passiven, untergeordneten Objekten der Macht einer hierarchischen Gesellschaftsstruktur. (vgl. Borsó/Gerling, 2007:77) Auch Mohanty beschreibt diese strengen und hierarchischen Unterscheidungen zwischen den Kolonialisten und den Kolonisierten und erklärt, dass die körperliche und symbolische Trennung der „Rassen“ als notwendig erachtet wurde, um eine soziale Distanz und Autorität über die unterworfenen Menschen zu wahren. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:17) In dieser sozialen Ordnung standen die Nachkommen von Spaniern und Indigenen (die Mestizen) sehr weit unten und hatten keinen Zugang zu politischen

Ämtern. Lediglich die Kreolen (Kinder von Europäern, die in Amerika geboren waren) konnten in der politischen Hierarchie aufsteigen. Daher waren es letztere, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Unabhängigkeitskämpfe begannen – Aber nicht etwa, um die Indios von den Spaniern zu befreien, sondern um selbst die Macht zu übernehmen und die Staaten von der spanischen Vorherrschaft zu lösen. (vgl. Borsó/Gerling, 2007:77)

Mit der Unabhängigkeit von Spanien orientierten sich die lateinamerikanischen Staaten zunächst an europäischen Vorstellungen nationaler Identität und setzten die Assimilierung eurozentristischer Diskurse, wie positivistische und rassentheoretische Konzepte, fort. Durch das Annehmen eines eurozentristischen Blickes und die Übernahme europäischer Bildungstraditionen – wie Schrift, Religion und Universitätsdisziplinen – galt der Wert der eigenen lateinamerikanischen kulturellen Traditionen als defizitär. (vgl. ebd.:77-78) Die indigenen Kulturtraditionen werden oft bis heute als vergleichsweise mangelhaft und als Ausdruck eines niederen Grades an Zivilisation wahrgenommen. (vgl. ebd.:78) Da sich die LateinamerikanerInnen beim Aufbau ihrer Nationen an europäischen Kategorien orientierten, blieb ihr Denken auch nach der Unabhängigkeit weiterhin kolonisiert und – wie die in Kapitel 2.4.1 erwähnten EntwicklungskritikerInnen bis heute feststellen – ihre Suche nach einer eigenen Identität fremdbestimmt. (vgl. ebd.:78)

Durch postkoloniale Theorien – wie die aus Lateinamerika stammende Dependenztheorie der 1960er – wird diese paradoxe Situation seit Ende des 20. Jahrhunderts Stück für Stück überwunden. (vgl. ebd.:78) In den 1960er und 70er Jahren etablierte sich das Ideal des Mestizen, als lateinamerikanische Intellektuelle das Spezifische ihrer Kultur zu fassen versuchten und sich am Paradigma der „*mestizaje*“ orientierten. (vgl. ebd.:84-85) Die Vermischung indianischer, afrikanischer und spanischer Kulturprodukte und -muster wurde als identitätsstiftend erkannt und es boomten Theorien über die „kulturelle Heterogenität“ lateinamerikanischer Gesellschaften. (vgl. ebd.:85)

Zusammenfassend stellen Borsó und Gerling die folgende These auf: „*Die Geschichte Amerikas wurde vom europäischen Zentrum aus geschrieben, und aus dieser Perspektive waren die ursprünglichen Völker Amerikas unterlegen, passiv und unfähig, ihr historisches Schicksal zu steuern.*“ (Borsó/Gerling, 2007:89) Diese eurozentristische Identitätsbesetzung prägt das historische Bewusstsein vieler LateinamerikanerInnen bis heute und fokussiert das Denken auf die Erfahrung des Mangels: Geschichtslosigkeit und Mythos sowie Rückstand im Modernisierungsprozess. (vgl. Borsó/Gerling, 2007:83) Die Modernisierung habe eine verhältnismäßig kleine Elite beeinflusst, während die (mythischen) Volkskulturen oder die populären Subkulturen weiterhin als minderwertig gelten (vgl. ebd.:83).

3.1.2 Politische und sozioökonomische Entwicklungen seit der Kolonialzeit

Die Geschichte der Beherrschung und der Abhängigkeiten nahm mit der Unabhängigkeit 1821 für die honduranische Bevölkerung kein Ende: Die Unabhängigkeit war lediglich eine formelle Deklaration, die Strukturen der Macht und der Kolonialpolitik blieben fast ohne Veränderung bestehen. (vgl. Bahr, 2010a) Es wurden weiterhin Reichtümer nach Spanien gesendet und dienten der Kapitalakkumulation der Kreolen. (vgl. ebd.)

In den ersten 150 Jahren nach der Unabhängigkeit erlebte Honduras nicht nur insgesamt 125 Militärputsche, US-amerikanische Firmen begannen außerdem ab 1900 entlang der Nordküste riesige Bananenplantagen aufzubauen und die Landwirtschaft des Landes zu dominieren. (vgl. US Department of State, 2011 & Ganter, 2009:1) Dadurch festigte sich das Grundgerüst der Zwei-Klassen-Gesellschaft. So berichtet die Feministin Rosales im Interview von ihrer Kindheit als Tochter eines Plantagenarbeiters und von dem getrennten Gesundheits- und Bildungssystem für niedrige und hohe Arbeiter und deren Familien. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Diese Zweiteilung zeigt sich bis heute im Gesundheits- und Bildungssystem: Während die obere Mittelschicht und Oberschicht Zugang zu privaten Spitälern und den sogenannten „*bilingual schools*“ haben, muss sich der Großteil der Bevölkerung mit den schlecht ausgerüsteten öffentlichen Spitälern und Schulen zufrieden geben. (vgl. ebd. & Interview vom 25.05.2011, Jiménez) In den 1950ern und 60ern organisierte sich eine der stärksten ArbeiterInnenbewegungen Mittelamerikas und protestierte gegen die Ausbeutung durch die Bananenkonzerne und die Implementierung des ökonomischen Modells der Imports substituierung. (vgl. Bahr, 2010a) Trotzdem kam es 1976 im Norden des Landes zur Eröffnung einer Freihandelszone und zur Etablierung der berühmten *Maquiladoras*. (vgl. Villars, 2001:530-531) Die wirtschaftliche Krise, in der sich Honduras Ende der 1970er Jahre befand, bot hervorragende Konditionen für die Verbreitung dieser exportorientierten Textilfabriken, schufen sie doch Arbeitsplätze im großen Ausmaß und Dynamik für den Industrialisierungsprozess. (vgl. ebd.:531) Mohanty beschreibt die Charakteristika von Staaten, in denen *Maquiladoras* gegründet wurden, und die besonderen Auswirkungen auf das Leben von Frauen in diesen Ländern: „*World market factories relocate in search of cheap labor, and find a home in countries with unstable (or dependant) political regimes, low levels of unionization, and high unemployment. What is significant about this particular situation is that it is young third world women who overwhelmingly constitute this labor force.*“ (Mohanty/Russo/Torres, 1991:28) Politisch setzte mit der Verfassung von 1982 endlich ein Prozess der Stabilisierung und demokratischen Konsolidierung ein und seitdem ist Honduras eine demokratische konstitutionelle Republik. (vgl. Ganter, 2009:1 & US Department of State, 2011) Die ArbeiterInnenbewegung

wurde zu einer wichtigen Unterstützung für die reformistischen Regierungen, die deshalb im Laufe der Zeit mehrere Agrarreformen durchsetzten. (vgl. Bahr, 2010a)

Heute muss festgestellt werden, dass sich das neoliberale System in Honduras durchgesetzt hat. (vgl. Bahr, 2010a) Das Land hat eines der offensten Wirtschaftssysteme Zentralamerikas, welches die stärkste Abhängigkeit in seiner Beziehung zu den USA aufweist, wo z.B. im Jahr 2007 fast ein Viertel aller Exporte hingingen. (vgl. Ganter, 2009:4) Die Rücküberweisungen der in den USA lebenden ExilhonduranerInnen machen zudem 21% des Bruttoinlandsproduktes von Honduras aus und die Direktinvestitionen der USA in Honduras sind die höchsten in der ganzen Region. (vgl. ebd.:4) Die Unterstützung aus dem Norden ist für Honduras überlebensnotwendig, wie Ganter (2009:4) angesichts dieser Zahlen feststellt. Das Land zählt heute zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas und ist in besonderem Maße von den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen. (vgl. Ganter, 2009:4) Nach dem HDI 2010 liegt Honduras auf Rang 106 – hinter El Salvador und vor Nicaragua und Guatemala – und gehört damit zu den Ländern mit einem „*medium human development*“. (vgl. Human Development Report, 2010: 157-158) Nach dem *Gender Inequality Index (GII)* steht Honduras auf Rang 101 nach El Salvador und Nicaragua und vor Guatemala. (vgl. ebd.: 157-158)

3.1.3 Der Staatsstreich 2009 und seine Folgen

„Seit den 1980er Jahren hat sich in Honduras ein politisches System konsolidiert, das sich vor allem durch mangelnde Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit auszeichnet.“ (Karl, 1995, zit. n. Oettler/Peetz, 2010:85) So ist das politische System seit dem Inkrafttreten der Verfassung von 1982 von den beiden traditionellen Parteien *Partido Liberal (PL)* und *Partido Nacional (PN)* dominiert, die auch seitdem alle Präsidenten gestellt haben. (vgl. ebd.:85) Neben den beiden traditionellen Parteien gibt es außerdem drei kleine Parteien: die *Unificación Democrática (UD)*, die *Partido Inovación y Unidad – Social Demócrata (PINU-SD)* und die *Partido Demócrata Cristiano (PDC)*. (vgl. ebd.:85) In der liberalen Regierung im Jahr des Staatsstreiches 2009 erreichten die kleinen Parteien zusammengenommen elf von 128 Sitzen im Parlament, während die beiden traditionellen Parteien PL und PN über mehr als 90 Prozent der Mandate verfügten. (vgl. ebd.:85) Im Unterschied zu den Nachbarländern Nicaragua und El Salvador sind kaum klare programmatische oder explizite ideologische Unterschiede zwischen den beiden Großparteien festzustellen. (vgl. ebd.:85)

Der 2009 geputschte Präsident Manuel Zelaya (PL) hatte nationalen und internationalen BeobachterInnen zufolge zunächst als liberaler Politiker mit oligarchischen Wurzeln und einem sozialen Einschlag gegolten. (vgl. ebd.:84) So hatte er nach seinem Amtsantritt im Jänner 2006 auch

zunächst ganz im Sinne der traditionellen, klientelistischen politischen Kultur Regierungsposten verteilt. (vgl. ebd.:86) Schnell begann er aber, verschiedene soziale Gesetze voranzutreiben und die Beziehungen zwischen Zelaya und einigen Teilen seiner Partei – insbesondere mit dem Netzwerk um Roberto Micheletti, der die meisten ParlamentarierInnen der PL hinter sich wusste – verschlechterten sich. (vgl. ebd.:84+86-87) Vor dem Hintergrund steigender intra-oligarchischer Spannungen vollzog Zelaya in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit einen deutlichen Umschwung, der sich vor allem in einer populistischen und anti-oligarchischen Rhetorik zeigte. (vgl. ebd.:87) Im August 2008 verkündete er schließlich den Beitritt zu der von Chávez initiierten Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA). (vgl. ebd.:84) Die Gründe für Zelayas Umschwung sind unklar, doch Erklärungsversuche verweisen auf den Beginn des Vorwahlkampfes und Zelayas möglicher Intention, mit der populistischen Rhetorik eine Ausbreitung der Unterstützungsbasis im Volk und die nachhaltige Absicherung einer Machtposition im politischen System zu erreichen. (vgl. ebd.:87) Tatsächlich erreichte er dieses vermeidliche Ziel nicht, er hatte sich vielmehr gründlich verkalkuliert. (vgl. ebd.:87) Der letztliche Anlass zum Putsch des Präsidenten war eine beabsichtigte Volksbefragung darüber, ob zeitgleich mit den Wahlen am 29. November 2009 ein Referendum über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung durchgeführt werden sollte. Zelayas Gegnern zufolge sollte diese ihm die Möglichkeit zur Wiederwahl eröffnen. (vgl. ebd.:87+88) Die aktuelle Verfassung schließt die Wahl einer Person, die das Amt schon einmal innehatte im Artikel 239 nicht nur kategorisch aus, sondern vermerkt außerdem, dass wer gegen diese Bestimmung verstößt oder ihre Änderung vorschlägt, ebenso wie derjenige, der ihn dabei in direkter oder indirekter Weise unterstützt, mit sofortiger Wirkung das Amt verliert, das er gerade ausübt, und für zehn Jahre von der Ausübung jeglichen öffentlichen Amtes ausgeschlossen wird. (vgl. Verfassung, zit. n. Oetter/Peetz, 2010:88)

Am 28. Juni 2009 sollte also eine Befragung über ein Referendum abgehalten werden, tatsächlich verhaftete aber in den frühen Morgenstunden das honduranische Militär den Präsidenten Zelaya in seinem Haus und ließ ihn nach Costa Rica ausfliegen. (vgl. Oettler/Peetz, 2010:82) Wenige Stunden später beschlossen die im Parlament zusammengekommenen Abgeordneten, eine (gefälschte) Rücktrittserklärung Zelayas anzunehmen und wählten den bisherigen Parlamentsvorsitzenden Roberto Micheletti (ebenfalls PL) zum Interim-Präsidenten. (vgl. ebd.:82) Die internationale Gemeinschaft (einzelne Staaten, UNO und EU) verurteilte den Militärputsch und lehnte die „Interim-Regierung“ unter Micheletti vehement ab, da das honduranische Militär und seine zivilen Verbündeten die universelle demokratische Norm, dass eine gewählte Regierung nicht mit Waffengewalt aus dem Amt entfernt werden darf, offen verletzt hatten. (vgl. ebd.:89+91 & Ganter,

2009:1) Die OAS suspendierte die Mitgliedschaft von Honduras und die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration (BCIE), die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) und die Weltbank froren ihre Kreditauszahlungen ein. (vgl. Oettler/Peetz, 2010:89)

Honduranische Befürworter des Putsches erklären bis heute, dass das Militär mit der Entmachtung Zelayas lediglich einem Beschluss des Obersten Gerichtshofes nachkam, der die konstitutionelle Ordnung des Landes im Sinne des Artikel 239 wiederherstellen sollte. (vgl. ebd.:82)

Am Tag des Putsches erhoben sich jedoch sofort aus dem honduranischen Volk Massenproteste gegen die gewaltsame Amtsenthebung und es formierte sich die Widerstandsbewegung *Frente Nacional contra el Golpe*, die ihren Namen später in *Frente Nacional de Resistencia Popular (FNRP)* änderte, und den Putsch als einen Komplott gegen eine linke und fortschrittliche Regierung interpretierte. (vgl. ebd.:82+89 & Interview vom 12.05.2011, Rosales) Bereits in der ersten Nacht versammelten sich ca. 300 Personen vor dem Präsidentenpalast, unter ihnen auch viele Frauen, wie Rosales betont (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Hier gründete sich nicht nur die Widerstandsbewegung, sondern ebenso die Frauengruppe *Mujeres en Resistencia (MeR)* und die *Feministas en Resistencia (FeR)*. (vgl. ebd. & Interview vom 25.05.2011, Sánchez) In den ersten 70 Tagen versammelten sich die Beteiligten jeden Tag, und auch über zwei Jahre später ist die Bewegung noch sehr aktiv und mittlerweile gut organisiert. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Jedes Monat kommen die Leiter und Leiterinnen der nationalen Koordinationsgruppe zusammen, alle vier Monate gibt es Zwischen-Versammlungen und einmal im Jahr soll es seit 2010 eine Gesamtversammlung mit allen Beteiligten der FNRP geben. (vgl. ebd.)

Mit der FNRP gibt es in Honduras im Grunde zum ersten Mal seit den BananenarbeiterInnenprotesten von 1953 eine soziale Protestbewegung mit einer derart breiten Basis in der Bevölkerung, welche das Potential dazu hat, das bisher uneingeschränkte „*bipartidismo*“ (Zweiparteiensystem) aufweichen zu können. (vgl. Oettler/Peetz, 2010:94) Dies ist gerade deshalb so bemerkenswert, weil Honduras aus Tradition sehr konservativ ist: Während in den Nachbarländern Guatemala, Nicaragua und El Salvador in den 1980er Jahren Revolutionen tobten, war Honduras der Sitz der „*Contras*“ bzw. des US-amerikanischen Militärs. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Reyes, FES) Die Widerstandsbewegung hält Zelayas Argumentation, dass die wirtschaftlich-politische Elite die Volksbefragung scheue, weil sie einen ersten Schritt zum Verlust angestammter Pfründe bedeuteten könnte, für wahrscheinlicher als die Erklärung, es handle sich lediglich um die Verteidigung der honduranischen Verfassung. (vgl. Oettler/Peetz, 2010:88) Als sie sofort nach dem Putsch begann, viele Protestaktionen zu koordinieren, reagierte die „Interim-“/ Putsch-Regierung mit der Verhängung von Ausgangssperren und entfaltete in den ersten Wochen eine repressive Aktivität, die

der Tradition lateinamerikanischer Militärregierungen zu entsprechen begann. (vgl. ebd.:90) Die Polizei und das Militär führten Massenverhaftungen durch, die von der Regierung oft mit Verstößen gegen die Ausgangssperren begründet wurden, und zivil- gesellschaftliche Organisationen berichteten von massiven Einschüchterungsversuchen, wie z.B. Todesdrohungen und gezielten Festnahmen von Gewerkschaftsführern und Vertretern der Zivilgesellschaft. (vgl. ebd.:90) Viele Vorwürfe ähneln dem einer jungen Frau, die während einer Demonstration am 14. August 2009 verhaftet und von vier Polizisten auf der Polizeistation brutal vergewaltigt wurde. (vgl. Envío, Oktober 2009, zit. n. Ganter, 2009:93) Vertreterinnen der feministischen Organisation *Colectivo Feminista Mujeres Universitarias (COFEMUN)* geben an, ab Dezember 2009 ständig von Fahrzeugen mit dunklen Fenstern und ohne Nummernschilder verfolgt worden zu sein, wenn sie ihre Häuser verließen und Drohanrufe erhalten zu haben, in denen sie nach Abtreibungspillen und Abtreibungskliniken gefragt wurden. (vgl. Honduras Human Rights, 2010a) Jessica Sánchez von *FeR*, die für einen Bericht über die Verletzung der Menschenrechte von Frauen Erlebnisse dokumentiert hat, berichtet von gezielten Schlägen von Polizisten auf die primären und sekundären Geschlechtsteile von protestierenden Frauen, sowie von zahlreichen Vergewaltigungen durch Polizisten, die bereits mit Kondomen ausgerüstet die jeweiligen Protestplätze erreichten. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Sánchez) Die *Staatsanwaltschaft für die Frau (Fiscalía de la Mujer)* weigerte sich, derartige Anzeigen entgegen zu nehmen. (vgl. ebd.) Auch 2011 war die Kette der Repressionen noch nicht abgerissen. (vgl. ebd. & Interview vom 12.05.2011, Rosales)

Angesichts des anhaltenden internationalen Druckes, Zelaya wieder einzusetzen, und der schwindenden Zustimmung für das Putschregime, verkündeten die Kontrahenten Ende Oktober 2009, dass die Krise beigelegt sei und es ein Abkommen mit Zelaya gäbe. (vgl. Ganter, 2010:91) Einer der sieben Punkte des Abkommen bestimmte die Einrichtung einer Wahrheitskommission, welche die Ereignisse vor und nach dem 28. Juni untersuchen sollte. (vgl. ebd.:92) Die Wahrheitskommission war die Antwort auf die zentrale Forderung der nationalen Widerstandsbewegung, die immer wieder gefordert hatte, die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen – das repressive Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die FNRP, die Beschränkung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, das systematische Vorgehen gegen Repräsentant/innen von Gewerkschaften und der sexualisierten Gewalt besonders gegenüber Frauen – nicht ungesühnt zu lassen. (vgl. ebd.:92-93) Trotzdem halten Feministinnen wie Sánchez das Abkommen zum Wiedereintritt in die OAS für sehr schwach; sie sei nicht dafür auf die Straße gegangen, dass Zelaya zurückkehren könne, sondern, dass die konstitutionelle Ordnung respektiert werde. Außerdem würden die Menschenrechte durch die neue Regierung weiter gebrochen. (vgl. Interview vom

25.05.2011, Sánchez)

Das Ziel, welches die verschiedenen Gruppen der sehr diversen Widerstandsbewegung vereint, ist die Einrichtung einer verfassungsgebenden Versammlung. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Darüber hinaus scheiden sich die Meinungen auch zwischen den befragten Frauen und Feministinnen. So wollen einige eine Partei formen, die bereits 2013 an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen kann, und andere wollen eine soziale Bewegung bleiben. (vgl. ebd. & Interview vom 25.05.2011, Sánchez) Auch sind nicht alle Angehörige der FNRP UnterstützerInnen des gestürzten Präsidenten Zelaya, der im Mai 2011 offiziell nach Honduras zurückkehrte und einige kehrten sogar in die Kreise der Liberalen Partei zurück. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Auf jeden Fall formen Frauen einen starken Teil, wenn nicht sogar die Mehrheit der FNRP und sind somit auch aktiv an der Richtungsgebung beteiligt, wie Rosales feststellt. (vgl. ebd.)

3.2 Frauengeschichte und gesellschaftliche Kritik

Frauen machen zwar Geschichte, eigneten sich ihre eigene Geschichte aber lange nicht als Subjekte an. (vgl. Mies/Shiva, 1995:64) So begann eine Geschichtsschreibung aus weiblicher Perspektive in Lateinamerika erst als Frauenbewegungen ihre Erweckung fanden und Frauen an teilweise verschüttete Bilder weiblicher Stärke anknüpften, die in früheren Kulturen verankert waren oder auch noch heute in indigenen Gesellschaften gegenwärtig sind. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:149) Die verschiedenen Etappen der Geschichte der honduranischen Frauen (und Feministinnen) wird nun nach der allgemeinen Einführung in die Geschichte Honduras noch einmal extra in den folgenden Kapiteln behandelt.

3.2.1 Traditionelle Rollenverhältnisse

Im Vergleich von kulturellen und geschlechtlichen Ebenen von Ungleichheitsbeziehungen erläutern Borsó und Gerling (2007:88), dass die Hierarchie zwischen den Geschlechtern, bei der die Frau im Sinne Simone de Beauvoirs die Rolle des Anderen einnimmt, auch der Hierarchie zwischen der europäischen und lateinamerikanischen Kultur entspricht, bei der die LateinamerikanerInnen den Platz des Anderen eingenommen haben. Sie schließen daraus, dass die Emanzipation der lateinamerikanischen Frau – vergleichbar mit der afroamerikanischen Frau nach der Theorie des Black Feminism – doppelt erschwert ist, weil ihre Unterlegenheit und Unmündigkeit eine zweifache ist: Sie ist in doppelter Weise die Andere – als Frau und als Lateinamerikanerin. (vgl. ebd.:88)

Grundlegend für die Familienstruktur in Honduras war die Kolonialgesellschaft, die ein

patriarchales Bild etablierte. (vgl. de Oyuela, 2001: 24) Sowohl die Familien der Kreolen, als auch die der Mestizos, formierten sich im Sinne dieser patriarchalen spanischen Familienstruktur, doch auch der große Einfluss der katholischen Kirche auf die ideologische Zusammensetzung und auf die Verhältnisse innerhalb der Familie kann nicht geleugnet werden. (vgl. ebd.:24+39) Die Familie definierte sich auch deshalb über den Mann als Patron und „Chef“ der Familie, weil patrilinear die Verdienste einer Familie für die spanische Krone festgehalten wurden, bzw. die spanischen Wurzeln der Familie. (vgl. ebd.:25) Der Vater der Familie war die Autoritätsperson und sein Wille galt als unanfechtbares Gesetz. (vgl. ebd.:26) Zugleich war er es aber auch, der die Verantwortung trug, die Familie zu versorgen und den ökonomischen Stand beizubehalten. (vgl. ebd.:26) Die Mitgift einer Ehefrau spiegelte ihren ökonomischen Status vor der Ehe wider und verpflichtete den Ehemann dazu dafür zu sorgen, dass dieser Status erhalten blieb. (vgl. ebd.:26) Dieses Kriterium stammt aus dem römischen Recht und findet sich noch heute in den honduranischen Gesetzen zum Familienrecht (vgl. ebd.:26)

Ein ganz spezieller Fall war die indigene Frau. Während die europäisch-stämmige Frau über eine gewisse Form von Einfluss verfügte, kam ihr keine kulturelle Rolle zu, die ihr Schutz oder Akzeptanz verschafft hätte. (vgl. Borsó/Gerling, 2007:79) Sie stand während der Kolonialzeit am untersten Ende der Zivilisationsskala, denn in der hegemonialen Situation starrer höfischer Kolonialkultur waren sie in doppelter Weise „fremd“, nämlich als Frauen und als Teil der indigenen Bevölkerung. (vgl. ebd.:79)

Bell Hooks beschreibt die patriarchale Familienstruktur als Austauschsystem, in dem Männer traditionell darauf vorbereitet werden, die Frau und Kinder zu versorgen und dafür von der Frau sexuelle, hauswirtschaftliche und erzieherische Dienste entgegen gebracht bekommen. (vgl. Hooks, 1981:76) Dementsprechend drückte sich die Macht des Vaters als Zentrum der Familie in wohlhabenden Familien besonders auf ökonomischer Ebene aus. Auf der *Hacienda* (Landgut) hatte der Hausherr das Sagen über alle Angestellten, inklusive der Familie und war natürlich auch Herr über das, was produziert wurde und an Gewinn heraus kam. (vgl. de Oyuela, 2001:27) Der Rest der Familie war vom Vater abhängig, der sich zwar in den meisten Fällen recht großzügig verhielt, jedoch seine Kinder keine eigenen Entscheidungen über ihr Leben treffen ließ. Entscheidungen bzgl. Karrierelaufbahn, Wahl des Ehepartners etc. traf der Vater. (vgl. ebd.:27)

Gegensätzlich zur Rolle des Vaters in wohlhabenden Familien war die Rolle der Mutter: nostalgisch, geduldig, melancholisch und in den meisten Fällen überwältigt vom ungestümen Macho-Verhalten des autoritären Mannes. (vgl. ebd.:27-28) Das Idealbild der Frau war den spanischen Kolonialherren zufolge nicht nur in den Worten „*castidad y silencio*“ („Keuschheit und

Stille“) verkörpert, sondern war zudem „*divinamente ordenado*“ („von Gott vorbestimmt“). (vgl. Bahr, 2010a) Die Frau war der Schmuck ihres Mannes, ihrer eigenen Persönlichkeit beraubt, dem Ehemann untergeordnet und litt oftmals unter dem Risiko einer Vielzahl von Schwangerschaften und Abtreibungen. (vgl. de Oyuela, 2001:28) Versuchte die Frau zu Lebzeiten des Mannes Autorität über bestimmte Bereiche auszuüben oder gar Arbeitsweisen auf der *Hacienda* – die oftmals zu ihrem Erbe gehörte – zu beeinflussen, empörte sich der Ehemann und zog die Möglichkeit in Betracht, die Ehe zu brechen. (vgl. ebd.:29)

Falls die Ehefrau ihren Mann überlebte, so wurde sie zur Verwalterin über sein Erbe und zum Oberhaupt der Familie und es entwickelte sich zusätzlich eine andere Rolle der Frau: Die alleinstehende Frau, die verlassen oder zur Witwe geworden war. (vgl. ebd.:28-29) Meistens erschuf die alleinstehende Frau für die Kinder ein Bild vom Vater, der verloren oder auf Reisen war. (vgl. ebd.:29) Viele Frauen nahmen mit großem Mut die Verantwortung auf, ihre Familie zu versorgen und verließen das stereotypische Bild der Frau, das zur damaligen Zeit galt, denn die starke und mutige Frau galt als wenig feminin. (vgl. ebd.:30) Da die Struktur der Gesellschaft jedoch komplett auf der Funktion des Mannes aufbaute, erkannten viele Frauen, dass sie nur über die Person eines Mannes die Chance hatten, ihre wirtschaftlichen Aktivitäten auszuführen und überließen oftmals ihrem ältesten Sohn oder dem eigenen Bruder die Kontrolle und Entscheidungsmacht über die *Hacienda*. (vgl. ebd.:30)

Noch heute ist die zentrale Rolle der Frau die der Mutter der Familie mit den Aufgaben Haus und Heim zu hüten und die Bildung und Erziehung der Kinder zu übernehmen, während der Mann versorgt und arbeiten geht. (vgl. Puerto Gómez, 2002b:14) Natürlich gibt es auch in Honduras viele Frauen, die arbeiten gehen, jedoch sind sie lediglich die Zweitversorger der Familie und behalten weiterhin die Verantwortung, für das Heim und die Kinder zu sorgen. (vgl. ebd.:14) Besonders schwierig ist die Situation der Frauen, die neben ihrer Funktion als Hausfrau und Mutter in einer der zahlreichen *Maquiladoras* arbeiten. Frauen wurden seit Gründung der *Maquiladoras* wie in anderen Ländern auch bevorzugt eingestellt aufgrund bestimmter *gender*-spezifischer Eigenschaften, die man ihnen nachsagt. (vgl. Villars, 2001:531) So seien Frauen geduldig, fügsam, feinsinnig und genau, und dadurch produktiver für die Arbeit in den Betrieben als Männer. (vgl. ebd.:531-532)

Gender-Studien in Lateinamerika zeigen, inwiefern Mädchen und Jungen bereits unterschiedlich erzogen werden. (vgl. Puerto Gómez, 2002b:14) Von klein auf erlernen Mädchen sexistische Konzepte und soziale Codes, die sie in ihrer Entwicklung hemmen. (vgl. Puerto Gómez, 2002a:30) In öffentlichen Räumen und Institutionen wie die Schule, Kirchen, soziale und politische Organisationen werden die erlernten Verhaltensweisen bestärkt und die männliche Vormacht

untermauert. (vgl. ebd.) So werde von den Mädchen erwartet, dass sie einmal zu guten Müttern und Ehefrauen werden und sich eventuell darüber hinaus berufsmäßig bilden, während der Mann „für die Straße“ vorbereitet wird und soziale Beziehungen nach Außen pflegen muss. (vgl. Puerto Gómez, 2002b:14) Das Verhalten des Mannes beeinflusst das Leben der Partnerin in Bezug auf sexuelle und reproduktive Gesundheit. (vgl. ebd.) Von der Frau wird Treue und Reinheit erwartet, der Mann wird zur Freiheit auch im sexuellen Verhalten ermutigt und die Konsequenzen seines Verhaltens werden ihm nicht zur Verantwortung gelegt. (vgl. ebd.)

Wie begannen die honduranischen Frauen, sich gegen traditionelle Rollenverhältnisse aufzulehnen und etwas an ihrer Situation zu verändern?

3.2.2 Vorreiter(l)nnen der Frauen- und feministischen Bewegung

Die kolonialen Strukturen waren daraufhin ausgebaut, dem Land Reichtümer zu entziehen und nicht darauf, dem Großteil der Bevölkerung ein Bildungs- und Gesundheitssystem zur Verfügung zu stellen. (vgl. Bahr, 2010a) Das erste Bildungsinstitut entstand somit erst 1682 in Honduras und lediglich die Söhne privilegierter Familien wurden hier unterrichtet. (vgl. ebd.) Für die ersten Frauen eröffnete sich erst im 18. Jahrhundert ein Zugang zur Bildung und zwar mit dem alleinigen Ziel, sie zu einer besseren Mutter und Ehefrau zu machen. (vgl. ebd.) Die erste staatliche Universität wurde 1847 von dem Priester José Trinidad Reyes Sevilla eröffnet und schloss Frauen zu Beginn komplett aus. Dies entsprach jedoch nicht den eigentlichen Überzeugungen des Priesters. José Trinidad Reyes entwickelte sich zur „ersten honduranischen Feministin“ (Bahr, 2010a), indem er ab dem Jahr 1915 unter dem weiblichen Pseudonym „Sofia Seyers“ Ideen äußerte, die den Prinzipien des Feminismus des 19. Jahrhunderts in Europa entsprachen, nämlich dass Frauen und Männer zu gleichem rationalen und intellektuellen Denken fähig seien und die Frau demnach ein Recht auf den gleichen Zugang zu Bildung habe, wie das „privilegierte Geschlecht“. (vgl. Villars, 2001:74+80) „*Teach them to think*“ war auch Mary Wollstonecrafts zentrale Forderung an ihre Zeitgenossen sowie vor allem auch an ihre Zeitgenossinnen. (vgl. Wollstonecraft, 2008:7) „Sofia Seyers“ forderte in „ihren“ Notizen die Anerkennung dessen, dass die Seele kein Geschlecht habe, und fordert für die honduranischen Frauen mehr an Bildung als diejenige, die auch „einem Vogel oder anderen Haustieren gewährt werde, die erzogen würden, um dem Mann Freude und Wohlgefallen zu bereiten“. (vgl. Villars, 2001:79-80) Warum werde der Frau nicht eine andere Rolle in der Gesellschaft zugestanden, als die, einer „automatischen Puppe“, mit der die Männer sich ihre Freizeit versüßen?, fragt Reyes sarkastisch. (vgl. ebd.:80) Er klagt in seinen Schriften zum Einen an und verurteilt den Ausschluss der Frau vom Bildungssystem, zum Anderen ruft er die

honduranischen Frauen dazu auf selbst zu kämpfen, um diesem Ausschluss ein Ende zu setzen. Zu den Frauen spricht er von einer „sexuellen Tyrannei“ die es zu überwinden gelte. (vgl. ebd.:81) Hervorzuheben ist, dass Reyes anders argumentiert als es bisher üblich war, sich für den Zugang der Frau zu Bildung auszusprechen. Er schreibt von dem Ziel einer persönlichen Entwicklung der Frau als selbstständiges Subjekt und nicht lediglich als bessere Ehefrau und Mutter. (vgl. ebd.:82) Somit kann Reyes ohne Zweifel als ein Vorreiter für die feministische Bewegung gesehen werden, denn seine Denkweise war nicht nur damals etwas besonderes, sondern noch heute bestehen in Honduras ideologische Denkstrukturen des 19. Jahrhunderts, die nicht über die persönliche Entwicklung der Frau nachdenken, sondern sich daran orientieren, welchen „Platz“ die Frau in der Gesellschaft einnehmen sollte. (vgl. Bahr, 2010a) Entsprechend der gesellschaftlichen Einstellung dauerte es noch 25 Jahre, bis die Forderungen von Reyes tatsächlich in die Tat umgesetzt wurden, nämlich während der ersten reformistischen liberalen Regierung im Jahre 1876 unter Marco Aurelio Soto und Ramón Rosa. (vgl. Bahr, 2010a) Im Folge dieser Reform zum Zugang der Frau zur Bildung wurde die erste Sekundarschule für Frauen 1878 eröffnet. (vgl. Villars, 2001:104)

Reyes war seinerzeit sogar noch über die Forderung nach einem Zugang zur Bildung für die honduranische Frau hinausgegangen. So sprach er auch die Verweigerung der sozialen und politischen Rechte der Frauen an, die im Zeitalter der Aufklärung und der Vernunft dennoch lediglich den Männern gewährt würden. (vgl. ebd.:77) Die honduranischen Frauen selbst setzten sich ab Ende der 1940er Jahre in organisierter Form für ihre Rechte ein, nämlich als die Suffragetten-Bewegung um das Wahlrecht stritt, welches sie schließlich 1954 erlangten. (vgl. Mendoza, 1996:72) Damit waren die Honduranerinnen später dran als ihre lateinamerikanischen Kolleginnen: 1949 blieben Honduras und Nicaragua als die einzigen beiden Länder der Region übrig, die das Wahlrecht für Frauen noch nicht etabliert hatten. (vgl. Villars, 2001:330) Aus der Suffragetten-Bewegung bildete sich eine erste Frauenorganisation in Honduras heraus, die seitdem in allen Gegenden des Landes tätig ist und für Bildung, bessere Lebensumstände und eine gerechtere Gesetzgebung für Frauen kämpft. (vgl. ebd.:72 & Interview vom 25.05.2011, UNISA)

3.2.3 Die Entstehung einer feministischen Bewegung

Der Soziologe Bahr meint, dass die Kämpfe der Frau in Honduras ähnliche Formen angenommen haben, wie die Kämpfe gegen die Unterdrückung der Frau in der sogenannten „westlichen Welt“. (vgl. Bahr, 2010a) Trotz Ähnlichkeiten ist die Entwicklung der honduranischen feministischen Bewegung, wie sie die Autorinnen Rina Villars (2001) und Breny Mendoza (1996) beschreiben, aber nicht eins zu eins auf die Entwicklung des westlichen Feminismus übertragbar, so dass die

Kritik am Drei-Wellen-Modell von Rupp auch im Fall von Honduras zutrifft (s. Kapitel 2.2).

Mendoza spricht von einer präfeministischen Zeit in Honduras und meint damit die Epoche vor der Gründung der ersten Organisation, die sich selbst als feministisch bezeichnete bzw. vor der Verwendung des feministischen Diskurses zur Identitätsstiftung. (vgl. Mendoza, 1996:66) Sie bezeichnet diese Epoche als eine „*Epoche des dichten Nebels*“ (1996:69), in der es lediglich ein paar Versuche gab, die aber nicht von langer Dauer waren, wie z.B. die Gründung einer Studentinnenbewegung. (vgl. ebd.:69) Es war merkbar, dass etwas entstehen wollte, schreibt Mendoza, es wusste aber noch nicht wie. (vgl. ebd.:69) Den Grund dafür erkennt Mendoza darin, dass die Frauen noch kein *gender*-Bewusstsein entwickelt hatten bzw. es ihnen an einem theoretischen Fundament zur Äußerung ihrer Forderungen fehlte. (vgl. ebd.:69) Aktivistinnen konnten die soziale Bedeutung der Frau nicht in Worte fassen, weil die Frau selbst keine soziale Konnotation besaß, sondern lediglich Teil einer natürlichen, biologischen Ordnung und Rollenteilung war. (vgl. ebd.:69) Die Unterordnung der Frau gegenüber dem Mann wurde als eine Notwendigkeit der Natur wahrgenommen und der Machtmissbrauch der Männer mit dem Resultat der gesellschaftlichen Eingriffe in die Natur verglichen. (vgl. ebd.:69-70) Die *gender*-Dimension und ein feministisches Bewusstsein gehörten noch nicht zu den Vorstellungen über soziale Begebenheiten und somit sahen die Aktivistinnen auch keinen Grund dafür, spezifische Forderungen an die Gesellschaft zu stellen. (vgl. ebd.:70)

Als in den 1970er Jahren in Lateinamerika linke soziale Bewegungen ins Rollen kamen, war es zuerst noch strengstens verpönt, Frauenfragen gesondert anzusprechen, denn die „Frauenunterdrückung“ galt angesichts des Klassenkampfes als zweitrangiges Problem. (vgl. Neuhold/Pirstner/Ulrich, 2003:149) Trotzdem traten bereits in den 70ern vereinzelt Frauen hervor, die sich für eine umfassende „*revindication*“ (Rückgewinnung) von Frauenrechten einsetzten und innerhalb der linken Parteien um die Selbstbehauptung von Frauen kämpften. (vgl. ebd.:149) Auf feministischen Kongressen in Lateinamerika und der Karibik trugen sie schließlich entscheidend zur Entwicklung einer eigenständigen feministischen Bewegung bei. (vgl. ebd.:149)

Auch in Honduras hatten viele Frauen, die später an der Entstehung feministischer Organisationen beteiligt waren, bereits linken Organisationen, Parteien oder auch Gewerkschaften, die sich gegen die Militärdiktatur gestellt hatten, angehört. (vgl. Mendoza, 1996:76) Hier hatten sie oftmals feststellen müssen, dass sie als Frau von ihren Kollegen nicht wirklich ernst genommen wurden oder als gleichberechtigt behandelt wurden. (vgl. ebd.:76) Männer hatten die Leiterpositionen, bestimmten den Kurs und waren oftmals echte „Patriarchen“. (vgl. ebd.:76) Villars beschreibt die Haltung vieler dieser Frauen als einen „erlebten Feminismus“ (Villars, 2001:460) und meint damit,

dass die Frauen zwar keine theoretische feministische Basis besaßen oder sich gar selbst als Feministinnen bezeichnet hätten, wohl aber einen Anti-Machismus aufwiesen und sich z.B. als Bäuerinnenbewegung zusammenschlossen. (vgl. Villars, 2001:460-461) So formierten sich auch Frauen aus ärmeren Schichten sowohl in der Stadt in ihren *barrios* (Wohnvierteln) als auch auf dem Land, bis es in den 1980er Jahren zu einem regelrechten Boom von Frauenorganisationen kam, als immer mehr ärmere Frauen protestierten, dass ihnen durch den zunehmenden Kapitalismus im Land ihre Subsistenzbasis genommen wurde. (vgl. Mendoza, 1996:72) Viele Frauen teilten persönliche Erfahrungen und sozialpolitische Visionen, die gerade in dieser Zeit in Honduras von großer Bedeutung waren. (vgl. ebd.:74-75) Relevant sind diese Organisationen und Bewegungen auch deshalb, weil sie, obwohl sie sich nicht als feministisch deklarieren, bereits traditionelle Geschlechterrollen und -identitäten herausforderten. (vgl. Villars, 2001:463) Anstöße zur Gründung von Frauengruppen und -organisationen kamen außerdem vom honduranischen Staat, von internationalen Organisationen, die sich im Bereich *gender* und Entwicklung engagierten, sowie von der katholischen Kirche, welche die Befreiungstheologie predigte und Hausfrauenclubs förderte. (vgl. Mendoza, 1996:72) Gerade Hausfrauenclubs sind nicht nur in Honduras, sondern auch im restlichen Lateinamerika, oft mit dem Vorwurf, sie würden traditionelle Rollen der Frau reproduzieren und legitimieren, hinterfragt worden. (vgl. Villars, 2001:467) Hausfrauenclubs stellen aber auch eine Plattform für Frauen dar, über die sie zu Organisationen der Bäuerinnenbewegung kamen und sich dort den politischen Forderungen anschlossen. (vgl. ebd.:471)

Mies und Shiva (1995:65) sind der Ansicht, dass die Entwicklung einer feministischen Gesellschaftstheorie nur in der Teilnahme an den Aktionen und Kämpfen der Bewegung und nicht in Forschungsinstituten entstehen kann. In Honduras war jedoch genau letzteres der Fall. So begannen theoretische Auseinandersetzungen mit dem Feminismus innerhalb von Honduras zunächst auf Ebene der nationalen Universität. (vgl. Mendoza, 1996:70) Im Jahre 1986 – 5 Jahre, nachdem sich die erwähnte Studentinnenbewegung in Tegucigalpa wieder aufgelöst hatte und ein Jahr nach der Weltfrauenkonferenz in Nairobi, an der einzelne Frauen wie Melva Zúniga von UNISA bereits teilgenommen hatten – wurde ein Kurs in der *Universidad Nacional Autónoma de Honduras (UNAH)* gefördert durch die UNO und einer dominikanischen NGO angeboten, welcher Anstoß zur Gründung honduranischer feministischer Organisationen gab. (vgl. ebd.:70) Im Jahre 1988 wurden in der *UNAH* erneut Lehrveranstaltungen im Rahmen eines Plans zur Einrichtung von Programmen zur Frauenforschung an allen Universitäten Mittelamerikas angeboten, welche die Gründung weiterer feministischer Organisationen anregten. (vgl. ebd.:70 & Interview vom 25.05.2011, UNISA) So entstand erst in den 1980er Jahren eine feministische Identität in den

Riegen der honduranischen Frauenbewegung. (vgl. Villars, 2001:26) Eine feministische Bewegung als solche hatte sich jedoch noch immer nicht herausgebildet. (vgl. Medoza, 1996:70)

Mendoza meint, dass der Feminismus als Organisationsform und neue Perspektive des Schicksals der Frauen nicht in Honduras selbst gewachsen ist, sondern quasi durch Einflüsse von Außen dazu gezwungen wurde, geboren zu werden; wenngleich es auch bereits die erwähnten internen Prozesse der „präfeministischen Phase“ gab, die einen solchen Diskurs ermöglichten. (vgl. ebd.:70) Mohanty schreibt, dass keine logische und automatische Verbindung zwischen „weiblich sein“ und „Feministin werden“ besteht, was am Beispiel Honduras deutlich wird: Honduranische Aktivistinnen fanden sich der paradoxen Situation ausgesetzt, dass sie quasi dazu gezwungen waren, zu Feministinnen zu werden. Ihren wirklichen Anfang fand die feministische Bewegung nämlich als auf dem 5. lateinamerikanischen Feministinnen-Treffen im Jahr 1991 entschieden wurde, dass das sechste Treffen 1993 in El Salvador, dem Nachbarland von Honduras, stattfinden sollte. (vgl. Mendoza, 1996:7+70-71) In anderen Ländern Lateinamerikas hatte sich bereits seit den 1970er Jahren mehr und mehr feministische Organisationen und Bewegungen gegründet, doch in Honduras hatte es bis zu diesem Zeitpunkt noch kein einziges feministisches Treffen gegeben, geschweige denn, dass es überhaupt gefestigte feministische Organisationen gab. Nun trugen die honduranischen Frauenorganisationen auf einmal die Verantwortung, zusammen mit den Organisationen in El Salvador ein internationales Treffen organisieren zu müssen. (vgl. ebd.:71 & Villars, 2001:547) Dieses große bevorstehende Ereignis schuf die nötige Begeisterung dafür, Dinge, die sich ohnehin bereits in den Köpfen vieler Frauen in Honduras abspielten, in die Tat umzusetzen und somit erlebte der Feminismus einen Blitzstart. (vgl. Mendoza, 1996:71+72) Das Bedürfnis vieler honduranischer Frauen, Teil einer mittelamerikanischen feministischen Bewegung zu werden, bewegte die Frauenorganisationen dazu, eine klarere feministische Haltung einzunehmen und die Ambivalenzen, welche sie bis dahin charakterisiert hatten, zu durchbrechen. (vgl. Villars, 2001:579)

Als es zu diesen ersten Kontakten mit dem Feminismus kam und die ersten honduranischen feministischen Organisationen gegründet wurden, gab es viel Verwirrung darum, welche Ziele nun verfolgt werden sollten. Vor allem aber empfanden Aktivistinnen den Feminismus als eine „Erleuchtung“ („*iluminación*“), die endlich theoretisch erklärte, was sie schon lange innerlich gefühlt, aber nicht hatten ausdrücken können. (vgl. Mendoza, 1996:69) Zur Feministin zu werden war für die meisten involvierten Frauen in Honduras jedoch ein schmerzhafter Prozess: Wie in anderen Ländern der Welt auch, war ihnen beigebracht worden, dass sie den Männern unterlegen seien. Auch wenn den meisten Frauen sich der Diskriminierung bewusst waren bevor sie das *gender*-Konzept kennenlernten, hatten sie dieses Bewusstsein doch lange aus Selbstschutz vor

ihrem eigenen Ego verborgen. (vgl. ebd.:198-199+245) Sich der Diskriminierung durch den Mann so wie der Tatsache, dass Frau eine untergeordnete Rolle einnahm, nun bewusst zu werden, beschrieben einige Frauen als eine schmerzhaftere Erfahrung als die vorige Unwissenheit. (vgl. ebd.:198-199) Darüber hinaus zeigte sich, dass die feministischen Organisationen von Anfang an selbst aus den eigenen Reihen viel Gegenwind ertragen mussten, denn viele Aktivistinnen waren mit dem neuen Kurs nicht einverstanden und verabschiedeten sich vom Geschehen. (vgl. ebd.:78) In der Beziehung zwischen Frauen- und feministischen Organisationen beschreibt auch Mendoza Auseinandersetzungen in den Anfängen der feministischen Bewegung, als es in Honduras in Vorbereitung auf das internationale Treffen in El Salvador 1992 zu einem ersten nationalen feministischen Treffen kommen sollte. (vgl. ebd.:116) So gab es zum Einen Frauenorganisationen der Bäuerinnen, Minderheitengruppen, Frauengruppen für den Frieden etc. und zum Anderen auch Frauen aus der Politik, denen der Begriff „feministisch“ nicht behaglich war. (vgl. ebd.:116) Letztlich wurden zwei verschiedene Treffen abgehalten: Einmal das feministische Treffen und parallel das Treffen der Frauen für den Frieden, sodass die ideologische Trennung auch nach Außen hin verdeutlicht wurde. (vgl. ebd.:138) Und so gibt es bis heute sowohl feministische Organisationen als auch Frauenorganisationen, in denen viel Argwohn gegenüber dem Feminismus besteht. (vgl. Villars, 2001:559) Hervorzuheben ist aber, dass feministische Ideen nicht nur unter Frauen der Mittelklasse Fuß fassten, sondern unter Frauen unterschiedlicher sozialer Kontexte, besonders auch unter armen Frauen. (vgl. Mendoza, 1996:115)

Zu den zahlreichen persönlichen Gründen der honduranischen Frauen, in den 1980er und 90er Jahren feministische Organisationen zu gründen oder sich ihnen anzuschließen, gehörte die Möglichkeit, einen „eigenen Raum“ zu haben in dem sie sich selbst entwickeln konnten. (vgl. ebd.:74-76) Frauen, die sich vom Feminismus begeistern lassen hatten, schafften es, den Kurs vieler honduranischer Frauenorganisationen zu beeinflussen und die Bezeichnung „feministisch“ mit in den Namen aufzunehmen. (vgl. ebd.:77) Dennoch gab es zwei verschiedene Gruppen von Frauen, die sich in feministischen Organisationen betätigten. Neben denjenigen, die bereits Erfahrungen in linken Organisationen, Parteien oder Gewerkschaften hatten und politische Ziele mit in die Gruppe hineinbrachten, gab es auch diejenigen, welche die Organisation in erster Linie als einen Studienzirkel wahrnahmen, einen Raum zur Reflexion, Diskussion und konstruktiven Kritik, der zu einer Entwicklung des eigenen Selbst als Frau verhelfen konnte. (vgl. ebd.: 78) Dies war u.a. auch der Grund, warum sich verschiedene Formen von Organisationen entwickelten, nämlich sowohl Kollektiven als auch NGOs. (vgl. ebd.:79)

3.2.4 Frauen- und feministische Organisationen und Organisationen für Frauen

Heute gibt es viele verschiedene Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen in Honduras, die sich mit Frauenförderung, Feminismus und *gender* auseinandersetzen und für die Rechte von Frauen kämpfen. Nicht alle konnten im Rahmen der empirischen Forschung interviewt werden, wohl aber die Folgenden:

- drei „klassische“, bereits lange Jahre tätige feministische Organisationen: *Centro de Derechos de Mujeres (CDM)*, *Centro de Estudios de la Mujer (CEM-H)* und *Enlace de Mujeres Negras (ENMUNEH)*;
- eine langjährige Frauenorganisation, die sich nicht als feministisch deklariert: *Unidad de Servicios de Apoyo para Fomentar la Participación de la Mujer Hondureña (UNISA)*
- Sara Rosales, Repräsentantin der Frauenorganisation innerhalb der FNRP, *Mujeres en Resistencia (MeR)* und Jessica Sánchez, Repräsentantin der feministischen Organisation innerhalb der FNRP, *Feministas en Resistencia (FeR)*, die beide als Beraterinnen in Frauen&gender-Themen tätig sind;
- die unabhängige Feministin und Beraterin in Frauen&gender-Themen, Ana Maria Sosa;
- die Organisationen *Oficina de Asistencia Legal y Psicológica a la Mujer y Niñez Desprotegida (OFALAM)* und *Asociación para una Sociedad más Justa (ASJ)*, die nicht Teil der Frauen- oder feministischen Bewegung sind, aber die meisten Klagen von Frauen gegen häusliche Gewalt führen.

Zu den interessanten Frauen- und feministischen Organisationen, zu denen leider kein persönlicher Kontakt hergestellt werden konnte, gehören u.a. die Kollektive akademischer Frauen *Colectivo de Mujeres Universitarias (COFEMUN)*, die Bewegung sozialistischer Frauen *Movimiento de Mujeres Socialistas – Las Lolas*, die Bewegung der Frauen für den Frieden *Movimiento de Mujeres por la Paz Visitación Padilla – Las Chonas* (die eine der ersten Frauenorganisationen war), das Netzwerk honduranischer lesbischer Frauen *Red Lésbica Catracha*, die Garifuna-Organisationen *Organización Fraternal Negra Hondureña (OFRANEH)* und *ASOHMUN (Asociación Hondureña de Mujeres Negras)*, die feministische Kollektive für Arbeiterinnen in *Maquiladoras*, *Colectiva de Mujeres Hondureñas (CODEMUH)* und die Selbsthilfeinitiative *Casa Luna*.

CEM-H war nach eigenen Angaben die erste feministische Organisation in Honduras. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Nachdem sich acht befreundete Professorinnen und Beraterinnen bereits 1983/84 als Studiengruppe zusammengefunden hatten, gründeten sie sich 1986 offiziell als feministische Organisation, als sie im Rahmen des erwähnten Kurs an der *UNAH* in der

Hauptstadt Tegucigalpa ausgewählt wurden, Untersuchungen zu Frauen auf dem Land durchzuführen. (vgl. ebd. & Mendoza, 1996:80-81) Hier spielte also kein politischer und auch kein selbstverwirklichender Gedanke eine Rolle, sondern vielmehr ein akademischer. Dies spiegelt auch das Selbstverständnis der Frauen wider, die sich als professionelle Akademikerinnen sehen und nicht als politische Aktivistinnen. Die feministischen Ideen waren aus akademischen Gründen interessant, nicht unbedingt aus persönlichen. (vgl. ebd.:82) Ein zentraler Bereich der Forschung wurde sogleich das Thema Gewalt gegen Frauen. Nachdem die Forscherinnen nach Statistiken gesucht und Zeitungen analysiert hatten, wurde 1989 die erste eigene Studie mit Unterstützung einer brasilianischen Forscherin über Gewalt in der Familie durchgeführt. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Obwohl CEM-H also als Zentrum für Studien begonnen hatte, bestand in der Realität ein Bedarf nach Dienstleistungen, Weiterbildung und politischer Lobbying-Arbeit wie Kennedy erklärt, sodass die Organisation sich bald doch auch dahingehend öffnete und begann, eine Vielzahl öffentlicher Aktivitäten durchzuführen, Staatsinstitutionen wie die Polizei zu kontaktieren etc. (vgl. ebd.) Das erste Projekt wurde sogleich zu einer institutionalisierten legalen und sozialen Beratungsstelle, die ganze zehn Jahre bestehen blieb, bis 1998 der Hurrikan Mitch in Honduras wütete und sich die Finanzierungsinteressen der EZA verschoben. (vgl. ebd.) Obwohl heute weniger institutionalisiert, sondern mehr mit kleineren Projekten wie der Schulung von „Rechts-Promotorinnen“, Förderung von Selbsthilfegruppen etc. gearbeitet wird und die Zahl der Angestellten auf 20 reduziert werden musste, ist CEM-H immer noch eine Organisation, die relativ viel finanzielle Unterstützung von internationaler Seite erhält. (vgl. Interview vom 25.05.2011, UNISA) Generell lässt sich CEM-H aber nicht von staatlichen Agenturen fördern, sondern „von Volk zu Volk“ („*pueblo a pueblo*“), das heißt von Entwicklungsorganisationen vor allem aus Europa. (vgl. ebd.) Aktuell überlege man jedoch in die „soziale Wirtschaft“ einzusteigen, um unabhängiger zu werden. (vgl. ebd.)

Die feministische Organisation *CDM* wurde 1992 in Tegucigalpa gegründet. (vgl. Interview vom 04.05.2011, CDM) Sie legt einen Schwerpunkt auf die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte von Frauen, Aufbau der uneingeschränkten Staatsbürgerschaft der Frauen sowie die Gleichheit der Geschlechter. (vgl. CDM, 2011) Konkret richtet die Organisation sich mit diesen Forderungen an den honduranischen Staat, von dem sie die tatsächliche Zusicherung der Menschenrechte für Frauen fordert. (vgl. ebd.) Von einem politisch-feministischen Standpunkt aus beteiligt sie sich an den demokratischen Prozessen des Landes und arbeitet über verschiedene Programme in Workshops mit Frauen in verschiedenen Bundesländern und stärkt diese in der Ausübung ihrer Rechte. (vgl. ebd. & Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Ein

Schwerpunkt der Arbeit liegt also, wie bei den meisten feministischen Organisationen, auf häuslicher Gewalt, wenngleich auch viel zum Thema sexueller Missbrauch gearbeitet wird. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Wie CEM-H empfängt auch CDM viel finanzielle Unterstützung von internationalen Organisationen und kann möglicherweise sogar als die Organisationen mit den größten finanziellen Mitteln bezeichnet werden. (vgl. ebd. & Interview vom 25.05.2011, UNISA) So erhält sie als eine der wenigen NGOs eine ständige institutionelle Unterstützung zu der auch die Bezahlung eines Teils der Gehälter gehört. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM)

Die feministische Garifuna-Organisation *ENMUNEH* aus der kleinen Stadt Tela gründete sich 1992 anlässlich der Weltfrauenkonferenz in Beijing mit dem Ziel, schwarze Frauen in Honduras zu ermächtigen. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Sie steht in guter Beziehung zu CEM-H und CDM, von denen die Gründerinnen, die damals in Tegucigalpa ihre Arbeit aufgenommen haben, auch geschult worden sind und gehört Netzwerken wie dem *Forum Indigener Frauen* und dem *Netzwerk schwarzer Frauen in Lateinamerika und der Karibik* an. (vgl. ebd.) Die Organisation hat einen *gender*-Fokus und bearbeitet vorwiegend gesundheitliche Themen wie „sexuelle und reproduktive Gesundheit“ und HIV-AIDS, aber auch Themen wie Menschenrechte und Umwelt. Auf Lokalebene arbeitet sie mit den Gesundheitszentren und Krankenhäusern zusammen. (vgl. ebd.) Sie fordert die Rechte von Frauen, die einer dreifachen Unterdrückung unterliegen, nämlich als arme Frauen mit schwarzer Hautfarbe und setzt sich für ihre Ermächtigung ein. (vgl. Villars, 2001:582 & Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Vor der Diskussion der obigen Themen wird immer erst die Identität bzw. die Entdeckung des Selbst diskutiert. So unterstützt ENMUNEH auch besonders die Gründung von Selbsthilfegruppen (HIV/Aids-kranker) *Garifuna-Frauen* in verschiedenen Dörfern und Gemeinden. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Anders als im Fall der beiden vorigen feministischen Organisationen ist die Struktur von ENMUNEH somit sehr basis-betont, was sich schon vor Beginn des Interviews zeigte. So erschien die Direktorin nicht allein, sondern versammelte eine Gruppe von Personen, die aus verschiedenen Perspektiven (z.B. aus Sicht einer Betroffenen von HIV-AIDS) sprechen konnten. Fast alle erklärten, dass sie als Freiwillige ohne ein festes Gehalt arbeiteten. (vgl. ebd.) Die Organisation wünscht sich mehr finanzielle Unterstützung, stellt jedoch fest, dass dies sehr schwierig ist. So war der Grund für die Schließung der Zweigstellen von ENMUNEH in Tegucigalpa und in der kleinen *Garifuna*-Stadt Trujillo auch der Mangel an finanziellen Mitteln. Trotzdem ist es weiterhin der Traum der Organisation, dass es in allen *Garifuna*-Dörfern ein Büro gibt, das unabhängig arbeitet und wo Frauen sich selbst ermächtigen. (vgl. ebd.)

Eine Frauenorganisation, die sich nicht als feministisch deklariert, wohl aber als Teil der Frauenbewegung, ist *UNISA*. Sie wurde bereits 1984 (in der „präfeministischen Phase“) von einer Gruppe Sozialwissenschaftlerinnen in Tegucigalpa gegründet, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, verschiedene Entwicklungsvorschläge zur Verbesserung der Situation der (armen, alleinstehenden) Frau zu überprüfen. (vgl. Fondo ACI-ERP, 2008 & Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Die Direktorin Melva Zúniga hatte sogar bereits davor schon mit Frauengruppen, u.a. von der katholischen Kirche (Hausfrauen-Klubs) gearbeitet und *gender*-Themen angesprochen. (vgl. ebd.) Ein Anlass zur Gründung von UNISA war ein Kurs der lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (*FLACSO*) mit bekannten lateinamerikanischen Feministinnen wie Marcela Lagarde gewesen. (vgl. ebd.) Heute unterstützt UNISA Frauen vor allem in den *barrios* rund um Tegucigalpa, bietet zum Einen Fortbildungen in Bereichen wie Administration, Kredit-Management, lokale Leiterschaft, Selbstbewusstsein, Menschenrechte und der Entwicklung von Gremien an und vergibt zum Anderen Mikrokredite. (vgl. CONEANFO, 2010 & Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Durch diese Arbeit kann UNISA sich nicht nur selbst erhalten, sondern setzt auch andere Ziele als die meisten feministischen Organisationen der Bewegung. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Die Direktorin erklärt, dass es sehr schwierig sei, Frauen andere Diskurse zu vermitteln bzw. sie frauenrechtlich oder feministisch zu sensibilisieren, wenn ihr primäres Problem die Armut ist, bzw. sich grundsätzliche Existenzprobleme noch nicht gelöst haben. (vgl. ebd.) Ein Großteil der honduranischen Bevölkerung seien AnalphabetInnen bzw. hätten nur ein niedriges schulisches Niveau erreicht. Darüber hinaus müssten arme Frauen sich tagtäglich Gedanken darum machen, wie sie ihre Kinder mit Essen oder Wasser versorgen und überleben können. So sei es wichtig, zunächst einen Schwerpunkt auf Bildung und letztlich wirtschaftliche Beteiligung der Frau zu setzen. (vgl. ebd.) Wie die feministischen Organisationen meidet auch UNISA den Kontakt zum Frauenministerium INAM, wenngleich die Direktorin als Grund hierfür nicht die politische Haltung der Institution, sondern die Inkompetenz derer nennt. Die politische Haltung seit 2009 ist vielmehr ein Grund für die Verschlechterung der Beziehungen zu denjenigen feministischen Organisationen, die sich sehr intensiv in der Widerstandsbewegung involvieren. (vgl. ebd.)

OFALAM arbeitet im Bereich Gewalt gegen Frauen, deklariert sich aber nicht als Teil der Frauen- oder feministischen Bewegung. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Die Organisation wurde 1996 gegründet und setzt sich aus sechs Personen (davon drei AnwältInnen) zusammen, die alle fest angestellt sind. (vgl. ebd.) Sie arbeitet in vier zentralen Themenbereichen, wobei das eindeutig umfangreichste Thema die rechtliche Beratung für von häuslicher Gewalt betroffene

Frauen mit geringen ökonomischen Mitteln ist. Da das honduranische Gesetz gegen häusliche Gewalt nicht nur körperliche, sondern auch psychologische, sexuelle und patrimoniale Gewalt umfasst, können über das Gesetz auch andere familienrechtliche Dinge wie Unterhaltszahlungen etc. geltend gemacht werden. (vgl. ebd.) Zentral für die rechtliche Beratung ist, dass die vor Gericht klagenden Frauen sich aktiv in ihren Fällen involvieren müssen, wodurch sie gleichzeitig Kenntnisse über ihre Rechte und die Einforderung dieser erlangen, sich ihrer Rechte „bemächtigen“ und folgend zu Multiplikatorinnen in ihren Gemeinden werden können. (vgl. ebd.) Neben der rechtlichen Beratung arbeitet die Organisation in psychologischer Beratung (auf individueller Ebene und durch Förderung von Selbsthilfegruppen), führt Schulungen mit verschiedenen Zielgruppen (Polizei, SchülerInnen, Personal der nationalen Frauenbüros) durch, schult wie CEM-H „Rechts-Promotorinnen“ in verschiedenen Gemeinden und betreibt Forschung. (vgl. ebd.) Als einzige der befragten Organisationen bearbeitet OFALAM auch bereits das Thema *Maskulinität*. Auch wenn sie sich nicht als feministisch bezeichnet, arbeitet die Organisation über Netzwerke mit feministischen Organisationen wie CDM und CEM-H zusammen. Darüber hinaus pflegt sie gute Beziehungen zu der Frauenstaatsanwaltschaft, dem Obersten Gerichtshof, zu den Familienrichtern, zur *gender*-Einheit des Sicherheitsministeriums und zu den staatlichen Gesundheitszentren. Finanzielle Unterstützung bekommt die Organisation von verschiedenen Seiten. Das langfristige Projekt (neun Jahre) wird von der deutschen Organisation *Brot für die Welt* unterstützt. (vgl. ebd.)

Auch die 1998 von einem US-amerikanischen Ehepaar und fünf befreundeten AnwältInnen gegründete *Asociación para una Sociedad más Justa (ASJ)* ist nicht Teil der Frauen- oder feministischen Bewegung, arbeitet aber u.a. ebenso wie OFALAM in der rechtlichen Beratung und Vertretung von Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind. (vgl. Interview vom 09.05.2011, ASJ) Das oberste Ziel der Organisation ist es jedoch, die Regierungsinstitutionen dazu zu bringen, ordentlich und demokratisch zu arbeiten. (vgl. ebd.) Da es sich hierbei aufgrund der Korruption und der Sicherheitslage in Honduras um ein sehr gefährliches Unterfangen handelt, versuchten die meisten NGOs eine derart konfrontative Arbeit zu vermeiden. ASJ ist aber davon überzeugt, dass nur der Einsatz für Gerechtigkeit („Justice“) wirklich nachhaltigen Wandel in Honduras bringen kann während (z.B. medizinische) Hilfeinsätze und Entwicklungsprojekte immer nur einen temporären Effekt haben können. (vgl. ebd.) So arbeitet die Organisation mit insgesamt 65 MitarbeiterInnen (davon 60 HonduranerInnen und fünf US-AmerikanerInnen) besonders in zwei gefährlichen Vierteln Tegucigalpas aktiv an einem Zeugenschutz- und Verbrechensaufklärungsprogramm sowie mit sozial gefährdeten Jugendlichen, verhilft armen Menschen in der Stadt zu ihren Landrechten, arbeitet gezielt mit Reinigungs- und Sicherheitskräften

in der Stärkung ihrer Arbeitsrechte, führt Prozesse gegen Großunternehmen, die Arbeitsrechte verletzen und führt die Online-Zeitung *Revistazo.com*, wo Korruptionsfälle durch PolitikerInnen und Arbeitsrechtsverletzungen durch Großfirmen öffentlich gemacht werden. (vgl. ebd.) Wie gefährlich die Arbeit von ASJ ist zeigt sich z.B. daran, dass AnwältInnen der Organisation Drohmitteilungen und -anrufe bekommen. Eine Anwältin wurde bereits gekidnappt und 2006 wurde ein Anwalt, der in einem großen Arbeitsrechtsprozess involviert war, sogar ermordet. (vgl. ebd.) *Gender-relevant* sei die Arbeit von ASJ ohne Zweifel, da Gewalt – das Hauptthema der NGO – in Honduras im überdurchschnittlichen Maße Frauen betreffe, erklärt die Interviewpartnerin. In den zwei Stadtvierteln, in denen ASJ besonders intensiv arbeite, würden 70% aller Haushalte von alleinstehenden Müttern geführt. Mit Frauen- und feministischen Organisationen werde zwar nicht direkt gearbeitet, man beschäftige sich aber mit denselben Themen und würde auch, im Unterschied zu den gängigen Medien, Veranstaltungen der Feministinnen in der Online-Zeitung ankündigen. Von allen Organisationen, die Fälle häuslicher Gewalt gegen Frauen behandelten, sei ASJ sogar diejenige, die am meisten Fälle vor Gericht bringe und dort vertrete. Darauf folge OFALAM und erst danach kämen die feministischen Organisationen wie *Visitación Padilla* und andere. (vgl. ebd.) Finanziell kann ASJ sich auf eine zuverlässige Unterstützung verlassen. So kämen 40% des Budgets von der zwei Jahre später gegründeten US-amerikanischen Schwesternorganisation *Association for a More Just Society (AJS)*, was AJS den institutionellen Aufbau sowie die Bezahlung der fest angestellten MitarbeiterInnen ermögliche. Die restlichen 60% des Budgets setzten sich aus den Projektförderungen zusammen, die von internationalen Kooperationspartnern wie dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED), Agencia Española de Cooperación Internacional para el Desarrollo (AECID) und der US-amerikanischen Botschaft geleistet würden. (vgl. ebd.)

Alle genannten Organisationen sind auf die eine oder andere Weise im Bereich „Gewalt gegen Frauen“ tätig. So ist das Thema seit den 1990er Jahren in Honduras der Bereich, in dem die meisten Frauen- und feministischen Organisationen, sowie Organisationen für Frauen trotz Differenzen in anderen Themen übereinstimmen und es auch geschafft haben, gesellschaftlich als SpezialistInnen anerkannt zu werden. (vgl. Villars, 2001:138+605-606) So betonte auch Herrmansdorfer (CDM) im Interview, dass für viele Themen nicht allein gekämpft werde, sondern im „kollektiven Raum“ der Frauenorganisationen. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Hier sprach sie also nicht nur von einer Zusammenarbeit der feministischen Organisationen, sondern durchaus von einem größeren Raum der Frauenorganisationen. Zugleich ergänzte sie aber auch, dass CDM zu den feministischen Organisationen innerhalb dieses Raumes gehöre. (vgl. ebd.) Sie erklärte: „*Wir alle sind Teil der Frauenbewegung, aber wir sind nicht alle Feministinnen.*“ (Interview vom 04.0.2011,

Herrmansdorfer, CDM) Villars schreibt, dass die feministische Bewegung aus der Frauenbewegung gewachsen ist: *„Zu den Frauenorganisationen gehören alle Organisationen und Formen der Bewegung, welche die Verbesserung der Lebensumstände der honduranischen Frauen anstreben, während die feministische Bewegung darüber hinaus kritisch über die Gründe und Ausdrücke der Unterdrückung der Frau reflektiert und das System dieser Unterdrückung aufbrechen will.“* (Villars, 2001:618+620) Im gemeinsamen Kampf gegen die soziale Benachteiligung der Frau und für die Verbesserung ihrer Lebensumstände führen alle Frauen- und feministischen Organisationen edukative Workshops, Seminare und Vorträge sowie Sensibilisierungskampagnen durch und produzieren Bulletins, Flugblätter, Radioprogramme etc. (vgl. ebd.:605) Einige sind darüber hinaus auch in der Forschung tätig. (vgl. ebd.:605) Die meisten der feministischen Organisationen sind sehr klein (5-20 Mitglieder), wie die obigen Beispiele bestätigen. (vgl. ebd.:134) Die Begründung hierfür liegt Mendoza zufolge an einem Mangel an Bereitschaft, eventuelle Unterschiede anzugleichen, sodass jede „neue“ Feministin ihre eigene Gruppe gründen muss, anstatt sich einer bereits bestehenden anzuschließen. (vgl. ebd.:134) Das Ergebnis sei, dass es immer mehr kleine Organisationen gäbe und dazu eine Handvoll unabhängiger Frauen, die nicht wissen, wie sie sich in die Bewegung einfügen können. (vgl. ebd.:134 & Interview vom 25.05.2011, Sánchez) Die Tatsache, dass drei Interviews mit unabhängigen Feministinnen durchgeführt wurden, unterstützt diese Feststellung Mendozas. Andererseits lässt sich mit der Gründung der beiden Gruppierungen FeR und MeR nach dem Putsch 2009 eine Veränderung feststellen. Zwei der unabhängigen Feministinnen haben hier gewissermaßen ihre Bestimmung gefunden. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Sánchez & Interview vom 12.05.2011, Rosales) Während die Direktorin von UNISA deutlich von einem Bruch zwischen feministischen und Frauenorganisationen anlässlich des Putsches 2009 spricht, bestätigt Herrmansdorfer dies zunächst nicht. (vgl. Interview vom 25.05.2011, UNISA & Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Sie stellt vielmehr fest, dass dieser Anlass einen neuen Raum eröffnet hat, in dem Frauenorganisationen sich begegnen und in dem aktuell sehr aktiv zusammen gearbeitet werde. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Hier würden innerhalb der FNRP nicht nur CEM-H und CDM zusammenkommen, sondern außerdem die *Catrachas* (s.o.), das Netzwerk der Kirchen und die Homosexuellenbewegung. Etwas später erklärte sie jedoch, dass es zu einem Zeitpunkt notwendig geworden sei, sich innerhalb der FNRP als Frauenorganisationen und feministische Organisationen auseinanderzuhalten. Es gäbe vielseitige Ideen und es sei einfach notwendig geworden, einen Raum als Feministinnen einzufordern. (vgl. ebd.)

Zúniga wirft den feministischen Organisationen vor, sich seit 20 Jahren um den selben Diskurs zu

drehen: Es gäbe kein theoretisches Denken, Diskussionen kreisten immer um die selben Diskurse und Themen – allen voran Gewalt – und es gäbe keine neue Vision und kein Reflektieren darüber, was bzw. welche Kapazitäten überhaupt erreicht worden sind, bzw. welche Strategien sich als wirksam erwiesen haben und welche nicht. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) In der Vergangenheit sei sie gerne zu Treffen im CDM gegangen, doch seit 2006/2007 sei dies nicht mehr der Fall. (vgl. ebd.) Generell stellt sie fest, dass die Stärke der feministischen Bewegung – besonders seit 2009 – nachgelassen hat. Der Elan, der Kampf, alles habe ein so niedriges Niveau erreicht, dass es schiene, als wäre die Bewegung von der Bildfläche verschwunden. Die Beteiligung an Versammlungen sei viel geringer geworden als sie es z.B. noch im Jahr 2003 war. (vgl. ebd.) Die Direktorin von CEM-H, Mirta Kennedy, ist anderer Ansicht. Sie meinte im Interview, dass die Feministinnen durch ihre Beteiligung an Aktivitäten der FNRP zum ersten Mal aufgehört hätten, eine städtische, mittelklassische Intellektuellen-Gruppe zu sein und nun viel „volksnäher“ seien. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Frauennetzwerke würden sich im ganzen Land ausbreiten und immer mehr Frauen würden sich mit der feministischen Agenda identifizieren und sich den Forderungen anschließen. Sogar Männer hätten am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen zum ersten Mal zusammen mit den Feministinnen protestiert. (vgl. ebd.) Der Kritik von UNISA stimmte sie zu und gab zu, dass die Feministinnen sich lange nur mit Gewalt beschäftigt hätten, betonte aber, dass sich dies gerade ändere und sich die Politik- und Gesellschaftskritik im Rahmen der sozialen Bewegung vertiefe. (vgl. ebd.)

Angesichts dieser Uneinigkeit zeichnet sich bereits eine der vielen Herausforderungen ab, mit denen die Frauen- und feministische Bewegung in Honduras zu kämpfen hat und auf die im folgenden Kapitel eingegangen wird.

3.2.5 Widersprüche in der Bewegung und gesellschaftliche Herausforderungen

Zu den Herausforderungen zählen zuerst die großen physischen Probleme, die Frauen- und feministische Organisationen in Honduras erkennen. Frauen repräsentieren 51,7% der honduranischen Bevölkerung. (vgl. INAM, 2010b:77) Ihre Lebenserwartung beläuft sich auf 77 Jahre, während die Lebenserwartung für Männer lediglich 70 Jahre beträgt. (vgl. ebd.:77) Trotzdem verzeichnen Frauen die höhere Krankheitsrate, wenden sich häufiger an Gesundheitseinrichtungen und sterben häufig aus Gründen, die durchaus vermeidbar wären, wie z.B. Schwangerschaftsrisiken, geschlechtsbedingte Gewalt, HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten. (vgl. ebd.:77) Ein zentrales Problem im gesundheitlichen Bereich – besonders unter jungen Frauen in Honduras – ist die Verbreitung von HIV/Aids. (vgl. CDM, 2007) In ganz Mittelamerika ist Honduras das am

meisten von HIV/Aids betroffene Land. (vgl. INAM, 2005:72) Unter den 15 bis 29-jährigen HonduranerInnen gibt es mehr Frauen als Männer, die HIV-infiziert sind und die häufigste Todesursache von Frauen im reproduktiven Alter ist ebenfalls Aids. (vgl. CDM, 2007) Nicht umsonst konzentriert sich ENMUNEH auf die Arbeit mit HIV-infizierten Frauen. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Leider gibt es von der internationalen EZA jedoch wenig Unterstützung in diesem Bereich. (vgl. ebd.) Die zweithäufigste Todesursache von Frauen im reproduktiven Alter ist in Honduras Gewalt, sodass es auch verständlich ist, dass besonders viele Organisationen hier zusammenarbeiten. (vgl. ebd.)

Mit dem Thema Frauenmorde (*Femicidios*) setzen sich die Organisationen bereits seit den 1990er Jahren auseinander. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Definiert wird *Femicidio* von CDM als „Tod durch Gewalt bzw. Mord an einer Frau“ und wird als letztes Glied in einer Kette von Verletzungen der Menschenrechte der Frauen in der honduranischen Gesellschaft interpretiert. (vgl. CDM, 2008) Im Mai 2009 war von CDM festgestellt worden, dass es in Honduras in den ersten vier Monaten des Jahres 2009 bereits 63 *Femicidios* gegeben hat. Das ergibt einen Durchschnitt von über 15 Frauenmorden pro Monat. (vgl. CDM, 2009) Kennedy sprach von einer besorgniserregenden Steigerung der Fälle seit 2002 von 100 auf 400 *Femicidios* pro Jahr. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Sie stellte darüber hinaus fest, dass sich die Art der *Femicidios* verändert hat: Handelte es sich vorher noch vor allem um Fälle von häuslicher Gewalt, würde nun die allgemeine Unsicherheit im Land ihren Beitrag dazu leisten, dass es mehr Morde in Verbindung mit öffentlicher Gewalt, Drogenhandel, Banden und sexueller Gewalt gäbe. (vgl. ebd.) Auch würden die Fälle mehr und mehr denen in Ciudad Juárez in Mexiko ähneln, sodass den Morden ein wirklicher Hass gegenüber Frauen als Geschlecht anzumerken sei, die Frauen vorher vergewaltigt und die Leichen verstümmelt würden etc. (vgl. Interview vom 06.05.2011, FES) Im November 2010 führten CDM, CEM-H und FeR anlässlich des internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen eine Kampagne zum Thema *Femicidios* durch. (vgl. CDM, 2010) Ein Zeitungsbericht vom 02. Mai 2011 gibt an, dass zwischen Jänner 2005 und Mai 2011 insgesamt 1,733 Frauen in Honduras ermordet wurden, wovon die meisten zwischen 15 und 44 Jahren gewesen und durch eine Schusswaffe umgekommen sind. (vgl. El Heraldo, 02.05.2011) Acht von zehn *Femicidios* bleiben Schätzungen zufolge ungestraft. (vgl. ebd.) Problematisch ist die Tendenz, dass Frauen für das an ihnen begangene Verbrechen beschuldigt, beziehungsweise kriminalisiert werden, obwohl sie selbst, wie Sánchez betont, als Teil krimineller Netzwerke niemals in Machtpositionen seien. (vgl. Interview vom 12.06.2011, Sánchez)

Während sich die meisten Organisationen nach wie vor auf das Thema Gewalt gegen Frauen

konzentrieren, macht sich Zúniga, wie erwähnt, Gedanken um eine notwendige Erneuerung von Diskursen. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Es sollte ein Projekt in Angriff genommen werden, eine neue Generation von Aktivistinnen aufzubauen bzw. die Organisationen theoretisch zu erneuern. (vgl. ebd.) Die Frauen- und feministischen Organisationen der 1980er und 90er würden langsam veralten und es brauche junge Frauen, die in größeren Rahmen denken bzw. sich größere Dinge vornehmen, anstatt weiterhin immer dasselbe zu tun. (vgl. ebd.) Bildung ist essentiell für ein *Empowerment*, ist sich Zúniga sicher. (vgl. ebd.) Die Direktorin erklärte, dass es sehr schwierig sei, Frauen andere Diskurse zu vermitteln bzw. sie frauenrechtlich oder feministisch zu sensibilisieren, wenn ihr primäres Problem die Armut ist bzw. sich grundsätzliche Existenzprobleme noch nicht gelöst haben. (vgl. ebd.) Auch Kennedy sieht die Notwendigkeit einer Erneuerung und einen Handlungsbedarf angesichts der sehr mangelhaften Möglichkeiten der akademischen Weiterbildung in Honduras. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Sei die öffentliche Universität UNAH und bis zu einem gewissen Grad auch die pädagogische Universität UPNFM zu Gründungszeiten der feministischen Organisationen noch ein progressiver und kritischer Ort gewesen, sei es damit seitdem bergab gegangen. (vgl. ebd.) Dem mittelamerikanischen Vergleich mit Guatemala, Costa Rica und Nicaragua würden die staatlichen honduranischen Universitäten schon gar nicht Stand halten können, besonders, wenn es um das Thema *gender* ginge. (vgl. ebd.) Als transversales Thema existiere das Thema in der Universität gar nicht. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H & Puerto Gómez, 2002b:10) Ein einziger Kurs zum Thema sei in den Lehrplan der UNAH aufgenommen worden, jedoch handle es sich dabei nicht einmal um einen Pflichtkurs, sodass ausschließlich Frauen teilnahmen. Im Aufbaustudium „Soziale Arbeit“ (*Maestría de Trabajo Social*) gäbe es einen Workshop, in dem engagierte Professorinnen Frauen- und *gender*-Themen einbringen würden. (vgl. ebd. & Interview vom 10.05.2011, Sosa) Dies sei auch einer der wenigen Orte, an dem es tatsächlich zu guten Diskussionen und Debatten käme. Dies sei außerhalb der UNAH komplett ungewöhnlich. (vgl. ebd.) Ein von Finnland gefördertes Aufbaustudium in „Menschenrechte und Entwicklung“ (*Maestría de Derechos Humanos y Desarrollo*), in dem auch viel diskutiert worden sei, sei bereits eingestellt worden. Doktorate gäbe es an der gesamten Universität nur zwei, davon eines in „Kommunikation“ (in Kooperation mit einer spanischen Universität) und ein weiteres in „Entwicklungs-Management“ (*Gestión de Desarrollo*). (vgl. ebd.) In der UPNFM gäbe es zwar seit einigen Jahren das Aufbaustudium „Gender und Bildung“ („*Maestría de Género y Educación*“) und das Doktorat „Gender und Entwicklung“ (*Doctorado de Género y Desarrollo*), aber auch nur, weil die internationale EZA (UNDP, AECID) dafür gesorgt habe. Die KursteilnehmerInnen würden nie mit anderen StudentInnen in Kontakt kommen, weil ihr Kurs nur am Wochenende stattfände. (vgl.

Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H & Puerto Gómez, 2002b:7-9) Im Kurs zeige sich das Problem, dass ein Großteil der StudentInnen einer *Maestria* oder eines Doktorats nie ihre Abschlussarbeit schreiben und so niemals ganz fertig würden. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Obwohl es den Studiengang seit 2002 gäbe, hätten 2009 erst drei Personen graduiert. Dies habe nicht nur mit der Tatsache zu tun, dass den meisten neben ihrer Arbeit keine Zeit bliebe, sondern außerdem mit der Schwäche des honduranischen Systems, keinen Fokus auf Forschung und Recherche zu legen. Auf Basis des Grundstudiums (*Licenciatura*) sei das Schreiben einer Abschlussarbeit aufgrund dieser Problematik sogar vor einigen Jahren abgeschafft worden, sodass die StudentInnen mit dem Grundstudium mittlerweile schneller fertig würden. (vgl. ebd.) Auch Kennedy nennt als Gründe für die vielen Missstände neben den konservativen Kräften in Honduras und der allgemeinen Unterentwicklung der öffentlichen Universitäten den StudentInnen-Korpus, der zum großen Teil aus ArbeiterInnen bestehe, die kaum Zeit hätten, außerhalb der Kurse zu lesen oder zu lernen und erst Recht keine Basis in Themen wie Frauenrechte oder *gender* besäßen. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Dies sei nicht erstaunlich, da die SchülerInnen in Sekundärschulen genauso wenig über die Geschichte der Frauenbewegung, den Suffragismus o.ä. lernten wie über andere Themen, die ein Bewusstsein über Vielseitigkeit und Transversalität in ihnen hervorrufen könnten. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Oneyda Jiménez, UNAH-Professorin im Bereich Wirtschaft und Entwicklung, kritisierte, dass im Bereich Bildung einfach nicht investiert werde. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Jiménez) Es sei frustrierend und deprimierend, wie wenig StudentInnen dazu in der Lage wären, eine Analyse durchzuführen und viele auch in diesem Zustand die Universität wieder verließen. (vgl. ebd.) Rosales, die als Vortragende im *Doctorado de Genero y Desarrollo* der UPNFM gearbeitet hat, betonte, dass sie den StudentInnen deshalb versucht habe zu verdeutlichen, dass es wichtig sei, sich der Theorien, Konzepte und Methodologien zu bemächtigen, da sich sonst nichts an der Situation ändern würde, man immer wieder von vorne beginnen müsse und keinen Fortschritt machen könne. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) So bilde sich letztlich ein Kreislauf zwischen Schulsystem und Universität; denn wenn in der pädagogischen Universität UPNFM unter den zukünftigen LehrerInnen kein kreatives Denken angeregt und nicht gelehrt werde, wie man recherchiert, dann gäbe es auch nichts an SchülerInnen weiterzugeben. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa)

Die schlechte schulische Ausbildung ist wiederum Schuld an der schlechten Situation am Arbeitsmarkt. So spielt die professionelle Entwicklung von Frauen eine wichtige Rolle dabei, ob sie einen Arbeitsplatz mit angemessener Entlohnung erhalten können, oder nicht. (vgl. CDM, 2009:19) Zúniga stellt diesbezüglich fest, dass ein Großteil der honduranischen Bevölkerung

AnalphabetInnen seien bzw. nur ein niedriges schulisches Niveau erreicht hätten. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Vielen Frauen bleibe nichts anderes übrig, als in einer der zahlreichen *Maquiladoras* zu arbeiten, wo sie aufgrund ihrer geschlechtsbedingten Eigenschaften auch besonders gerne eingestellt werden (siehe Kapitel 3.1.2). Von den für eine Studie des CDM befragten *Maquiladora*-Arbeiterinnen hatten ca. 50% die 9. Klasse beendet, fast 30% hatte lediglich die Grundschule beendet und lediglich die restlichen 20% hatten die Sekundarschule abgeschlossen oder eine technische Ausbildung absolviert. (vgl. CDM, 2009:19) Viele junge Frauen, die zu Beginn ihrer Arbeit in einer *Maquiladora* noch nebenbei eine Schule besuchten, mussten diese nach einer gewissen Zeit verlassen, da die Arbeit ihnen zuviel Zeit raubte. (vgl. ebd.:19) Gerade in den *Maquiladoras* sind die Arbeitsumstände besonders schwierig und die Organisation in Form von Gewerkschaften – zumindest in der Praxis – untersagt oder zumindest unmöglich für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten möchten. (vgl. Villars, 2001:534) Daneben gibt es noch viele weitere Verletzungen des honduranischen Arbeitsgesetzes, die in den *Maquiladoras* aufgrund ihrer besonderen Immunität möglich sind: So gäbe es oftmals keinen ausreichenden Schutz (Brillen, Handschuhe, Lärmschutz etc.), keine Sozialversicherung, übermäßige Arbeitsstunden (12Std./Tag), keine Bezahlung von Überstunden, sehr wenig Platz bei der Arbeit, keine angemessene Kantine oder Kindertagesstätten und darüber hinaus teils sklaverei-ähnliche Behandlung und einen Lohn unter dem eigentlichen Mindestlohn. (vgl. ebd.:532-533 & CDM, 2009:10+17-18) Vom CDM befragte Frauen berichten auch von sexueller Belästigung junger Mädchen durch Vorgesetzte. (vgl. CDM, 2009:17) Dank feministischer Organisationen wie CODEMUH werden Frauen in Workshops darauf aufmerksam gemacht, welchen gesundheitlichen Risiken sie eventuell ausgesetzt sind und dass Gewalt zu Hause oder am Arbeitsplatz nicht erduldet werden muss. (vgl. Villars, 2001:537-538) Zúniga glaubt, dass die wirtschaftliche Beteiligung der Frau neben den Vorteilen wie einem eigenen Einkommen angesichts der sozialen Umstände in Honduras auch Nachteile habe, nämlich, dass sich ihr Arbeitstag zusätzlich verlängere. Letztlich bedeute die Einbindung in den Arbeitsmarkt eine doppelte Belastung, denn es fehle die Basis für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Mann und Frau bei der Hausarbeit. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA & Interview vom 15.04.2011, Fajardo, INAM) Münch meinte, die honduranischen Männer befänden sich momentan auf einer Art Zwischenstufe. Sie würden die Frau arbeiten lassen, würden dafür aber nicht selbst zurückstecken oder eigenständig im Haushalt helfen. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Münch, GIZ) Neben den großen gesellschaftlichen Problemen gibt es zusätzlich Herausforderungen, die damit zu tun haben, was die postkoloniale feministische Theorie als Hierarchien zwischen Frauen bezeichnet. (siehe Kapitel 2.5) Auch Mendoza stellt fest, dass sich Macht als System wirtschaftlicher

Unterschiede sowie Unterschiede in Tradition, Glauben, Status, Privilegien, sprachliche und kulturelle Identität, know-how, Kompetenz etc. ausdrückt und Machtbeziehungen sich nicht nur zwischen Frauen- und feministischen Organisationen auf der einen und staatlichen Institutionen auf der anderen Seite feststellen lassen, sondern auch auf Ebene der Frauen- und feministischen Bewegung selbst. (vgl. Mendoza, 1996:89) So kritisiert Mendoza die Feministinnen für ihre Neigung dahingehend, sich selbst zwar als Opfer der Macht – genauer: der männlichen Macht – wahrzunehmen, nicht aber zu erkennen, dass frau selbst auch eine Position im Machtgefüge übernimmt. (vgl. ebd.:88) Die Selbsterkennung als Feministin werde zu einer Quelle der Macht, indem davon ausgegangen werde, dass sobald die Welt einmal wisse, dass frau Feministin sei, frau selbst einen höheren Rang als vorher erlangt habe und nun mehr sei, als schlicht und einfach nur eine Frau. (vgl. ebd.:96) Sie schreibt auch, dass es den honduranischen Feministinnen oftmals noch immer nicht gelingt, ihre Theorien ausreichend zu konstruieren bzw. in eine verständliche Sprache umzusetzen, um sie an andere Personen weiterzugeben, sodass ihre Ideen für ZuhörerInnen oft wenig überzeugend wirkten. (vgl. ebd.:204-205) Die Interviews bestätigen, dass fast alle Feministinnen Akademikerinnen sind und zum Großteil im Ausland studiert haben. Viele honduranische Frauen fühlten sich von ihren Diskursen überrollt und ausgeschlossen, kritisierte auch Rosales. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales)

Herrmansdorfer sah das Problem auf Seiten der anderen: Es gäbe weltoffene Menschen mit einer modernen Einstellung, die trotzdem weiter der Ansicht seien, alle Feministinnen seien lesbisch und verbittert. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Die Menschen reagierten mit Angst und Abneigung, wenn es um den Feminismus gehe. (vgl. ebd.) Oftmals begegne man Menschen mit der Ansicht, Feminismus sei genauso schlimm bzw. das Pendant zum Machismus. (vgl. ebd.) Im Rahmen der FNRP hätte sie die Möglichkeit bekommen, anderen AnwältInnen eine Schulung über den Feminismus zu geben und hätte versucht, Vorurteile abzubauen und den ZuhörerInnen zu vermitteln, dass es sich beim Feminismus um eine Denkweise wie jede andere handle. (vgl. ebd.) Dies sei sehr wichtig, denn selbst wenn die Dinge nur sanft angesprochen würden, rüttelte man an den tiefen Überzeugungen und Denkweisen der Menschen bezüglich dessen, welchen Platz Mann und Frau in der Gesellschaft einnehmen und könne ihnen vermitteln, dass diese Rollen änderbar sind. (vgl. ebd.) Gegenwind zu feministischen Ansichten gäbe es nicht nur von Männern, sondern oft auch von Frauen. (vgl. ebd.) So lasse sich generell unter Frauen der Mittelklasse und Oberschicht häufig ein Anti-Feminismus feststellen. (vgl. ebd. & Mendoza, 1996: 115) Die Interviews mit Parlamentarierinnen im Rahmen der empirischen Forschung unterstützen diese These. Herrmansdorfer stellte fest, dass die ganze Gesellschaft von Ungleichheiten zwischen

Männern und Frauen durchzogen ist und die Gewohnheiten einer ganzen Kultur darauf basierten. Die Kultur sei so gestaltet, dass sie die Frau in ihrer Position unter der Herrschaft des Mannes bewahre. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Die Rollenverhältnisse würden als natürlich wahrgenommen – nicht aber, weil sie es sind, sondern weil sie sich dazu entwickelt haben. Die Infragestellung solch gefestigter Strukturen erzeuge automatisch Aufruhr. So sei es keine leichte Aufgabe, Dinge zu verändern; es ginge immer nur Stück für Stück vorwärts. Selbst für viele gebildete Menschen sei das Diskutieren von Themen wie sexuelle und reproduktive Rechte bzw. das Recht der Frau über ihren Körper und ihre Sexualität zu entscheiden, unmöglich. Es bestehe die Angst in Menschen, dass kulturelle Schätze, wie das typische honduranische Essen, verloren gingen, wenn sich die Rollenverhältnisse änderten. (vgl. ebd.)

Sara Rosales von MeR ist der Ansicht, dass die Feministinnen stereotype Vorurteile ihnen gegenüber leider nur allzu oft bestätigen würden. Anstatt mit Männern innerhalb der FNRP zusammenzuarbeiten und gemeinsame Ziele zu verfolgen, würden sie nur kritisieren. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Die Männer würden dies dann als Bestätigung sehen, dass Feministinnen verbittert seien und man nicht mit ihnen zusammenarbeiten könne. Deshalb sei es auch innerhalb der nationalen Widerstandsbewegung so, dass sich Frauen (MeR) von den Feministinnen (FeR) unterscheiden. Die Feministinnen zögen es vor, eine Minderheit zu bleiben, so Rosales. Sie glaubten, einige wenige könnten eine Gesellschaft verändern, während Rosales sich sicher ist, dass nur eine Bewegung aus dem Volk, wie die FNRP, dies erreichen kann. (vgl. ebd.) Anstatt ihr Unterstützung in der Position als eine der nationalen KoordinatorInnen der FNRP zu geben, würden die Feministinnen sie vielmehr angreifen, so Rosales. Dabei habe sie durchaus Erfolge in der FNRP erzielen können. So habe diese sich als antipatriarchal definiert und würde sogar das Thema *gender* transversal in den drei Strategien Organisation, politische Formierung und Mobilisierung behandeln. Doch die Feministinnen würden kritisieren, dass es weiterhin Machismus, Rassismus etc. gäbe. (vgl. ebd.) Für Rosales sind dies jedoch Dinge, die sich nicht über Nacht änderten, sondern nur in langen Prozessen. Auch sehe sie keinen Grund, nicht mit verschiedenen Frauengruppen zusammenarbeiten zu können. Sie ziehe es vor, Frauen auf Lokalebene zu unterstützen, die sich aus eigener Kraft erheben und entschließen, sich als Frauen zu organisieren. Diese hätten im Moment zwar noch kein feministisches Bewusstsein, würden aber beginnen nachzudenken sowie Leiterschaft und Beteiligung in Entscheidungen zu suchen, sodass von einer Veränderung in diesen Frauen gesprochen werden könne. (vgl. ebd.) Mit den Männern müsse zusammengearbeitet werden, weil es einen Wandel des Maskulinitätsbegriffs brauche. Man könne nicht wie die Feministinnen über Jahrzehnte nur mit Frauen zusammenarbeiten, wenn *gender*

mehr als nur ein Diskurs unter Feministinnen werden soll. (vgl. ebd.)

Gibt es zwischen Feministinnen und Nicht-Feministinnen der Mittelklasse schon Unterschiede, so verstärken sich Probleme bezüglich der Beziehung zu armen Frauen. Mendoza schreibt, der honduranische Feminismus ließe sich in den Augen der Feministinnen wahrscheinlich als „Volks-Feminismus“ bezeichnen, da ihnen die Interessen und Bedürfnisse der armen Frauen (die schließlich auch die Mehrheit der Frauen im Land darstelle) am Herzen liegen. (vgl. Mendoza, 1996:161) Diese Überzeugung des Feminismus, man müsse die armen Frauen erreichen, basiert auf der Ansicht, dass die armen Frauen sich zuerst selbst wertschätzen müssen, bevor sie zu politischen Subjekten werden und für *gender*-Gleichheit kämpfen könnten. (vgl. ebd.:162) Es erschien ihnen schwierig, dass arme Frauen selbst die Möglichkeit finden könnten, sich persönlich zu entfalten und ein politisches Bewusstsein zu erlangen. (vgl. ebd.:162) Und tatsächlich lässt sich der Einfluss feministischer Organisationen unter armen Frauen in der Stadt auch feststellen: Organisationen wie *Visitación Padilla* und *CDM* haben Programme, in denen armen Frauen ihre Rechte vermittelt und dabei auch feministische Gedanken weitergegeben werden und Villars schreibt, dass die Gründung von Organisationen einiger armer Frauen innerhalb ihrer *barrios* u.a. auch auf diesen Einfluss zurückzuführen sei. (vgl. Villars, 2001:517) Diese seien dadurch jedoch nicht automatisch feministisch. Arme Frauen in der Stadt ebenso wie die Bäuerinnen auf dem Land gründeten oftmals innerhalb existierender Männer-Organisationen (Gewerkschaften, *barrio*-Organisationen, Kooperativen etc.) lediglich einen Raum für sich. (vgl. Villars, 2001:519) Mendoza bestätigt die obigen Ausführungen von Rosales, dass arme Frauen durch das Wort „Feminismus“ oft erschreckt seien und befürchten, der Feminismus könnte ihre Familien zerstören, beziehungsweise den Zorn der Männer auf sie ziehen. (vgl. Mendoza, 1996:206) Darüber würden sie den sozialen Unterschied zwischen sich selbst und den Mittelklasse-Feministinnen sehr bewusst wahrnehmen, sodass in der Realität eine große Barriere zwischen beiden Gruppen herrsche. (vgl. ebd.:164-166) Herrmansdorfer bestätigte, dass *CDM* selbst keine Basisorganisation ist bzw. nicht wie andere Organisationen mit Basisorganisationen in Stadtvierteln und Gemeinschaften zusammenarbeitet, sondern lediglich dorthin geht und über Workshops Wissen weitergibt. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, *CDM*) Villars schreibt, dass der Fokus der feministischen Organisationen auf dem Kampf gegen *gender*-Ungleichheit liegt und oftmals die wirtschaftlichen Probleme der armen Frauen und andere Probleme, welche die Mehrheit der honduranischen Frauen beschäftigen, außer Acht gelassen werden. (vgl. Villars, 2001:609) Zúniga bestätigte dies im Interview und verfolgt deshalb mit *UNISA* eine umgekehrte Strategie, wie im vorigen Kapitel erwähnt. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, *UNISA*)

Auch die Religion ist oft eine Barriere bzw. eine gemeinsame Basis weniger zwischen Feministinnen der Mittelklasse und armen Frauen. So sind arme Frauen oft sehr mit der Kirche und mit Gott verbunden, wie Mendoza an einem Beispiel aufzeigt: Wenn arme Frauen die Gelegenheit hätten, sich zu einem Thema zu äußern, dann schrieben sie die Erfolge nicht den Aktionen bzw. dem feministischen Diskurs zu: Nicht die „feministischen Schutzherrinnen“, sondern Gott war derjenige, der den Dank dafür erhielt, dass den Frauen Gehör geschenkt wurde. (vgl. Mendoza, 1996:159). Zúniga bestätigte den großen Einfluss der Kirchen. So fühlten sich Frauen zwar ihren Kreditkollektiven verpflichtet, andererseits suchten sie aber immer auch die Zustimmung der jeweiligen Kirchengemeinde. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Die ärmeren Menschen hielten sich meist nahe an ihren Geistlichen oder Pastor und es sei schwierig etwas gegensätzliches zu dem zu formulieren, was der Pastor den Frauen gesagt habe bzw. was die Kirchen bereits als Konzepte zu Frauenthemen erarbeitet hätten. (vgl. ebd.) Dies sei auch einer der Gründe, warum eine aggressive feministische Bewegung unter diesen Frauen nicht funktionieren würde. (vgl. ebd.) Vermutlich ist die Beziehung zwischen feministischen Organisationen und der Kirche auch deswegen nicht die beste, wie das Interview mit Herrmansdorfer vom CDM verriet. Wie Zúniga kritisierte sie, dass es noch immer Gebete zur Eröffnung von verschiedenen Veranstaltungen des INAM oder anderen Staatsinstitutionen gäbe. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM & Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Die Staaten hätten sich als laizistisch bzw. säkular erklärt, dies würde aber nicht der Wahrheit entsprechen, denn sonst dürften die Kirchen und die Religion keinen derartigen Einfluss auf den Staat haben und bei jedem Event gegenwärtig sein. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Auch auf politischer Ebene kreiert die katholische Kirche so manchen Gegenwind gegenüber frauenfördernden Gesetzesreformen, worauf im Kapitel 3.2.7 näher eingegangen wird. Doch bevor es zu einer Kritik der honduranischen Politikinstitutionen und Akteure kommt, sollen diese zunächst vorgestellt und die politischen Erfolge der Frauen- und feministische Bewegung thematisiert werden.

3.2.6 Frauen in der Politik und politische Errungenschaften

Der Soziologe Bahr bezeichnet die Frauenbewegung als eines der stärksten, neuesten und interessantesten sozialen Phänomene in Honduras und ist der Ansicht, dass sie tiefgreifende Veränderungen in der nationalen Gesetzgebung erzielt hat sowie Fortschritte in der kulturellen Dynamik des Landes. (vgl. Bahr, 2010a) Puerto Gómez schreibt von drei Jahrzehnten (seit 1980) historischer Kämpfe der Frauenbewegung um die Erlangung der vollen Staatsbürgerschaft der Frau, die an Aspekten wie dem Zugang zu Bildung, zu politischen Rechten und Arbeitsrechten sowie auch an der Beseitigung diskriminierender Gesetze sichtbar wird. (vgl. Puerto Gómez, 2002:17+20)

Die erste große Errungenschaft für die honduranischen Frauen auf politischer Ebene war ohne Zweifel das Wahlrecht im Jahr 1954. Das sogenannte honduranische Frauen-Komitee (*Comité Femenino Hondureño*) hatte bereits 1948 ein Ersuchen vor dem honduranischen Parlament eingebracht. (vgl. Villars, 2001:331) In den Jahren 1950 und 1951 gründeten sich weitere Frauengruppen und ließen gemeinsam nicht nach, das Wahlrecht einzufordern bis es ihnen schließlich am 25.01.1954, dem heutigen honduranischen Tag der Frau, gelang. (vgl. ebd.:392) Im Jahre 1957 wurden zum ersten Mal drei weibliche Abgeordnete gewählt und der Präsident ernannte erstmals eine Frau zur Vizeministerin des Bildungsministeriums. (vgl. ebd.:417)

In den späten 1980er und 1990er Jahren waren es dann die Frauen- und feministischen Organisationen, die dem Staat Daten zur Situation der Frau präsentierten und neue politische Initiativen hervorrufen wollten. (vgl. Mendoza, 1996:157 & Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Um tatsächlich Veränderungen auf politischer Ebene erzielen zu können, mussten sie sich dem Staat mehr nähern, auch wenn einzelne Feministinnen dies nicht für richtig hielten. (vgl. Mendoza, 1996:149) So wurden erstmals Daten zur Gewalt gegen Frauen öffentlich gemacht, die bis dahin in Polizeiarchiven und anderen staatlichen Institutionen verborgen gehalten worden waren. (vgl. ebd.:157 & Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) 1989 erarbeitete das nationale Planungsministerium zum ersten Mal ein Dokument für eine nationale Frauenpolitik, auch wenn dieses aufgrund des politischen Wandels kurz darauf wieder verschwand. (vgl. INAM, 2005:43 & Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Dank der Präsenz einiger sensibilisierter Frauen in politischen Institutionen gelang es den feministischen Organisationen jedoch mit Unterstützung der EZA einiges voranzutreiben. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) So lassen sich ab den 1990er Jahren viele Veränderungen auf institutioneller Ebene zugunsten von Frauen feststellen, allen voran im Bereich Gewalt gegen Frauen, da hier Einigkeit zwischen allen Akteuren herrschte. (vgl. ebd.) Sosa sprach von einer Allianz oder „Ehe“ zwischen der Zivilgesellschaft und der Regierung in dieser Zeit, in denen beide Partner zusammen marschiert wären und mit viel Druck sehr viel erreicht hätten. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa)

So wurde 1991 im honduranischen Parlament (*Congreso Nacional*) zunächst ein sogenanntes „Komitee für Frauenangelegenheiten“ eingerichtet, welches allgemein als *Comisión de la Mujer* bekannt ist. (vgl. Mendoza, 1996:90 & Interview vom 11.05.2011, Abgeordnete der PL) Im lateinamerikanischen Vergleich war dies recht spät, da in anderen Ländern der Prozess der Einrichtung staatlicher Institutionen zugunsten der Frau bereits im Anschluss an die Weltfrauenkonferenz 1976 begonnen hatte. (vgl. Villars, 2001:586) Als die UNO ab 1990 derartige Prozesse verstärkt unterstützte, gelang die Implementierung einiger Institutionen auch in Honduras.

(vgl. ebd.:587) Die Frauen- und feministischen Organisationen arbeiteten zum Teil sehr eng mit der *Comisión* zusammen, um Reformen für verschiedene Gesetze umzusetzen, darunter das Strafrecht, Arbeitsrecht und Landwirtschaftsrecht. (vgl. Mendoza, 1996:151-152) Ein Erfolg zeigt sich am Beispiel des Gesetzes zur landwirtschaftlichen Modernisierung, in dem erstmals Bäuerinnen unabhängig von ihrem Personenstand als Subjekte erwähnt wurden. Dies stellte einen Bruch zum alten Gesetz dar, das ledigen Frauen kein Recht auf Land zugesprochen hatte. (vgl. ebd.:155) Wie eine Abgeordnete der *Comisión* aus der Zeit feststellte, wurde zum ersten Mal ein Gesetz einer „gender-Analyse“ unterzogen. (vgl. ebd.:156) Wie die Abgeordnete Perla Simons Morales, die der *Comisión* selbst angehört, im Interview feststellte, funktioniert die *Comisión* aktuell nicht so gut wie sie sollte. (vgl. Interview vom 11.05.2011, Abgeordnete der PL) So habe sich die *Comisión* erstmals 2011 getroffen, also über ein Jahr nachdem das neue Parlament in Kraft gesetzt wurde. (vgl. ebd.) Eine andere Abgeordnete wusste bis zum Tag des Interviews nicht einmal, dass die *Comisión* überhaupt existiert. (vgl. ebd.) Innerhalb der *Comisión* werde nicht zusammengearbeitet und die Vorsitzende habe bereits vorab ihr Team aus der vorigen Legislaturperiode um sich gesammelt, bemängelte Morales. (vgl. ebd.) Sie bedauerte auch, dass im Parlament keine Einigkeit und kein Zusammenarbeiten zwischen den insgesamt 46 weiblichen Abgeordneten und Stellvertreterinnen möglich sei. (vgl. ebd.) So kann also von einem Misstrauen, wenn nicht sogar von einem Machtkampf zwischen den Frauen im Parlament, besonders zwischen den zwei Großparteien PL und PN, die Regierungspartei ist, gesprochen werden. Auch die ehemalige und erste weibliche Finanzministerin Nuñez ist der Ansicht, dass die Frauen in der Politik über die Parteigrenzen hinaus zusammenarbeiten sollten, da andere Minderheitengruppen auf diese Weise bereits sehr viel mehr erreicht hätten als die Frauen. (vgl. Interview vom 26.05.2011, Nuñez) Morales stellte fest: *„Wenige von uns Frauen haben wirklich Entscheidungsmacht, und die, die sie haben, binden keine anderen Frauen mit ein, sondern machen Pläne mit den Männern. Diese Einstellung sollte sich ändern.“* (Interview vom 11.05.2011, Abgeordnete der PL) Abgeordneten anderer Parteien werde sogar von ihren männlichen Kollegen das Wort verboten, woran diese sich auch hielten, um keine „Privilegien zu verlieren“. (vgl. ebd.) Indem die Tagesordnung nur ausgewählten Personen vorgelegt werde, hätten die Frauen auch überhaupt keine Möglichkeit, eine „gender-Analyse“ vorzunehmen und Änderungen in einem zu verabschiedenden Gesetz vorzuschlagen. (vgl. ebd.) Kontakt zu den Frauen- und feministischen Organisationen habe nur die Abgeordnete Morales gesucht, doch die Organisationen verfolgten seit dem Putsch 2009 ohnehin einen anderen Plan: *„Hier im Parlament sollten wir sehen, welche Gesetze es gibt, und diese ans Licht holen und in die Tat umsetzen. Aber wir haben keine Unterstützung von der Zivilgesellschaft, so fühlen wir uns gewissermaßen wie Waisen.“* (Interview vom 11.05.2011, Abgeordnete der PL)

1993 wurde die Familien-Beratungsstelle (*Consejería de Familia*) eingerichtet und 1994 die Staatsanwaltschaft für die Frau (*Fiscalía de la Mujer*), die Strafanzeigen bezüglich häuslicher Gewalt entgegennimmt. (vgl. Puerto Gómez, 2002:11) Wurden im ersten Jahr lediglich acht Strafanzeigen registriert, belief sich die Zahl nur vier Jahre später auf 5,960 Fälle. (vgl. ebd.) Die honduranischen Frauen hatten demnach Vertrauen und eine Institution gewonnen, in der ihre Anklage auch ernst genommen wurde. Besonders wichtig für die Entwicklung der *Fiscalía de la Mujer* war die Einrichtung der Telefonleitung *Linea 114*, die Frauen zu jeder Zeit anrufen und Hilfe anfordern können. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Zur Bereitstellung sofortiger Hilfe wurde eine zusätzliche Polizeistreife nur für Fälle der *Linea 114* eingerichtet. (vgl. ebd.) Wie so oft in Honduras werde diese jedoch leider nicht selten zweckentfremdet (z.B. als Beamten-Eskorte) und sei dann nicht einsatzbereit, wenn sie gebraucht werde, berichtet Puerto (OFALAM). (vgl. ebd.)

Das Thema *Femicidios* wird seit einigen Jahren auch von politischer Seite bearbeitet, so dass es seit 2006 eine interinstitutionelle Kommission mit der *Comisión de la Mujer*, der Polizei und Frauenorganisationen gibt. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM & Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Leider habe sich dieser Raum sehr schnell bürokratisiert, wie Kennedy bedauert, und es würden mehr und mehr Studien durchgeführt, anstatt tatsächlich Fälle aufzuklären und gegen *Femicidios* vorzugehen. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Innerhalb der *Fiscalía* ist eine Spezialeinheit zur Untersuchung von *Femicidios* eingerichtet worden, die 2009 einen Gesetzesvorschlag zur Definition und Bestrafung von *Femicidios* präsentiert hat. (vgl. ebd. & CDM, 2009) Bis dato ist ein derartiges Gesetz jedoch noch nicht angenommen worden, was möglicherweise auch mit den Ereignissen rund um den Staatsstreich 2009 zu tun hat, in Folge dessen vieles zum Stillstand gekommen ist. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Der neue staatliche Plan über Gerechtigkeit und Gleichheit der Geschlechter (*II Plan de Igualdad y Equidad de Género*) nennt aber das Ziel, den Tatbestand des *Femicidio* festzuschreiben. (vgl. INAM, 2010b:71) Als prekär beschreibt Mirna Suazo von der *Fiscalía de la Mujer* jedoch die Gesetzeslage im Bereich Menschenhandel. (vgl. Mirna Suazo, 12.05.2011) Das Thema wird seit einiger Zeit von staatlichen Institutionen behandelt, sodass zumindest die Hotline *Linea 111* zur Meldung von Fällen des Kinderhandels eingerichtet wurde und die *Fiscalía* eine Spezialeinheit besitzt. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Honduras hat alle diesbezüglichen internationalen Verträge ratifiziert, Menschenhandel jedoch noch nicht zu einem Tatbestand gemacht, sodass lediglich die sexuelle Ausbeutung als Straftat gilt. (vgl. Mirna Suazo, 12.05.2011) Organhandel, Zwangsehe und Menschenhandel zu Zwecken der Arbeitsausbeutung finden keine Erwähnung im Strafgesetz. (vgl. ebd.) Das honduranische Familieninstitut behandle zwar Fälle von sexueller Ausbeutung von

Frauen und Mädchen, doch in erster Linie kümmerten sich NGOs wie *Save the Children* und *Casa Alianza* um Kinder. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Dabei ist Honduras laut Polizei nicht mehr nur Ursprungsland des Menschenhandels, sondern mittlerweile auch Transit- bzw. Zielland. (vgl. Mirna Suazo, 12.05.2011)

Auch die Gründung des Frauenministeriums, für welches die Frauen- und feministischen Organisationen lange gekämpft hatten, kann als große Errungenschaft auf institutioneller Ebene bezeichnet werden. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales & Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM) Nachdem es zunächst ab 1996 unter der Regierung Roberto Reina auf Anregung der Vize-Präsidentin Guadalupe Jerezano Mejía ein Regierungsbüro für die Frau (*Oficina Gubernamental de la Mujer*) gegeben hatte, wurde im September 1998 schließlich das *INAM (Instituto Nacional de la Mujer)* per Gesetz ins Leben gerufen und gilt – trotz der Bezeichnung als Institut – als Ministerium, welche in Honduras normalerweise *Secretarias* heißen. (vgl. INAM, 2011) Der Auftrag des INAM ist es, Politik zu formulieren, zu entwickeln, zu fördern, zu koordinieren und weiter zu verfolgen, welche die Rechte der Frauen, Jugendlichen und Mädchen im Sinne der Gleichheit der Geschlechter garantiert und schützt, um damit zur „nachhaltigen menschlichen Entwicklung des Landes“ beizutragen. (vgl. INAM, 2011) Auf die Frage, was das INAM in der Praxis genau mache, erklärte Coello, dass man sich bemühe, für die Gründung von *gender*-Einheiten in Ministerien zu plädieren, wo es noch keine gäbe und sich dann im nächsten Schritt darum kümmere, dass innerhalb der Ministerien Strukturveränderungen erfolgten. Aktuell habe man die Institutionen aufgefordert, eine *gender*-Diagnose bezüglich der aktuellen Situation von Frauen in ihren Reihen auszuarbeiten. (vgl. Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM) Eine Herausforderung in der Arbeit des INAM sei es, dass die BeamtInnen innerhalb der Ministerien immer wieder wechseln würden, sodass man mit jeder neuen Regierung wieder von vorn beginnen müsse. (vgl. ebd.) Im Rahmen des ersten (gelungenen) Plans über die Gerechtigkeit und Gleichheit der Geschlechter (*I Plan de Igualdad y Equidad de Género*) wurden nach und nach in dezentralisierender Form Frauenbüros auf Gemeindeebene eingerichtet. (vgl. INAM, 2005:44) Mittlerweile gibt es über 60 Frauenbüros in 16 Landesregionen (insgesamt hat Honduras 298 Gemeinden und 18 Bundesländer). (vgl. ebd.:53) Wie die befragten Beamtinnen des *INAM* zur Auskunft gaben, besteht kein Kontakt zwischen den staatlichen Politik-formulierenden Institutionen *INAM* und *Comisión de la Mujer*, was als klarer Mangel an Effektivität angesehen werden muss. (vgl. Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM) Coello stellte aber klar, dass das INAM dem Gesetz nach die Politik vorgeben darf und die *Comisión* lediglich eine institutionelle „Abnormität“ ohne größere positive Auswirkungen sei, die darüber hinaus das INAM illegitimiere, weil sich durch sie eine Dualität im System ergäbe. (vgl.

ebd.) Ebenso wie die Abgeordnete Simons Morales betonte auch Coello, dass man offen sei für die Zusammenarbeit mit der Frauenbewegung und den Organisationen auch Einladungen schicke, der Block der FeR sich jedoch gegen einen Dialog entschieden habe. (vgl. Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM) Sie selbst sei der Ansicht: *“Es gibt mehr, was uns vereint, als was uns trennt.”* (Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM) Die *“Scheidung”* zwischen INAM und Frauen- und feministischer Bewegung richte viel Schaden an, wie sie hinzu fügte. (vgl. ebd.)

Die Gesamtheit der honduranischen Gesetze, welche die rechtliche Situation der Frau festlegen, hat verschiedene Quellen des Ursprungs. (vgl. INAM, 2005:32) In ihrer Bedeutung stehen ganz oben in der gesetzlichen Hierarchie die Verfassung, gefolgt von internationalen Verträgen und den nationalen Gesetzen und Regeln. (vgl. ebd.:32) Unter den nationalen Gesetzen gibt es zum Einen Gesetze, die *gender-neutral* sind bzw. Frauen und Männer nicht explizit als verschiedene Subjekte des Rechts erkennen und zum Anderen solche, die sich exklusiv auf eines der beiden Geschlechter (meist für die Frau) beziehen, um eine Gerechtigkeit und Gleichheit der Geschlechter zu erzielen. (vgl. ebd.:32) Das INAM selbst hält es für schwierig zu etablieren, welche Gesetze es für Frauen gibt und wo sie zu finden sind, da sie oft Teil allgemeiner Gesetze sind und es kein Dokument gibt, welches alle nationalen Gesetze vereint. (vgl. ebd.:32)

Wie in Kapitel 2.3.1 erläutert wurde, lässt sich staatliche Politik (*Policy*) einer politikwissenschaftlichen feministischen Analyse zufolge in drei Kategorien einteilen: Die erste Kategorie umfasst *Policies*, die direkt auf Frauen zugeschnitten sind, wie z.B. Mutterschutzgesetze, Abtreibungsregelungen, Frauenförderungspläne etc. *Policies* gemäß der zweiten Kategorie sind Maßnahmen, die auf die Beziehungen von Männern und Frauen zielen, wie z.B. Ehe- und Familienrecht und Gesetze zu Eigentum und Sexualität. *Policies* der dritten Kategorie beziehen sich auf scheinbar geschlechtsneutrale Themen wie Staatsrecht, internationaler Handel, Umweltschutz etc., die aber von Geschlechtsvorstellungen geprägt sind und unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer haben. Betrachtet man die wichtigsten und bekanntesten Gesetze für eine verbesserte Stellung der Frau in Honduras, so lässt sich folgende Kategorisierung vornehmen:

In der dritten Kategorie von *Policies* gibt es sicherlich am meisten Ausstände. So wurden von keiner der Interviewpartnerinnen aus dem INAM derartige Gesetzesänderungen erwähnt oder auch nur ein Bewusstsein über die Präsenz von Geschlechtsvorstellungen in derartigen Gesetzen demonstriert. Sowohl Frauen- und feministische Organisationen als auch Frauenpolitik-formulierende Staatsinstitutionen konzentrieren sich ausschließlich auf die Formulierung und Implementierung von Gesetzen in den Kategorien 1 und 2.

Policies der ersten Kategorie sind aus feministischer Perspektive als sehr einschränkend zu

beurteilen. Hindernisse in Bezug auf Gesetzesänderungen gibt es vor allem bezüglich Abtreibung und der „Pille danach“. Abtreibung ist in Honduras nicht nur nicht erlaubt, sondern gilt dem Strafgesetzbuch zufolge als Straftat. (vgl. INAM, 2010b:83) Trotzdem sind allein im Jahr 2008 9.151 erfolgte Abtreibungen von Krankenhäusern registriert bzw. nach Ankunft einer Frau im Spital diagnostiziert worden. (vgl. ebd.:83) Damit ist eine erfolgte Abtreibung der zweithäufigste Entlassungsgrund in öffentlichen Krankenhäusern, was bedeutet, dass Frauen trotz des Verbotes Abtreibungen unter gefährlichen Umständen außerhalb eines Krankenhauses durchführen (lassen) und dann aufgrund der Folgen doch im Krankenhaus landen. (vgl. CDM, 2007) Feministische Organisationen kämpfen für eine Legalisierung der Abtreibung und auch das INAM ist sich bewusst, dass es sich bei der Abtreibung um ein großes Problem des öffentlichen Gesundheitswesens handelt, welches dringend auf die eine oder andere Weise angegangen werden muss. (vgl. ebd.:83 & Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Die „Pille danach“ oder „Notfall-Pille“, wie sie auch in Honduras genannt wird (*PAE = Pastilla Anticonceptiva de Emergencia*) war in Honduras erlaubt worden, um Frauen, die Opfer von Vergewaltigung geworden sind, zu helfen. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Die Verteidigung der PAE wurde in dieser Zeit immer schwieriger, gerade aufgrund der Abgeordneten Martha Lorena Alvarado, die Anfang des Jahres 2009 einen Gesetzesentwurf im Parlament vorlegte, der die PAE im öffentlichen Gesundheitssystem verbieten sollte. (vgl. ebd.) Das Parlament nahm den Gesetzesentwurf an, doch noch-Präsident Zelaya legte unterstützt von feministischen und Menschenrechts-Organisationen ein Veto ein. (vgl. ebd.) Das Gesetz ging weiter an den Obersten Gerichtshof, doch dieser entschied nicht mehr vor dem Putsch. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Mit dem Putsch im Juni 2009 wurden fast alle Posten der Regierung neu besetzt und zum neuen Gesundheitsminister wurde ein Arzt, der eine Analyse herausgebracht hatte, dass die PAE mit einer Abtreibung gleichsetzbar sei. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Auf Basis dieser Analyse brachte das Gesundheitsministerium einen exekutiven Erlass hervor, der die PAE ohne Gesetzesbeschluss in der Praxis verbot und aus den Gesundheitszentren entfernen ließ. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H)

Policies gemäß der zweiten Kategorie, also Maßnahmen betreffend der Beziehung zwischen Männern und Frauen, sind in Honduras hingegen recht umfassend implementiert bzw. zeigt sich in diesem Bereich am meisten Aktivität. Frauen- und feministische Organisationen kämpfen seit vielen Jahren besonders gegen Gewalt an Frauen und konnten dieses Thema erfolgreich im Strafrecht verankern. Nach einigen Reformen im Strafrecht hinsichtlich der Bestrafung von sexuellem Missbrauch und anderen Straftaten, die bis dahin noch als Verstöße gegen die Ehrlichkeit (statt wie

heute gegen die körperliche und sexuelle Integrität bzw. gegen das Leben) definiert wurden, wurde im September 1997 das Gesetz gegen häusliche Gewalt (*Ley contra la Violencia Doméstica*) verabschiedet und trat im Februar 1998 in Kraft. (vgl. INAM, 2010a:1 & Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Durch das Parlament wurden in den Jahren 2005, 2006, sowie 2010 Reformen vorgenommen. (vgl. INAM, 2010a:1) Das Gesetz entspricht den internationalen Konventionen zum Schutz der Menschenrechte von Frauen, die von Honduras unterzeichnet wurden, die da sind: Die Inter-Amerikanische Konvention über die Verhütung, Bestrafung und Ausrottung von Gewalt an Frauen (Konvention von Belem do Pará) von 1994 und die CEDAW. (vgl. ebd.:2) Das honduranische Gesetz gegen häusliche Gewalt verpflichtet den Staat dazu, Mechanismen zum Schutz der von Gewalt betroffenen Frau, wie einerseits Schutzwohnungen und andererseits klare Anweisungen an die Polizei, die Staatsanwaltschaft, Gerichte und Gesundheitszentren, einzurichten. (vgl. INAM, 2010a:6) Der Frau muss augenblicklich geholfen werden, so dass die Polizei 24 Stunden die Möglichkeit zur Anzeige geben und einen Fall innerhalb von 24 Stunden an ein Gericht weitergeben muss; die Daten müssen geheim bleiben. (vgl. ebd.:9-10) Ab Annahme der Klage muss sich der Aggressor für einen Zeitraum von zwei bis sechs Monaten vom gemeinsamen Wohnort, vom Arbeitsplatz etc. fernhalten und kann bis zu 24 Stunden festgehalten werden, falls er erneut gewalttätig wird. (vgl. ebd.:17-18+23) Darüber hinaus besteht für beide Partner die Pflicht, an einer Familienberatung teilzunehmen; für den Mann, um sein aggressives Verhalten in den Griff zu bekommen und für die Frau, um ihr Selbstbewusstsein zu stärken. (vgl. ebd.:24 & Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Diese Familienberatung wird in Tegucigalpa wie oben erwähnt z.B. durch ASJ und OFALAM angeboten. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM & Interview vom 09.05.2011, ASJ) Rechtliche Vertretung muss Betroffenen von häuslicher Gewalt komplett gratis zugesichert werden. (vgl. INAM, 2010a:8) Positiv hervorgehoben werden kann, dass jährlich etwa 14.000 Fälle von häuslicher Gewalt zur Anzeige gebracht werden. (vgl. INAM, 2010b:64) Die durch politische Anstrengungen geschaffenen institutionellen Möglichkeiten, Fälle zur Anzeige zu bringen, werden also von Frauen auch wahrgenommen. Die negative Seite der Medaille ist jedoch, dass nur ein Drittel aller Anzeigen mit einem Urteil enden bzw. sogar nur 12% mit einem Schuldspruch. (vgl. ebd.:64) Darüber hinaus kann sich der Prozess bis zu einem Urteil aufgrund infrastruktureller Mängel in die Länge ziehen. (vgl. ebd.:64 & Interview vom 25.05.2011, OFALAM) So gibt es bisher ausschließlich in Tegucigalpa ein spezialisiertes Gericht mit insgesamt vier Richterinnen, obwohl das Gesetz eigentlich vorgibt, dass in anderen Städten zusätzlich spezialisierte Gerichte eingerichtet werden sollten. (vgl. Interview vom 09.05.2011, ASJ) Auch Staatsanwaltschaften, die Anzeigen häuslicher Gewalt entgegennehmen, gibt es bis dato nur in Tegucigalpa, San Pedro Sula und La Ceiba, sodass

Frauen aus ländlichen Regionen Schwierigkeiten haben, ihre Klage einzureichen. (vgl. INAM, 2010a:34) ASJ erklärt, dass es z.B. in Olancho Richter und Staatsanwälte gäbe, die Fälle von häuslicher Gewalt einfach nicht annehmen würden, entweder, weil sie sie nicht ernst nehmen, oder, weil der Angeklagte ein Freund/Bekannter von ihnen sei. (vgl. Interview vom 09.05.2011, ASJ) Puerto (OFALAM) berichtet, dass mit der Gesetzesreform von 2010 das vergleichbare spanische Gesetz kopiert worden sei. Aufgrund der sehr anderen honduranischen Realität habe dies jedoch einige negative Aspekte mit sich gebracht hat. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) So könnten ZeugInnen nicht mehr ungesehen vom Aggressor auftreten, sondern dürften nur noch in dessen Gegenwart ihre Aussage machen. Dies führe dazu, dass die klagenden Frauen Schwierigkeiten hätten, überhaupt Zeuginnen zu finden, die bereit seien auszusagen, da sie um ihre eigene Sicherheit fürchteten. (vgl. ebd.) Auch müssten auf Unterhalt klagende Frauen Belege der Ausgaben für ihre Kinder präsentieren, was für Personen mit geringen finanziellen Mitteln äußerst schwierig sei, da sie auf Märkten und in kleinen Geschäften kauften, von denen in der Regel keine Belege ausgestellt würden. (vgl. ebd.) Darüber hinaus habe die Änderung von 2010 zunächst vorgesehen, dass Klägerinnen eine verhältnismäßig hohe Strafe zahlen müssten, wenn ein Zeuge oder eine Zeugin nicht vor Gericht erscheint. Im Fall von Unterhaltsklagen hätten sie vorher eine finanzielle Bürgschaft ablegen müssen. Anstatt von einer Klage zu profitieren, hätten Frauen mit geringen finanziellen Mitteln eher Schaden davon getragen. Dank der Proteste der NGOs seien diese finanziellen Belastungen jedoch wieder außer Kraft gesetzt worden. (vgl. ebd.) Letztlich sei der neue Prozessablauf zwar schneller und würde auch den Männern kostenlos einen Anwalt zusprechen, begünstige jedoch nicht unbedingt die Frauen. (vgl. ebd. & Interview vom 09.05.2011, ASJ) Das Gesetz richtet sich spezifisch an den Schutz der Frau vor häuslicher Gewalt bzw. an die Beziehungen zwischen Paaren im familiären Kontext. So ist die Definition von häuslicher Gewalt zwar sehr breit (körperlich, psychologisch, sexuell und sogar patrimonial), andere Formen der Gewalt wie Inzest, Misshandlung und sexueller Missbrauch an Kindern sind jedoch nicht angesprochen. (vgl. Puerto Gómez, 2002:37-38 & Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Interessant ist auch, dass das Gesetz nur einen Zusatzartikel für den Fall hat, dass ein Mann Opfer von häuslicher Gewalt durch die Frau wird und in einem solchen Fall sind auch nur die Hälfte der Sicherheitsmaßnahmen vorzunehmen. (vgl. INAM, 2010b:32-33)

Abgesehen von dem großen Schwerpunkt auf häuslicher Gewalt, wird auch ein Schwerpunkt auf die politische Beteiligung der Frau gelegt. So beschloss das honduranische Parlament im Jahr 2000 das oben genannte Gesetz über die Chancengleichheit für die Frau (*Ley de Igualdad de Oportunidades para la Mujer*), das 2002 offiziell zusammen mit dem *I Plan de Igualdad y Equidad*

de Género etabliert wurde. (vgl. Villars, 2001:442) Neben einer Machtbeteiligung im politischen Sektor gemäß einer Quote von 30% benennt das Gesetz über die Chancengleichheit außerdem die Gleichheit im Rahmen der Familie, im Bereich der Gesundheit, in Bildung, Kultur und Kommunikation, Arbeit und soziale Sicherheit, sowie im Grundbesitz, Kredit und Behausung. (vgl. INAM, 2005:32) Dass zwischen einem Gesetz und seiner tatsächlichen Durchsetzung oft Welten liegen, ist allgemein bekannt. So ist die Chancengleichheit für die Frau nicht in allen benannten Lebensbereichen tatsächlich gegeben. Ein Beispiel hierfür ist das Arbeitsgesetz in Honduras. Angesichts der Arbeitsbedingungen in vielen *Maquiladoras* muss festgestellt werden, dass die bestehenden Gesetze oftmals nicht eingehalten werden. Bereits in den 1990ern stießen Feministinnen hier auf harte Mauern bei ihren politischen Partnerinnen. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Erfolge zeigen sich im Bereich Bildung. Abgesehen vom Bereich der höheren Bildung haben Mädchen die Burschen in allen Bereichen (Primarstufe- und Sekundarstufe-Abschluss) überholt. (vgl. INAM, 2005:80) Der Analphabetismus unter Frauen konnte bedeutend reduziert werden, sodass die AnalphabetInnen-Rate für beide Geschlechter bei ca. 18% liegt. (vgl. ebd.:80) Trotz dieser Fortschritte im Bildungsbereich haben Frauen noch immer keinen gleichen Zugang bzw. gleiche Konditionen am Arbeitsmarkt. (vgl. ebd.:81) Mit der neuen Regierung wurde für die nationale Frauenpolitik der *II Plan de Igualdad y Equidad de Género* verfasst, der im Rahmen des *Plan de Nación 2010-2022* von der Regierung Pepe Lobo zu sehen ist. (vgl. INAM, 2010b:21) Als nationale Beraterinnen werden Mirta Kennedy (CEM-H) und Jessica Sánchez (unabhängige Feministin) angeführt. (vgl. ebd.) Vorhaben dieses Plans sind allgemein die Verbesserung der Verknüpfung des Plans mit Plänen und Strategien der verschiedenen Ministerien sowie im spezifischen eine Reform des Arbeitsgesetzbuches zugunsten von Frauen, Sanktionen bei Nichteinhaltung der Quote in der Politik, Anhebung der Quote auf 50% etc. (vgl. ebd.:24ff.) Carmen Torres von der Einheit für politische Beteiligung im INAM betont, dass die Erreichung der Gleichstellung in politischen Institutionen eines der Hauptziele des Plans sei. (vgl. Interview vom 03.05.2011, Torres, INAM)

Die Quotenregelung, die in der honduranischen Politik aktuell eine bedeutende Rolle spielt, ist im europäischen Feminismus ein Vorschlag liberaler Feministinnen gewesen, die darüber eine politische Gleichberechtigung erzielen wollten. (vgl. Krause, 2003:29) Die befragten Abgeordneten im Parlament sind größtenteils sehr zufrieden mit der Quotenregelung. (vgl. Interview vom 11.05.2011, Abgeordnete der PL) Viele von ihnen waren überzeugt, dass sie es aufgrund der praktischen Schwierigkeiten, die sich für Frauen zeigen, ohne die Quote nicht ins Parlament geschafft hätten. (vgl. ebd.) Deshalb beklagen sich einige von ihnen auch über die Einstellung ihrer

männlichen Kollegen, die eine Frauenquote von 50% im Parlament für absurd hielten und von den Frauen mehr verlangten als von sich selbst, um ihre Präsenz im Parlament zu rechtfertigen. (vgl. ebd.) Die ehemalige Frauenministerin Selma Estrada erklärte, warum es für Frauen besonders schwierig sei, ein politisches Amt zu erreichen. So müsse die Frau nicht nur das doppelte oder dreifache an Arbeit leisten, um anerkannt zu werden, sondern habe auch noch mehr Schwierigkeiten, die sehr teuren politischen Kampagnen zu finanzieren. (vgl. Interview vom 11.05.2011, Estrada) Dies sei damit begründet, dass der Ehemann meist als Eigentümer des Hauses und sonstiger Großgüter eingetragen sei und die Frau so nicht in der Lage sei, Kredite aufzunehmen etc. (vgl. ebd.) Sie selbst habe für ihre Kampagne Unterstützung von einem männlichen Parteikollegen bekommen. (vgl. ebd.) Torres meint, dass auch die Wählerschaft erst lernen müsse, umzudenken. (vgl. Interview vom 03.05.2011, Torres, INAM) Die ehemalige erste weibliche Finanzministerin Gabriela Nuñez bestätigte die Aussagen Estradas, fand aber zugleich auch Mängel an der implementierten Frauenquote. (Interview vom 26.05.2011, Nuñez) Sie stellte fest, dass die Beteiligung der Frauen im aktuellen Parlament in den letzten Wahlen wieder gesunken sei, da es viele starke Männer mit viel wirtschaftlicher Unterstützung gegeben habe, die sich lediglich zur Erfüllung der Quote eine Frau – oftmals die eigene Kusine oder Schwägerin – an die Seite gestellt hätten, welche selbst über kein politisches Profil verfüge. (vgl. ebd.) Frauen müssten sich trotz Quote ihren Platz schwer erkämpfen, selbst wenn das Gesetz sie nun begünstige. (vgl. ebd.) Nuñez ist außerdem der Ansicht, dass es eine Bedingung für die Quote geben sollte. Frauen, die darüber in die politischen Institutionen kämen, müssten auch tatsächlich die Interessen von Frauen verfolgen. (vgl. ebd.) Denn was bringe schon eine weibliche Abgeordnete, wenn diese sich nicht mit den allgemeinen Problemen von Frauen identifiziere und nicht wisse, wie diese Probleme gelöst werden könnten? (vgl. ebd.) Auch in den Augen einiger honduranischer Feministinnen (z.B. CEM-H) wurde mit dem Gesetz ein bedeutender Fortschritt erzielt, viele andere sehen die Unterstützung der Quotenregelung jedoch als „das Spiel einer exklusiven Gesellschaft mitspielen, die Frauen im Grunde jegliche Chancen versagt“. (vgl. Villars, 2001:443 & Interview vom 25.05.2011, Rosales)

So gibt es also eine Vielzahl von Gesetzen, sodass es letztlich wie so oft nicht an einem Mangel an Plänen und Vorhaben scheitert, sondern vielmehr an der Umsetzung. Die Tatsache, dass das INAM es selbst für schwierig hält zu etablieren, welche Gesetze es für Frauen gibt und wo sie zu finden sind (siehe oben), zeugt davon. Auch die Parlamentsabgeordneten erklären, dass es aufgrund mangelnder Finanzierung nicht gelinge, die bestehenden Gesetze tatsächlich zu verfolgen. (vgl. Interview vom 11.05.2011, Abgeordnete der PL) Rosales zufolge scheitert es sowohl am politischen Willen als auch am Budget. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Coello schien die Kritik der

NGOs bereits zu kennen, so bekundete sie: *„Die NGOs werden dir sicherlich sagen, dass ein aufgestellter Plan auch umgesetzt werden muss und die notwendige Unterstützung dafür aufgetrieben werden muss, aber da kommen wir zum Thema Budget, uns wird einfach kein ausreichendes Budget zugesprochen und so können wir nicht arbeiten, egal wie geschult wir sind.“* (Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM) Tatsächlich steigt das von der Regierung zugeordnete Budget des INAM von Amtsperiode zu Amtsperiode wenn überhaupt, dann nur gering. (vgl. INAM, 2005:66) Was allerdings beträchtlich gestiegen ist, ist die Finanzierung durch die Akteure der internationalen EZA, die ihre Unterstützung zwischen 2002 und 2005 mehr als vervierfacht hat. (vgl. ebd.:66) Kennedy und Arzu vermuteten, dass dem INAM mehr Ressourcen (durch Zuschüsse der internationalen EZA) zur Verfügung stünden, als zugegeben werde. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H & Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Sosa hingegen meinte, dass CDM und CEM-H wahrscheinlich mittlerweile mehr finanzielle Unterstützung bekämen als das INAM. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Diese These wird von der Tatsache unterstützt, dass die finanzielle Unterstützung des INAM durch Schweden seit 2011 wegfällt.

Die Einstellung der Politikerinnen und Beamtinnen des INAM zur Frauen- und feministischen Bewegung kann als sehr unterschiedlich beurteilt werden. Coello, Beamtin des INAM, wünschte sich, wie oben bereits angedeutet, eine Versöhnung. (vgl. Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM) Gabriela Nuñez war der Ansicht, dass die Wunden nach den Ereignissen 2009 wohl erst heilen müssten, meinte aber auch, dass die Trennung die Frauenpolitik und die Bewegung sehr schwäche. (vgl. Interview vom 26.05.2011, Nuñez) Mit einigen Personen der Bewegung habe sie bereits wieder Kontakt, andere würden sie immerhin schon grüßen. (vgl. ebd.) Die ehemalige Frauenministerin Selma Estrada erkannte zwar an, dass die Feministinnen viel geleistet hätten und gut ausgebildet seien, störte sich aber an der Ausgrenzung von Männern, vor allem, *„da einige doch selbst Männer sein wollten und sich so kleideten“*. (vgl. Interview vom 11.05.2011, Estrada) Die Ablehnung der Gesellschaft gegenüber ihnen habe sehr viel damit zu tun, dass sie schon immer diesen Diskurs der Exklusion verfolgt hätten. (vgl. ebd.) Dabei sei es wichtig, mit Männern zu arbeiten und diese mit einem *gender*-Fokus zu sensibilisieren. (vgl. ebd.) Sie vertrete eindeutig den *gender*-Fokus anstelle von Frauenkommissionen und dergleichen. (vgl. ebd.) Außerdem hätten CDM und die anderen „radikalen und frustrierten Frauen“ mit dem Putsch 2009 ihre Linie verloren; nämlich die der Verteidigung der Frauenrechte. Sie selbst habe genug von den Feministinnen. (vgl. ebd.) Auch Lidia Fromm vom honduranischen Ministerium für Planung und internationale Zusammenarbeit (SEPLAN) meinte, die Bewegung habe in ihren Augen an Glaubwürdigkeit verloren. (vgl. Interview vom 09.05.2011, Fromm, SEPLAN) So gäbe es nicht nur zwischen dem

INAM und der Frauenbewegung Streitigkeiten, sondern auch innerhalb der Bewegung selbst. Sie erkenne die *gender*-Probleme, die sich im Land zeigten und würde sie auch lösen wollen, doch dazu bräuchte es auch die Unterstützung der Zivilgesellschaft. (vgl. ebd.) Doch wie sieht die Zivilgesellschaft die Möglichkeiten der Zusammenarbeit?

3.2.7 Kritik der NGOs an den staatlichen Institutionen und Akteuren

Kritik am INAM, den Politikerinnen im Parlament bzw. an der aktuellen Frauenpolitik der Regierung gibt es viel. Die *Garifuna*-Frauen wären schon erfreut gewesen, wenn die Ministerin des INAM wenigstens zum ersten Forum der *Garifuna*-Frauen in Honduras im April 2010 erschienen wäre. Stattdessen sei lediglich eine Angestellte gekommen, die keine Entscheidungen zum Vorschlag der Gründung eines Büros der multiethnischen Frau in Honduras treffen durfte. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Seit wann es genau mit dem INAM bergab gehe, darüber sind sich die Frauenorganisationen nicht einig. Zúniga meinte, der Prozess habe mit der Legislaturperiode 2002-2006 begonnen, als der damalige Präsident Maduro mit Marcela Suazo eine Frau zur Frauenministerin gemacht habe, die keine Leiterin in der Thematik gewesen sei. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Die erste Ministerin, Maria Marta Díaz, hätte zwar auch keine Erfahrung in der Thematik gehabt, habe aber Personen aus der Frauenbewegung gesucht, die sie beraten konnten und sei immer interessiert gewesen, mehr zu lernen. (vgl. ebd.) Arzu kritisierte die erste Ministerin für ihre Unkenntnis über die Situation der Mehrheit der honduranischen Bevölkerung, lobte aber Marcela Suazo und die Leiterin des Regierungsbüros, Guadalupe Jerezano Mejía, da sie beide mit Frauenorganisationen zusammen auf die Straße und zur Konferenz nach Beijing gegangen seien. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Einig sind sich die Frauenorganisationen darüber, dass die neue Frauenministerin Botto fehl am Platz sei und die Abgeordneten des honduranischen Parlaments zur Zeit der Gründung des INAM und der Implementierung des Gesetzes gegen häusliche Gewalt viel inspirierter bzw. inspirierender gewesen seien. (vgl. ebd. & Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Der neue *II Plan de Igualdad y Equidad de Género* sei hingegen äußerst zweifelhaft: Nachdem die Frauen- und feministischen Organisationen seit Jahren an der Entstehung und Formulierung mitgearbeitet hätten, sei er kurz vor seiner Veröffentlichung um die Hälfte reduziert worden. (vgl. ebd. & Interview vom 06.05.2011, Reyes, FES) Fromm erklärte, dass dies wahrscheinlich mit dem Budget zusammenhänge und meinte, die Organisationen sollten einem Papier nicht so viel Bedeutung beimessen. (vgl. Interview vom 09.05.2011, Fromm, SEPLAN) Man dürfe sich nicht auf die Unterschiede konzentrieren, sondern auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, damit man zu arbeiten beginnen könne. Die Organisationen sollten den von der Regierung präsentierten Plan annehmen und nicht bei der Kritik

verharren. (vgl. ebd.) Bezüglich der häufigen Aussage von PolitikerInnen, es gäbe kein Geld für die Umsetzung von Gesetzen und Vorhaben, stellte die Repräsentantin von ASJ fest, dass ein Weltbankbericht aufgezeigt habe, dass Honduras mehr RichterInnen und StaatsanwältInnen pro Kopf habe, als alle anderen Länder Mittelamerikas, aber weniger Fälle lösen würde. So könne vieles offensichtlich nicht nur am Budget liegen, sondern am Willen, wie bereits Rosales meinte (s. Kapitel 2.3.6.). (vgl. Interview vom 09.05.2011, ASJ)

Fast alle Interviewpartnerinnen waren sich einig, dass das INAM neben dem Budgetproblem vor allem ein ganz grundsätzliches Konzeptproblem habe. Als staatliche Instanz für die Formulierung der Frauenpolitik und Transversalisierung von *gender* in den Gesetzen gehöre es nicht zum Aufgabenbereich, ein Büro für rechtliche Beratung zu eröffnen, wie es die derzeitige Ministerin Botto vorhabe. Dafür gäbe es schließlich die *Fiscalía de la Mujer* und zahlreiche Beratungsstellen der NGOs. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H; vom 28.04.2011, ENMUNEH & vom 10.05.2011, Sosa) Zúniga meinte, dass das INAM als „Wortführer“ im Bereich der Frauenpolitik mehr tun sollte, als Schulungen durchzuführen und Programme zu formulieren, die alle demonstrierten, dass nicht einmal ein Verständnis der Basisliteratur vorhanden sei. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Auch eine Anwältin der ASJ meinte im Interview: *„Wovon [das INAM] am wenigsten Ahnung [hat] ist die Verteidigung der Rechte von Frauen. Im INAM wird mehr Geld dafür ausgegeben, sich selbst zu schulen. In Pläne kann man hingegen sehr viel hinein schreiben.“* (Interview vom 09.05.2011, ASJ) Das Problem sei, dass die Ministerinnen wenn überhaupt erst im dritten Jahr entdeckten, was *gender* sei und dann aber auch nichts mehr bewirken könnten, meinte Sosa. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Wenn man keine Ahnung habe, dann müsse man sofort Personen um sich sammeln, die Ahnung hätten. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Bei der neuen Ministerin Botto würde wohl nicht viel „hängen bleiben“, meinte Reyes, denn sie bemühe sich nicht einmal um den Kontakt zur Frauen- und feministischen Bewegung. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Reyes, FES) Zumindest den befragten Beamtinnen im INAM schienen diese Mängel bewusst zu sein. (vgl. Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM & Interview vom 15.04.2011, Fajardo, INAM) Doch Reyes stellte fest, dass es auch viele BeamtInnen gäbe, die keine Ahnung hätten und gutes Personal wiederum oft aus politischen Gründen ausgetauscht werde. So seien 15 kompetente Personen von der neuen Ministerin gekündigt worden, weil sie sich der FNRP angeschlossen hätten. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Reyes, FES)

Sosa kritisierte auch die Parallelexistenz von Institutionen mit gleichen Aufgaben im politischen System allgemein sowie insbesondere zwischen INAM und *Comisión de la Mujer* oder INAM und *Fiscalía de la Mujer* und sprach von einer Übersättigung an angebotenen Schulungen und Diensten

zu (häuslicher) Gewalt. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Die eigentlichen Aufgaben erfülle dabei weder die *Comisión* noch das INAM und auch das Thema „sexuelle und reproduktive Rechte“ werde überhaupt nicht mehr angesprochen, um Themen wie Abtreibung und PAE zu vermeiden. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Die Sprache der Menschenrechte werde nur verwendet, um die Unterstützung der EZA nicht zu verlieren. Im Inneren sei das INAM konservativ. (vgl. ebd.) Mittlerweile würde kaum eine der Beraterinnen aus der Zivilgesellschaft noch mit dem INAM zusammenarbeiten wollen, weil alle Studien im Dokumentationszentrum liegen blieben, ohne dass etwas mit ihnen geschehe. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa)

Kennedy erklärte, dass im Jahr 2000 eine neue Generation von jungen Politikerinnen gekommen sei. Diese Frauen fühlten sich ihrer jeweiligen Partei näher als der Verteidigung der Menschenrechte, seien nicht im Thema *gender* sensibilisiert und würden sich erst recht nicht als feministisch bezeichnen, sondern eine komplett gegenteilige fundamentalistische Politik verfolgen. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H & Villars, 2001:423) Allgemein würden fundamentalistische Kräfte in der Politik mehr und mehr an Terrain gewinnen und die wenigen Fortschritte, die bereits errungen werden konnten, in Gefahr bringen. (vgl. CDM, 2007) „*Es ist nicht nur, dass sie es schlecht machen*“, so Sánchez, „*sie machen es schlechter als ein Mann und das auch noch im Namen der Frauen.*“ (Interview vom 25.05.2011, Sánchez). Das folgende Zitat einer Abgeordneten, die den Grund ihrer Präsenz im Parlament erklärte, gibt einen Eindruck davon, was Sánchez meinte: „*Wir sind nicht hier, weil wir uns bereichern wollen, Frauen sind nun einmal nobler und sensibler und verstehen, was es heißt, zu dienen. Ich habe alles, aber ich bin Gott auch dankbar und fühle mich verpflichtet, weiterzugeben an die, die nichts haben, auch weil ich denke, Gott hat uns an diese Machtpositionen gestellt... Ich bin aufgewachsen in der Kultur des Dienens, in meinem Heim setze ich mich erst, wenn ich allen serviert habe, ich fühle mich glücklich dabei [...] meine Tochter ist auch schon darauf getrimmt einmal ihrem Ehemann zu dienen, wenn sie heiratet.*“ (Interview vom 11.05.2011, Abgeordnete der PL). Die NGOs kritisieren weiter, dass die neuen Politikerinnen anders als ihre Vorgängerinnen überhaupt keine Ahnung von den Themen hätten, über die sie zu reden versuchten. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Das Interview mit Abgeordneten der PL, in dem viele Widersprüche auftauchen, bestätigte auch diese Vorwürfe. So stellt die selbe (wirtschaftlich sehr gut gestellte) Abgeordnete folgend fest, es gäbe keine Armut in Honduras, denn Armut sei schließlich ein „mentaler Zustand“ und das Problem mit *gender* in Honduras sei, dass man Feministin sein müsse. (vgl. Interview vom 11.05.2011, Abgeordnete PL) Eine andere Abgeordnete erklärte auf die Frage, warum Frauen meist Kommissionen wie Familie oder Kinder leiteten, dass Frauen sich natürlicherweise damit

identifizieren würden. (vgl. ebd.) Abgesehen von einigen Abgeordneten, die offensichtlich noch zur älteren Generation gehörten und von daher sensibilisiert waren, redeten die meisten Abgeordneten über Familie und Kinder oder über individuelle Projekte wie den Aufbau eines Schutzhauses für Frauen mit Geldern der AECID. Nur wenige sprachen von Möglichkeiten der politischen Initiative. (vgl. ebd.) Sánchez berichtete, dass die Beauftragte der Kommission für Kinder und Jugendliche in einer Versammlung verkündet habe, unverheiratete Paare sollten nicht die selben Familienrechte haben wie verheiratete Paare. Angesichts der Menge unverheiratet zusammenlebender Paare in Honduras sei das eine Frechheit. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Sánchez) Sánchez fragte sich auch, was die *Comisión de la Mujer* überhaupt für einen Zweck verfolge, wenn nicht versucht werde, die CEDAW-Forderungen umzusetzen oder den Begriff *Femicidio* in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. Sie folgerte, dass kein Wille zur Aufklärung der *Femicidios* bestünde. (vgl. ebd.)

So gibt es also auf politischer Ebene einen starken Gegenwind gegenüber frauenfördernde Gesetzesreformen besonders im Bereich „sexuelle und reproduktive Rechte“. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Diesbezüglich ist Honduras im lateinamerikanischen Raum jedoch kein Einzelfall. Mohanty, Russo und Torres nennen die katholische Kirche als eine der wichtigsten Interessengruppen gegen Geburtenkontrolle bzw. Empfängnisverhütung und stellen am Beispiel Brasiliens fest, dass sogar der fortschrittliche Flügel der Kirche konservativ in Bezug auf Themen sei, welche die Autorität der Kirche über das Private herausfordern (Sexualität, Fortpflanzung und Frauenrechte). (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:155) Wie Herrmansdorfer (CDM) bemerkte, gäbe es nun einmal große Unterschiede zwischen Lateinamerika und Europa. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Honduras und andere Länder hätten aber den Vorteil, dass es nun Beispiele und Regierungsverpflichtungen (durch internationale Verträge) gäbe. (vgl. ebd.) Trotzdem konnte in Honduras 2007 die Einführung von Büchern zur Sexualaufklärung in Schulen durch den starken politischen und wirtschaftlichen Einfluss konservativer Kräfte verhindert werden. (vgl. ebd. & Interview vom 23.05.2011, Gütschow, DED) Bei den *Manuales de Educación Sexual* handle es sich um Handbücher für Lehrer und SchülerInnen, in denen auch die Geschlechtsteile dargestellt würden. (vgl. ebd.) Die Einsetzung dieser Bücher im Unterricht sei vor allem an einer speziellen Frau im Parlament, Martha Lorena de Casco (die der kirchlichen Organisation Opus Dei nahe stehe) verhindert worden, was angesichts der hohen Schwangerschaftsquote bei jungen Mädchen in Honduras schwer verständlich sei. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Die Rate der Schwangerschaft unter jugendlichen Mädchen sei eine der höchsten in Lateinamerika bzw. die höchste in Mittelamerika. (vgl. ebd. & CDM, 2007) Mittlerweile seien die Handbücher zwar immerhin im Parlament verabschiedet worden, nachdem

Frauenorganisationen wie CDM und CEM-H sich intensiv dafür eingesetzt und die politische Konstellation sich etwas verändert hatte, jedoch seien sie noch immer nicht an den Schulen verteilt worden. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Auch in Bezug auf das Verbot der Abtreibung und an dem noch immer umkämpften Versuch, die sogenannte „Pille danach“ endgültig gesetzmäßig zu erlauben wird der fundamentalistische Einfluss deutlich. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) *Honduras Human Rights* hält fest: „*[The] decree by the de facto authorities criminalizing the use of emergency contraception remained in place, despite its negative impact on women and girls whose contraceptive method failed or who were at risk of pregnancy resulting from sexual coercion.*“ (Honduras Human Rights, 2011) Kennedy beschrieb, dass es seit Beginn der Frauenbewegung im Thema „reproduktive und sexuelle Rechte“ Uneinigkeit mit den Politikerinnen gegeben habe, während diese gerne mit Feministinnen im Bereich „Gewalt gegen Frauen“ zusammengearbeitet hätten. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) In den letzten Jahren habe es einige direkte Konflikte mit PolitikerInnen bezüglich der Themen Abtreibung und PAE gegeben. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) So wurde eine Mitarbeiterin von COFEMUN im Mai 2009 aufgrund der angeblichen Verletzung der Privatsphäre der Parlamentarierin Martha Lorena Alvarado angeklagt. Dieser war von COFEMUN vorgeworfen worden, gegen Frauenrechte zu sein und eine Inquisition gegen Feministinnen zu führen. (vgl. Honduras Human Rights, 2010a) Das Recht der Frau, unabhängig zu entscheiden, ob sie ein Kind austragen möchte oder nicht, war eine zentrale Forderung der zweiten Welle der westlichen Frauenbewegung und die Lockerung des Abtreibungsgesetzes einer ihrer sichtbarsten Erfolge. (vgl. Krause, 2003:291) Die honduranische Frauenbewegung scheint bezüglich dieser Forderung festzustecken. Doch nicht nur die PAE sei ein Zeichen für den politischen Rückschritt, auch der Zugang zur regulären Pille und anderen Verhütungsmethoden wie dem Kondom verschlechterte sich, was angesichts der HIV/Aids Problematik in Honduras dramatisch sei. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Kennedy folgerte, dass eine Zeit des Rückschritts in Honduras angebrochen sei, in der bestehende Gesetze verteidigt werden müssten. (vgl. ebd.)

Bezüglich der genannten Missstände sind Frauenorganisationen und Feministinnen sich größtenteils einig und haben deshalb den Kontakt zum INAM und anderen Staatsinstitutionen seit dem Putsch 2009 abgebrochen. (vgl. Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM) Die Folgen des Putsches werden von den meisten Frauen der Bewegung als Herausforderungen wahrgenommen. Kennedy stellte fest, es gäbe ein „Vor“ und ein „Nach“ dem 28.06.2009. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Vor dem 28. Juni sei es noch möglich gewesen, Reformen voranzubringen, doch nach diesem Datum erscheine es ausgeschlossen, Frauenrechte weiter fördern oder gar den

aktuellen Stand halten zu können. (vgl. ebd.) Darüber hinaus sei es mittlerweile eine Herausforderung, ein Lokal für ein feministisches Event zu finden oder Artikel in Zeitungen zu veröffentlichen, ohne dass diese zensiert würden. (vgl. ebd. & Interview vom 12.05.2011, Rosales) Zúniga meinte, dass der Staatsstreich nicht nur das ganze Land geteilt, sondern die Abschottung von der restlichen Welt darüber hinaus schwere Folgen im Bereich der internationalen Kooperation mit anderen Ländern mit sich gebracht habe. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Die Menschenrechtsverletzungen an Frauen (s. Kapitel 3.1.3) und die steigende Zahl der *Femicidios* werden von den Feministinnen ebenfalls im Kontext der Ereignisse um den Putsch interpretiert. Viele sprachen somit von einer risikoreichen Zeit der Verfolgung und Überwachung, in der die Polizei keinen Schutz mehr biete, sondern im Gegenteil zusammen mit dem Militär zu einem Akteur der Repression geworden sei. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H; vom 12.05.2011, Rosales; vom 25.05.2011, Sánchez & vom 28.04.2011, ENMUNEH)

3.2.8 Der honduranische Feminismus – Kategorisierung?

Die Frage, welche Art von Feminismus in Honduras verbreitet ist, ist nicht leicht zu beantworten. So ist zunächst festzuhalten, dass es natürlich auch in Honduras nicht nur einen, sondern verschiedene Feminismen gibt und eine Bandbreite verschiedener feministischer Organisationen, einzelner Feministinnen und Frauenorganisationen mit feministischen Ansätzen. Einige Organisationen sind sehr abhängig von internationaler Finanzierung, ein Teil bedauert dies und versucht, diese Abhängigkeit zu reduzieren, wieder andere haben es bereits geschafft, ihre Organisation größtenteils selbstständig zu erhalten und Organisationen wie ENMUNEH bestehen größtenteils aus freiwilligen Mitarbeiterinnen, wünschen sich jedoch mehr Unterstützung. Darüber hinaus ist die honduranische feministische Bewegung – wie verschiedene Befragte bestätigten – in ihrer Entwicklung nicht mit dem westlichen Feminismus (Drei-Phasen-Modell) gleichzusetzen. Herrmansdorfer (CDM) sprach von unterschiedlichen (gesellschaftlichen) Realitäten in Europa und Lateinamerika, verwies aber auch auf den Vorteil, sich heute auf verschiedene internationale Verträge berufen zu können.

Ein Faktor, der auf einen Differenzfeminismus hinweist, ist die Implementierung der Quotenregelung für die politische Beteiligung von Frauen, die zumindest im westlichen Feminismus von Vertreterinnen eines Differenzansatzes durch die Betonung biologischer Unterschiede und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit der Repräsentation beider Geschlechter propagiert wurde. (vgl. Kapitel 2.3.2) Zumindest unter den Politikerinnen, die sich als Expertinnen für Frauen und *gender* verstehen, ließ sich dieser Ansatz auch feststellen: „*Wir sind*

gleich, weil wir alle Menschen sind, aber wir sind nicht gleich bezüglich unserer Lebensumstände. Als Frau habe ich andere Eigenschaften. Deshalb brauchen wir eine Quote.“ (Interview vom 11.05.2011, Estrada) Ein weiterer Anhaltspunkt ist die Konzentration der feministischen Organisationen auf das Thema häusliche Gewalt und dabei vor allem auf männliche Gewalt. Hier wird die Frau immer wieder als das „schwache Geschlecht“ kategorisiert, während derartige Stereotype gleichzeitig als gesellschaftliches und kulturelles Problem kritisiert und verurteilt werden. So führt die Feststellung der *gender*-Unterdrückung Puerto Gómez zu einer Kritik an der Kultur, die das Weibliche als untergeordnet und passiv beschreibt und das Männliche mit Kraft und Macht assoziiert. (vgl. ebd.:23) Diese Form der Kultur sei in Gesellschaften zu finden, die von Machismus geprägt seien, der sich in körperlicher, psychologischer Gewalt und materieller Kontrolle der Frau ausdrücke. (vgl. ebd.:23) Auch Herrmansdofer sprach von einer machistischen Kultur der Unterdrückung und einem bewussten Gesellschaftsentwurf, der dafür Sorge, dass Frauen in dieser Unterdrückung unter der Herrschaft des Mannes festgehalten würden. (vgl. Interview vom 04.05.2011, CDM) So arbeiten die Feministinnen schließlich selbst in dieser Linie mit und konstruieren die Frauen nicht als politische Akteure, sondern allein als Opfer. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Dieser Ansatz der Viktimisierung werde auf akademischer Ebene weiter reproduziert, stellt Sosa fest. So werde in den Universitätskursen teilweise von *gender*-Ungleichheiten in der Universität gesprochen und noch immer Zahlen aus den 1950er/60er Jahren verwendet, als die Frauen tatsächlich noch weniger Möglichkeiten hatten, zu studieren oder die Schule zu besuchen. Wenn die StudentInnen sich dann umschaute in Klassen mit über 50% Frauen, dann verliere der ganze feministische Diskurs an Glaubwürdigkeit. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Auch das Gesetz gegen häusliche Gewalt spiegelt das Bild der Frau als Opfer wieder. Taucht der Mann als Opfer immerhin in einem Unterkapitel auf, so finden sich unter den Sicherheitsmaßnahmen in Bezug auf Frauen als Aggressorinnen nicht die Sicherstellung von Waffen o.ä. wie im umgekehrten Fall. (siehe Kapitel 2.3.6) Dies suggeriert, dass Frauen ein Waffenbesitz nicht zugetraut wird. Sosa kritisierte, dass jeglicher Vorschlag einer Gesetzesänderung wieder auf der Perspektive der Viktimisierung und Unfähigkeit der Frau aufgebaut werde. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Dies betreffe nicht nur die Feministinnen, sondern auch die weiblichen Abgeordneten, die in erster Linie von Frauen in Dörfern sprechen, welche ihre Stimme nicht allein erheben könnten und von Opfern der Gewalt, denen man Schutzhäuser etc. zur Verfügung stellen müsse. (vgl. Interview vom 11.05.2011, Abgeordnete der PL) Selbst nehmen die Politikerinnen sich sehr wohl als eigenständige Akteure wahr, die sich selbst verwirklicht haben: „Wir sind keine Opfer, wir sind alle Führungspersonen“, verkündete eine Abgeordnete. (vgl. ebd.) Auch die Feministinnen arbeiten mit diesem Diskurs, obwohl es ihnen selbst nicht an

Selbstbewusstsein zu mangeln scheint. Warum also spielt die Viktimisierung eine solche Rolle?

Auch wenn die geschlechtsbezogene Gewalt nicht die einzige Form der Menschenrechtsverletzung an Frauen sei, sei sie am *gender*-Aspekt gemessen doch die deutlichste. (vgl. Puerto Gómez, 2002:18) Gewalt wird von den Feministinnen als eines der Instrumente zur Durchsetzung der patriarchalen Vormacht verstanden, welches zur strukturellen Erhaltung des Status Quo beitrage. (vgl. ebd.:17) Die häusliche Gewalt z.B. in Form eines Faustschlages sei als Symptom der patriarchalen Kultur nicht nur eine körperliche Äußerung, sondern eine Äußerung der Macht über die Frau und des Rechts auf Herrschaft und Kontrolle. (vgl. ebd.:22) Mendoza analysiert, dass die honduranischen Feministinnen sich einfach dazu entschieden haben, ihre feministische Politik auf der Annahme aufzubauen, dass Frauen Opfer männlicher Gewalt seien und dass die Gesellschaft dafür verantwortlich sei, dieser ein Ende zu setzen. (vgl. Mendoza, 1996:149) Abgesehen davon wird aber auch deutlich, dass das Thema „Gewalt gegen Frauen“ die meisten Organisationen der Bewegung in Honduras zusammenbringt. Herrmansdorfer bestätigte, dass kaum eine Frau etwas gegen das Thema „häusliche Gewalt“ einzuwenden habe. (vgl. Interview vom 04.05.2011, CDM) Der Fokus auf männliche Gewalt und Viktimisierung der Frau ist also gewissermaßen der Weg des geringsten Widerstandes für die Feministinnen, auch wenn nicht vergessen werden darf, dass in den 1990er Jahren viele Kämpfe ausgetragen wurden. Sosa bezweifelt jedoch, dass weitere Fortschritte in der Politik erreicht werden können, wenn die Frau nicht endlich auch als politische Figur mit Fähigkeiten konstruiert werde. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa)

Neben dem Bewusstsein einer *gender*-Unterdrückung herrscht unter einigen Feministinnen auch ein Bewusstsein über die im Black Feminism und im postkolonialen Feminismus angesprochene doppelte Unterdrückung farbiger Frauen. So spricht Puerto Gómez von der „*discriminación racial*“ gegenüber *Garifunas* oder indigenen Gruppen, die dadurch „doppelt isoliert“ seien. (vgl. Puerto Gómez, 2002:28) ENMUNEH erklärte, dass sich ihr Fokus durch die Konferenz in Beijing diesbezüglich konkretisiert habe, als ihnen klar wurde, dass sie als indigene und *Garifuna*-Frauenorganisationen andere Weltanschauungen und Visionen hätten und auch in einem anderen Umfeld lebten. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Mendoza scheint der postkolonialen feministischen Kritik ebenfalls nahestehen und beschäftigt sich in ihrer Forschung viel mit Machtbeziehungen zwischen Frauen verschiedener sozialer Niveaus. Sie stellt auch fest, dass der „importierte“ Feminismus die Sorge über wirtschaftliche Probleme und Imperialismus durch die Beschäftigung mit dem Thema „Unterordnung des Geschlechts“, bzw. *gender* ausgetauscht hat. (vgl. Mendoza, 1996:143) Aus diesem Grund hätten Frauen, die in linken Organisationen oder Gewerkschaften involviert seien, auch oft das Gefühl, dass sich die hier thematisierten Probleme

nicht mit Frauenthemen vereinbaren ließen. (vgl. ebd.:145) Eine Kapitalismuskritik war in den durchgeführten Interviews tatsächlich nicht als Priorität der meisten Frauen- und feministischen Organisationen festzustellen, wohl aber bei Feministinnen wie Sara Rosales, die bewusst nicht nur mit Feministinnen zusammenarbeiten wollen, sondern mit allen Frauen im Land. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Doch auch die meisten feministischen Organisationen engagieren sich in der FNRP, sodass Sozial-, Wirtschafts- und feministische Kritik zusammenkommen und eventuell ein Prozess der Veränderung eingeleitet wird.

Angesichts der Trennung zwischen MeR und FeR muss Mohantys Feststellung bestätigt werden: Nicht alle Kämpfe von Frauen in der Dritten Welt sind automatisch feministisch. (vgl. Mohanty/Russo/Torres, 1991:3) Trotzdem liegen dem Ansatz von Rosales feministische Denkstrukturen zugrunde und sie verfolgt ein *Empowerment* der Frau, wenn auch nicht auf so offensiven Wegen wie die FeR. Über die FNRP haben sich die meisten Aktivistinnen in Honduras interessanterweise von einem professionell-technischen und politischen Ansatz zur Erreichung einer Ermächtigung abgewendet und verfolgen stattdessen einen counter-cultural-Ansatz, den Antrobus als besonders bedeutend beschreibt, da er Frauen unterschiedlicher Backgrounds zusammenarbeiten lässt und zu einem Verständnis von „power within“ als Art von Macht beiträgt. (s. Kapitel 2.5.7)

Bevor es nun zu einer Analyse der verschiedenen Plattformen der Ermächtigung kommt, geht es zunächst um die Präsenz und den Einfluss der internationalen EZA in Honduras, die Selbstsicht, sowie gegenseitige Kritik der drei Akteure „Politik“, „EZA“ und „Frauen- und feministische Bewegung“.

3.3 Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit in Honduras

3.3.1 Akteure der EZA in Honduras

Viele verschiedene Geber sind in Honduras präsent. Nach den schwerwiegenden Folgen des Hurrikans Mitch 1998 formierte sich die internationale Gemeinschaft im Dezember des selben Jahres im Hauptsitz der BID in Washington als Beratergruppe der wichtigsten staatlichen Entwicklungsagenturen zur Rekonstruktion und Transformation Mittelamerikas. (vgl. G-16 Honduras, 2011) Zunächst gehörten lediglich fünf Länder der Gruppe an – Deutschland, Kanada, Spanien, die USA und Schweden – mittlerweile haben sich der so genannten G-16 außerdem noch die bilateralen Geber Japan, Italien, Holland, Großbritannien, Frankreich und die Schweiz sowie die multilateralen Geber Weltbank, BCIE, BID, IMF, UNDP und die EU angeschlossen. (vgl. ebd.) Der Online-Datenbank AidFlows zufolge sind gemessen an den *Official Development Aid* (ODA)-

Zahlungen die fünf größten bilateralen Geber seit 2005 die USA, Spanien, Japan, Deutschland und Kanada gewesen. (vgl. AidFlows, 2011) Die Geber mit dem größten Volumina sind jedoch eindeutig die multilateralen Institutionen, die demnach auch ein viel größeres Gewicht vor Ort haben, wie der Direktor der KfW betont. (vgl. Interview vom 03.05.2011, KfW)

Von den Frauen- und feministischen Organisationen wurden als Förderer am häufigsten die spanische AECID, die kanadische *Canadian International Development Agency* (CIDA) und die schwedische *Swedish International Development Cooperation Agency* (SIDA) erwähnt. Die schwedische EZA hat sich jedoch mit Ende des Jahres 2010 aus Honduras zurückgezogen. Die internationale Beraterin in Entwicklungsfragen und Frauenrechte, Margarita Puerto Gómez, hebt Schwedens Unterstützung für das INAM hervor. So hat die SIDA maßgeblich an deren institutionellen Aufbau mitgewirkt. (vgl. Puerto Gómez/Schulz, 2009:2) Gómez und Schulz bezeichnen die restliche Gebergemeinschaft als „*rather conservative*“ und gehen davon aus, dass es ihr in der Zukunft an neuen Ideen und institutionellen Verpflichtungen zu „*aid effectiveness*“ fehlen wird. Dementsprechend sehen sie keinen passenden Geber, der die SIDA in Honduras ersetzen könnte. (vgl. ebd.:2)

Da die deutschen Kooperationspartner, wie im Kapitel 2.6.3 erwähnt, die einzigen waren, die auf Interviewanfragen reagiert haben, wird ihre Arbeit im Folgenden etwas detaillierter beschrieben.

Angaben des *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) zufolge arbeiten Deutschland und Honduras bereits seit 50 Jahren entwicklungspolitisch zusammen. (vgl. BMZ, 2011a) Eine große Änderung, die mit Beginn des Jahres 2011 erfolgt ist, war die Zusammenführung der Kompetenzen der drei wesentlichen Akteure der deutschen technischen Zusammenarbeit, nämlich der *Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit* (GTZ), des *DED* und *Inwent* zur *Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (GIZ). (vgl. GTZ, 2011) In Honduras selbst war diese Fusion zur Zeit der empirischen Forschung für Außenstehende noch nicht wirklich wahrzunehmen. Die GTZ und der DED hatten weiterhin getrennte Büros und *Inwent* besitzt ohnehin lediglich ein regionales Büro in Nicaragua. (Interview vom 06.05.2011, Münch, GIZ) Auf die Frage, ob die Zusammenführung mit der Kürzung von staatlicher Ausgaben für EZA zu tun habe, antwortete Katrin Gütschow, ehemalige Angestellte des DED und aktuell Angestellte der KfW-Entwicklungsbank, man habe auf politischer Ebene einfach mehr Effizienz gewollt. (vgl. Interview vom 23.05.2011, Gütschow) Ein Argument, welches sie selbst nicht nachvollziehen könne, habe mit der Außendarstellung zu tun. So sei es für den Partner angeblich schwierig gewesen, dass es so viele technische Instrumente der deutschen EZA gegeben habe. Sie selbst habe dies aber eigentlich nie so erlebt, weil der DED ganz klar mit einer ganz anderen

Zielgruppe gearbeitet habe – nämlich mit der Zivilgesellschaft. (vgl. ebd.)

Eine Sonderrolle nimmt Deutschland durch die Präsenz politischer Stiftungen in Ländern der „Dritten Welt“ ein. (vgl. Interview vom 23.05.2011, Schützhofer, KfW & Interview vom 06.05.2011, Reyes, FES) In Honduras sind die CDU-nahe *Konrad Adenauer Stiftung (KAS)*, die FDP-nahe *Friedrich Naumann Stiftung (FNS)*, sowie die SPD-nahe *Friedrich Ebert Stiftung (FES)* vertreten. Diese politischen Stiftungen haben laut deutscher Verfassung eine bildungs- bzw. entwicklungspolitische Aufgabe und werden demnach finanziell von der Bundesregierung bzw. dem BMZ unterstützt. (vgl. BMZ, 2011b & Interview vom 06.05.2011, Reyes, FES) Das BMZ betont, dass die Stiftungen nicht im Auftrag der Bundesregierung handeln, sondern lediglich mit ihrer Zustimmung. (vgl. BMZ, 2011b) Die honduranische Koordinatorin der FES in Honduras, Jennifer Reyes, erklärt, dass die drei politischen Stiftungen jede mit einem anderen honduranischen Partner zusammenarbeiten. So arbeite die KAS, die erst 2010 nach Honduras gekommen sei, mit der PN und die FNS mit der PL. (vgl. Interview vom 06.05.2011, FES) Es fehlten die *Rosa Luxemburg* oder die *Heinrich Böll Stiftung*, denn die KAS und die FNS seien eher rechts gerichtet, während allein die FES links gerichtet sei und als einzige auch mit NGOs zusammen arbeite. (vgl. ebd.)

Die zwei Hauptschwerpunkte der deutschen EZA sind die zwei Bereiche Bildung und Umwelt- und Ressourcenschutz, in denen die GIZ (technische Zusammenarbeit) und die KfW-Entwicklungsbank (finanzielle Zusammenarbeit) gemeinsam arbeiten. (vgl. BMZ, 2011a) Bis 2010 war ein dritter Schwerpunkt in Honduras die Wirtschaftsförderung kleiner und mittlerer Unternehmen über das Programm *PROMYPE*. (vgl. Interview vom 03.05.2011, Schützhofer, KfW & Interview vom 06.05.2011, Münch, GIZ)

Im Bereich Bildung arbeitet die deutsche EZA mit dem honduranischen Bildungsministerium zusammen. (vgl. Interview vom 03.05.2011, Schützhofer, KfW) Das deutsche Programm, welches über Vorfinanzierung zusammen mit Partnern wie Kanada, Spanien und der EU eine honduranische Strategie unterstützt, nennt sich *PROEFA* und stützt sich auf den im Jahre 2002 begonnenen Aktionsplan „*Education for All*“ der gleichnamigen Weltkonferenz in Dakar (2000), welcher das Bildungssystem im Sinne der Erreichung der MDGs so ausbauen will, dass alle Kinder in Honduras mindestens sechs Jahre zur Schule gehen können. (vgl. BMZ, 2011a & Randzio-Plath, 2004:77) Im Bereich Umwelt sind die honduranischen Partner das Umweltministerium und das Forstministerium. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Münch) *PRORENA* ist seit 2008 ein Programm mit drei regionalen Teilen in verschiedenen Zonen des Landes und einem Politikbereich. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Münch, GIZ)

Auf die Frage danach, inwiefern die honduranischen Partner an der Entwicklung der Projekte

beteiligt sind, antwortete Schützhofer, dass diese zusammen entwickelt würden. (vgl. Interview vom 03.05.2011, Schützhofer, KfW) Im Idealfall sei es zwar so, dass der Partner ein Programm vorlege, wo man nur noch sagen müsse „Ja, das können wir so finanzieren“, dies sei allerdings selten der Fall. So werde bei den Regierungsverhandlungen meist ein Plan von der honduranischen Seite vorgestellt, der schon mit den deutschen Partnern vordiskutiert worden sei. Anschließend werde dann zusammen mit den Partnern in einzelnen Arbeitssitzungen ausgearbeitet, wie der Plan konkret umzusetzen sei, was die Ziele seien, mit welchen nationalen Partnern zusammengearbeitet werde, etc., denn es müsse ja alles entwicklungspolitisch dokumentiert sein. (vgl. ebd.) Generell sind die Befragten der Ansicht, dass sich das Prinzip der „Partizipation“ sehr verbessert hat. (vgl. ebd. & Interview vom 06.05.2011, Münch, GIZ) Schützhofer stellt jedoch auch klar: *„Natürlich [ist] unsere Rolle als Geber [...] einerseits zu mahnen, dass man sozusagen die Anstrengungen fortsetzt, andererseits aber dort auch zu unterstützen, wenn man merkt dass die Regierung da entsprechende Anstrengungen unternimmt.“* (Interview vom 03.05.2011, Schützhofer, KfW)

3.3.2 Frauen&gender in der Arbeit der Geber aus eigener Sicht

Eine wichtige Plattform des Austausches für die Geber der G-16, die auf irgendeine Weise im Bereich *gender* arbeiten, ist der „gender-Rundtisch“ *Mesa Interagencial de Genero (MIG)*. Seit 2003 treffen sich die jeweiligen *gender*-Beauftragten der 14 teilnehmenden EZA-Institutionen monatlich und besprechen und koordinieren ihre Arbeit. (vgl. Sosa Ferrari/Sánchez Lam, 2006:9 & Interview vom 13.05.2011, Hernández, EU) Dabei würde nicht monatlich jedeR erscheinen, es gäbe aber immer eine Präsenz von acht bis zehn Personen. (vgl. Interview vom 13.05.2011, Hernández, EU) Die Leitung des MIG rotiert halbjährlich. Von Januar bis Juni 2011 und somit auch zur Zeit der empirischen Forschung, hatte die EU-Delegation in Honduras mit der *gender*-Beauftragten Melva Hernández den Vorsitz, mit der aus diesem Grund auch ein Interview geführt wurde. Sie erklärt, dass die Leitung des MIG generell freiwillig und in ihrem Fall eine strategische Entscheidung gewesen sei, da die EU-Delegation zugleich auch die temporäre Leitung der G-16 übernommen habe. Während alle Geber *gender* als transversales Thema verstünden, gäbe es auch einige, die zusätzlich punktuelle Projekte speziell für Frauen durchführten. Der Auszug Schwedens werde auch beim MIG als eine sehr grundlegende Veränderung wahrgenommen. So sei diskutiert worden, welche Möglichkeiten die anderen Geber hätten, diese Lücke zu füllen. In einigen Aspekten habe AECID nun die Leitung übernommen, könne Schweden aber nicht ersetzen. (vgl. ebd.)

Als zentrales Arbeitsthema identifizierte der MIG bereits in seiner Gründungsphase die *Poverty Reduction Strategy (PRS)* und erkannte die Notwendigkeit, zur Positionierung der staatlichen

Institutionen und der Zivilgesellschaft im Bereich *gender* beizutragen. (vgl. Sosa Ferrari/Sánchez Lam, 2006:10) Im Januar 2011 sei es notwendig gewesen, neue strategische Ziele für die Arbeit festzumachen, da die politische Situation den Kontext verändere und zu einer Polarisierung in der Gesellschaft geführt habe und die Zivilgesellschaft die derzeitige Regierung nicht anerkenne. (vgl. Interview vom 13.05.2011, Hernández, EU) Hernández stellte jedoch klar, dass die Geber als Kooperationspartner keine Partei ergreifen können und somit „weder die Regierung, noch die Frauen“ unterstützen könnten. (vgl. ebd.) Der MIG habe Erfahrung sowohl mit der Anwesenheit von RegierungsvertreterInnen, als auch VertreterInnen der Zivilgesellschaft, wobei es zum aktuellen Zeitpunkt unmöglich sei, beide Akteure an einen Tisch zu bringen. Somit sei nun ein doppelter Arbeitsplan ausgearbeitet worden, zum Einen mit der Regierung, die bei der Implementierung des *II Plan de Género* unterstützt werden soll, und zum Anderen mit den Frauenbewegung, deren Kapazitäten zur Förderung ihrer Rechte gestärkt werden sollen. (vgl. ebd.) Auf Regierungsebene werde in erster Linie mit dem INAM zusammengearbeitet, wohl aber auch mit anderen Ministerien und Institutionen, die den Kontakt suchen, wie der *Fiscalia de la Mujer* oder das Planungsministerium SEPLAN. 2009 habe man beispielsweise auch FeR empfangen und angehört, die dem MIG ihre Forderungen vortragen wollten. (vgl. ebd.) Auf die Frage, ob es nicht möglich sei, zwischen der Regierung und den Frauenorganisationen zu vermitteln, antwortete Hernández, dies sei nicht die Aufgabe der internationalen Kooperationspartner. Man würde lediglich unterstützen und könne niemanden sagen, was er zu tun habe. Auch beurteilen könne man nicht, man sei neutral. (vgl. ebd.) Diese allgemeine Äußerung über die Haltung der Kooperationspartner scheint so nicht zu stimmen, denn die spanische AECID sieht sich auf der eigenen Website sehr wohl in der Lage zumindest festzustellen, dass das INAM auf dem Papier zwar deutliche Fortschritte nennt, diese jedoch in der Realität an der Umsetzung scheitern. (vgl. AECID, 2011) In ihrer Weigerung, eine Kritik an der Regierung oder am INAM abzugeben, blieb Hernández aber standhaft. Nicht so neutral blieb sie, als es um die Zivilgesellschaft ging: *„Das Problem der Zivilgesellschaft ist, dass sie den Aktionsplan der Regierung nicht annehmen wollen. Wie wollen sie aber die Armut bekämpfen, wenn sie sich nicht an der Regierung ausrichten? Wenn dieses Problem nicht überwunden wird, dann bemüht sich die Zivilgesellschaft weiterhin in anderen Bereichen als in denen, die der Plan de Nación umfasst.“* (Interview vom 13.05.2011, Hernández, EU)

Auf die Frage, wie ernst die Präsenz beim MIG von den einzelnen EZA-Institutionen genommen werde, antwortete Hernández, dass eine größere persönliche Verbindlichkeit festzustellen sei als bei anderen Rundtischen. (vgl. ebd.) Auf die Frage, ob sie persönlich der Ansicht sei, dass alle Geber ein ausreichendes Verständnis von *gender* hätten und in diesem Bereich auch wirklich arbeiten

würden, fühlte sich Hernández sichtlich angegriffen: „*Wir alle arbeiten im Bereich gender [...] welchen Sinn hätte sonst ein Rundtisch?! [...] Wir können gar nicht aufhören, gender zu transversalisieren. Ich habe z.B. ein Projekt im Gesundheitsbereich, wo zwangsweise Männer und Frauen dabei sind, also kann ich gar nicht sagen, dass dieses Projekt nichts mit gender zu tun hätte.*“ (Interview vom 13.05.2011, Hernández, EU)

Da Hernández nicht nur Vorsitzende des MIG war, sondern in erster Linie die *gender*-Beauftragte der EU-Delegation, konnte sie auch Fragen zur spezifischen Arbeit der EU im Bereich *gender* beantworten. Sie erklärte, dass die EU vor kurzem ihren Aktionsplan für *gender*-Gerechtigkeit aktualisiert habe, der nun für die Jahre 2010-2015 gelte und auf die Erreichung des MDG 3 (*gender*) ausgerichtet sei. (vgl. ebd.) Eines der vorgegebenen Ziele sei, dass 75% aller von der EU durchgeführten Entwicklungsprojekte *gender*-Gerechtigkeit in mindestens einem bedeutenden Ziel im Sinne der „*gender-marker*“ der OECD verfolgten. (vgl. ebd.) Der aktuelle Stand in Honduras sei ihr noch nicht bekannt, da man dazu erst eine Evaluation durchführen müsse. (vgl. ebd.) Auf die Frage hin, inwiefern denn die EU-Delegation in Honduras Organisationen der Zivilgesellschaft finanziell unterstütze, gab Hernández an, dass es derzeit fast 30 Projekte der Zivilgesellschaft mit einem finanziellen Rahmen von insgesamt € 10 Mio. gäbe. Darunter seien z.B. Projekte mit *OXFAM*, der irischen *Trócaire*, *Diakonia* und der spanischen *Auyda en Acción*. Sie erklärte, dass man zwar auch auf Lokalebene zur Antragseinreichung aufrufe, es aber normalerweise mehr strategische Allianzen zwischen europäischen und honduranischen NGOs gäbe, weil die europäischen NGOs die Vorgehensweisen der Auftragsgebung viel besser verstehen würden. (vgl. ebd.) Unter den feministischen Organisationen gäbe es aber auch ein paar, die es selber schaffen würden, die Vorgehensweise zur Antragseinreichung zu verstehen, wie CDM und CEM-H. (vgl. ebd.) Auf die Frage hin, ob es demnach für kleinere NGOs sehr schwierig sei, eine Finanzierung von der EU zu erhalten, schwächte Hernández ihre Aussage ab und meinte, dass die Antragstellung eigentlich ohnehin gar nicht kompliziert sei, wenn man den Leitfaden lese und die Anforderungen erfülle, sodass eigentlich alle einen gleichen Zugang zur Finanzierung hätten. (vgl. ebd.)

Die GTZ fördert eigenen Angaben zufolge die Bedeutung eines *gender*-Ansatzes als transversales Thema ihrer Entwicklungsvorhaben. (vgl. PROMYPE/GTZ, 2010:8) Sie gibt auf der eigenen Website an, seit 2001 eine Unternehmensstrategie zur Verankerung des Themas zu haben, die 2010 in ihrer dritten Fassung erschienen sei. (vgl. GTZ, 2011b) Ziel sei es, Frauen und Männern einen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen von Entwicklungsprojekten zu ermöglichen und diese gleichberechtigt und aktiv mitgestalten zu können. Projekte setzen auf mehreren Ebenen an, um so günstige Strukturen und Rahmenbedingungen für eine Gleichberechtigung der Geschlechter zu

schaffen. So seien Vorhaben allgemein „geschlechtergerecht“ gestaltet und zeigten positive Wirkungen auf die Gleichberechtigung der Geschlechter. (vgl. ebd.) In Honduras gibt es innerhalb der GIZ (ehemals Bereich GTZ) seit 2007 die Gruppe *Asesoría de Género* (gender-Beratung), die seit 2009 unter der Leitung der Honduranerin Claudia Figueroa steht. (vgl. Interview vom 23.05.2011, Figueroa, GIZ) Die Gruppe war im Jahr 2007 von der damaligen Direktorin Christel Weller-Molongua ins Leben gerufen worden und unterstützt u.a. das Monitoring in den Programmen der GIZ. (vgl. ebd.) Derzeit habe die Gruppe neun Mitglieder (MitarbeiterInnen aus den verschiedenen GIZ-Programmen in Honduras), davon sechs Frauen und mittlerweile sogar drei Männer, wie Figueroa stolz bemerkte. (vgl. ebd.) Ziel sei es, die Gleichheit der Geschlechter, sowohl für Frauen als auch für Männer, auf Landesebene zu fördern. (vgl. ebd.) Im Laufe des Interview stellte sich jedoch heraus, dass eine „Geschlechtergleichheit auf Landesebene“ wohl nur schwer über die tatsächliche Arbeit der Gruppe erzielt werden kann, denn wenngleich versucht wird, die Monitoring-Prozesse in den verschiedenen Programmen zu unterstützen, wird seit 2009 in erster Linie an einem internen Verhaltenskodex gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz für die MitarbeiterInnen der GIZ gearbeitet. (vgl. ebd.) JedeR neueR MitarbeiterIn müsse den Kodex kennen und lerne so, eine Belästigung zu identifizieren und zu wissen, wie richtig vorzugehen sei. Bis dato habe es noch keine Klage gegeben, doch der Kodex würde auch im ländlichen Umfeld helfen. (vgl. ebd.) Für das Jahr 2011 habe man sich zudem vorgenommen, einen Workshop zum Thema *gender* für die honduranischen Partnerinstitutionen anzubieten. (vgl. ebd.) Auf die Frage, wie denn *gender* definiert werde, antwortete die Koordinatorin: „Chancen-Gleichheit für Männer und Frauen“. (Interview vom 23.05.2011, Figueroa, GIZ) Als *Asesora de Género* der GTZ nimmt Figueroa auch an den Treffen des MIG teil. Anders als die Mehrheit der anderen Geber, wie z.B. die spanische AECID, die EU oder die UN-Organisationen, habe die GTZ aber keine Finanzierung oder ein spezialisiertes Büro für das Thema. (vgl. ebd.)

Schützhofer erklärte, dass in der deutschen EZA besonders zwischen 1998 und 2009 ein sehr großer Wert auf die Förderung von *gender*-Aspekten gelegt wurde, als Heidemarie Wieczorek-Zeul das Amt der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung inne hatte. (vgl. Interview vom 03.05.2011, Schützhofer, KfW) Unter ihrer Führung wurde auch begonnen, die *gender*-Relevanz von Programmen zu bewerten, die an der Kennung („*gender*-marker“) G0 bis G2 fest gemacht wird. (vgl. ebd.) Programme mit der Kennung G0, also „nicht *gender*-relevant“, seien unter Wieczorek-Zeul de facto nicht angenommen worden. (vgl. ebd.) Anders als Hernández ist Schützhofer nicht der Meinung, dass alle Programme automatisch eine *gender*-Bedeutung hätten und kritisiert, dass es teilweise schwierig darstellbar gewesen sei z.B. in einem Energievorhaben zu

erklären, wie hier insbesondere Frauen gefördert würden. (vgl. ebd.) So sei er froh, dass es unter dem neuen Minister Niebel wieder ein wenig mehr Flexibilität gäbe. Das würde natürlich nicht bedeuten, dass man lauter G0-Vorhaben mache, denn *gender*-Aspekte seien nun einmal im bildungspolitischen Bereich sehr wichtig und es sei auch anerkanntermaßen so, dass Frauen als Entwicklungsfaktor in Gesellschaften einfach sehr wichtig seien und gefördert gehörten. (vgl. ebd.) So seien die Erreichung der *Millenium Development Ziele* 2 und 3 (Bildung und *gender*) beim PROEFA auch ganz klare Zielvorgaben. (vgl. ebd.)

PRORENA hat Münch zufolge nur die *gender*-Kennung 1, was bedeute, dass die Chancengleichheit der Geschlechter Teil des Programms ist, aber kein Hauptziel oder Komponentenziel. (vgl. ebd.) Sie ist der Ansicht, dass der *gender*-Aspekt nicht dadurch in die EZA komme, dass man Frauen als Beraterinnen in ein Projekt schicke, sondern vielmehr dadurch, dass die verschiedenen MitarbeiterInnen darüber reflektierten und die Konzepte im Kopf hätten. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Münch, GIZ) So gäbe es zwar kein extra Dokument für jedes einzelne Programm, aber das allgemeine Unternehmenspapier gäbe die formellen Leitlinien vor und dadurch sei das Thema *gender* automatisch Teil der Programme. (vgl. ebd.) Trotzdem erkennt sie an, dass die Tatsache, dass es einen Folder zum Thema *gender* im Programm PRORENA gäbe, damit zu tun habe, dass die vorige Direktorin eine Frau war und auch die Hälfte der Mitarbeiterschaft weiblich war. (vgl. ebd.) Münch erklärt, dass an der Arbeit im Bereich Wald häufig mehr Männer beteiligt seien, die GTZ jedoch versuche, Frauen als wichtige Mitglieder einer Gemeinde oder Gemeinschaft mit einzubinden. (vgl. ebd.) Als Beispiel erwähnt sie einen der Erfolge, die auch die AutorInnen des Folders anführen: Hier habe eine Gruppe von Frauen in der Biosphäre Río Plátano, die früher lediglich als Köchinnen in den Lagern tätig waren, im Laufe des Projekts ein eigenes Komitee innerhalb der männlich-dominierten Kooperative gegründet und selbst begonnen, Produkte wie Mehl aus der Nuss des Maya-Baums herzustellen und zu verkaufen. (vgl. GTZ, 2008) Im Beratungsprozess, so stellen die AutorInnen fest, ist das Interesse der Frauen, sich in verschiedenen männlich-dominierten Bereichen einzubringen, immer mehr gestiegen. (vgl. ebd.) Auf die Frage, ob sich die Frauengruppe tatsächlich durch die Arbeit der GTZ geformt habe, antwortete Münch, dass dies immer schwer zu sagen sei, was schon vorher dagewesen sei und was nicht. (vgl. Interview vom 06.05.2011, GIZ) Festzustellen sei aber eine Entwicklung bei den Frauen auf individueller Ebene, da diese bezüglich Management und Vermarktung sehr viel gelernt hätten. Die Frage, ob es sich also um ein *Empowerment* handle, bejahte Münch. (vgl. ebd.)

Im PRORENA-Projekt in der Region Olancho sei es eine besondere Herausforderung gewesen, Frauen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, weil Frauen dort sehr zurückhaltend seien und

überhaupt nicht aus eigenen Stücken an einem Workshop teilnehmen würden. (vgl. Interview vom 06.05.2011, GIZ) Um Frauen dennoch zu integrieren wurde ein Treffen ohne die Männer organisiert, wobei darauf geachtet wurde, dass dies zu einer Zeit stattfand, die zum Tagesablauf der Frauen bezüglich ihrer häuslichen Aufgaben, wie z.B. das Essen vorbereiten, passte. (vgl. ebd.) Es wurden Fortbildungen durchgeführt, in denen Frauen in Olancho über ihre Rechte und Möglichkeiten aufgeklärt wurden. Mittlerweile gäbe es z.B. eine Produzentinnengruppe, die Kekse und Brot backe und verkaufe und die Administration einem Mann übertragen habe, wie Münch betont. (vgl. ebd.) Insgesamt würden derartige Prozesse, die auch auf die Veränderung von Denkstrukturen abzielen, aber nur sehr langsam vorangehen: *„So ein Mensch, egal ob Mann oder Frau, der wird halt durch die Erziehung in gewisse Rollen [gebracht] und wenn man die dann trifft in so einem Projekt und die sind [schon] 35 [Jahre alt], dann geht das nicht von heute auf morgen.“* (Interview vom 06.05.2011, Münch, GIZ)

Die politischen Stiftungen FNS und FES engagieren sich in Honduras beide u.a. in der Ausbildung von jungen Menschen bis 35 (aus politischen Parteien und/oder der Zivilgesellschaft) und führen mit ihnen Workshops zu Themen wie politische Ideologien, Menschenrechte, Umwelt, Wirtschaft etc. durch. Die Frage, ob zu den Workshops auch NGOs eingeladen würden, um z.B. über Menschenrechte zu sprechen, verneinte die Koordinatorin der FNS, Rosbinda Sabillón, und erklärt, dass man nicht mit der allgemeinen Bevölkerung arbeiten würde, sondern mit einer Elite. (vgl. Interview vom 09.05.2011, Sabillón, FNS) Die FES lädt hingegen zu verschiedenen Themen RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft ein, darunter für die Behandlung des Themas „Maskulinität“ sogar eine NGO homosexueller Männer, was immer sehr zur Dynamik des Workshops beitrage. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Reyes, FES) Während in jedem Workshop der FES eine *gender*-Analyse zum jeweiligen Thema (z.B. Arbeitsmarktsituation) durchgeführt werde, spielt *gender* in den Workshops der FNS keine Rolle, vielmehr weist die Koordinatorin Sabillón ein komplettes Desinteresse in diesem Bereich auf. (vgl. ebd. & Interview vom 09.05.2011, Sabillón, FNS) Von einer Frauenquote halte sie nichts, denn Frauen, die wirklich Interesse an der Politik hätten, würden auch schon irgendwie ihre Chance bekommen. (vgl. Interview vom 09.05.2011, Sabillón, FNS) Von *Femicidios* habe sie keine Ahnung und die Frauen der *Liberalen Partei* würden sich auch vielmehr auf Themen konzentrieren wie Familie etc. (vgl. ebd.) Mit der Frauenbewegung habe sie erst recht nichts zu tun und auf die Frage, was die Frauenbewegung in Honduras denn erreicht habe, sagte Sabillón, sie sehe keine nennenswerten Erfolge. (vgl. ebd.) Darüber hinaus erklärte sie, es fehle an Frauen, die an der Macht seien und es gleichzeitig verstünden, eine gute Mutter zu sein. Frauen seien ehrlicher, anständiger, würden sich einer Sache mehr widmen und

seien als Mütter auch dazu in der Lage, mehrere Dinge gleichzeitig zu meistern. Lächerlich einfach sei es hingegen, eine Feministin zu sein, die nie geheiratet habe und nur ihren Frust auslebe. (vgl. ebd.) Reyes betonte hingegen, dass sich unter den eingeladenen NGOs auch die feministischen Organisationen CEM-H und CDM befänden, die im Workshop ihre Diskurse hervorbrächten und aktuell befände sich unter den TeilnehmerInnen die Tochter von Herrmansdorfer (CDM), die selbst deklarierte Feministin sei. (vgl. Interview vom 06.05.2011, FES) Abgesehen von der Jugendarbeit arbeitet die FES außerdem mit den kleinen politischen Parteien in Honduras, PNUD und UD, sowie aktuell mit der Widerstandsbewegung FNRP. Während die KAS und die FNS in der Widerstandsbewegung einen „Feind“ sähen, entdeckte sie ein neues soziales Bewusstsein und eine neue Akzeptanz für Diversität. (vgl. ebd.)

Abgesehen von der FNS ist *gender* also tatsächlich bei allen besuchten Institutionen der deutschen EZA ein Thema. Doch ist das ein Erfolg? Vielerorts wird heutzutage von KritikerInnen befürchtet, dass *Gender-Mainstreaming* das Ende von Gleichstellungsmaßnahmen für Frauen bedeutet, weil Frauenförderpolitik zugunsten von *Gender-Mainstreaming* aufgegeben wird. (vgl. Krause, 2003:320) Als Beispiele für dieses Phänomen nennt Krause Kürzungen bzw. Aufhebungen von Maßnahmen, Budgets, Stellen und ganzen Ministerien mit der Begründung, dass Frauenpolitik fortan im *Gender-Mainstreaming*-Prozess weiterentwickelt werde. (vgl. Krause, 2003:320) Dieses Phänomen zeigt sich nicht in den honduranischen Staatsorganen, wohl aber am Beispiel der deutschen EZA. Kerner beschreibt den Prozess des Wandels von Frauenförderung zu *gender*-Ansätzen auf Ebene des BMZ und stellt fest, dass Frauenförderung unter der Berücksichtigung von Fraueninteressen ab den 1980er Jahren zu der Berücksichtigung von Geschlechterverhältnissen wurde. (vgl. Kerner, 1999:9-10) Im Interview mit der ehemaligen DED-Angestellten Katrin Gütschow wurde deutlich, wie sehr sich der Fokus der GIZ in den letzten Jahren verändert hat, bzw. durch die Fusion wohlmöglich auch weiterhin verändern wird. So war *gender* zwar schon zu ihrer Zeit beim DED ein transversales Thema, zugleich sei aber seit Beginn des DED auch die Stärkung von Frauenorganisationen immer ein wichtiges Thema gewesen. (vgl. Interview vom 23.05.2011, Gütschow) Damals sei es noch nicht so reglementiert gewesen wie heute, wo es drei bzw. inzwischen nur noch zwei Schwerpunkte gäbe, sondern es sei ein bisschen flexibler für den DED gewesen, erklärt Gütschow. (vgl. ebd.) Als sie 2004 bis 2007 Koordinatorin für den Bereich „Förderung der Zivilgesellschaft“ im DED war, gab es das Thema „Gender und Frauenförderung“ noch, obwohl bereits begonnen wurde, die GTZ und den DED inhaltlich näher zusammenzubringen. (vgl. ebd.) Die Instrumente, die dem DED zur Verfügung gestanden hätten, seien „Selbsthilfeinitiativen“, „einheimische Fachkräfte“ und „Stärkung einheimischer

Organisationen“ gewesen und die Frauen- und feministischen Organisationen hätten davon sehr profitiert. So seien CDM und CEM-H beide für mehrere Jahre Partnerorganisationen gewesen (CDM sogar für ganze sieben Jahre), sowohl finanziell als auch durch Entwicklungshelferinnen in den Organisationen selbst und auch ENMUNEH habe Gelder vom DED bekommen. (vgl. ebd.) Insgesamt seien sehr viele Initiativen und Organisationen vom DED gefördert und gestärkt worden, so dass der DED damals einen sehr positiven Beitrag geleistet habe. (vgl. ebd.) Das Instrument „Einheimische Fachkräfte“ gäbe es auch heute noch, bezüglich „Förderung einheimischer Organisationen“ sei sie sich nicht sicher, aber „Selbsthilfeinitiativen“ seien dann mit der Begründung abgeschafft worden, dass es ein ziemlicher Verwaltungsaufwand gewesen sei. (vgl. ebd.) Für die Frauenförderung habe es sich aber gerade dabei um ein sehr interessantes Instrument gehandelt, meint Gütschow, denn das wären kleine „Finanzspritzen“ von ca. DM 5.000 gewesen, die gerade kleinen, neu gegründeten Organisationen dabei helfen konnten, sich schrittweise aufzubauen, vielleicht eine Weiterbildung zu machen oder ein ganz kleines Projekt zu finanzieren. (vgl. ebd.) So habe der DED damals Fraueninitiativen in verschiedenen Teilen des Landes unterstützt, wie z.B. in La Ceiba, in der kleinen Stadt Tocoa und auch in La Esperanza, wo es ein großes Netzwerk von Frauenorganisationen gäbe. Gerade in ländlichen Gebieten hätten Frauen es noch immer viel schwieriger, im Fall von Gewalt Hilfe zu bekommen, da es kein CDM oder CEM-H gäbe. Wenn man hier mit Frauenorganisationen arbeitete, die schon längere Zeit bestünden, dann merke man, dass sich im Umkreis dieser Frauenorganisationen etwas verbessert habe. Deshalb halte sie es für sehr wichtig, dass solche Frauenorganisationen auch unterstützt würden. *Casa Luna* in Tocoa sei z.B. eine sehr politische Frauenorganisation, die auch Rechtsberatung mache und der man ein Jahr lang Weiterbildungskurse für die Frauen finanzieren konnte, die gerade im rechtlichen Bereich ausgebildet wurden. (vgl. ebd.) Über weitere Unterstützung auch von anderen Organisationen habe *Casa Luna* es später geschafft, auch ein eigenes Haus zu bauen, über das die Organisation sich letztlich selbst finanzieren wollte. (vgl. ebd.) Gerade in Tocoa bestünden viele Probleme gerade Frauen gegenüber, sagt Gütschow, doch man habe sich mit dem DED dann ganz aus Tocoa zurückziehen müssen. (vgl. ebd.) Ein weiteres Beispiel sei die Frauenkooperative COMOCAP, die damals als Selbsthilfeinitiative begonnen und inzwischen so groß geworden sei, dass sie sogar ein eigenes Haus habe. COMOCAP, die in erster Linie fair produzierten Kaffee exportiere, leiste zusätzlich teils politische Arbeit bzw. Aufklärungsarbeit bezüglich Arbeitsrechte. (vgl. ebd.) Heute sei es schwieriger, die Unterstützung derartiger Kleinprojekte zu rechtfertigen. Es sei vielmehr so, dass man eine Entwicklungsmaßnahme habe und dann versuche, alle Instrumente der deutschen EZA darin unterzubringen. (vgl. ebd.) In dem Prozess der inhaltlichen Annäherung an die GTZ musste der DED verschiedene Bereiche bereits neu formulieren und neu organisieren und

konnte nicht mehr so deutlich im Bereich Frauenförderung arbeiten, stellt Gütschow fest. So habe man über den Bereich „Stärkung der Zivilgesellschaft“ weiter Frauenorganisationen gefördert, habe dies nur immer gut begründen müssen. (vgl. ebd.) Als man z.B. bemerkt habe, dass *gender*-Themen und Frauenförderung im neuen Thema PRS noch unterrepräsentiert waren, habe man versucht, Frauenorganisationen hier unterzubringen. (vgl. ebd.) Der DED habe seinen Gestaltungsspielraum also sehr intensiv genutzt, erklärt sie. (vgl. ebd.)

Nach dieser Beschreibung verschiedener Instrumente der EZA stellt sich nun jedoch die Frage, wie die honduranischen Partner die Kooperationspartner bewerten.

3.3.3 Bewertung der Geber durch die honduranischen Akteure

In einer Zusammenfassung der Ereignisse rund um den Beginn der Frauen- und feministischen Bewegung in Honduras beschreibt Kennedy (CEM-H) auch, wie die internationale EZA begonnen hat, das Thema Frauenförderung, bzw. später *gender*, in Angriff zu nehmen. In den 1980er Jahren hatte UNIFEM ein erstes Programm in Honduras, so Kennedy, über welches versucht wurde, im Sinne der im Theorieteil beschriebenen WID- und WAD-Ansätze, Frauen in Entwicklungsprojekten unterzubringen bzw. spezifische Frauenförderungsmaßnahmen in Angriff zu nehmen. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Im Großen und Ganzen habe es sich um sehr marginale und kleine Projekte gehandelt, wenngleich es bereits Einheiten für die Frau gegeben habe, die z.B. mit dem Umweltministerium zusammengearbeitet hätten. (vgl. ebd.) Als 1989 der erste Versuch unternommen wurde, eine nationale Frauenpolitik in Honduras einzusetzen, unterstützte UNIFEM die Frauen- und feministischen Organisationen bei diesem Vorhaben. (vgl. ebd.) Zúniga ist sogar der Ansicht, die UNO hätte damals Frauenthemen überhaupt erst ins Rollen gebracht. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Villars teilt diese Ansicht und beschreibt, dass die internationalen Partner in Honduras gleichzeitig mit der Entstehung der feministischen Bewegung in den 1990er Jahren begannen, das Thema *gender* in ihren Programmen und Projekten zu bedenken. (vgl. Villars, 2001:586) Der Druck der Entwicklungsagenturen, eine „*gender*-Perspektive“ in den finanzierten Projekten einzubringen, sorgte sowohl im staatlichen Umfeld, als auch unter Frauenorganisationen für eine Auseinandersetzung mit dem Thema. (vgl. ebd.:586) Das UNDP und außerdem die regionale Vertretung der WHO (Panamerikanische Gesundheitsorganisation, OPS), begannen in den 1990ern in ganz Mittelamerika ein Programm zur Gewaltprävention und gaben damit dem honduranischen Gesundheitsministerium und der Zivilgesellschaft einen gewaltigen Anstoß. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Die EU begann ein Programm, das sich spezifisch auf junge Frauen ausrichtete, was zu dem Zeitpunkt

ein komplett neues Arbeitsfeld der internationalen EZA war. (vgl. ebd.) Nachdem also UNDP, UNIFEM, OPS und die EU die ersten Entwicklungen in Honduras in diesem Bereich angeregt hatten, kamen nach dem Hurrikan Mitch 1998 die schwedische SIDA, die spanische AECID und andere bilaterale Geber hinzu. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Die internationalen Geber begannen nach den desaströsen Auswirkungen des Hurrikans in der ganzen Region Mittelamerika Hilfsblöcke zu formen, um die Armut zu bekämpfen und Honduras wieder aufzubauen, was Zúniga zufolge auch zu einer besseren Einheit der Frauen- und feministischen Bewegung beigetragen habe. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Kennedy stellte fest, dass sich die Art der Finanzierung zu diesem Zeitpunkt veränderte. So habe CEM-H bis 1998 viel institutionelle Unterstützung erhalten, doch diese sei den Partnern zu teuer geworden, sodass daraufhin vermehrt in Form von Initiativen unterstützt wurde. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Spätestens ab dem Jahr 2000 wurden dann auch in Honduras integrierte Initiativen wie die PRS vorangetrieben und CEM-H war wie andere Frauen- und feministische Organisationen in diesen Prozess eingebunden und arbeite an kritischen Konzepten wie „Feminisierung der Armut“. (vgl. ebd.) Frauen traten in der PRS oftmals nur als „verwundbarer Sektor“ (*sector vulnerable*) auf und nicht in ihrer Rolle als Produzentinnen und Bürgerinnen. (vgl. ebd.) Zu dieser Zeit empfing CEM-H finanzielle Unterstützung z.B. vom DED, Schweden, England und Spanien und trat verstärkt auf politischer Ebene auf und versuchte aufzuzeigen, warum diese Strategie die Frauen nicht wirklich erreichte. (vgl. Interview vom 24.05.2011, CEM-H)

Mittlerweile gibt es eine ganze Bandbreite von Organisationen, die das INAM und Frauen- und feministische Organisationen in Honduras unterstützen. Das INAM nennt die schwedische SIDA, die spanische AECID, die kanadische CIDA, die UN-Organisationen UNDP, UNICEF und *United Nations Population Fund* (UNFPA), sowie die panamerikanische Gesundheitsorganisation (OPS) als seine finanziellen Unterstützer. (vgl. INAM, 2005:58) Diese und weitere Akteure der internationalen EZA wie die GTZ, der DED, die *Japan International Cooperation Agency* (JICA), die *United States Agency for International Development* (USAID) oder die Weltbank förderten die nationale Frauenpolitik auch indirekt, indem sie Vorhaben einzelner Ministerien in diesem Bereich technisch oder finanziell unterstützten. (vgl. ebd.:69) So hat das UNDP beispielsweise die Einrichtung der *Linea 114* für Opfer von häuslicher Gewalt finanziert. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Die SIDA hat bis zu ihrem Auszug aus Honduras überdurchschnittlich viele Studien zu Frauen- bzw. *gender*-Themen gefördert, die entweder vom CDM, CEM-H, INAM oder unabhängigen Beraterinnen durchgeführt wurden. Sosa hebt hervor, dass die SIDA nicht nur der größte Geber im Bereich *gender* gewesen sei, sondern auch immer versucht habe, die Ziele mit

denen der honduranischen Partnern übereinzustimmen. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Lidia Fromm vom SEPLAN erklärt, dass es nicht unbedingt der Umfang der Hilfe gewesen sei die Schweden ausgezeichnet habe, sondern vielmehr die besondere progressive Einstellung und die Schwerpunkte, die Schweden gesetzt habe, in die kaum ein anderer Geber investieren würde. (vgl. Interview vom 09.05.2011, Fromm, SEPLAN) Doch auch UNFPA, UNDP, UNIFEM, die EU, AECID, DED, die irische Regierung und die irische Entwicklungsorganisation Trócaire, die andalusische Regierung, die holländische Entwicklungsorganisation Hivos, Fondo ACI-ERP, BID und die dänische christlich-lutherische Entwicklungsorganisation DanChurchAid haben verschiedene Studien und Kampagnen einzelner Frauen- und feministischer Organisationen in Honduras finanziert. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Vom DED hätte CEM-H einige Jahre lang „EntwicklungshelferInnen“ zur Unterstützung bekommen, berichtete Kennedy. (vgl. ebd.) Wie CEM-H profitiert auch CDM von der erwähnten „*pueblo a pueblo*“-Zusammenarbeit. So nannte Herrmansdorfer neben den großen, bereits erwähnten staatlichen Organisationen wie AECID die spanische NGO ACSUR, *Centro por los Derechos Reproductivos* in New York, eine US-amerikanische feministische Organisation und CLADEM. (vgl. ebd.) Der Vorteil der „*pueblo a pueblo*“-Kooperation sei, dass man den Rückzug von Schweden nicht gespürt habe, da ohnehin nur mit der NGO Diakonia zusammengearbeitet worden sei, die weiterhin in Honduras tätig sei. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) *Brot für die Welt* wurde von Óscar Puerto, dem Direktor von OFALAM, als eine Organisation hervorgehoben, die nicht nur punktuell unterstützt, sondern drei Phasen eines Projekts von OFALAM finanziell fördert, ohne dabei viel Einfluss auf die direkte Arbeit zu nehmen. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Die Zusammenarbeit mit *Brot für die Welt* sei ihnen sogar angeboten worden, berichtete Puerto, er habe sich also nicht einmal darum kümmern müssen. (vgl. ebd.) Auch UNISA habe lange von einer sehr kontinuierlichen Unterstützung profitieren können, gibt Zúniga an. So habe man in den ersten 15 Jahren Unterstützung von einer norwegischen Organisation bekommen und auch die holländische Organisation Hivos habe UNISA insgesamt 15 Jahre lang gefördert. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Auch Herrmansdorfer erwähnte Hivos und hob die Organisation für ihr besonderes Bewusstsein und ihre kontinuierliche Unterstützung von CDM für über 12 Jahre hervor. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Diakonia und AECID würden hingegen eher nur punktuell unterstützen. (vgl. ebd.) Puerto berichtete, dass die punktuelle Unterstützung, die OFALAM über eine lange Zeit gehabt habe, aufgrund des großen Administrationsumfanges sehr aufreibend und anstrengend sei. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Darüber hinaus würden Projekte aufgebaut, aber nicht weiter geführt. (vgl. ebd.) So habe die Organisation auch mit CIDA, UNDP, USAID, DED, der EU und Trócaire

zusammengearbeitet, jedoch immer nur in punktuellen Projekten mit einer Dauer von drei bis sechs Monaten. (vgl. ebd.) Zum Zeitpunkt der Zusammenarbeit sei *gender* eine sehr wichtige Komponente des DED gewesen, doch mittlerweile hätten sich die Schwerpunkte verändert und der DED würde auch mehr mit dem Staat zusammenarbeiten, bestätigt Puerto die Angaben von Gütschow. (vgl. ebd.) So äußern die honduranischen Partner der internationalen Kooperation in Honduras neben dem Dank für die viele Unterstützung auch viel Kritik an den Gebern.

Ein wichtiger Punkt der Kritik ist, wie schon angedeutet, die Dauer bzw. der Umfang der Unterstützung. Während einige wenige Organisationen, wie z.B. CDM und ASJ, institutionelle Unterstützung bekommen und andere, wie UNISA und OFALAM, immerhin von einer kontinuierlichen Unterstützung sprechen können, fehlt ENMUNEH beides. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Derzeit kooperiere die *Garifuna*-Organisation ausschließlich mit AECID, von der sie die finanzielle Unterstützung für ein Gesundheitsprojekt bekäme, welches nun drei Jahren laufe. (vgl. ebd.) Vorher habe man bereits drei Jahre mit der englischen *ChristianAid* kooperiert, sowie mit Diakonia, SIDA und dem UNFPA. Auch mit der deutschen GTZ habe man bereits zusammengearbeitet als diese noch einen Schwerpunkt auf Gesundheit gelegt habe, berichtet Arzu, jedoch seien dies immer nur punktuelle Projekte gewesen. (vgl. ebd.) Auf die Frage, wie lange ein punktuell Projekt dauere, erklärte Arzu, dies sei meist nur ein einziges Event, z.B. Flyer und T-Shirts für den Welt-Aids-Tag, also definitiv nichts nachhaltiges, wie sie betonte. (vgl. ebd.)

Wie erwähnt beklagte auch Kennedy (CEM-H), dass immer weniger Geld für institutionelle Stärkung zur Verfügung gestellt, und die Unterstützung immer punktueller werde. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Sie stellte fest, dass den Organisationen der Zivilgesellschaft scheinbar immer weniger Vertrauen entgegen gebracht werde und die administrativen Aufgaben dadurch immer größer würden. (vgl. ebd.) Jeder Geber stelle andere Anforderungen und es gäbe keine Abstimmung, so dass man letztlich mehr Zeit in die Administration investiere, als in die tatsächliche Arbeit. Mit dem Stress, den dieses verursache, sei es schwierig, überhaupt zu arbeiten. (vgl. ebd.) Auch Herrmansdorfer kritisiert, dass sich die Kooperationspartner in diesem Bereich nicht untereinander abstimmen. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Sie und Arzu (ENMUNEH) berichten, dass jeder Geber seinen Projektantrag anders ausgefüllt, das Projekt anders ausgeführt, und auch die Buchhaltung anders gemacht haben wolle. (vgl. ebd. & Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Die Frauen des CDM müssten manchmal sogar samstags und sonntags arbeiten, um die Buchhaltung zu erledigen. Auch das Monitoring sei jedes Mal eine Prüfung der ganzen Organisation und nicht nur des jeweiligen Projektes. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) AECID behaupte von sich selbst, zu den anspruchsvollsten

Gebern zu gehören, berichtete Arzu. Demnach müsse man ständig aufpassen, dass Buchhaltung, Monitoring etc. richtig laufe. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Die Repräsentantin von ASJ hält USAID für noch wesentlich anspruchsvoller und ist überzeugt, dass *grassroots*-Organisationen gar keine Chance hätten, die riesige Menge an Büroarbeit zu erledigen, die man benötigt, um tatsächlich finanzielle Unterstützung zu erhalten. (vgl. Interview vom 09.05.2011, ASJ) Die administrativen Kosten übernehmen wollten die internationalen Organisationen natürlich in der Regel nicht, meinte Kennedy. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Mit einigen Organisationen würde CEM-H darüber hinaus auch nicht mehr zusammenarbeiten wollen, weil kein Personal bezahlt werde. Man könne schließlich nicht gratis arbeiten und an sich selbst würden die Kooperationspartner diesen Anspruch auch nicht stellen, beschwerte sie sich. (vgl. ebd.) Auch andere Organisationen bemängelten, dass viele Kooperationspartner keine Gehälter zahlen wollten. Herrmansdorfer berichtete, dass AECID meist nur eine einzige Person für ein Projekt bezahlen würde, obwohl es in der Realität niemals möglich wäre, ein ganzes Projekt allein umzusetzen – schon allein deshalb, weil man so viele Berichte nach Spanien schicken müsste. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) ENMUNEH berichtete, aus diesem Grund – ebenso wie CEM-H – schon Projekte abgelehnt zu haben, weil man das Personal schließlich irgendwie für ihre Arbeit bezahlen müsse, der NGO dafür aber kein Geld zur Verfügung stehe. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Mit der Pünktlichkeit der Gelder gäbe es ebenfalls immer wieder Schwierigkeiten. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Sollte ein Projekt z.B. im Mai beginnen, käme das Geld oft erst ein bis zwei Monate später an, berichtete Herrmansdorfer. Bei einer Organisation wie CDM, die mehrere Unterstützer habe, müssten dann Gelder eines laufenden Projektes zwischenzeitlich abgezweigt werden. Für kleinere Organisationen mit wenigen oder keinen anderen Unterstützern, wie ENMUNEH, stelle dieses Problem allerdings eine weit größere Herausforderung dar. (vgl. ebd.)

ENMUNEH bedauerte darüber hinaus, dass die Kooperationspartner oft nicht die Prioritäten der NGOs berücksichtigten. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Als *Garifunas* wüssten sie am besten, was in ihrer Gemeinschaft gebraucht werde bzw. wo die Probleme lägen. Doch die internationale EZA sei oft sehr invasiv – besonders aus kultureller Perspektive – und deshalb auch respektlos. (vgl. ebd.) Es würde ENMUNEH nicht zugetraut werden, die finanziellen Mittel ordentlich zu verwalten, so dass jemand geschickt würde, um dies zu tun. Die Kooperationspartner kämen in ihren tollen Autos, würden ein Büro für viel Geld mieten, wollten zugleich aber kein Geld für Gehälter zahlen, was sehr demütigend sei. Dabei habe man unter den *Garifunas* sehr wohl auch sehr gut ausgebildete Leute. Und selbst diejenigen ohne professionelle Ausbildung würden ihre

Kultur und ihre Gemeinschaft besser kennen, als jeder Fachmann oder jede Fachfrau, die von außerhalb käme. (vgl. ebd.) An diesem Beispiel von ENMUNEH zeigt sich, was Kerner (1999:28) in Bezug auf die Kritik am Entwicklungsdenken feststellt. So würden Problemlösungsstrategien der „Geber“ quasi per se als besser eingestuft, als mögliche Ideen der „Nehmer“ zu ihrer eigenen Entwicklung. Die Gefahr bei dieser Haltung sei die mögliche Konsequenz der Wahrnehmung eines eigenen „unterentwickelt-seins“ auf Seiten der „Nehmer“ und daraus folgend die Schaffung eines Abhängigkeitsverhältnisses. (vgl. Kerner, 1999:57) Die Wahrnehmung eines eigenen „unterentwickelt-seins“ lässt sich bei ENMUNEH nicht feststellen, was sicherlich nicht zuletzt auf die intensive Arbeit im Bereich Bewusstseinsbildung und Selbstbewusstsein zurückgeführt werden kann. Ein Abhängigkeitsverhältnis lässt sich hingegen sehr wohl wahrnehmen. So waren sich die Mitarbeiterinnen von ENMUNEH sicher: ohne die Unterstützung der internationalen EZA gehe es nicht. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH) Herrmansdorfer beklagte, es gäbe oft bereits Regionen und Themen, wo Prozesse begonnen hätten und wo es sich lohnen würde weiterzuarbeiten, doch wenn die Geber an einem anderen Ort etwas eröffnen wollten, dass müsse dies so gemacht werden. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Herrmansdorfer, CDM) Dann müsse man, wie in ihrem Fall, bis nach Copán fahren, auch wenn dies irrsinnige Ausgaben für Benzin seien. (vgl. ebd.) Manchmal würde auch einfach die Situation im Land nicht berücksichtigt. So habe AECID in einem Projekt nicht das Benzin für die Fahrt mit dem eigenen Auto zahlen wollen, sondern nur Taxifahrten, für welche die Organisation dann Belege abgeben sollte. In Honduras würden in den normalen Taxis aber keine Belege ausgestellt. Sie habe also für jede Fahrt ein teures, sogenanntes „Radio-Taxi“ bestellen müssen, nur damit es einen Beleg dafür gäbe. (vgl. ebd.) So seien Kooperationspartner also eher dazu bereit, für etwas wie Taxifahrten viel Geld auszugeben, anstatt dieses Geld in das tatsächliche Projekt zu investieren. (vgl. ebd.) Auch halte sie es für etwas viel verlangt, strukturelle und strategische Resultate in einem Land wie Honduras zu verlangen, und das möglichst nach nur einem Jahr und darüber hinaus mit den geringen finanziellen Mitteln, die einem zur Verfügung gestellt würden bzw. mit nur einer Person für ein Projekt. (vgl. ebd.) Doch man müsse die Konditionen annehmen, oder das Projekt verlassen. (vgl. ebd.)

Die Organisationen, die derzeit in erster Linie im Rahmen der FNRP auftreten – FeR und MeR – stellten fest, dass es nur wenige internationale EZA-Partner gäbe, die sie hierin unterstützen. Herrmansdorfer berichtet, dass viele Kooperationspartner nach dem Putsch verlangt hätten, dass ganz normal weiter gearbeitet werde, als würde im Land nichts passieren. (vgl. Interview vom 04.05.2011, CDM) Sánchez meinte: *„Niemand will mehr etwas von Problemen hören, die mit dem Putsch zu tun haben. Ich erwarte diesbezüglich nichts von den Kooperationspartnern, obwohl sie*

etwas tun sollten!“ (Interview vom 25.05.2011, Sánchez) Kennedy berichtete, dass man versucht habe, Präsentationen im Parlament etc. zu machen, doch diese hätten zu nichts geführt, sodass man sich an die EU, die OAS etc. gewendet habe. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Doch Sánchez stellte fest, dass sich die Kooperationspartner nicht „die Hände schmutzig machen“ wollten und sich nur sehr wenige zur Situation im Land, z.B. bezüglich der Menschenrechte seit 2009, tatsächlich äußerten. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Sánchez) Das Interview mit Hernandez vom MIG bestätigt diese Feststellung. So erklärte Hernandez, es sei schließlich nicht die Rolle der Kooperationspartner, die honduranischen Partner zu kritisieren. (siehe Kapitel 3.3.2) Sánchez berichtete, dass sich lediglich OXFAM im Bereich des Schutzes der Menschenrechte einbringe. (vgl. ebd.) Puerto (OFALAM) berichtete hingegen, dass ein Projekt, welches ihnen schon so gut wie zugesichert gewesen sei, aufgrund des Putsches mit der Begründung, die Organisation würde sich nun nicht mehr auf *gender* und Frauen sondern auf Menschenrechte konzentrieren, wieder abgesagt wurde. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Direkte finanzielle Unterstützung bekomme FeR keine, berichtete Sánchez. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Sánchez) CDM und CEM-H bekämen von einigen Unterstützer-Organisationen die Erlaubnis, Fonds für das Netzwerk der FeR zu nutzen. So habe die Organisation *DanChurchAid* beispielsweise die Veröffentlichung eines Dokuments über die Menschenrechtsverletzungen und die staatliche Politik nach dem Putsch finanziert und UNDP habe punktuell Projekte unterstützt. (vgl. ebd.) Bei der gesamten FNRP ließ sich aber ein Selbstbewusstsein bemerken, auch nicht jede Unterstützung annehmen zu wollen. Sánchez stellte fest: „*Das ist eigentlich das tolle an der Bewegung, dass man nicht bezahlt wird. Es ist etwas eigenes!*“ (Interview vom 25.05.2011, Sánchez) Rosales erklärte, dass nichts von Gebern angenommen werde, die Vorgaben machen wollten. So würden sie z.B. keinen Cent von der staatlichen Entwicklungshilfe der USA nehmen, denn sie wüssten, was dahinter stehe. Die USA habe den Staatsstreich unterstützt und hinter jeglicher finanzieller Unterstützung stünde eine Auflage. (vgl. ebd.) Es gäbe aber auch einige Kooperationspartner, die zuhören und verstehen würden, dass sie ihr honduranisches Gegenüber mit Respekt behandeln müssten. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Rosales) So hätten z.B. die deutsche FES, OXFAM und zahlreiche Solidaritätsgruppen und MigrantInnengruppen und auch christliche Gruppen finanziell geholfen. Die FES habe nicht viele finanzielle Möglichkeiten, hätte aber eine sehr gute Einstellung. Da sie jedoch für ihre Unterstützung zurecht gewiesen worden sei, hätte sie sich wieder etwas zurückgezogen. (vgl. ebd.) So müsse man die Kooperationspartner wohl verstehen, meinte Rosales, denn die Unterstützung der FNRP würde ihnen Probleme im eigenen Land verursachen. Andererseits hätte man vielleicht schon mehr Fortschritte erzielt, würde man mehr Unterstützung bekommen. (vgl. ebd.)

Auf die Frage, ob sie schon einmal mit dem MIG zusammengearbeitet habe, lachte Rosales und sagte: „*Die machen nichts und taugen auch zu nichts. Ein reiner Selbstbetrug!*“ (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Beim MIG direkt mitgewirkt habe sie noch nie, doch sie habe in ihrer Zeit bei der UNO mitbekommen, womit der MIG sich beschäftige. (vgl. ebd.) Der MIG habe keine sichtbaren Erfolge zu verzeichnen, die beweisen würden, dass es eine interinstitutionelle Koordination gäbe, die auch einen Einfluss auf das Leben von Menschen habe. Angeblich transversalisiere der MIG *gender*, doch sie frage sich, wo er das tue, denn sie habe nicht ein einziges der Projekte, die sie evaluiert habe, auch tatsächlich einmal in der Realität gesehen. (vgl. ebd.) Als sie kurz nach dem Putsch hingegangen sei und erwähnt habe, dass es keine Verhütungsmittel mehr gäbe, hätte man beim MIG gesagt, es stünde alles still wegen dem Putsch. Wozu gäbe es dann den MIG? (vgl. ebd.) Die *gender*-Beauftragten würden sich dort versammeln und Kaffee trinken, und müssten so tun, als ob sie sich um die Erreichung des MDG 3 kümmerten. (vgl. ebd.) Von den Geber-Institutionen werde irgendeine Person geschickt, die das Los gerade treffe, und diese glaube dann meist, *gender* bedeute von Frauen zu reden oder mit Frauen zu arbeiten. (vgl. ebd.) Zur selben Feststellung gelangt auch Sosa: Die *gender*-Beauftragten seien oft Personen, die nicht viel Entscheidungsmacht in ihren Organisationen hätten und neben *gender* noch andere Aufgaben wie Gesundheit und Bildung hätten. In diesen anderen Bereichen seien sie meist auch ExpertInnen, aber aufgrund der Tatsache, dass sie eine Frau seien, würden sie zusätzlich zum *gender*-Rundtisch geschickt. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Hier setzt auch Rosales wesentlicher Kritikpunkt an der internationalen EZA an, nämlich in dem Verdacht, dass die Institutionen *gender* lediglich als eine Bedingung verstehen, finanzielle Mittel für ein Projekt zu bekommen. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Das Wort müsse im Antrag drin stehen, doch darüber hinaus bestehe keine Klarheit über das Konzept und deshalb könne es auch nicht methodologisch umgesetzt werden. (vgl. ebd.) Da in erster Linie staatliche Partner gesucht würden, kooperierten die meisten Geber in diesem Bereich mit dem INAM und finanzierten dann die Entwicklung eines neuen Plans über *gender*-Gerechtigkeit, ohne in Frage zu stellen, ob dies wirklich notwendig sei, wo es doch bereits aus der vorigen Regierung einen gab. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Abgesehen von ihren eigenen Schwächen seien die EZA-Institutionen sechs Jahre nach der *Paris Declaration* noch immer nicht dazu fähig, eine einheitliche Strategie zu entwickeln. (vgl. ebd.) Dass es Spannungen innerhalb der Frauen- und feministischen Bewegung werde als Ausrede verwendet, um kein angemessenes Bündnis mit ihr eingehen zu müssen bzw. nur äußerst schwach zu intervenieren und zu investieren. Doch wie in jeder anderen Bewegung seien Spannungen normal. (vgl. ebd.) Eine Quelle aus der feministischen Bewegung, die ungenannt bleiben möchte, berichtet, dass ein Dokument des MIG, welches den Feministinnen

untergekommen sei, aussage, dass nur noch mit dem INAM zusammengearbeitet werden soll, da die aktuelle Frauenbewegung geteilt sei. Gütschow verteidigt die Arbeit des MIG im Interview zehn Tage später. Sie habe die Arbeit des MIG Anfang der 2000er als sehr produktiv empfunden, so seien sehr engagierte Personen von UNIFEM und auch von der kanadischen CIDA dabei gewesen. Natürlich habe der Erfolg aber immer viel damit zu tun, wer von den verschiedenen EZA-Institutionen geschickt werde, gibt sie zu. (vgl. Interview vom 23.05.2011, DED)

Wie Kennedy (CEM-H), die feststellt, dass die internationale EZA scheinbar immer weniger Vertrauen in die NGOs setze und es immer weniger kontinuierliche und institutionelle Unterstützung gäbe, erinnert sich auch Puerto von OFALAM, dass die Partner zu einem Zeitpunkt einmal deutlich mehr mit den NGOs zusammengearbeitet haben. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) So hätten viele NGOs die Möglichkeit gehabt, die Lücken in den Bereichen zu füllen, welche die Regierung vernachlässigt habe. (vgl. ebd.) Seit ca. zehn Jahren sei diese Tendenz aber wieder rückläufig und die Kooperationspartner würden wieder vermehrt direkt mit der Regierung zusammenarbeiten wollen. (vgl. ebd.) Kennedy kritisiert, dass die Verträge zwischen den staatlichen Kooperationspartnern oft zu keinen greifbaren Ergebnissen führten, die internationale EZA aber trotzdem immer weniger an die Zivilgesellschaft herantrete. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Herrmansdorfer sieht damit das Problem verbunden, dass der ganze honduranische Staatsapparat gegen die Durchsetzung sexueller und reproduktiver Rechte kämpfe und viele internationale Kooperationspartner hier nun auch nicht (mehr) tätig werden wollten. (vgl. Interview vom 04.05.2011, CDM)

Doch auch die staatlichen Institutionen äußern ihre Kritik. Lidia Fromm vom SEPLAN war der Ansicht, dass die *Paris Declaration* eindeutig noch nicht erfüllt werde. (vgl. Interview vom 09.05.2011, Fromm, SEPLAN) Besonders kritisierte sie die Überkonzentration der Geber in der Grundschulbildung durch die Aktion „*Education for All*“. Während die Sekundärschulbildung eine „Waise“ der Kooperation sei, sei das Bildungsministerium im Bereich der Grundschulbildung schon überfordert. Der Druck der Kooperationspartner sei in diesem Bereich schon fast das Gegenteil von Hilfe. (vgl. ebd.) Obwohl die Geber zwar schon zuhören würden, nehme sie die Kooperation insgesamt noch immer als sehr „donor-led“ wahr. (vgl. ebd.) So würden die internationale Kooperationspartner den honduranischen Staat dafür kritisieren, zentralisiert zu sein und einen hohen Personalwechsel zu haben, hätten aber selbst genau dieselben Probleme. Außerdem ließen sich gewisse „Lieblingsregionen“ der Geber ausmachen. (vgl. ebd.) Für 2012 habe das Planungsministerium sich vorgenommen, den internationalen Kooperationspartnern eine Management Plattform präsentieren zu können, anhand derer klar werde, in welchen Bereichen es

wie viele Projekte und Investitionen gäbe und wo noch Bedarf sei. (vgl. ebd.) Darüber hoffe sie, in einen horizontaleren Dialog eintreten zu können. (vgl. ebd.) Momentan hätten die Kooperationspartner nicht nur ihre Schwerpunkte bereits gesetzt, sie wüssten außerdem schon, wie viel sie worin investieren wollten. (vgl. ebd.) Auch Coello vom INAM stellte wie Fromm und die NGOs fest, dass die internationalen Kooperationspartner schon mit einem festen Programm kämen und es keine Rolle spiele, ob das nationale Programm anders aussähe. (vgl. Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM) So seien die Schwerpunkte von Deutschland Umwelt und Bildung und es sei bereits entschieden, dass im Bereich Bildung in „*Education for All*“ investiert werde. (vgl. Interview vom 09.05.2011, Fromm, SEPLAN) Und da Honduras nun einmal ein armes Land sei, müsse es „ja“ sagen. (vgl. ebd.) Aber eigentlich müsse man sich ein Beispiel an Indien nehmen, die vor kurzem zu drei Geber gesagt hätten: „Nein Danke, ihr verursacht mir mehr Probleme als Hilfe, ihr könnt gehen.“ (vgl. Interview vom 09.05.2011, Fromm, SEPLAN) So besteht wohl Grund zu der Behauptung, dass die staatlichen Institutionen letztendlich keine wirkliche Handlungsfreiheit als ebenbürtige „Partner“ haben. Sie sind zwar offiziell die Träger eines Projektes oder Programms, müssen aber strengen Regeln Folge leisten, die finanziellen Mittel werden ihnen ungerne anvertraut und es besteht darüber hinaus die Verpflichtung, internationale BeraterInnen zu beschäftigen, da sie sonst das Geld zur Umsetzung eines Projektes oder Programmes nicht erhalten. (vgl. Interview vom 03.05.2011, Schützhofer, KfW) Ein Bewusstsein dessen, dass dies letztlich wieder eine Abhängigkeit bedeutet, besteht offenbar in den Kreisen der (deutschen) EZA nicht wirklich: *„Zum Beispiel haben wir im Bildungssektor als Partner das Bildungsministerium, das heißt das sind Programme des Bildungsministeriums, und die setzen das dann mit Hilfe internationaler Consultants meistens um. - Interviewerin: Also trotzdem wieder ausländische... - Aber die gehören sozusagen dem Bildungsministerium.“* (Interview vom 03.05.2011, Schützhofer, KfW) Gütschow erklärte angesichts des Vorwurfs, dass der „*Education for All*“- Plan Grundbildung eigentlich schon als Unterricht bis zur 9. Klasse verstünde und Deutschland eh bereits überlege, die Unterstützung auf nicht formale Berufsbildung auszuweiten. Doch um hier tätig zu werden, müsse die Regierung auch ihren eigenen Plan überarbeiten. (vgl. Interview vom 23.05.2011, Gütschow) Außerdem stellte sie fest, dass die Grundschulbildung noch immer in einem sehr desolaten Zustand sei und sich der Fokus darauf schon noch lohne. (vgl. ebd.) Hier setzt die Kritik von der Wirtschaftsprofessorin Oneyda Jiménez an. Sie wunderte sich angesichts solch zahlreicher Geber im Bereich Bildung und auch Gesundheit, wo die Resultate zu sehen seien. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Jiménez) Denn wenn man in der Hauptstadt, wo sich die meisten Geber befänden, eine beliebige öffentliche Schule oder ein beliebiges Krankenhaus besuche, würde man furchtbare Zustände vorfinden. Wie die Situation in den Dörfern aussähe, wolle sie sich lieber gar nicht vorstellen. (vgl. ebd.) Für dieses

offensichtliche Versagen der Hilfsleistungen macht sie jedoch nicht nur die EZA verantwortlich, sondern auch die Korruption. Sie kritisiert jedoch, dass die Kooperationspartner mit den Staatsinstitutionen zusammenarbeiten und vor der Korruption die Augen verschließen. (vgl. ebd.) Man könne doch nicht so viel Geld in die Hände von Lügner und Unfähigen legen, ereiferte sie sich. (vgl. ebd.) Außerdem sei doch allgemein bekannt, dass wer das Geld habe, auch die Macht besäße, zu kontrollieren und dafür zu sorgen, dass alles an die richtige Stelle gelangt. (vgl. ebd.) So aber sähe man PolitikerInnen und StaatsbeamtenInnen, die sich überall hin von drei bis vier Autos zum Personenschutz begleiten ließen. (vgl. ebd.) Dies ließe erahnen, wie viel vom Budget eines jeden Ministeriums tatsächlich bei der Bevölkerung ankäme. (vgl. ebd.) Als die Kooperationspartner den Fortschritt der MDGs überprüft hätten, seien sie doch tatsächlich darüber überrascht gewesen, wie viel noch zur Erreichung fehle und dass Geld offensichtlich fehlgeleitet wurde, wunderte sich Puerto (OFALAM). (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Dabei wisse doch jeder über Korruption Bescheid, wie könnten da die Kooperationspartner behaupten, sie hätten nichts gemerkt? Er fragt sich deshalb, wie es möglich sei, dass es keine besseren Kontrollmechanismen gäbe. Wenn das ganze Geld richtig eingesetzt worden wäre, dann würde es Honduras heute besser gehen, ist er überzeugt. (vgl. ebd.)

Des Weiteren kritisierte Puerto auch, dass viel zu viel Geld in Beratungen (*Consultance*) ausgegeben wird. Beratungen seien unglaublich teuer und dem INAM würden Unmengen von Geldern nur dafür zur Verfügung gestellt werden. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) Coello vom INAM bestätigte dies und berichtete, dass zur Durchführung der Beratungen internationale "ExpertInnen" kommen müssten und Studien durchführten, die jedoch nicht die Realität widerspiegeln, weil die internationalen ExpertInnen die Realität in Honduras nicht wirklich kennen würden. (vgl. Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM) Die ehemalige Frauenministerin Selma Estrada meinte, dass sie die Beratungen persönlich schon als ein richtiges Geschäft wahrnehme: „Ich gebe dir einen Kooperationsvertrag, aber nimm meine Beratungsleistungen an.“ (vgl. ebd.) Das Geld könne man sich besser sparen und die Arbeit an der Basis verbessern. (vgl. ebd.) Rosales kritisiert, dass es nicht funktionieren könne, mit Plänen, die in Argentinien oder Kolumbien funktioniert hätten, nach Honduras zu kommen und zu erwarten, hier die gleichen Umstände anzutreffen. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Die wahren ExpertInnen für ihre Entwicklung seien die Honduraner und Honduranerinnen selbst, meinte die Professorin und Beraterin Oneyda Jiménez. Wozu brächte man BeraterInnen aus anderen Ländern? Selbst wenn sie LateinamerikanerInnen seien, sei ihre Realität eine andere. (vgl. ebd.) Der Kritik, dass „ein Haufen Papier“ für Diagnosen und Beratungen verschwendet wird, schloss sie sich an. Es würden 15 bis 20 Mal Evaluierungen und Beratungen

zum selben Thema durchgeführt und das würde zur Ineffizienz der EZA beitragen. Es solle besser geschaut werden, ob es schon eine Studie zu einem Thema gäbe. (vgl. ebd.) OFALAM würde es deshalb vermeiden Projekte anzunehmen, die eine verpflichtende Beratung inkludieren, in der ihnen vorgeschrieben würde, was zu machen sei, so Puerto. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Puerto, OFALAM) Stattdessen solle die internationale EZA lieber ein besseres Monitoring der staatlichen Institutionen durchführen, denn an dieser Stelle werde das Geld veruntreut. (vgl. ebd.) Das Problem der meisten Programme sei die Nachsorge („Follow-up“), es gäbe Unterstützung für den Aufbau von Dingen, nicht aber für die Weiterführung. (vgl. ebd.) Als Beispiel nannte Puerto ein Projekt in Ocotepeque an der Grenze zu Guatemala und El Salvador, wo OFALAM von UNWOMEN dazu ausgewählt wurde dabei zu helfen, eine Anlaufstelle für Frauen und Kinder zu gründen. Die Aufgabe von OFALAM sei es gewesen, drei Monate lang PolizistInnen entsprechend zu schulen und legale PromotorInnen auszubilden. Insgesamt sei das Projekt daraufhin vier Jahre lang gelaufen, bis es im vergangenen Jahr geschlossen wurde, weil UNWOMEN sich zurückgezogen habe und das Projekt von staatlicher Seite nicht übernommen worden sei. (vgl. ebd.) Ein anderes Beispiel sei die Gründung der *gender*-Einheit innerhalb der nationalen Polizei in Tegucigalpa, die CIDA finanziell unterstützt hat, gewesen. (vgl. ebd.) So sei von dem Kooperationspartner ein großes Büro eingerichtet worden, Computer zur Verfügung gestellt worden etc. Mittlerweile habe die Polizei jedoch andere Einheiten am selben Ort mit untergebracht, die nichts mit *gender* zu tun hätten. (vgl. ebd.) Jiménez erkannte die gleichen Probleme wie Puerto und nannte verschiedene Beispiele. So habe AECID zusammen mit technischen Institutionen in Tegucigalpa und San Pedro Sula für sehr viel Geld technisches Equipment installiert und Schulungen für die Verwendung des Equipments durchgeführt. Nun sei alles installiert, doch keiner wisse über die Instandhaltung Bescheid, so dass alles früher oder später wieder kaputt ginge bzw. nicht mehr verwendet werden könne, sobald Probleme auftreten. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Jiménez) Zugleich zeige das Beispiel auf, wie viel Geld sinnlos in Beratungen investiert werde. Die spanischen BeraterInnen hätten sich durch dieses Projekt dasselbe, was für Equipment investiert wurde, in Beratungen wieder zurück geholt. Beratungen seien somit oftmals nicht mehr als ein „modus vivendi“ für die Kooperationspartner. (vgl. ebd.) „Ex-post“-Evaluierungen der Projekte würden die Kooperationspartner lieber gar nicht durchführen, denn sonst würden sie feststellen, dass viele Projekte gar keine bleibenden Wirkungen haben. (vgl. ebd.) In den durchgeführten Evaluierungen würde wiederum nicht richtig evaluiert. Man zähle die erarbeiteten Wirtschaftspläne, die eingerichteten Betriebe, doch was sei mit der Qualität? Wer habe einen Job bekommen, wie groß sei der Einkommensunterschied zwischen Mann und Frau? Diese Dinge würden in einem Projekt nicht evaluiert. (vgl. ebd.) Aus ihrer eigenen Erfahrung in der Arbeit mit internationalen

Kooperationspartnern schloss sie, dass viele Projekte bereits von der Konzeptualisierung her schlecht sind, weil diese dem Blickpunkt des Planers entsprechen und nicht den Bedürfnissen der Zielgruppe. Darüber hinaus fehle aufgrund des neoliberalen Ansatzes meist die soziale Komponente. (vgl. ebd.) In einem Projekt der BID sollten z.B. \$ 35 Mio. in ländliche Betriebe investiert werden. 70% des Budgets für das Projekt seien bereits für Beratungen eingeplant gewesen. (vgl. ebd.) Die im Plan deklarierte Zielgruppe sei die „arme bis sehr arme Gesellschaftsschicht“ gewesen. Hier zeige sich die mangelhafte Konzeptualisierung. Denn bei einer richtig durchgeführten Analyse hätte man festgestellt, dass der Großteil dieser Bevölkerungsschichten lediglich über eine Grundschulbildung verfüge. Von diesen Personen werde nun erwartet, dass sie in der Lage sind, Geschäftsstrategien zu entwickeln, wenn nicht einmal ihre Grundbedürfnisse gedeckt seien. (vgl. ebd.) Wo diese Menschen wohnen und arbeiten fehle es an Zugang zu sauberem Wasser, sowie an angemessenen Abwassersystemen. Was könne man ohne Wasser herstellen und welche Qualität der Produktion könne man erreichen ohne eine angemessene Hygiene? Ziele aufzustellen, sei einfach, doch eine Methodologie zu finden, wie diese Ziele auch tatsächlich erreicht werden könnten, sei eine große Herausforderung. (vgl. ebd.) Rosales bestätigte dies und stellte fest, dass viele Akteure in der EZA keine Ahnung von Planung hätten, weil sie eigentlich gelernte SozialarbeiterInnen seien. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Die Zielgruppe des BID-Projektes würde das Geld nehmen und ihre Grundbedürfnisse befriedigen, zeigte sich Jiménez überzeugt. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Jiménez) Deshalb sei sie der Ansicht, dass immer zuerst in die menschliche Entwicklung investiert werden müsse, nämlich in Bildung. (vgl. ebd.) In Honduras müssten die meisten neben dem Studium arbeiten und hätten – abgesehen von den schlechten Zuständen in den Universitäten – auch gar nicht die Zeit dazu, ein kritisches Denken zu entwickeln. Doch dies würden die internationalen Kooperationspartner nicht in ihren Projekten berücksichtigen. Vielmehr profitierten sie davon, denn deshalb gäbe es kaum Kritik an ihren Entwicklungsversuchen. (vgl. ebd.) Die Beziehung zu den internationalen Kooperationspartnern verhielte sich ein wenig wie zwischen Vater und Sohn: „Mach das so, auch wenn ich es anders mache.“ (vgl. Interview vom 25.05.2011, Jiménez) Die Kooperationspartner würden die Diskurse und die Terminologien der EZA gut kennen, doch die „Sprache“ der Personen, mit denen sie vorgeben zu „kooperieren“, sprechen sie nicht. Die Geber hießen nun „Partner“, doch warte man weiterhin auf den Bedeutungswandel. Kritik werde deshalb meist nicht geäußert, weil Personen ohne Wissen nun einmal auch keine Macht hätten. (vgl. ebd.)

So zweifelten viele InterviewpartnerInnen und warfen den Akteuren der internationalen EZA vor, gar nicht wirklich helfen zu wollen. Jiménez glaubt, die Kooperationspartner hätten gar kein

wirkliches Interesse daran, die Länder aus der Armut zu ziehen, weil sich dann ihr Geschäft ruiniere. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Jiménez) Sie berichtete von einem Japaner, der über ein EZA-Projekt angestellt worden sei, um in der Universität den Unternehmensbereich zu verbessern, bzw. ihn mit dem „japanischen Touch“ zu versehen. Der Herr sei mehrere Monate dort gewesen und sie habe erwartet, dass er sich eventuell zu Ende des Aufenthalts ein paar StudentInnen für einen Austausch mitnehmen würde. Doch am Ende hatte er nicht eine einzige Schulung gegeben und verschwand lautlos mit den tausenden US-Dollar, die er sich für die „Beratung“ verdient hatte. (vgl. ebd.) Rosales berichtet, dass sie vom UNDP angestellt worden sei, um zu beurteilen, ob die Millennium Development Goals (MDG) *Bildung* und *gender* in Honduras bis 2015 erreicht werden würden oder nicht. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Dem UNDP habe ihre Arbeit aber nicht gefallen, da ihre Beurteilung negativ ausgefallen sei und sie erklärt und begründet habe, warum die MDGs nicht erreicht werden könnten. (vgl. ebd.) Anstatt aber konstruktiv zu kritisieren, hätten sie die Arbeit lediglich ohne Basis infrage gestellt, was sehr ernüchternd gewesen sei. (vgl. ebd.) Jiménez berichtete Ähnliches von einer Zusammenarbeit mit der BID. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Jiménez) Rosales schloss daraus, dass die Kooperationspartner es nicht ernst meinen mit ihrer Hilfe in Honduras; denn wenn man wirklich helfen wolle, so müsse man doch froh sein, wenn einem aufgezeigt werde, wo noch mehr Einsatz nötig sei, um die gesetzten Ziele zu erreichen. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Weil die Kooperationspartner mittlerweile wüssten, dass *gender* für sie kein modus operandi, sondern eine Lebenseinstellung sei, würden sie sie auch nicht mehr anstellen. (vgl. ebd.) Wenn die internationalen Kooperationspartner aber tatsächlich etwas ändern wollten, dann müssten sie ihre Projekte sowie ihre Referenzpunkte ändern und aufhören, Dinge aufzuoktroyieren. Sie müssten den honduranischen Partnern die Möglichkeit geben zu sagen, was gewünscht und wie es gewünscht werde, und sie müssten lernen, zuzuhören. (vgl. ebd.) Schließlich bedeute Kooperation doch, dass man zusammen arbeitet. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Jiménez) Auf die Frage, was die internationale EZA denn nun tun solle, antwortete Jiménez, sie sollte (wieder) mehr direkt ohne viel Vermittlung mit den Menschen arbeiten. Die Kooperationspartner sollten besser darauf acht gegen, was sie eigentlich täten und sollten sich selbst evaluieren, um auch feststellen zu können, was funktioniere und was besser gemacht werden müsse. (vgl. ebd.) Rosales meinte, dass es eigentlich bereits mehr als genug Diagnosen geben müsste, um endlich einen guten Plan aufzustellen, wenn tatsächlich alle zusammenarbeiten würden. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Auch Estrada stellte fest, es gäbe bereits Unmengen von Beratungen und Meinungen, die alle in den Büros verborgen blieben. Auch sie meinte, die Kooperationspartner sollten einmal eine Selbstbeurteilung durchführen und sich gemeinsam überlegen, welche Methodologie sie verfolgen wollten. (vgl. Interview vom 11.05.2011, Estrada)

Die internationale EZA sei sich einiger Dinge zwar bewusst, glaubte Jiménez, und es gäbe den Vorsatz, Projekte aus der Perspektive der Bedürfnisse der Bevölkerung zu formulieren, doch dies falle den Kooperationspartnern in der Praxis sehr schwer. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Jiménez) Letztlich versuche man immer neue Strategien. Doch mit Versuchen erreiche man keine Entwicklung, vielmehr würden immer wieder Pflaster aufgelegt. (vgl. ebd.)

3.4 Analyse: Plattformen der Selbst- und Fremdermächtigung

Nach dieser umfangreichen Kritik an der internationalen EZA in Honduras bleibt zuletzt nur noch die Frage zu stellen: Welche Plattformen der Ermächtigung konnten die honduranischen Frauen nun am wirksamsten nutzen und ist die EZA eine von ihnen?

So werden in diesem Kapitel die Ergebnisse zusammengetragen und die Plattformen bezüglich ihres Ermächtigungs-Potentials analysiert. Hierzu muss noch einmal in Erinnerung gerufen werden, dass ein wirkliches *Empowerment* etwas ist, das nur von einer Person selbst erreicht werden kann, und zwar, indem sie ihr Bewusstsein und ihre Selbstwahrnehmung ändert. (vgl. Puerto Gómez, 2002b:15) Damit es aber zu tatsächlichen Veränderungen kommen kann und Frauen tatsächlich „power“ über körperliche, finanzielle, humane, intellektuelle Ressourcen sowie über eigene Ideologien, Werte, Überzeugungen etc. erlangen können, müssen auch die äußeren Umstände gegeben sein. (vgl. ebd.) Angesichts dieser doppelten Anforderung wird in der vorliegenden Arbeit nach *Selbstermächtigung* und *Fremdermächtigung* gefragt. *Selbstermächtigung* entspricht der eigentlichen Definition des Begriffs *Empowerment*, während *Fremdermächtigung* zum Einen die Unterstützung bei der Schaffung der äußeren Bedingungen meinen kann und zum Anderen für ein „falsches“ Konzept von *Empowerment* stehen kann, nämlich für ein „empowert werden“ und „entwickelt werden“.

Im Folgenden wird zuerst die honduranische Frauen- und feministische Bewegung analysiert, dann die Politik, die breite soziale Bewegung der FNRP und zuletzt die westliche EZA.

3.4.1 Die Frauen- und feministische Bewegung

Viele in der Arbeit erwähnte Autorinnen wie Antrobus, Rowlands, Rai/Parpart/Staudt und die DAWN-Gruppe teilen die Ansicht, dass *Empowerment* als ein Prozess zu verstehen ist, dessen Kern die Entwicklung eines Selbstbewusstseins und einer Selbstachtung ist, sprich: die Bewusstseinsbildung. (siehe Kapitel 2.5.5) Es ist die „innere Arbeit“, die einen Wandel herbeiführt: „*Change must start within us.*“ (Antrobus, 2004:173) Somit sind *consciousness-raising-groups*

oftmals ein erster Schritt zur Identifizierung und Benennung von weiblicher Unterordnung, ohne die Aktivismus nichts weiter als ein abstraktes Konzept wäre, welches nicht mit der gelebten Realität von Frauen in Verbindung steht. (siehe Kapitel 2.5.6) Erst wenn sich Frauen selbst ermächtigen und selbstreflexiv bewusst und aktiv werden, indem sie sich ihrer eigenen Wünsche, Bedürfnisse und Interessen bewusst werden und diese artikulieren und umsetzen, sind sie auch in der Lage, sich mit anderen zu verbünden und zu solidarisieren. (siehe Kapitel 2.5.5) In Honduras gibt es eine Vielzahl an Gruppen, die sich zwar voneinander unterscheiden, an denen jedoch zu bemerken ist, dass sie einen Prozess der Bewusstseinsbildung durchlaufen haben. Die ersten Feministinnen in Honduras haben die Begegnung mit Konzepten des Feminismus und den Austausch mit anderen Frauen als „Erleuchtung“ erlebt. Die meisten Frauen- und feministische Organisationen sind bis heute klein, sodass von einer persönlichen Ebene ausgegangen werden kann. Besonders wichtig sind Frauenorganisationen wie ENMUNEH, die an der Basis arbeiten. So arbeitet ENMUNEH mitten in den *Comunidades* (Gemeinden) mit an HIV-AIDS erkrankten Frauen, die aktiv am Organisations-Geschehen teilnehmen. Im Gruppen-Interview gab sich eine Betroffene zu erkennen und beschrieb, inwiefern ihr ENMUNEH als Plattform zur eigenen (feministischen) Entwicklung und Ermächtigung gedient hat. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH)

Dennoch können nicht alle Organisationen als *consciousness-raising groups* bezeichnet werden. Für schwach im Sinne einer Ermächtigung befindet DAWN z.B. Handwerks- oder Kreditkooperativen, die während der UN-Frauendekade durch Fremdfinanzierung entstanden sind. Gerade diese werden in den Interviews mit deutschen Organisationen der EZA sowie in Artikeln und Büchern ebendieser als Beispiele für *Empowerment* erwähnt. Die Begründung von DAWN für die geringe Einschätzung des *Empowerment*-Potentials ist die Tatsache, dass derartige Kooperativen keine gewachsene historische Verankerung und kaum organisatorische oder finanzielle Möglichkeiten jenseits spezifischer Projekte haben, zu deren Durchführung sie gegründet wurden und für die sie schließlich auch finanziert werden. Einigen dieser Organisationen bescheinigt DAWN eine hierarchische Binnenstruktur und einen Mangel an Verständnis für die spezifischen Probleme armer Frauen, was im Rahmen der empirischen Forschung aber nicht überprüft werden konnte. Die zahlreichen selbstgegründeten Arbeiterinnen- oder Bäuerinnen-Organisationen in Honduras wiederum können DAWN zufolge als positiv eingeschätzt werden, denn sie bieten armen Frauen die Möglichkeit, sich in ihrer persönlichen Lebenssituation zu ermächtigen. (siehe Kapitel 2.5.6) Auch Forschungseinrichtungen wie CEM-H, die ihre Ergebnisse an die Basis binden und sozialen Bewegungen zugute kommen lassen, bewertet DAWN positiv im Sinne eines *Empowerment*. (siehe Kapitel 2.5.6) So äußert Kennedy z.B. die Absicht, sich verstärkt in der Schaffung einer alternativen

Parallel-Universität zu engagieren, da es auf akademischer Ebene so große Lücken gäbe was feministische Themen angeht und stellt ein großes Interesse unter vielen Personen der Bewegung diesbezüglich fest. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Feministischen Basisorganisationen wie Frauenhäuser und Rechtshilfevereine – z.B. OFALAM – werden von DAWN ebenfalls prinzipiell positiv eingeschätzt mit der Einschränkung, dass sie häufig unter finanziellen Schwierigkeiten leiden und bezüglich ihrer Mitgliedschaft und Perspektive an der städtischen Mittelschicht orientiert seien. Diese Einschätzungen lassen sich im Fall von Honduras teilweise bestätigen, denn finanzielle Schwierigkeiten haben eigentlich alle befragten Organisationen auf die eine oder andere Weise, sind sie doch letztlich alle von Fördermitteln abhängig. Die Mitgliedschaft in fast allen befragten Organisationen, mit Ausnahme von ENMUNEH, orientiert sich tatsächlich an der städtischen Mittelschicht, nicht aber die Perspektive. Im Gegenteil widmen sich die meisten der befragten Organisationen u.a. der Arbeit mit armen Frauen. Dies muss wiederum zwiespältig bewertet werden. Zum Einen liegt es im Interesse von Organisationen wie CDM, Bewusstseinsbildung unter armen Frauen zu fördern, zum Anderen widerspricht dies der eigentlichen Definition von *Empowerment*, der zufolge arme Frauen von sich selbst aus einen Prozess der Bewusstseinsbildung beginnen müssten. Mendoza kritisiert, dass sich der feministische Kampf mit derartigen Initiativen verschiebt: Anstatt dass die Mittelklasse-Frau ihre eigene Unterdrückung und ihren eigenen Diskurs im Auge behalte, nehme sie eine Mutterrolle gegenüber der armen Frau ein und wolle sie befreien. (vgl. Mendoza, 1996:164) Nicht zu unterschätzen ist dabei aber, dass Frauen durch derartige Aktionen über ihre Rechte aufgeklärt werden. Außerdem sind auch die bestehenden feministischen Organisationen erst durch äußere Anstöße mit dem Feminismus in Kontakt gekommen und haben dann selbst ein feministisches Bewusstsein entwickelt. Interessant ist in diesem Verhältnis aber die Frage nach den Machtbeziehungen im Sinne der postkolonialen Theorie: Alliiieren Mittelklasse-Feministinnen sich mit den armen Frauen der *barrios* und bilden gemeinsam Netzwerke oder sehen sie sich in ihren Einsätzen lediglich als „Helferinnen“ und „Ermächtigerinnen“? Die Interviews weisen eher auf letzteres hin. Die meisten Feministinnen sind Akademikerinnen und aufgrund ihrer sehr theoretischen Diskurse fällt ihnen der direkte Kontakt zur Basis oft schwer und neue Feministinnen finden nur schwer Zugang zu bestehenden Organisationen. (s. Kapitel 3.2.4 & 3.2.5) So gibt es „power“-Unterschiede auch zwischen Frauen unterschiedlicher Schichten, ethnischer Gruppen etc.

Bezüglich *Empowerment*-Strategien stellt Antrobus fest, dass sich die Bildung von Allianzen bzw. Netzwerken auf nationaler, regionaler und globaler Ebene, sowie innerhalb und außerhalb der Bewegung, als wichtig für die Frauenbewegung erwiesen hat. Durch die Bildung von Netzwerken

sei es überhaupt erst zu einer globalen Frauenbewegung gekommen, denn Netzwerke hätten Frauen über Konferenzen, Kampagnen etc. zusammengebracht und ihnen dabei geholfen, „gemeinsame Unterschiede“ zu finden, um solidarisch zusammen arbeiten zu können. Sie stellten eine Plattform dar, über die Frauen sich austauschen und ihr feministisches Bewusstsein weiterentwickeln können. (s. Kapitel 2.5.6) Dies lässt sich auch im Fall von Honduras bestätigen. Bereits die frühe Suffragetten-Bewegung in Honduras verband sich mit Kolleginnen auf internationaler Ebene und erlangte so den Anstoß, Forderungen, Ideen und Resolutionen, die auf internationaler Ebene kursierten, auch in honduranischen Zeitungen und Zeitschriften zu verbreiten. (vgl. Villars, 2001:330) Das Wahlrecht konnte schließlich erreicht werden, nachdem verschiedene honduranische Frauengruppen über fünf Jahre lang gemeinsam dafür kämpften. (vgl. ebd.:331ff.) Und auch die jüngeren honduranischen Frauen- und feministischen Organisationen haben zur Erreichung verschiedener Ziele Allianzen mit Politikerinnen und politischen Institutionen geformt, wie z.B. im Bereich „Gewalt gegen Frauen“. Als Beispiel für ein Netzwerk auf regionaler Ebene kann das 1987 in Costa Rica gegründete CLADEM erwähnt werden, welches laut Neuhold, Pirstner und Ulrich (2003:185) ein wichtiges Institut zur Überprüfung und Kontrolle darstellt, seit 1988 in Honduras besteht und 1993 mit der Gründung von CDM seinen endgültigen honduranischen Sitz gefunden hat. (vgl. Villars, 2001:572) Darüber hinaus erwähnt CEM-H die Kooperation mit Netzwerken wie *Foro Mesoamericano de Mujeres*, *Alianza Feminista Centroamericana* oder *Marcha Mundial de las Mujeres*. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) EMUNEH ist Mitgründerin des *Netzwerks schwarzer Frauen in Lateinamerika und der Karibik*, welches seinen Sitz in Nicaragua hat. (s. Kapitel 2.3.4)

Antrobus stellt auch fest, dass die Frauenbewegung mehr durch Kampagnen erreicht habe als durch Konferenzen, besonders durch solche Kampagnen, die von Netzwerken organisiert würden, die starke Verbindungen zwischen Bewegungen auf lokaler und globaler Ebene pflegten. Besonders effektiv seien z.B. die globalen Kampagnen zu den Themen „Frauenrechte“ und „Gewalt gegen Frauen“ gewesen oder für die Ausweitung der produktiven Rechte von Frauen in Lateinamerika. Kampagnen zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ sind in Honduras tatsächlich sehr erfolgreich gewesen und noch immer sind die honduranischen Feministinnen hier tätig. Ein Beispiel ist die Kampagne *No + mujeres asesinadas – Justicia!* (Nicht mehr (+) ermordete Frauen – Gerechtigkeit!), die CDM 2008 anlässlich des *Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen* durchgeführt hat. (vgl. CDM, 2008)

Im Fall von Honduras lässt sich aber definitiv ein größerer Einfluss durch globale Konferenzen feststellen, spielen doch sowohl die UN-Frauenkonferenz in Nairobi 1985, als auch in Beijing 1995,

eine zentrale Bedeutung in der Geschichte vieler honduranischer Frauenorganisationen, wie z.B. UNISA und ENMUNEH, die sich motiviert durch die Konferenzen gegründet haben bzw. erst durch die Vorbereitung auf die Konferenz auf den Feminismus aufmerksam wurden. Darüber hinaus sorgten die Konferenzen für gute Beziehungen zwischen Frauen- und feministischen Organisationen und Politikerinnen, die diese gemeinsam besuchten und Themenschwerpunkte setzten. (siehe Interview vom 25.05.2011, UNISA & Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH)

Im Sinne des Soziologen Bahr (2010a), der der Ansicht ist, dass die Frauenorganisationen trotz Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung eine sehr große Wichtigkeit in der Gesellschaft erlangt haben, können also sowohl einzelne Frauenorganisationen als auch die honduranische Frauen- und feministische Bewegung als Ganzes als Plattformen der Ermächtigung bezeichnet werden. Für sie selbst waren es wiederum nationale, regionale und globale Netzwerke und Konferenzen, die zu ihrem *Empowerment* beigetragen haben. Allerdings stellen viele Befragte auch selbst fest, dass die Stärke der Frauen- und feministischen Bewegung nachgelassen hat. Dies wird zum Teil auf geringere finanzielle Unterstützung durch die internationalen Kooperationspartner geschoben, wie auch auf den „Rechtsruck“ in der honduranischen Politik, wodurch es an staatlichen Partnern fehlt, um Gesetze vorantreiben zu können. (s. Kapitel 3.2.7)

So braucht es, um wirkliche Fortschritte über die persönliche Ebene hinaus zu erzielen, scheinbar immer auch irgendwelche Partner, sei es in der honduranischen Gesellschaft selbst oder auf internationaler Ebene. Aktuell gibt es aufgrund der politischen Lage Verschiebungen, die zu einer neuen Plattform der Vernetzung geführt haben, auf die in Kapitel 3.4.3 eingegangen wird. Doch zunächst soll auf die Politik als Plattform der Ermächtigung eingegangen werden, die den Frauenorganisationen besonders in den 1990er Jahren als Partner gedient hat.

3.4.2 Die Politik

Zunächst einmal kann die Politik als Plattform der Ermächtigung in Betracht gezogen werden, weil es politische Entscheidungen sind, die Gesetze zugunsten von Frauen voranbringen. So ist es die Politik gewesen, die 1997 mit dem Gesetz gegen häusliche Gewalt die Rahmenbedingungen für ein Vorgehen gegen Gewalt an Frauen gelegt hat und es sind Politikerinnen im Parlament gewesen, die sich dort für die Änderung weiterer Gesetze eingesetzt haben. (s. Kapitel 3.2.6) Die Politikerinnen sehen die Erfolge auch als die eigenen. So stellt Estrada fest, man habe viel erreicht in den 1990er Jahren. (vgl. Interview vom 11.05.2011, Estrada)

Tatsächlich haben Gesetze und Gesetzesänderungen auch für Veränderungen gesorgt. Als positiv ist zu benennen, dass sich eine „Kultur der Anzeige“ von Gewaltfällen in Honduras entwickelt hat.

(vgl. INAM, 2010b:64) Dies ist nicht zuletzt den politischen Anstrengungen im Bereich „häusliche Gewalt gegen Frauen“ zu verdanken. Frauen nehmen die Möglichkeiten wahr, trauen sich also tatsächlich, eine Anzeige zu machen bzw. eine staatliche Stelle oder eine NGO diesbezüglich aufzusuchen, was durchaus als ein *Empowerment* bezeichnet werden kann. Seit die honduranischen Frauen 1954 ihr Wahlrecht erhalten haben, hat sich ihre politische Beteiligung langsam begonnen zu steigern, wie Villars (2001:418) feststellt. So gab es in den sieben Legislaturperioden zwischen 1964 und 1998 nur jeweils eine weibliche Ministerin, dafür aber mit 1998 erstmals vier Ministerinnen, unter ihnen die befragte Gabriela Nuñez als erste weibliche Finanzministerin. (vgl. Villars, 2001:438 & Interview vom 26.05.2011, Gabriela Nuñez) Mit Gründung des INAM im Laufe des Jahres 1998 wuchs die Zahl der Ministerinnen von vier auf fünf in den insgesamt 16 Ministerien des Staates, was in der Legislaturperiode 2002-2005 auch so blieb. (vgl. INAM, 2010b:50) Im Jahr 2000 wurde in Honduras mit dem *I Plan de Igualdad y Equidad de Género* eine Quotenregelung von 30% für die politische Beteiligung der Frau per Gesetz verankert bzw. ab 2002 offiziell angenommen. (vgl. Interview vom 03.05.2011, Torres, INAM) In den Parlamentswahlen von 2005 gelang es den Frauen aber lediglich in der Hälfte der 18 Bundesländer, die 30% Beteiligung zu übersteigen. (vgl. INAM, 2010b:49) Durch die BürgermeisterInnenwahl 2006 wurden lediglich 23 von 248 (7,7%) Ämtern von einer Frau bekleidet und in der Hälfte der Bundesländer wurde nicht eine einzige Frau zur Bürgermeisterin. (vgl. ebd.:49) Obwohl der aktuelle *II Plan de Igualdad y Equidad de Género* der neuen Regierung Lobo sogar eine politische Beteiligung von 50% für Frauen anstrebt, gehen die realen Tendenzen in die gegensätzliche Richtung. So ist die Zahl der weiblichen Abgeordneten im aktuellen Parlament im Vergleich zum vorigen wieder gesunken. (vgl. INAM, 2010b:49) Bürgermeisterinnen gibt es aktuell nur noch 17 und die Zahl der Ministerinnen ist wieder von 5 auf 4 gesunken. (vgl. ebd.:49) Wie im Kapitel 3.2.6 bereits festgehalten, lässt sich also schließen, dass Pläne und Vorhaben noch so ambitioniert sein können, wenn es zuletzt doch an der Umsetzung scheitert. Puerto Gómez schreibt diesbezüglich: *„Rechtliche Strategien sind an sich nicht nachhaltig, es sei denn, sie werden durch soziale und kulturelle Prozesse, die Veränderung in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeit, politische Beteiligung und anderen fundamentalen Aspekten anregen, begleitet.“* (Puerto Gómez, 2002:19) Das hierzu der politische Wille fehle, stellen fast alle befragten Personen der Zivilgesellschaft fest. So meint Sosa, dass auch die große Menge an internationalen Verträgen, die Honduras unterzeichnet hat, wie z.B. CEDAW, überhaupt nichts zu sagen habe: *„Honduras unterschreibt alles, es sei denn, die USA sagt nein. Das Problem ist die Einhaltung.“* (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa)

Im *II Plan de Igualdad y Equidad de Género* gibt das INAM vor, sich des *Empowerment*-Diskurses bewusst zu sein bzw. mit ihm übereinzustimmen. So wird dem Thema *Empowerment* sogar ein kleiner Abschnitt im Plan gewidmet, in dem festgehalten wird, dass das *Empowerment* der honduranischen Frauen eine Entwicklung ihrer Kapazitäten, Geschicklichkeiten und Fähigkeiten bedeute, mit Hilfe derer sie aktiv an den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen des Landes teilnehmen könnten. Gleichzeitig bedeute diese Fähigkeit eine größere Entscheidungsmacht und politische, soziale, wirtschaftliche, körperliche und kulturelle Autonomie. (vgl. INAM, 2010b:38) *Empowerment* sei ein Prozess, über welchen Frauen die Fähigkeit erlangten, ihren eigenen Lebensplan zu erstellen, mit Eindeutigkeit und Bestimmtheit die Beziehung zu ihren Familien, Partnern, KollegInnen, GeschäftspartnerInnen, ChefInnen festzulegen und bezüglich sozialer Institutionen zu Entwicklungsakteuren zu werden. (vgl. ebd.:38) Des weiteren sei es notwendig, das Selbstvertrauen von Frauen, ihre Selbstsicherheit, die Entscheidungsmacht über ihr eigenes Leben individuell und kollektiv zu fördern, um Ziele wie die *gender*-Gerechtigkeit zu erreichen. (vgl. ebd.:39) Ermächtigte Frauen befänden sich dann schließlich in der Lage, die Unterordnung zu überwinden, da sie einen Prozess des Erkennens der Ideologie der männlichen Herrschaft erlebt hätten, der soziokulturelle Muster ihrer Unterdrückung und ihres Ausschlusses reproduziere. (vgl. ebd.:39) In der Praxis stellen die Frauen der Bewegung jedoch fest, dass weder im INAM, noch in anderen Institutionen des honduranischen Staates eine tatsächliche Kenntnis über die Thematik herrsche. (s. Kapitel 3.2.7) Es waren Mirta Kennedy (CEM-H) und Jessica Sánchez (FeR), die derartige Kenntnisse und Diskurse als Beraterinnen im Prozess der Erstellung des Plans untergebracht haben. So werfen alle Frauen- und feministischen Organisationen dem INAM auch vor, sich mit Dingen zu beschäftigen, die eigentlich nicht zum Aufgabenbereich der Institution gehörten und dafür die Aufgabe der Politikformulierung zu vernachlässigen. (s. Kapitel 3.2.7) Dass das INAM seine eigentlichen Aufgaben vernachlässigt, wissen auch die internationalen Kooperationspartner. Hernández vom MIG, die sich eigentlich nicht kritisch äußern möchte, erwähnte, dass das INAM seine Schwerpunkte mit der neuen Ministerin Botto verändert hätte und nun rechtliche Zentren für Opfer häuslicher Gewalt eröffnen wolle, und auch Gütschow stellt fest, dass es einige Aufgaben gibt, die das INAM theoretisch erfüllen sollte und könnte, aber nicht tut. (vgl. Interview vom 13.05.2011, Hernández, EU & Interview vom 23.05.2011, DED) Innerhalb des INAM gibt es durchaus Beamtinnen, die sich der Herausforderungen und Probleme des INAM bewusst sind und auch ausreichend Kenntnis über die zu behandelnde Thematik besitzen, doch keine Entscheidungsmacht haben, um etwas an der Praxis zu ändern. (vgl. Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM)

Rai, Parpart und Staudt stellen fest, dass *Empowerment* nicht nur davon abhängt, ob Frauen in politischen Strukturen vertreten sind oder nicht: „*Empowerment in this context is dependent upon the space women are able to create within political structures, as well as the issues that they are able to raise (or not) in their own strategic interests.*“ (Rai/Parpart/Staudt, 2007:17) Auch Mendoza schreibt, dass Feministinnen immer wieder betonen, dass es – wenn große Entscheidungen Frauenthemen involvieren sollen – Frauengruppen im politischen System geben muss, die Zugang zur Staatsmacht haben. (vgl. Mendoza, 1996:132) Hiervon spricht auch die Abgeordnete Perla Simons Morales, die sich eine verbesserte Zusammenarbeit von Frauen im Parlament wünscht, aber stattdessen feststellt, dass jede für sich an eigenen Projekten oder mit den Männern zusammen arbeite. (s. Kapitel 3.2.6) Allgemein stellten viele Politikerinnen fest, dass es für Frauen schwieriger sei, sich in der Politik zu etablieren. So fehle es Frauen zum Einen oft an finanziellen Mitteln, zum Anderen müssten sie sich gegen die männliche Dominanz behaupten. So dürften die weiblichen Abgeordneten einiger Parteien nicht einmal das Wort erheben, wenn es ihnen die männlichen Kollegen verbieten. (s. Kapitel 3.2.6) Auch die Ressorts, die Frauen zugewiesen bekommen, weisen auf geschlechtsbedingte Vorurteile hin. Die meisten Abgeordneten befinden sich in den Kommissionen zu Bildung, Kinder, Familie, Gesundheit, Frauen etc., während Umwelt, Arbeit etc. eher wenig Frauenpräsenz aufweisen. (vgl. Interview vom 11.05.2011, Abgeordnete der PL) Dasselbe zeigt sich im Bereich der Ministerien. Obwohl die erste weibliche Ministerin das Arbeitsministerium bekam, gab es in den vier Legislaturperioden danach nur im Bildungsministerium eine Frau, dann im Tourismusministerium, und schließlich wieder im Bildungsministerium. (vgl. Villars, 2001:438) Erst in der Legislaturperiode 1998-2002 gab es mit Gabriela Nuñez die erste weibliche Finanzministerin, sowie eine Frau im Arbeitsministerium, im Umweltministerium und im Ministerium für öffentliche Sicherheit. (vgl. ebd.:438) Aktuell gibt es neben der Frauenministerin Botto in der Regierung Lobo noch die Tourismusministerin, die Vizepräsidentin, die zugleich Präsidentschaftsministerin ist, und die Ministerin des Familienprogramms. (vgl. PDBA, 2011) Rai, Parpart und Staudt betonen diesbezüglich, dass es schwierig sei strategische Frauenpolitik zu betreiben, wenn nur so wenig Frauen in der Politik vertreten seien: „*[I]t is important to remember that states represent historically institutionalised male interests. This is reflected in the small numbers of women in decision making positions in state structures – a mere tenth or less of women legislators is the global norm. Such minority positioning often inhibits women within governance institutions from taking up strategic issues for women.*“ (Rai/Parpart/Staudt, 2007:17)

Die Politikerinnen der jungen Generation, die seit 2000 in der Politik vertreten sind, scheinen

derartige Probleme wiederum gar nicht als solche zu erkennen. Da sie sich vielmehr durch einen Anti-Feminismus auszeichnen, suchen sie auch die Verbindung zu anderen Politikerinnen oder der Frauenbewegung nicht, sondern sind mehr an ihre politischen Parteien gebunden. (s. Kapitel 3.2.7) Villars erklärt, dass oft einfach kein Wissen im Bereich *gender* besteht, sodass viele sich in ihrer parlamentarischen Funktion auch gar nicht mit spezifischen *gender*-bedingten Interessen und Forderungen identifizieren. (vgl. Villars, 2001:444) Bereits 1996 stellte die damalige Präsidentin der Kommission für Frauenangelegenheiten des Parlaments fest, dass das politische Verhalten der weiblichen Abgeordneten im Parlament meist den patriarchalen Werten und Normen entspreche, welche die Debatten und Haltungen der männlichen Abgeordneten definiere. (vgl. Villars, 2001:445) „*Und wir haben für die 30% Beteiligung gekämpft, damit jetzt Frauen wie [diese] im Parlament sitzen*“, lacht Sánchez. (Interview vom 25.05.2011, Sánchez) So kritisieren die Frauen der Bewegung den allgemeinen „Rechtsruck“ in der Politik, an dem die neue Generation junger Politikerinnen bedeutend beteiligt ist. Ein Beispiel hierfür ist der Rückschritt im Bereich „Sexuelle und Reproduktive Rechte“ mit dem Verbot der PAE („Pille danach“). (s. 3.2.7) Auch ist es sehr aussagekräftig, dass die Frauenministerin Botto beim „Nationalen Treffen der Frauen in der Politik“, bei dem Themen wie Gesundheit, Bildung und Armut von Frauen, politische Beteiligung und sogar *Femicidios* und Menschenhandel diskutiert wurden, bereits nach ihrer Eröffnungsrede ging. Hier beweist sich die Feststellung der postkolonialen Feministin Batliwala, dass Frauen Politik eben nicht zwingend anders machen als Männer: „*The experience of the last twenty years teaches that we cannot conflate biological women with women committed to gender equality and social justice.*“ (Batliwala, 2005:o.A.)

Den Frauen- und feministischen Organisationen ist klar: Für ein *Empowerment* der honduranischen Frauen muss der Staat die nötigen Voraussetzungen in Form von Rechten garantieren und die Gesellschaft muss diese Rechte respektieren. (vgl. CDM, 2007) Frauen müssen die Möglichkeit haben Informationen, Ressourcen und Dienstleistungen zu erhalten, die es ihnen ermöglichen, Entscheidungen gemäß ihres eigenen Bewusstseins, ihrer eigenen Bedürfnisse und Wünsche zu treffen, die dann auch respektiert werden. (vgl. ebd.) Trotzdem ist die Kommunikation zwischen der Frauen- und feministischen Bewegung und den staatlichen Institutionen, wie dem INAM, seit dem Putsch 2009 abgebrochen und die Frauen der Bewegung zeigen auch kein Interesse, momentan etwas daran ändern zu wollen. (s. Kapitel 3.2.7) Die politische Lage im Parlament, das sich momentan als konservativer denn je zeigt, ist auch für eine Zusammenarbeit nicht förderlich. Am tatsächlichen aktuellen Programm des INAM, das sich zum Einen auf Bereiche bezieht, die eigentlich nicht zu den Aufgaben des INAM gehören und zum Anderen auf die Quote in der

politischen Beteiligung, wird deutlich, dass das INAM ohne die Frauenbewegung den Fokus verliert. Auch Coello vom INAM war sich dessen bewusst: Alle Ziele in der Politik seien bisher in der Gemeinschaft zwischen Frauen- und feministischer Bewegung und INAM bzw. Frauen in der Politik errungen worden und so brauche es die Organisationen, die Vorschläge unterbreiteten und das INAM, um diese zu legitimieren, bzw. in Politik umzuwandeln. (vgl. Interview vom 14.04.2011, Coello, INAM) Die tatsächliche Wirkung wiederum hänge bedeutend von den Anstrengungen der Zivilgesellschaft ab. (vgl. ebd.)

So muss geschlussfolgert werden, dass die Plattform der Politik zwar einigen weiblichen Individuen „power“ verschafft, aber keinen wirklichen *Empowerment*-Faktor (mehr) für die Mehrheit der honduranischen Frauen hat, da es an Partnern aus der Frauen- und feministischen Bewegung und tatsächlichen Kenntnissen sowie politischen Willen zur Förderung von *gender*-Themen fehlt. So braucht es zunächst vielmehr ein *Empowerment* und eine Bewusstseinsbildung der Politikerinnen.

Es stellt sich also die Frage, ob die breitere soziale Bewegung der FNRP einen potentiellen neuen Partner für die Frauen- und feministischen Organisationen darstellen kann.

3.4.3 Breitere soziale Bewegungen

Zunächst einmal kann die breitere soziale Bewegung der FNRP ohne Zweifel als Plattform der Ermächtigung für eine große Masse der (auch armen) Bevölkerung betrachtet werden, die lange „machtlos“ schien. Anhand der Ausführungen zu Kapitel 3.1.3 wurde deutlich, welche Ausmaße die Bewegung annimmt und gerade angesichts der Tatsache, dass die honduranische Gesellschaft lange Zeit als die konformistischste in Mittelamerika galt, ist die Kraft und die Motivation der Masse, nach über zwei Jahren noch immer durchzuhalten und die Vision im Auge zu behalten, bemerkenswert. Interessant ist auch die Einstellung der FNRP zur Unterstützung durch internationale Geber. Anstatt sich um Unterstützungen jeglicher Art zu bemühen betont Rosales: „*Wir arbeiten mit den Ressourcen, die wir haben, und mit den Kooperationspartnern, die unseren Standpunkt verstehen, und nicht anders herum.*“ (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Die EZA-Institutionen seien in Wirklichkeit nicht daran interessiert, dass sich etwas weiterentwickle, sondern interessierten sich für die eigene Selbsterhaltung. So seien es immer wieder dieselben Diskurse, die selben Diskussionen und die selben Vorschläge und immer wieder das Thema der Gewalt. (vgl. ebd.) Doch darüber, dass diese familiäre Gewalt auch mit der Gewalt, die durch den Staat ausgeübt werde, in Verbindung stehe und dass Menschen gestorben sind durch die staatliche Gewaltausübung, darüber wollten die internationalen Kooperationspartner nicht reden. (vgl. ebd.) Sie selbst habe sich lange Jahre zusammen mit den internationalen Kooperationspartnern darum

bemüht, Abgeordnete zu überzeugen, dass sie einem bestimmten Gesetz zustimmen, ein anderes reformieren oder Budgets mit einem *gender*-Fokus aufstellen sollten. Jetzt habe sie daran kein Interesse mehr bzw. wolle ihre Zeit nicht mehr damit verschwenden, weil sie ohnehin wisse, dass diese Versuche fruchtlos blieben. (vgl. ebd.) Sie wolle vielmehr dabei sein, wenn Honduras eine neue Verfassung bekäme. (vgl. ebd.) Villars schreibt, dass die feministische Bewegung Mittelamerikas inmitten der revolutionären Bewegungen der Völker geboren wurde, sodass die meisten Feministinnen ihr Bewusstsein über geschlechtsbedingte Unterdrückung während ihrer Mitgliedschaft in verschiedenen politischen und sektoralen Organisationen entwickelt hätten, bzw. hier auch ihre organisatorischen Erfahrungen gesammelt hätten. (vgl. Villars, 2001:588) Bahr bestätigt, dass die Beteiligung von Frauen in sozialen Bewegungen in Honduras seit jeher sehr intensiv war. (vgl. Bahr, 2010a) So ist es nicht verwunderlich, dass die meisten Frauen- und feministischen Organisationen der neuen sozialen Bewegung, die sich nach dem Putsch 2009 in Honduras gegründet hat, nahe stehen. Doch ist die FNRP eine Plattform der Ermächtigung für sie?

Mendoza schreibt in ihrem Buch über die feministische Bewegung in Honduras, dass es in der Vergangenheit viele Kämpfe innerhalb dieser gegeben habe und dass es an einer „kollektiven Identität“ fehle. (vgl. Mendoza, 1996:107) In dem Wissen um die aktuelle politische Situation in Honduras stellt sich die Frage, ob die FNRP eine Plattform bieten könnte, diese „kollektive Identität“ wieder zu stärken, was sicherlich zu einer Ermächtigung der Bewegung als Ganzes beitragen würde. Auf die direkte Frage, ob die FNRP für ein Wiederaufleben der Frauen- und feministischen Bewegung Sorge, antworteten die Befragten jedoch sehr unterschiedlich. Zúniga von UNISA stellte vielmehr einen großen gesellschaftlichen Bruch fest, der auch vor der Frauenbewegung keinen Halt mache. Die politische Lage mache vielmehr alte Freunde zu Feinden. (vgl. Interview vom 25.05.2011, UNISA) Auch Sánchez antwortet, dass es vielmehr ein Kampf für die Feministinnen sei, innerhalb der FNRP Fuß zu fassen. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Sánchez) Ständig würden sie ausgeschlossen und von Anwesenheitslisten gelöscht und könnten nicht einmal über Themen wie Abtreibung und sexuelle Vielfalt sprechen, dabei seien dies unbestreitbare Themen. Auch wolle man den Feministinnen keine extra Plätze einräumen, sondern nur für die Gesamtheit der honduranischen Frauen, dabei habe „frau“ schließlich unterschiedliche Interessen. Verantwortlich dafür sei die Tatsache, dass das System der FNRP männlich und alt sei, besetzt mit den gleichen Personen der Bewegungen der 1950er und 60er Jahre. (vgl. ebd.)

Kennedy meinte hingegen, dass die FNRP der feministischen Bewegung sehr wohl einen Anstoß gegeben hatte. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Man wirke nun auf sehr viel politischerer Ebene und platziere das eigene feministische Programm in das Programm der

Volksbewegung. (vgl. ebd.) Innerhalb der FNRP gäbe es zwar viele Widersprüche, da es sich um eine sehr breite Bewegung handle, doch erstmals sei es in der honduranischen Geschichte so, dass sich die alten traditionellen Bewegungen der ArbeiterInnen und GewerkschaftlerInnen mit den neuen sozialen Bewegungen zu Themen wie sexuelle Vielfaltigkeit, Umwelt, Jugend, Indigene etc. verbinden würden, was sehr spannend sei. (vgl. ebd.) Sosa, die sich nicht als Teil der Widerstandsbewegung sieht, meinte, es sollte zumindest so sein, dass die FNRP die Bewegung neu belebt. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Sie ist der Ansicht, dass es wahrscheinlich eine riesige Überraschung für die traditionellen, alteingesessenen Leiter der FNRP gewesen sei, so viele Frauen und junge Leute in den Straßen bei den Aufmärschen zu sehen. (vgl. ebd.) Auch die Feministinnen selbst seien wahrscheinlich mehr als überrascht gewesen, all die „eingeschlossenen Opfer“, als die sie die Mehrheit der Frauen lange konstruiert hätten, so aktiv zu sehen. (vgl. ebd.) Trotzdem stellte sie fest, dass die Feministinnen in den vergangenen zwei Jahren seit dem Putsch nicht in der Lage gewesen wären, ihre Diskurse zu erneuern und Verbindungen zu den Frauen, die sich nicht als Feministinnen deklarierten, aufzubauen. (vgl. ebd.) Dies sei ein großes Versäumnis angesichts einer solchen Gelegenheit, was die Feministinnen aber wohl auch zukünftig nicht ändern würden. Dies sei definitiv eine Schwäche des honduranischen Feminismus. (vgl. ebd.) Sara Rosales musste gar nicht gefragt werden, ob die FNRP in ihren Augen für ein Wiederbeleben gesorgt hatte. Sie sei als Feministin bereit, all ihre Energie und Kraft in die FNRP zu investieren, habe sie doch quasi ihr ganzes Leben auf eine solche Gelegenheit gewartet: *„Ich habe von einer starken Volksbewegung in diesem Land geträumt und davon, dass es eine wirkliche, große Frauenbewegung gibt anstatt nur einer kleinen Gruppe bereits Überzeugter.“* (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) So wie sie die MeR innerhalb der FNRP beschreibt, bleibt überhaupt kein Zweifel bestehen, dass die FNRP für viele Frauen in Honduras individuell eine Plattform der Ermächtigung darstellt. Es gäbe überall im Land massenweise Frauen, die sich als Frauen in der Widerstandsbewegung einbringen wollten. Dies zeuge davon, dass Frauen beginnen würden zu denken, dass sie gerne Leiterschaft übernehmen wollen und teilhaben wollen an der Entscheidungsfindung. (vgl. ebd.) Diese Frauen gelte es zu unterstützen, damit sie die anderen Frauen ebenfalls dazu motivierten, aktiv zu werden und Leiterschaft zu übernehmen. (vgl. ebd.) Obwohl Sánchez die direkte Frage verneint hatte, unterstützen ihre weiteren Worte die These, dass die FNRP sehr wohl als Plattform der Ermächtigung bezeichnet werden kann: *„Wir haben oft den Kopf geneigt, aber jetzt nicht mehr. Tausende, Millionen von Menschen in der Straße, das haben die Führungsschicht nicht erwartet. [...] Die honduranische Frau ist von allen Mittelamerikanerinnen immer die angepassteste und unkritischste gewesen, doch nun sieht man überall Bilder davon, wie Frauen dem Militär und der Polizei entgegenstehen.“* (Interview vom 25.05.2011, Sánchez) Die

feministische Bewegung in Honduras habe einen großen Erfolg für ganz Lateinamerika erzielt, denn außer in den USA sei die feministische Bewegung noch nirgendwo so sichtbar gewesen. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Sánchez) Es hätten sich neue Türen geöffnet. So habe man sich vom traditionellen feministischen Programm um Quoten, sexuelle und reproduktive Rechte etc. entfernt und einem politischem Programm zugewendet. Indem man sich dem Kampf der Leute angeschlossen habe, habe man eine Anerkennung der feministischen Bewegung erreicht. (vgl. ebd.) Dies beziehe sich nicht nur auf die KollegInnen, sondern auch z.B. auf StudentInnen und sogar Frauen am Markt, die gesagt hätten „Feministinnen seid ihr also? Ich will bei euch mitmachen!“. (vgl. ebd.) Außerdem habe die FNRP den Weg für eine Zusammenarbeit mit der Lesben- und Homosexuellenbewegung geöffnet. (vgl. ebd.) Innerhalb der FNRP seien viele junge Leute, die Dinge infrage stellen würden und das sei unglaublich wertvoll. (vgl. ebd.) Auch Kennedy stellte fest, dass sich durch die Gründung der sozialen Bewegung große Türen geöffnet haben. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Der feministische Diskurs habe viele Frauen erreicht, und zwar nicht nur intellektuelle Frauen, sondern auch Bäuerinnen, Frauen auf dem Land, *Garifunas* etc. Dies sei etwas absolut Neues, und sogar Männer würden sensibilisiert, was ein großer Gewinn sei. (vgl. ebd.) Die Widerstandsbewegung erwecke auch auf Lokalebene das Bewusstsein vieler Menschen, so dass diese nun für ihre Rechte einstehen würden und sagten „Das wollen wir so nicht!“. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Der Menschenrechtsdiskurs und der Protest gegen Korruption und Ausübung von Gewalt durch den Staat würde allerdings auch Reaktionen der „Mächtigen“ hervorrufen. (vgl. ebd.) So sprachen die Befragten auch automatisch von großen Verlusten. Kennedy nannte Gewalt, Straflosigkeit, Verfolgung und Morddrohungen, die sogar einige Kolleginnen ins Exil vertrieben hätten. (vgl. Interview vom 24.05.2011, Kennedy, CEM-H) Die Polizei würde das Volk nicht mehr beschützen, sondern sei beteiligt an Übergriffen, wie auch in Kapitel 3.2.7 erwähnt. Das CEM-H stünde unter ständiger Überwachung. (vgl. ebd.)

Zwischen den Frauen und Feministinnen der Bewegung entsteht der Konflikt, dass die Feministinnen Frauen wie Rosales, die hohe Positionen innerhalb des Systems der FNRP bekleiden, nicht unterstützen, sondern sie im Gegenteil sogar diskreditieren und das Leben schwer machen, wie Sosa feststellte. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) Die Feministinnen würden nur untereinander, mit den alten, bereits überzeugten Personen sprechen. (vgl. ebd.) Anstatt dass sie ausgeschlossen würden, schlössen sie sich vielmehr selbst aus. So seien ihnen Positionen angeboten worden, doch sie haben sie nicht annehmen wollen, nur um sich dann später zu beschweren, sie würden nicht berücksichtigt werden. (vgl. ebd.) Es gäbe Machismus und die Gesellschaft sei

patriarchal geprägt, ja, doch anstatt sich als politischer Akteur zu konstituieren, konstruierten die Feministinnen sich lieber weiterhin als Opfer. (vgl. ebd.) Rosales bestätigt Sosas Feststellungen. Wenn jemandem als Frau eine Position in der FNRP angeboten werde, so müsse „frau“ diese auch annehmen und nicht argumentieren, gegen Strukturen zu sein. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Alles bräuchte letztlich irgendeine Struktur – man sei entweder dabei, oder nicht. Außen stehen zu bleiben und zu kritisieren sei einfach, aber nicht hilfreich. Die wirklich schwierige Arbeit sei es, etwas aufzubauen. (vgl. ebd.) Die männlichen Kollegen in der FNRP müssten erst einmal Kolleginnen sehen, die sich gemeinsam an ihrer Seite in den Kampf werfen, anstatt sie nur anzugreifen. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Angriff sei hier die falsche Methode. (vgl. ebd.) Es sei nun einmal in der honduranischen Geschichte so wie überall so gewesen, dass die alten sozialen Bewegungen von Männern angeführt worden sind. Da sei die FNRP zunächst keine Ausnahme. Neue Räume würden gerade erst geöffnet werden, doch dies seien nun einmal Prozesse. (vgl. ebd.) In Tegucigalpa gäbe es immerhin bereits 14 Leiter und 14 Leiterinnen der FNRP. Im politischen Komitee gäbe es nur fünf Frauen, aber dafür viele junge Männer, was in ihren Augen auch ein großer Gewinn sei. (vgl. ebd.) Sosa stellte fest, die FNRP sei nun einmal eine breite soziale Bewegung, in der sich nur minimale Übereinkommen abschließen ließen, bzw. nur ein minimales gemeinsames Programm erreicht werden könne. (vgl. Interview vom 10.05.2011, Sosa) So sei die FNRP nicht feministisch, habe sich aber immerhin als anti-patriarchal deklariert. (vgl. ebd.) Dass sich die FNRP pro-Abtreibung deklariere, sei sehr unwahrscheinlich. Man müsse wissen, was eingebracht werden könne und was verhandelbar sei. Es sei wichtig, eine strategische Vision zu haben. (vgl. ebd.) Radzio-Plath nennt es als häufiges Problem bei Frauen-NGOs, dass diese ihre Anliegen teilweise eindimensional vertreten und sich z.B. für gleiche Partizipationschancen nur im *gender*-Kontext engagieren, eine Involvierung in anderen Zusammenhängen aber ausbleibt. (vgl. Radzio-Plath, 2004:34) Die Problematik scheint also nicht unüblich zu sein. Auch Antrobus spricht die besondere Herausforderung für Frauen und Männer, die ausgehend von verschiedenen sozialen Bewegungen miteinander arbeiten, an: So sei die grundsätzliche Position von Frauenbewegung der Kampf für die Gerechtigkeit für Frauen, bzw. die Auflehnung gegen ungleiche Geschlechterverhältnisse in der patriarchalen Gesellschaft. Dies rufe nicht nur bei Männern, sondern häufig auch bei Frauen ein gewisses Unwohlsein hervor. (vgl. Antrobus, 2004:143) Strategisch gesehen müsse man einfach anerkennen, dass die Mehrheit der Frauen in den verschiedenen Bundesländern des Landes keine Feministinnen seien, meinte Rosales. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales) Es handle sich um Frauen, die sich auch als Frauen fühlten und als Frauen Teil der Widerstandsbewegung sein wollten. (vgl. ebd.) Sie selbst sei eine Feministin mit Bewusstsein, habe auch in diesem Bereich studiert, doch habe sie sich dazu entschieden zu

versuchen, den Interessen der honduranischen Frauen im allgemeinen gerecht zu werden. (vgl. ebd.) Sie habe sich nicht den FeR angeschlossen, weil diese sehr unter sich blieben und sich nicht wirklich der Volksbewegung anschließen würden. (vgl. ebd.) Sie sei hingegen bereit, mit allen Frauen zusammenzuarbeiten, mit den Feministinnen, den Lesben, den Künstlerinnen, den Bäuerinnen, den Gewerkschaftlerinnen, den Lehrerinnen, den Krankenschwestern, den Christinnen etc. und jede einzelne dieser Gruppen habe ein Programm. (vgl. ebd.) Doch warum sollte man mit denselben bereits überzeugten Frauen zusammenarbeiten, wenn es mehr als 3 Millionen Frauen im Land gäbe? Sie zöge es vor, mit diesen 3 Millionen zusammenzuarbeiten, als nur mit einer kleinen Gruppe von Personen. (vgl. ebd.) Dass die Diversität eine der größten Stärken aber zugleich Teil der Komplexität der Bewegung ist, gibt auch Rosales zu. (vgl. Interview vom 12.05.2011, Rosales)

Doch wie sieht es nun mit der Möglichkeit einer neuen „kollektiven Identität“ der Frauenbewegung aus? Wie bereits im Kapitel 3.2.4 erwähnt, haben zwei der drei befragten unabhängigen Feministinnen durch die Formierung der FNRP eine „Heimat“ gefunden. Sowohl FeR, als auch MeR haben sich direkt in Folge des Putsches 2009 gegründet und sind eigentlich keine Organisationen, sondern ganze Netzwerke. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Sánchez & Interview vom 12.05.2011, Rosales) FeR zugehörig fühlen sich neben den unabhängigen Feministinnen auch Organisationen wie CEM-H, CDM, das *Red Lésbica Catracha* und CODEMUH und Rosales spricht von tausenden von Frauen, die sich MeR zuordnen. So lässt sich zumindest feststellen, dass die FNRP eine neue Basis der Zusammenarbeit darstellt. Anhand des Gesprächs mit Reyes von der FES wird auch deutlich, dass es beide „Frauenräume“, MeR und FeR, dringend braucht und die Tatsache, dass es hier eine Trennung gibt, nicht unbedingt als negativ betrachtet werden muss. Auch der Soziologe Bahr schreibt, dass die aktuelle Situation zum ersten Mal seit dem Kampf zur Bewilligung des Gesetzes gegen häusliche Gewalt einen gemeinsamen politischen Raum für die verschiedenen Frauen- und feministischen Organisationen eröffnet hat. (vgl. Bahr, 2010a) Dank MeR ist die Masse der Frauen bestehend aus Bäuerinnen, Gewerkschaftlerinnen, Marktfrauen und Frauen aus ländlichen Regionen organisiert und hat eine eigene Plattform, über die es Frauen auch gelingt, Positionen der „Macht“, die ihnen die Teilhabe an Entscheidungsfindungen ermöglichen, zu bekleiden. Dank der FeR wiederum gelangt der klare und radikale Diskurs der Diversität und des *gender*-Bewusstseins zu einer breiten Masse der Bevölkerung sowie auch zu den „patriarchalen“ männlichen Gewerkschaftsführern, die innerhalb ihrer Kreise bisher die Machtpositionen bekleidet haben, von denen Sánchez oben spricht. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Reyes, FES) Vielleicht hilft das Engagement der Frauen- und feministischen Bewegung innerhalb der FNRP sogar dabei, dass Männern klar wird, dass auch sie vom feministischen Diskurs nicht ausgeschlossen sind, weil

es nicht darum geht, was oder wer man ist, sondern darum, wie man über *race*, *class* und *gender* denkt, wofür José Trinidad Reyes Sevilla alias „Sofia Seyers“ aus der eigenen honduranischen Frauengeschichte vielleicht sogar eines der besten Beispiele ist. (s. Kapitel 3.2.2) Reyes stellte fest, dass es die Frauen der FeR sind, die innerhalb der Bewegung die Dispute austragen und streiten, was auch notwendig sei. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Reyes, FES) So sah sie keine Spaltung, sondern erkannte vielmehr, dass die Frauen der Bewegung nach einer langen Zeit starker Differenzen wieder eine gemeinsame Plattform haben, in der darüber hinaus noch viel mehr Frauen, die bisher nie in Berührung mit dem Feminismus und *gender*-Ansätzen gekommen waren, eingebunden werden können. Auch sie beobachtete, dass die feministischen „Einzelkämpferinnen“ wie Sánchez, die feministischen Künstlerinnen etc., alle dabei sind und gemeinsam feministische Forderungen präsentieren. (vgl. ebd.) Sogar Óscar Puerto von OFALAM berichtete, dass man zwar nicht als Organisation an der FNRP teilnehme, wohl aber auf individueller Basis. (vgl. Interview vom 25.05.2011, OFALAM) So dient die FNRP sogar als eine gemeinsame Basis der Frauen- und feministischen Bewegung und Mitgliedern von Organisationen für Frauen, die sich nicht als Teil der Frauen- und feministischen Bewegung sehen. Und auch internationale Kontakte stärken sich. Sánchez berichtete, wie überrascht sie über die Unterstützung US-amerikanischer Feministinnen gewesen sei, die sogar für eine Beobachtung der menschenrechtlichen Situation persönlich nach Honduras gereist waren. Eine derartige Solidarität habe sie sich aufgrund ihrer eigenen anti-imperialistischen Einstellung gerade aus den USA nicht erwartet. (vgl. Interview vom Sanchez) Insgesamt sei die Frauen- und feministische Bewegung durch den Putsch und die Entstehung der FNRP auf jeden Fall wieder politisch aktiver geworden, nachdem man lange auf Gewalt gegen Frauen eingefahren war, stellen viele fest. So ist die breite soziale Bewegung FNRP ohne Zweifel eine Plattform der Ermächtigung mit einem großen Potential. Doch braucht es auch die EZA weiterhin als Plattform, oder zumindest als Geldgeber?

3.4.4 Die westliche EZA

Die internationale EZA in Honduras ist von den Frauen- und feministischen Organisationen, wie in Kapitel 3.3.3 aufgeführt, zum Teil gelobt, zum Teil aber auch sehr kritisiert worden. Einige sind der Ansicht, dass der Druck der Entwicklungsagenturen in den 1990er Jahren, eine *gender*-Perspektive in den von ihnen finanzierten Projekten einzubringen, sowohl im staatlichen Umfeld, als auch unter Frauenorganisationen für eine Auseinandersetzung mit dem Thema sorgte. Der erste von der UNO geförderte Universitätskurs in den 1980er Jahren steht sogar in einem direkten Zusammenhang mit der Gründung der ersten feministischen Organisationen. (s. Kapitel 3.2.3) So kann der fördernde Einfluss der EZA in der Vergangenheit nicht geleugnet werden.

Heute werden die Ausgaben für „Frauenprojekte“ – besonders seit dem Rückzug der schwedischen EZA aus Honduras – immer weniger. Dies bedeutet aber nicht, dass in den Institutionen kein Wissen über *gender* besteht. In der deutschen EZA zeigte sich z.B. die interviewte Projektleiterin von PRORENA als kompetent und verwies nicht nur auf Frauenthemen, sondern war sich der Bedeutung des Begriffs bewusst, sodass sie auch z.B. über Männer und ihre *gender*-Rolle in bestimmten Projekten (siehe Kaffeeproduktion) sprach. Trotzdem ändert die Kompetenz Einzelner nicht das System. So sind es ausschließlich Frauen-Kooperativen, die in den Interviews mit deutschen Organisationen der EZA sowie auch in Artikeln und Büchern ebendieser als Beispiele für *Empowerment* erwähnt werden können und gerade diese werden von DAWN als schwach im Sinne einer Ermächtigung befunden, weil sie keine gewachsene historische Verankerung haben und kaum organisatorische oder finanzielle Möglichkeiten jenseits spezifischer Projekte haben, zu deren Durchführung sie gegründet wurden und für die sie schließlich auch finanziert werden. Im Fall von PRORENA betonte die Interviewpartnerin, dass die Frauen sehr wohl in Projektplanungen miteinbezogen werden. (s. Kapitel 3.3.2) Dies ist sicherlich als positiv zu bewerten, jedoch ist auch die Kritik von DAWN nicht von der Hand zu weisen, denn schließlich sind die Kooperativen tatsächlich im Prozess der ausländischen Projekte entstanden und werden nur für bestimmte Vorhaben finanziell und ressourcenmäßig unterstützt. Frauenförderung als Konsequenz einer *gender*-Perspektive funktioniert hingegen nicht mehr so gut, wie es scheinbar in der Vergangenheit einmal funktioniert hat. Die deutsche EZA erkennt zwar in oberster Instanz (BMZ) an, dass die Beseitigung ungleicher Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen bedeutet, dass strukturelle Ursachen für soziale und politische Instabilität überwunden, gewaltsame Konflikte vermieden und Armut effektiver bekämpft werden muss, meint damit aber offensichtlich eher, dass *gender* transversal einfließen soll und erkennt nicht (mehr) die Wichtigkeit der Unterstützung der politischen Aktivität von Frauen von der Basis ausgehend. (vgl. GTZ, 2011b) So zeigt sich in der deutschen EZA, dass *Gender-Mainstreaming* das Ende von Gleichstellungsmaßnahmen für Frauen bedeutet, weil Frauenförderpolitik zugunsten von *Gender-Mainstreaming* aufgegeben wird. (vgl. Krause, 2003:320) Dabei schrieb die Politikerin Randzio-Plath noch 2004: „*Um Frauen zu ihren Rechten zu verhelfen, sind [...] auch weiterhin frauenspezifische Projekte notwendig. Neben den Anstrengungen 'von oben', das heißt mit den Regierungen in unseren Partnerländern auf eine Verbesserung der Rechte von Frauen hinzuwirken, arbeiten wir gemeinsam mit lokalen Nichtregierungsorganisationen 'von unten' für strukturelle Veränderungen zugunsten von Frauen und Mädchen. Hierzu wird Öffentlichkeits- und Lobbyingarbeit gefördert, um die staatliche Politik für dieses Thema zu sensibilisieren.*“ (Randzio-Plath, 2004:36) Diese Ansicht vertrat auch die ehemalige DED-Mitarbeiterin Gütschow, die angesichts des aktuellen „Rechtsrucks“ der Politik in

Honduras (s. Kapitel 3.4.2) feststellte, dass gerade deshalb die Existenz von Frauen- und feministischen Organisationen, mit ihren kontinuierlichen Bemühungen, schwierige politische Themen voranzubringen, so wichtig sei. So müsse INAM eigentlich in jedem Munizip eine Frauenrechtsberaterin einsetzen, tue dies aber aus verschiedenen Gründen oft nicht. Selbstinitiativen wie *Casa Luna* würden dies aber konkret von der Munizipalität einfordern und sich dafür einsetzen, dass die Beraterinnen auch tatsächlich einen Arbeitsplatz bekämen etc. Diese wichtigen, politischen Aktivitäten habe der DED früher noch unterstützen können. Mit der Fusion von 2011 würde die deutsche EZA somit wichtige Elemente verlieren, da gerade diese kleinen Organisationen der Zivilgesellschaft nicht mehr berücksichtigt werden können. (s. Kapitel 3.3.2) Es gäbe zwar abgesehen vom DED und der GTZ auch noch ca. 20 andere nicht-staatliche EZA-Organisationen wie z.B. *Brot für die Welt*, jedoch sei es viel schwieriger für die honduranischen NGOs, diese Finanzierungsmöglichkeiten ohne eine entsprechende Beratung auch zu finden. (vgl. Interview vom 23.05.2011, Gütschow) Für diese Vermutung spricht, dass keine der interviewten NGOs die Unterstützung einer anderen deutschen EZA-Organisation neben dem DED und *Brot für die Welt* erwähnt hat. Im DED habe man diese Beratung übernehmen können und Frauenorganisationen in Kontakt mit anderen EZA-Organisationen bringen können, wenn man selber ein Projekt nicht finanzieren konnte, meint Gütschow. (vgl. Interview vom 23.05.2011, Gütschow) Auf die Frage, ob sie die Arbeit des DED zu ihrer Zeit als Plattform für Frauenorganisationen sehen würde, antwortete sie: „*Ich denke schon, dass mit der Arbeit, die die DED geleistet hat, sehr viel erreicht wurde von Organisationen.*“ (Interview vom 23.05.2011, Gütschow)

Doch gibt es noch immer Organisationen wie AECID, Hivos und auch *Brot für die Welt*, die Frauen- und feministische Organisationen in Honduras direkt finanziell in ihrer *Selbstermächtigung* unterstützen. Fragt man die Frauen- und feministischen Organisationen selbst, möchte auch keine ganz auf diese finanzielle Unterstützung verzichten. So bedauerten die Organisationen (s. Kapitel 3.3.3), dass es tendenziell immer weniger Unterstützung für die Zivilgesellschaft gäbe und die Projekte immer punktueller würden. Sie stellen jedoch auch fest, dass mit der finanziellen Abhängigkeit Einschränkungen und Aufoktroyierungen verbunden sind sowie ein wachsender Aufwand an Administration (Buchhaltung, Monitoring, Evaluierungen, Berichte etc.), der immer mehr Zeit in Anspruch nimmt. So versuchen einige Organisationen in Konsequenz, zumindest stückweise unabhängiger und selbsttragender zu werden. (s. Kapitel 3.3.3)

Das DAWN-Manifest enthält klare Hinweise darauf, wie sich die Gruppe eine *ermächtigende* globale Entwicklungszusammenarbeit vorstellt: nämlich als weltweite Netzworkebildung und Kooperation von Frauenorganisationen und Basisgruppen in Form einer „globalen

Zivilgesellschaft“ (vgl. Kerner, 1999:115-116) Kerner meint, dass ein solches Vorgehen, soll es von Erfolg gekrönt sein, auch erfordert, dass die Geber im Norden gewillt sind, das Privileg der Definitionsmacht – nicht nur bezogen auf feministische Ziele, sondern auch bezogen auf Entwicklungsziele – aufzugeben. (vgl. Kerner, 1999:115-116) So erfordert ein Dialog wesentlich mehr als das, was „*Gender-Planung*“ meist in der Lage ist zu leisten: „*Er erfordert interaktive Verfahren, die gegenseitiges Zuhören jenseits von tokenism ermöglichen. Voraussetzung dafür ist zunächst, daß alle Beteiligten die Möglichkeit zur Selbstdefinition und zur Bestimmung eigener Ziele haben.*“ (Kerner, 1999:112) Außerdem müsse die Tatsache anerkannt werden, dass die „Partner“ mit unterschiedlichen Voraussetzungen in die „Zusammenarbeit“ hineingehen. So stelle das Entwicklungsprojekt für die einen lediglich einen Auslandseinsatz bzw. einen Karriere-Baustein dar, während es für die anderen einen Eingriff in ihre Lebenswelt bedeute, dessen Konsequenzen nicht unbedingt vorhersehbar seien. (vgl. Kerner, 1999:112) Letztere Aussage Kerners wird bestätigt durch die Tatsache, dass die MitarbeiterInnen der EZA-Institutionen meist nur für eine Dauer von zwei bis drei Jahren an einem Projekt beteiligt sind, bevor der nächste Schritt auf ihrer Karriereleiter folgt. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Münch, GIZ)

Gibt es in Honduras auch Ansätze einer *ermächtigenden* Entwicklungszusammenarbeit, wie sie Kerner beschreibt? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Die meisten Vertreterinnen einer feministischen postkolonialen Theorie würden wohl sagen, dass eine *Selbstermächtigung* niemals von außen gefördert werden kann, ohne dabei zu einer *Fremdermächtigung* zu werden. Auch die Universitätsprofessorin Jiménez bezweifelt generell, dass sich ein Land über Projekte entwickeln kann. (vgl. Interview vom 25.05.2011, Jiménez) Viele der befragten RepräsentantInnen der NGOs stellten fest, dass immer mehr Gelder der EZA in Beratungen durch ausländische „ExpertInnen“ investiert würden, was vermittele: „*Wir wissen wie es geht und ihr wisst es nicht!*“ (Interview vom 25.05.2011, Zúniga, UNISA) Ein anderer Ansatz ist der von der deutschen *Friedrich Ebert Stiftung*, die zwar keine direkte finanzielle Unterstützung gibt, aber Schulungen, Workshops und Vernetzungstreffen, die den Wünschen der Partner entsprechen, organisiert. Die junge honduranische Koordinatorin selbst hebt hervor, es ginge nicht um „Hilfe für den Armen“, sondern es werde gemeinsam gearbeitet, um einen Wandel und eine Bewusstseinsbildung herbeizuführen. (vgl. Interview vom 06.05.2011, Reyes, FES) Da die jährlichen nationalen Ziele recht offen formuliert seien, habe sie als Koordinatorin viele Möglichkeiten. So seien über das Thema „Reform der demokratischen Institutionalität“ 2010 auch Frauenorganisationen und die FNRP unterstützt worden. (vgl. ebd.) Rosales lobt die FES als einen der wenigen Akteure, die mit der FNRP zusammenarbeiten und nichts aufkrotzieren würden. (s. Kapitel 3.3.3) Dies ist als positiv

hervorzuheben, weil die meisten EZA-Institutionen die gesellschaftliche Spaltung und die Existenz der Widerstandsbewegung eher als Problem in Honduras wahrnehmen und die „Selbstdefinition und Bestimmung eigener Ziele“, die hier stattfindet, nicht anerkennen wollen. Letztlich zeigt sich aber in allen Gesprächen mit RepräsentantInnen der EZA-Institutionen sowie mit RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft, dass Machtbeziehungen niemals ganz verschwinden können. „*El que tiene la plata, tambien pone la fiesta!*“ („Wer das Geld hat, schmeisst auch die Party!“), bringt es Arzu von ENMUNEH treffend auf den Punkt. (vgl. Interview vom 28.04.2011, ENMUNEH)

Eine Möglichkeit einer *ermächtigten* Entwicklungszusammenarbeit für die Zukunft könnte die Finanzierung von akademischer Frauen- und *gender*-Forschung sein, die Antrobus zufolge ein wirkliches *Empowerment*-Potential besitzt: „*In many countries, commissions on the status of women led to institutional change, while research centres and women's studies programmes within the academy made important contributions to the promotion of feminist perspectives or the sensitization of the state to women's concerns.*“ (Antrobus, 2004:125-126) Einige internationale Kooperationspartner (AECID und UNDP) sind in diesem Bereich auch heute noch tätig, sodass es aktuell in der UPNFM sowohl das Aufbaustudium „Gender und Bildung“ („*Maestria de Género y Educación*“), als auch das Doktorat „Gender und Entwicklung“ (*Doctorado de Género y Desarrollo*) gibt. (s. Kapitel 3.2.5) Will die EZA in Honduras also eine *Selbstermächtigung* von Frauen fördern, so bietet sich eine Möglichkeit, hier anzusetzen, bzw. hier weiter auszubauen. Viele befragte NGO-VertreterInnen erkennen im Bereich der Bildung einen großen Bedarf für *gender*-Themen und CEM-H träumt sogar von einem eigenen Lehrplan in diesem Bereich. (s. Kapitel 3.2.5) Ob ein derartiges Engagement allerdings wirklich im Interesse der Geber liegt, kann angezweifelt werden. Denn wie die Interviews mit den deutschen Kooperationspartnern ergaben, geht es den meisten heute in erster Linie um die Demonstration von konkreten Ergebnissen und Projekten, bei denen am Ende klar in Zahlen ausgedrückt werden kann, wie effektiv und produktiv es war. (vgl. Interview vom 04.05.2011, Schützhofer, KfW & Interview vom 06.05.2011, Münch, GIZ) So sind die Chancen eines *Empowerment* durch die EZA wohl als eher gering zu bezeichnen.

4. Conclusio

Viele Fragen standen am Anfang der Arbeit und es wurden viele Antworten gefunden.

Um an diesen Punkt zu gelangen war es notwendig, sich nicht nur ausführlich mit Ansätzen aus der feministischen Theorie und der Entwicklungstheorie zu beschäftigen, sondern darüber hinaus zwei Monate praktisch in Honduras zu forschen und mit vielen interessanten Persönlichkeiten zu sprechen. Anstatt eine „uninvolvierte Zuschauerforschung“ zu betreiben, wurde der Ansatz einer bewussten Parteilichkeit, bzw. einer „Sicht von unten“ – wie es die Autorinnen Mies und Shiva bezeichnen – gewählt. So war die Auseinandersetzung mit dem Thema auch gleichzeitig eine Auseinandersetzung mit sich selbst, denn wie Gerda Lerner feststellt, ändert sich jede Frau, wenn sie sich mit Frauengeschichte beschäftigt und erkennt, dass sie als Frau eine Geschichte hat.

Sehr grundlegend für die Arbeit war die Beschäftigung mit *Empowerment* aus ebendieser „Sicht von unten“ und somit nicht primär als Entwicklungsstrategie, sondern als ein Prozess, den jede Frau für sich selbst durchmacht. Über die Ebene der individuellen Emanzipation hinaus umfasst *Empowerment* die Perspektive einer gesellschaftlichen Transformation im Sinne einer Umverteilung und Neugestaltung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Deshalb sind die Ziele von *Empowerment* nach dem Verständnis postkolonialer Feministinnen auch weitreichender und anspruchsvoller als das *Gender-Mainstreaming* in einer Entwicklungsstrategie. Das Frauen-Netzwerk DAWN, welches *Empowerment* 1985 als emanzipatorisches Konzept konstruierte, versteht darunter eine breite Vision weltweiter Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden, in der Ungleichheiten, Armut und Gewalt bezogen auf die Kategorien *class, gender and race* beseitigt werden sollten. Diese Definition verdeutlicht, dass sich „Frauenthemen“ nicht von wirtschaftlichen Themen abgrenzen lassen und dass Machtbeziehungen entlang verschiedener Grenzen bzw. Unterschiede existieren. Der postkolonialen Feministin Batliwala zufolge soll soziale Macht deshalb auf drei entscheidende Weisen umverteilt werden: durch die Infragestellung von Ideologien, die soziale Ungleichheit rechtfertigen (wie z.B. Geschlechterrollen), durch die Veränderung herrschender Zugangs- und Kontrollmuster über wirtschaftliche, natürliche und intellektuelle Ressourcen sowie durch die Veränderung von Institutionen und Strukturen, die bestehende Machtstrukturen (wie z.B. Familie, Staat, Markt, Bildung und Medien) stützen und aufrecht erhalten.

Die erste Leitfrage zur Beantwortung der zentralen Fragestellung lautete: Welche Machtbeziehungen herrschen zwischen den Akteuren „westliche Entwicklungsorganisationen“, „Frauen in der Politik“ und „Frauen- und feministische Organisationen“, was definieren sie als *Empowerment* und inwiefern unterscheiden sich ihre Ziele?

Die zweite Leitfrage lautete: Welche Plattformen der Ermächtigung gibt es für Frauen in Honduras und welches Potential haben sie tatsächlich?

In den Kapitel 3.2 und 3.3 lag der Fokus auf den verschiedenen Akteuren, ihren Zielen und ihren Beziehungen zu den anderen Akteuren. Hier bestätigte sich die erste Hypothese, dass die westlichen EZA-Institutionen aufgrund der bestehenden finanziellen Abhängigkeit zwischen „Gebern“ und „Nehmern“ sowohl auf den honduranischen Staat als auch auf die Frauen- und feministischen Organisationen einen starken Einfluss bezüglich der Definition von Frauenthemen und Zielen ausüben. Tatsächlich haben die EZA-Institutionen eine andere Vorstellung davon, wie ein *Empowerment* der honduranischen Frau erzielt werden kann, als die Frauen selbst. Während *gender* für die *gender*-Beauftragte vom GIZ nicht mehr bedeutet als „Gleichheit zwischen Männern und Frauen herstellen“, geht die eigentliche feministische Definition weitaus tiefer: So handelt es sich bei *gender* vielmehr um einen Ansatz, der dabei helfen soll, die gesellschaftliche Konstruktion von männlichen und weiblichen Geschlechterrollen aufzudecken und zu hinterfragen. Es geht nicht nur darum, die gleiche Anzahl von Frauen und Männern in Projekten und Workshops unterzubringen, sondern es müssen historische, politische und subjektive Stereotypen aufgebrochen werden, die in den Köpfen von Menschen – sowohl Männern als auch Frauen – bestehen. *Empowerment* und *gender* spielt im Wortschatz der meisten Frauen in der Politik gar keine Rolle, und ebenso konnte bestätigt werden, dass sie – aufgrund der oben beschriebenen Machtbeziehungen entlang der Grenzen *race*, *class* etc. – andere Schwerpunkte setzen als die Frauen der zivilgesellschaftlichen Bewegung. Feministische Themen sind den Frauen in der Politik persönlich meist weniger wichtig oder sogar unbekannt. Bei den Gebern kann festgestellt werden, dass entwicklungspolitische Ziele klar messbar und vorzeigbar sein müssen, was im Fall von einem *Empowerment*, wie es Feministinnen verstehen, ein Problem darstellt. Während die Geber verstärkt ein *Gender-Mainstreaming* verfolgen bzw. *gender* transversal in ihren Projekten bearbeiten, gerät *Empowerment* als Konzept, das Geschlechtergerechtigkeit von der gesellschaftlichen Basis aus erreichen will, immer mehr in den Hintergrund. Darüber hinaus kritisieren die verschiedenen NGOs und die befragten Frauen in der Politik die internationalen Kooperationspartner dafür, bereits vorab bestimmte Schwerpunkte zu haben, Ziele aufzuoktroyieren und den HonduranerInnen im Sinne des dominierenden „Nord-Süd“-Machtverhältnisses zur Auflage zu machen, sich in immer mehr Projekten von ausländischen „ExpertInnen“ beraten zu lassen, ohne sie selbst als ExpertInnen für ihre eigene Entwicklung wahrzunehmen.

Gemäß der obigen Definition von *Empowerment* wurden vier Plattformen der Ermächtigung identifiziert und auf ihr *Empowerment*-Potential hin analysiert. Die zweite Hypothese konnte

insofern bestätigt werden, dass die Frauen- und feministische Bewegung bzw. einzelne Organisationen tatsächlich eine Plattform der Ermächtigung darstellen, weil sie für viele Frauen einen Raum bieten, in dem diese ein feministisches Bewusstsein bzw. ein Bewusstsein über ihre eigene Unterdrückung entwickeln können. Postkoloniale Feministinnen sprechen auch von „*consciousness-raising-groups*“, die laut ihnen ein hohes *Empowerment*-Potential besitzen. Die Bildung von Netzwerken auf nationaler Ebene sowie auch auf regionaler und internationaler Ebene ist eine Strategie, mit deren Hilfe Frauen- und feministische Organisationen ihren Zielen in der Gesellschaft mehr Nachdruck verleihen können. In Honduras versammeln sich besonders viele Organisationen um das Thema „Gewalt gegen Frauen“ und haben hier in der Tat bereits sehr viele Fortschritte erzielen können. Ein möglicher Grund, aus dem so viele Frauenorganisationen gerade dieses Thema im Fokus haben, ist der Einfluss der Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing auf die Bewegung in Honduras. Bei dieser Frauenkonferenz mit einem thematischen Schwerpunkt auf Frauenrechte und Gewalt gegen Frauen waren erstmals mehrere honduranische Frauen aus der Zivilgesellschaft vertreten und gründeten in Anschluss an die Konferenz ihre eigenen feministischen Organisationen.

Die vorliegende Arbeit zeigt jedoch auch auf, dass die Frauen- und feministischen Organisationen zur Erreichung konkreter Änderungen PartnerInnen in der Politik gebraucht haben, die Forderungen tatsächlich in Gesetze umgesetzt haben. Die Zusammenarbeit zwischen Frauen- und feministischer Bewegung und Politikerinnen im Parlament in den 1990er Jahren – die u.a. zur Gründung des Nationalen Fraueninstituts INAM und zur Verabschiedung des Gesetzes gegen häusliche Gewalt führte – kann als Beispiel hierfür herangezogen werden. Aufgrund der aktuellen politischen Lage und dem „Rechtsruck“ in der honduranischen Politik in Bezug auf Frauenthemen ist der Kontakt zwischen Frauen- und feministischer Bewegung und INAM jedoch abgebrochen und auch mit den Politikerinnen im Parlament gibt es keine Zusammenarbeit mehr. Es lässt sich gemäß der zweiten Hypothese schlussfolgern, dass die Politik, wie sie sich aktuell darstellt, zwar einigen weiblichen Individuen „*power*“ verschafft, aber keine wirkliche Plattform der Ermächtigung (mehr) für die Mehrheit der honduranischen Frauen ist, da es an Kontakten zur Frauen- und feministischen Bewegung und tatsächlichen Kenntnissen sowie politischen Willen zur Förderung von *gender*-Themen fehlt.

Auch die Vermutung, dass die nationale Widerstandsbewegung *FNRP* den Frauen in Honduras aktuell mehr Möglichkeiten zur *Selbstermächtigung* eröffnet als die Politik, konnte in der Analyse bestätigt werden. So sorgt die aktuelle politische Lage zwar für Spaltungen und birgt auch viele Sicherheitsprobleme für Frauen in sich, eröffnet der Frauen- und feministischen Bewegung jedoch

eine Plattform, nicht nur *gender*-Unterdrückung, sondern Machtverhältnisse entlang der verschiedenen Grenzen, wie soziale Klasse, ethnische Unterschiede etc., anzuprangern. Durch *FeR* auf der einen Seite, und *MeR* auf der anderen Seite sind mehr Frauen als zuvor in einer gemeinsamen Bewegung aktiv. Darüber hinaus gelingt es den Feministinnen und anderen kritischen Gruppen, ein neues Bewusstsein für Diversität und Toleranz in der Gesellschaft zu fördern und dadurch eventuell sogar endlich auch alte Rollenbilder auflösen zu können. So kann die FNRP als Plattform mit dem wohl größten *Empowerment*-Potential für die honduranischen Frauen bezeichnet werden.

Das Potential der westlichen EZA, eine Plattform der Ermächtigung zu sein, muss – entsprechend der Hypothese – als sehr eingeschränkt bewertet werden. So kommt zwar kaum eine Frauen- oder feministische Organisation ohne finanzielle Hilfe aus, entwicklungspolitische Vorhaben werden im Bereich Frauen und *gender* jedoch oft nur punktuell oder transversal und vor allem nach eigenen Vorstellungen durchgesetzt. War z.B. die deutsche EZA in der Vergangenheit einmal sehr aktiv in der Förderung einzelner Frauenorganisationen, hat dies mittlerweile erheblich nachgelassen und mit dem Rückzug der schwedischen EZA aus Honduras wurde ein weiterer internationaler Kooperationspartner verloren, der mehr als alle anderen im Bereich Frauen&*gender* investiert hat. So unterstützen die meisten großen Geber keine *Selbstermächtigung* durch Frauen- und feministische Organisationen mehr, sondern versuchen lieber, Frauen über Workshops und Kooperativen in Entwicklungsprojekte einzubinden, sie also „*fremdzuermächtigen*“. Der Ansatz einer *ermächtigenden* Entwicklungszusammenarbeit, wie z.B. die Finanzierung von politischer Aktivität oder die Förderung kritischen Denkens durch die Finanzierung von Universitätskursen, ist in Honduras ein Bereich, in den nur wenige EZA-Organisationen investieren.

Für den Ausblick ist festzuhalten, dass es für die honduranischen Feministinnen notwendig wäre, ihren Fokus auf männliche Gewalt und Viktimisierung der Frau zu ändern und die Frau endlich auch als politische Figur mit Fähigkeiten zu konstruieren. Die FNRP bietet eine gute Gelegenheit dafür. Einerseits ist die FNRP eine vielversprechende neue Plattform der Ermächtigung, andererseits stellt sich die Frage, ob sie die strategische Partnerschaft mit Frauen in der Politik, über welche in der Vergangenheit viele Erfolge erzielt werden konnten, tatsächlich ersetzen kann. Für eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Frauen in der Politik bräuchte es aktuell jedoch zunächst eine Bewusstseinsbildung und ein *Empowerment* ebendieser.

5. Literaturliste

5.1 Monographien, Sammelbände und Zeitschriften:

Babka, Anna (2004) Feministische Theorien. In: UNSPECIFIED WUV Facultas Wien, pp. 191-222, online in Internet: http://sammelpunkt.philo.at:8080/901/1/191_220.pdf [downloaded: 18.08.2011].

Bahr, Sergio (2010a): Honduras en Stultifera Navis. Breve aporte a la historia del Movimiento de Mujeres en Honduras, 17.07.2010, Tegucigalpa: Wordpress, online in Internet: <http://sergiobahr.wordpress.com/2010/07/17/breve-aporte-a-la-historia-del-movimiento-de-mujeres-de-honduras> [downloaded: 19.11.2010].

Bahr, Sergio (2010b): Honduras en Stultifera Navis. Apuntes para el análisis de coyuntura 5: organizaciones de mujeres, 10.09.2010, Tegucigalpa: Wordpress, online in Internet: <http://sergiobahr.wordpress.com/2010/09/10/apuntes-para-el-analisis-de-coyuntura-5-organizaciones-de-mujeres/> [downloaded: 02.12.2010].

Batliwala, Srilatha (2005): Women transforming power?, London: opendemocracy, online in Internet: http://www.opendemocracy.net/democracy-resolution_1325/women_2900.jsp [downloaded: 23.09.2011]

Batliwala, Srilatha (2007): Putting power back into empowerment, London: opendemocracy, online in Internet: <http://www.opendemocracy.net/node/34195/pdf> [downloaded: 23.09.2011].

Becker-Schmidt, Regina/**Knapp**, Gudrun-Axeli (2000): Feministische Theorien zur Einführung, 1. Aufl., Hamburg: Junius.

Borsó, Vittoria/**Gerling**, Vera Elisabeth (1997): Von Malinche zu Frida Kahlo. Territorium und Gender am Beispiel Mexikos, in: Mae, Michiko/Saal, Britta (Hrsg.) (1997): Transkulturelle Genderforschung. Ein Studienbuch zum Verhältnis von Kultur und Geschlecht, 1. Aufl., Wiesbaden: VS.

Braig, Marianne (2001): Fraueninteressen in Entwicklungstheorie und -politik. Von Women in Development zu Mainstreaming Gender, in: Reinold E. Thiel (Hg.) (2001): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie, Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Informationszentrum Entwicklungspolitik (IZEP). Bonn: DSE/IZEP 2. Aufl., S. 110-120.

Carias, Adelay (19.07.2010): How Honduras's Military Coup Gave Birth to Feminist Resistance, Washington DC: Americas Policy Program, online in Internet: <http://www.cipamericas.org/archives/2815> [downloaded: 19.11.2010].

Carlsen, Laura (20.10.2010): Las mujeres al frente de los movimientos contra la militarización, Washington DC: Americas Policy Program, online in Internet: <http://www.cipamericas.org/es/archives/3436> [downloaded: 19.11.2010].

CAWN (2008): The Response of International Aid Agencies to Violence against Women in Central America. The Case of Honduras, Research Report, November 2008, London: CAWN, online in Internet: <http://www.cawn.org/html/publications.htm#briefing> [downloaded: 27.09.2011].

CDM (2007): Las mujeres pagamos con nuestra salud y hasta con nuestra vida, el ejercicio de la sexualidad y la reproducción, in: Tiempo de leer, Edición No. 8, Mayo 2007.

CDM (2008): Campana contra los femicidios. No mas mujeres asesinadas, in: Tiempo de leer, Edición No. 14, Noviembre 2008.

CDM (2009): Monitoreo Situación sociolaboral en Choluteca. Previo a la instalación de las fabricas maquiladoras, Primera Edición, San Pedro Sula: CDM.

CEHPRODEC (Centro Hondureño de Promoción para el Desarrollo Comunitario) (2006): From Consulation to Participation. CIVICUS Civil Society Index Report For Honduras, Johannesburg: CIVICUS – Civil Society Index, online in Internet: <http://www.civicus.org/component/content/185?task=view> [downloaded: 02.12.2010].

de Oyuela, Leticia (2001): Mujer, familia y sociedad, Segunda edición actualizada hasta el 2000, Tegucigalpa: Guayamuras.

- D'Emilio, John/Freedman, Estelle B.** (1988): *Intimate Matters. A History of Sexuality in America*, New York: Perennial Library.
- Eigelsreiter-Jashari, Gertrude** (2004): *Frauenwelten – Frauensolidarität. Reflexionen über Nord-Süd-Begegnungsreisen*, 1. Auflage, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Freeman, Jo** (1975): *Women. A feminist perspective*, New York: Mayfield Publishing Company.
- Freeman, Jo** (1983): *Social movements of the 60s and 70s*, New York: Longman Inc.
- Friedan, Betty** (1963): *The feminine mystique*, Harmondsworth: Penguin Books Ltd.
- Ganter, Sarah** (2009): Ein Putsch – ist ein Putsch – ist ein Putsch. Hintergründe des gewaltsamen Umsturzes in Honduras, in: *Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit*, Juli 2009, Friedrich Ebert Stiftung: Berlin, S. 1-5, online in Internet: <http://www.fes.de/international/publikationen/la.php> [downloaded: 15.12.2011]
- Greenglass, Esther R.** (1986): *Geschlechterrolle als Schicksal: soziale u. psychologische Aspekte weiblichen und männlichen Rollenverhaltens*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- GTZ** (2008): *Género? Pues claro! Medidas tan simples que tod@s pueden aplicar! PRORENA – Componente Biósfera del Río Plátano*, Primera Edición, Tegucigalpa: GTZ.
- INAM** (2005): *Diagnóstico de Género de País 2006-2010. Ante la pobreza: la equidad de género potencia la equidad social*, Tegucigalpa: INAM.
- INAM** (2010a): *Versión Popular de la Ley contra la Violencia Doméstica y Sus Reformas*, Tegucigalpa: INAM.
- INAM** (2010b): *II Plan de Igualdad y Equidad de Género de Honduras 2010-2022*, Tegucigalpa: INAM.
- Karsch, Margret** (2004): *Feminismus für Eilige*, 1. Aufl., Berlin: Aufbau Taschenbuch.
- Kerner, Ina** (1999): *Feminismus, Entwicklungszusammenarbeit und Postkoloniale Kritik. Eine Analyse von Grundkonzepten des Gender-and-Development Ansatzes*, Berliner Studien zur Politikwissenschaft, Band 2, Hamburg: LIT.
- Kerner, Ina** (2000): *Empowerment durch Geschlechterplanung? Postkoloniale Kritik am Genderansatz*. In: *IZ3W, Sonderheft Gender*, Freiburg, S. 10-14, online in Internet: https://www.iz3w.org/zeitschrift/dossiers/malestreaming/iz3w_gender.pdf [downloaded: 03.09.2011].
- Krause, Ellen** (2004): *Einführung in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung*, Opladen: Leske&Budrich.
- Marchand, Marianne H./Parpart, Jane L.** (1995): *Feminism/Postmodernism/Development*, London: Routledge.
- Mejía, Medardo** (1984): *Historia de Honduras*, Tegucigalpa: Editorial Universitaria. Páginas 37-41 y 193-209
- Mendoza, Brendy** (1996): *Sintiéndose Mujer Pensándose Feminista. La construcción del Movimiento Feminista en Honduras*, 1. Aufl., Tegucigalpa: CEM-H&Guayamuras.
- Mies, Maria/Shiva, Vandana** (1995): *Ökofeminismus. Beiträge zur Praxis und Theorie*, Zürich: Rotpunktverlag.
- Mohanty, Chandra Talpade/Russo, Ann/Torres, Lourdes** (1991): *Third World Women and the Politics of Feminism*, Bloomington: Indiana University Press.
- Notz, Gisela** (2011): *Feminismus*, Köln: PapyRossa.
- Núñez Chinchilla, Jesús** (1963): *Copan Ruins Complete Guide of the Great Mayan City*, Tegucigalpa: Banco Central de Honduras.
- Nuscheler, Franz** (1996): *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*, 4. akt. Aufl., Bonn: Dietz.

Oettler, Anika/Peetz, Peter (2010): Putsch in Honduras. Störfall in der defekten Demokratie, in: Internationale Politik und Gesellschaft Online, 1. (2010), Bonn: IPG-Redaktion, S. 82-95, online in Internet: <http://www.fes.de/international/publikationen/la.php> [downloaded: 15.12.2011]

PROMYPE/GTZ (2010): Estrategia de Género, Tegucigalpa: GTZ.

Puerto Gómez, Margarita (2002): Necesidades, Tiempos y Realidades. Estudio exploratorio sobre la aplicación de la Ley contra la Violencia Doméstica en Honduras, primera edición, Tegucigalpa: Guaymuras.

Puerto Gómez, Margarita/Schulz, Nils-Sjard (2009): Swedish Exit from Honduras. Devising good practices, Activity Brief, 27.02.2009, Madrid: FRIDE, online in Internet: <http://www.fride.org/publication/579/swedish-exit-from-honduras:-devising-good-practices> [downloaded: 12.12.2011]

Rai, Shirin M./Parpart, Hane/Staudt, Kathleen (2007): (Re)defining empowerment, measuring survival, Paper prepared for 'Workshop on Empowerment: Obstacles, Flaws, Achievements', 3-5th May 2007, Carleton University, Ottawa, Canada, University of Warwick, online in internet: www.ethicsofempowerment.org/papers/RaiEmpowerment.pdf [downloaded: 23.09.2011].

Randzio-Plath, Christa (Hrsg.) (2004): Frauen und Globalisierung. Zur Geschlechtergerechtigkeit in der Dritten Welt, Bonn: Dietz.

Rathgeber, Eva M. (1989): WID, WAD, GAD. Trends in Reseach and Practice, Ottawa: International Development Research Center, online in internet: idl-bnc.idrc.ca/dspace/bitstream/10625/5225/1/34345.pdf [downloaded: 23.08.2011].

Rupp, Leila J. (2011): Transnational Women's Movements, in: European History Online (EGO), published by the Institute of European History (IEG), Mainz 2011-06-16. online in Internet: <http://www.ieg-ego.eu/ruppl-2011-en> URN: urn:nbn:de:0159-2011051243 [downloaded: 18.08.2011].

Schrupp, Antje (2008): „Third Wave“ Feminismus, Bad Boll: Evangelische Akademie Bad Boll, online in Internet: www.antjeschrupp.de/third-wave-feminismus.htm [downloaded: 23.08.2011].

Secretaría de Trabajo y Seguridad Social (2010): Guía practica de obligaciones y derechos laborales para las mujeres trabajadoras de Honduras, Tegucigalpa: STSS.

Sosa Ferrari, Ana María/Sánchez Lam, Cecilia Lizett (2006): La Mesa Interagencial de Género en Honduras. Una experiencia de armonización entre cooperantes, Tegucigalpa: UNDP.

Suazo, Mirna (2011): Violencia – Trata de Personas – Tráfico de Organos – Femicidios, in: Encuentro Nacional de Mujeres de Partidos Politicos de Honduras, Tegucigalpa, 12.05.2011.

Tuider, Elisabeth/Wienold, Hanns/Bewernitz, Torsten (Hrsg.) (2009): Dollares und Träume. Migration, Arbeit und Geschlecht in Mexiko im 21. Jahrhundert, 1. Aufl., Münster: Westfälisches Dampfboot.

Véliz, Vito/Marineros, Leonel (2007): Paso a paso por Copán, Tegucigalpa: Editorial Heliconias.

Villars, Rina (2001): Para la casa más que para el mundo: Sufragismo y Feminismo en la Historia de Honduras, 1. Aufl., Tegucigalpa: Guayamuras.

Zinn, Howard (2006): Eine Geschichte des amerikanischen Volkes. Von Vietnam bis Watergate, Bd. 8, Berlin: Schwarzerfreitag GmbH.

5.2 Webseiten:

AECID (2011): Honduras. Oficina Técnica de Cooperación, online in Internet: <http://www.aecid.es/es/donde-cooperamos/centroamerica-mexico-caribe/honduras.html> [downloaded: 12.12.2011].

AidFlows (2011): Honduras, Beneficiary View, Official Development Assistance (ODA), online in Internet: <http://www.aidflows.org/> [downloaded: 11.12.2011].

- BMZ** (2011a): Honduras, online in Internet: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/laender_regionen/lateinamerika/honduras/index.html [downloaded: 12.12.2011].
- BMZ** (2011b): Politische Stiftungen, online in Internet: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/polstiftungen/index.html [downloaded: 17.12.2011].
- CDM** (2011): CDM, online in Internet: <http://www.derechosdelamujer.org/> [downloaded: 18.12.2011].
- CIDA** (2011): Canadian International Development Agency, online in Internet: <http://www.acdi-cida.gc.ca/home> [downloaded: 11.12.2011].
- CIM** (2011): Centrum für internationale Migration und Entwicklung, online in Internet: <http://www.cimonline.de/de/> [downloaded: 14.12.2011].
- CONEANFO** (2010): Unidad de Servicios de Apoyo para Fomentar la Participación de la Mujer Hondureña. UNISA, online in Internet: <http://www.coneanfo.org/?art=1176&title=Unidad%20de%20Servicios%20de%20Apoyo%20para%20Fomentar%20la%20Participaci%F3n%20de%20la%20Mujer%20Hondure%Fla,%20UNISA&lang=es> [downloaded: 18.12.2011].
- Fondo ACI-ERP** (2008): UNISA, online in Internet: www.aci-erp.hn/main/uploads/files/UNISA.pdf [downloaded: 18.12.2011].
- G-16 Honduras**: G-16, Historia y Evolución, online in Internet: <http://www.gsdehonduras.org/historia.html> [downloaded: 11.12.2011].
- GTZ** (2011a): Honduras, online in Internet: <http://www.gtz.de/de/weltweit/lateinamerika-karibik/634.htm> [downloaded: 10.12.2011].
- GTZ** (2011b): Übergreifende Themen. Gender, online in Internet: <http://www.gtz.de/de/themen/uebergreifende-themen/897.htm> [downloaded: 14.12.2011].
- Honduras Human Rights** (2010a): Women in the resistance receive the most threats, Blog-Eintrag vom 07.03.2010, online in Internet: <http://hondurashumanrights.wordpress.com/2010/03/07/women-in-the-resistance-receive-the-most-threats/> [downloaded: 14.12.2011].
- Honduras Human Rights** (2010b): Women suffer police repression on International Women's Day, Blog-Beitrag vom 09.03.2010, online in Internet: <http://hondurashumanrights.wordpress.com/2010/03/09/women-suffer-repression-on-international-womens-day/> [downloaded: 14.12.2011].
- Honduras Human Rights** (2011): Amnesty International. Honduras country report 2011, Blog-Eintrag vom 16.05.2011, online in Internet: <http://hondurashumanrights.wordpress.com/2011/05/16/amnesty-international-honduras-country-report-2011/> [downloaded: 14.12.2011].
- INAM** (2011): Vision y Mision del INAM, online in Internet: <http://www.inam.gob.hn/> [downloaded: 19.12.2011].
- OAS** (2011): Comisión Interamericana de Mujeres, online in Internet: <http://www.oas.org/es/cim/> [downloaded: 27.09.2011].
- Political Database of the Americas (PDBL)** (2011): Republic of Honduras. Cabinet, Washington: Georgetown University, online in Internet: <http://pdba.georgetown.edu/Executive/Honduras/cabinet.html> [downloaded: 22.01.2011].
- UNDP** (2011a): Human Development Reports, online in Internet: <http://hdr.undp.org/en/reports/> [downloaded: 05.09.2011].
- UNDP** (2011b): Composite indices — HDI and beyond, online in Internet: <http://hdr.undp.org/en/statistics/indices/> [downloaded: 03.09.2011].
- UNDP** (2011c): The Gender Inequality Index, online in Internet: <http://hdr.undp.org/en/statistics/gii/> [downloaded: 03.09.2011].
- UNWOMEN** (2011a): About us, online in Internet: <http://www.unwomen.org/about-us/about-un-women/> [downloaded: 22.09.2011].

UNWOMEN (2011b): Beijing and it's follow up, online in Internet: <http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/mexico.html> [downloaded: 22.09.2011]

USAID (2011): Honduras. Overview, online in Internet: http://www.usaid.gov/locations/latin_america_caribbean/country/honduras/index.html [downloaded: 11.12.2011].

US Department of State (2011): Background Note Honduras, Bureau of Western Hemisphere Affairs, online in Internet: <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/1922.htm> [downloaded: 11.12.2011].

WTO (2011): Who we are, online in Internet: http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/who_we_are_e.htm [downloaded: 22.09.2011].

5.3 Interviews:

1. Interview vom 14.04.2011 mit Alma Coello, Koordinatorin der *Unidad de Violencia Contra la Mujer* (Einheit gegen Gewalt gegen Frauen im nationalen Fraueninstitut), *Instituto Nacional de la Mujer (INAM)*, Tegucigalpa, Honduras.
2. Interview vom 15.04.2011 mit Maria Martha Fajardo, Koordinatorin des *Centro de Documentación* (Dokumentationszentrum des nationalen Fraueninstituts), *Instituto Nacional de la Mujer (INAM)*, Tegucigalpa, Honduras.
3. Interview vom 28.04.2011 mit der Direktorin Berta Arzu und weiteren Mitarbeiterinnen der Frauenorganisation *Enlace de Mujeres Negras (ENMUNEH)*, *Tela*, Honduras.
4. Interview vom 03.05.2011 mit Carmen Torres, Koordinatorin der *Unidad de Participación Política de la Mujer* (Einheit für die politische Beteiligung der Frau), *Instituto Nacional de la Mujer (INAM)*, Tegucigalpa, Honduras.
5. Interview vom 03.05.2011 mit Herrn Nico Schützhofer, Direktor des Regionalbüros der *KfW-Entwicklungsbank* in Honduras, Tegucigalpa, Honduras.
6. Interview vom 05.05.2011 mit Rene Frenken, Mitarbeiter des *Fondo ACI-ERP (Agencias de Cooperación Internacional-Estrategia para la Reducción de Pobreza)* in Honduras, Tegucigalpa, Honduras.
7. Interview vom 06.05.2011 mit Jennifer Erazo Reyes, Koordinatorin der *Friedrich Ebert Stiftung (FES)* in Honduras, Tegucigalpa, Honduras.
8. Interview vom 06.05.2011 mit Katrin Münch, Koordinatorin des Programms *PRORENA (Programa de Recursos Naturales)* der ehemaligen *GTZ*, heute *GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit)*, Tegucigalpa, Honduras.
9. Interview vom 09.05.2011 mit Rosbinda Sabillón, Koordinatorin des Büros der *Friedrich Naumann Stiftung (FNS)* in Honduras, Tegucigalpa, Honduras.
10. Interview vom 09.05.2011 mit Dr. Lidia Fromm, Direktorin des Bereichs internationale Zusammenarbeit des Ministeriums für technische Planung und internationale Zusammenarbeit, *SEPLAN (Secretaria Tecnica de Planificacion y Cooperacion Externa)*, Tegucigalpa, Honduras.
11. Interview vom 09.05.2011 mit zwei Mitarbeiterinnen der Organisation *Association for a More Just Society (AJS)*, Tegucigalpa, Honduras.
12. Interview vom 10.05.2011 mit Ana Maria Sosa Ferrari, Feministin und nationale Beraterin in *gender-* und *Frauenthemen*, Tegucigalpa, Honduras.
13. Interview vom 11.05.2011 mit Selma Estrada, ehemalige Ministerin und Direktorin des nationalen Fraueninstituts *INAM* von 2006 bis 2008, Tegucigalpa, Honduras.
14. Interview vom 11.05.2011 mit neun weiblichen Abgeordneten der Liberalen Partei (PL) im Parlament 2010-2013, Tegucigalpa, Honduras.

15. Interview vom 12.05.2011 mit Sara Rosales, Professorin, Buchautorin, unabhängige Beraterin in *gender*-Fragen, sowie aktuell Leiterin der Mujeres en Resistencia (MeR) und Mitglied der nationalen Koordination der Widerstandsbewegung (FNRP), Tegucigalpa, Honduras.
16. Interview vom 13.05.2011 mit Melva Hernandez, *gender*-Beauftragte der EU-Delegation in Honduras und Vorsitzende des *Mesa Interagencial de Genero (MIG)* Jänner-Juni 2011, Tegucigalpa, Honduras.
17. Interview vom 23.05.2011 mit Katrin Gütschow, ehemalige Mitarbeiterin des *Deutschen Entwicklungsdienstes (DED)* und derzeitige Beschäftigte der KfW-Entwicklungsbank in Honduras, Tegucigalpa, Honduras.
18. Interview vom 23.05.2011 mit Claudia Figueroa, Beraterin in *gender*-Fragen der ehemaligen GTZ, heutigen GIZ, Tegucigalpa, Honduras.
19. Interview vom 24.05.2011 mit Mirta Kennedy, Direktorin der feministischen Organisation *Centro de Estudio de la Mujer-Honduras (CEM-H)*, Tegucigalpa, Honduras.
20. Interview vom 25.05.2011 mit Oneyda Jiménez, Professorin für Wirtschaftswissenschaften der Universität *UNAH (Universidad Nacional Autonoma de Honduras)*, Tegucigalpa, Honduras.
21. Interview vom 25.05.2011 mit dem Direktor Óscar Puerto und zwei Anwältinnen der Organisation *Oficina de Asistencia Legal y Psicológica a la Mujer y Niñez Desprotegida (OFALAM)*, Tegucigalpa, Honduras.
22. Interview vom 25.05.2011 mit Jessica Sánchez, unabhängige Feministin, nationale Beraterin in *gender*-Fragen und Mitglied der *Feministas en Resistencia (FeR)* der Widerstandsbewegung (FNRP), Tegucigalpa, Honduras.
23. Interview vom 25.05.2011 mit Melva Luz Zúniga, Direktorin der Frauenorganisation *UNISA (Unidad de Servicios de Apoyo para Fomentar la Participación de la Mujer Hondureña)*, Tegucigalpa, Honduras.
24. Interview vom 26.05.2011 mit Gabriela Nuñez, erste weibliche honduranische Finanzministerin von 1998 bis 2002, sowie 2009, Tegucigalpa, Honduras.

Anhang

A) Abkürzungsverzeichnis

ASJ	honduranische NGO <i>Asociación para una Sociedad más Justa</i>
BCIE	span. Abk. für Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration
BID	span. Abk. für Interamerikanische Entwicklungsbank
CDM	honduranische NGO <i>Centro de Derechos de Mujeres</i>
CEDAW	Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
CEM-H	honduranische NGO <i>Centro de Estudios de la Mujer</i>
CIM	Inter-amerikanische Frauenrechtskommission der OAS
CLADEM	Lateinamerikanische Komitee zur Verteidigung der Rechte von Frauen
COFEMUN	honduranische NGO <i>Colectivo Feminista Mujeres Universitarias</i>
CSW	Kommission für die Gleichstellung der Frau
DAWN	feministisches Netzwerk <i>Development Alternatives with Women for a New Era</i>
ENMUNEH	honduranische NGO <i>Enlace de Mujeres Negras</i>
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	engl. Abk. für Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation
FeR	honduranisches zivilgesellschaftliches Netzwerk <i>Feministas en Resistencia</i>
FES	deutsche politische Stiftung <i>Friedrich Ebert Stiftung</i>
FNRP	honduranische Widerstandsbewegung <i>Frente Nacional de Resistencia Popular</i>
FNS	deutsche politische Stiftung <i>Friedrich Naumann Stiftung</i>
HDI	Human Development Index
HDR	Human Development Report
INAM	honduranisches Frauenministerium <i>Instituto Nacional de la Mujer</i>
ILO	engl. Abk. für Internationale Arbeitsorganisation
IMF	engl. Abk. für Internationaler Währungsfonds
MDGs	Millenium Development Goals
MeR	honduranisches zivilgesellschaftliches Netzwerk <i>Mujeres en Resistencia</i>
MIG	gender-Rundtisch <i>Mesa Interagencial de Genero</i>
NGOs	engl. Abk. für Nichtregierungsorganisationen
OAS	engl. Abk. für Organisation amerikanischer Staaten
OFALAM	honduranische NGO <i>Oficina de Asistencia Legal y Psicológica a la Mujer y Niñez Desprotegida</i>
OECD	engl. Abk. für Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OPS	span. Abk. für Panamerikanische Gesundheitsorganisation
PL	honduranische Partei <i>Partido Liberal</i>
PN	honduranische Partei <i>Partido Nacional</i>
PRS	Poverty Reduction Strategy
SAPs	Strukturanpassungsprogramme
SEPLAN	honduranischen Ministerium für Planung und internationale Zusammenarbeit

UNAH	honduranische Universität <i>Universidad Nacional Autónoma de Honduras</i>
UNDP	United Nations Development Programme
UNFPA	United Nations Population Fund
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women
UNISA	honduranische NGO <i>Unidad de Servicios de Apoyo para Fomentar la Participación de la Mujer Hondureña</i>
UNO	United Nations Organization
UNWOMEN	Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women
WHO	engl. Abk. für Weltgesundheitsorganisation
WTO	World Trade Organization

B) Fragebögen

Die folgenden Fragebögen haben in der Arbeit als Leitlinien für die Interviewführung gedient. Die Gesamtinterviews befinden sich im Besitz der Verfasserin.

In Fällen, wo die Interviewquellen im Text nicht genau angegeben werden, geschieht dies, um die Identität der jeweiligen Person zu schützen. Dies kann in manchen Fällen mit der noch immer schwierigen Sicherheitssituation in Honduras zusammenhängen, in anderen Fällen geht es um Kritik an der eigenen Institution/Organisation, die „off record“ geäußert wurde, und in wieder anderen Fällen haben Personen des politischen Lebens darum gebeten, nicht namentlich erwähnt zu werden.

B1) Fragebogen für honduranische NGOs

1. Cual es el papel que su organización desempeña en el movimiento de mujeres en Honduras? *(Welche Rolle spielt Ihre Organisation in der honduranischen Frauenbewegung?)*
2. Cuales son sus metas principales? – A largo y corto plazo *(Welches sind Ihre obersten Ziele? - sowohl kurz- als auch langfristig)*
3. Cuales son las principales organizaciones nacionales con las que usted esta en cooperación? *(Mit welchen anderen nationalen Organisationen kooperieren sie in erster Linie?)*
4. Que metas se han logrado en Honduras gracias al esfuerzo del movimiento de mujeres o por su organización? *(Welche Ziele hat die Frauenbewegung bzw. ihre Organisation in Honduras erreicht?)*
5. Qué papel juega el Estado o instituciones del Estado sobre este tema? *(Welche Rolle hat der Staat bzw. staatliche Institutionen dabei gespielt?)*
6. Como evalúa usted el sistema político en cuanto a la transparencia, la corrupción etc.? *Wie schätzen Sie das politische System ein hinsichtlich Transparenz, Korruption etc.?*
7. Tiene el apoyo de algunas organizaciones extranjeras de ayuda al desarrollo de origen europea o norteamericana? *(Kooperiert ihre Organisation mit ausländischen westlichen Organisationen der EZA?)*
8. Como evalúa usted esta cooperación? Están en un mismo nivel? Siente usted que la organización extranjera entiende lo que usted quiere alcanzar? *(Wie schätzen Sie diese Kooperation ein? Funktioniert sie auf einer Ebene? Haben Sie das Gefühl, die westlichen Organisationen verstehen, worum es Ihnen geht?)*
9. Como evalúa usted los esfuerzos de la ayuda al desarrollo por parte de organizaciones extranjeras en el sector de mujer/genero? *(Wie schätzen Sie die Bemühungen der westlichen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Frauen/gender ein?)*
10. Le resulta beneficiosa la ayuda de parte de alguna organización extranjera – ya sea por las finanzas o porque el apoyo – o es mejor trabajar solo? *(Ist es besser, mit einer westlichen Org zusammenzuarbeiten – Gründe z.B. Finanzen, Unterstützung – oder arbeitet man besser allein?)*

B2) Fragebogen für Politikerinnen

1. Desde cuando realiza usted labores en la Política y cómo llegó a involucrarse en ella? (Seit wann sind sie Politikerin und wie sind Sie dazu gekommen?)
2. Como percibe usted su labor como mujer en la política? (*Wie nehmen Sie ihre Arbeit als Frau in der Politik wahr?*)
3. Intercede su partido o usted, a favor de los derechos de la mujer en Honduras? De ser así, cómo lo que hace? (*Setzen Sie bzw. ihre Partei sich für die Rechte von Frauen in Honduras ein? Wenn ja, was tun Sie?*)
4. Como evalúa usted su trabajo/sus logros? (*Wie bewerten Sie Ihre Arbeit/Erfolge?*)
5. Qué logros cree usted que han sido alcanzados a favor de las mujeres en Honduras? (*Welches Erfolge sind Ihrer Ansicht nach für Frauen in Honduras erzielt worden?*)
6. Qué papel juega el Estado o instituciones del Estado sobre este tema? (*Welche Rolle hat der Staat bzw. staatliche Institutionen dabei gespielt?*)
7. Qué papel juega la ayuda al desarrollo por parte de organizaciones europeas o norteamericanas? (*Welche Rolle spielt die Entwicklungszusammenarbeit mit westlichen Organisationen?*)
8. Como evalúa usted la cooperación y ayuda de parte de esas organizaciones? (*Wie bewerten Sie die Kooperation und die EZA mit diesen Organisationen?*)
9. Como evalúa usted los esfuerzos del movimiento de mujeres en Honduras? (*Wie bewerten Sie die Bemühungen der honduranischen Frauenbewegung?*)
10. Esta en cooperación con el movimiento de mujeres o alguna organización? De ser así, como evalúa usted esta cooperación? (*Kooperieren Sie mit der Frauenbewegung oder einzelnen Organisationen? Wenn ja, wie bewerten Sie diese Kooperation?*)

B3) Fragebogen für Professorinnen

1. Como evalúa usted la situación de la mujer en Honduras? (*Wie bewerten Sie die Situation der Frau in Honduras?*)
2. Desde cuando es usted catedrática en el área de mujeres y genero, y que materias enseña? (*Seit wann unterrichten Sie im Bereich Frauen und gender an der Universität und was unterrichten Sie?*)
3. Que posibilidades tiene usted en su posición como catedrática para apoyar la causa feminista en Honduras? (*Welche Möglichkeiten haben Sie als Professorin etwas für die Verbesserung der Situation der Frau in Honduras zu tun?*)
4. Es usted miembro del movimiento de mujeres o de alguna organización de mujeres? (*Sind Sie Mitglied in der Frauenbewegung oder in einer Frauenorganisationen?*)
5. Como evalúa usted los logros/fracasos del movimiento de mujeres en Honduras? (*Wie bewerten Sie die Erfolge/Misserfolge der honduranischen Frauenbewegung?*)
6. Qué logros cree usted que han sido alcanzados a favor de las mujeres en Honduras? (*Welches Erfolge sind Ihrer Ansicht nach für Frauen in Honduras erzielt worden?*)
7. Qué papel juega el Estado o instituciones del Estado sobre este tema? (*Welche Rolle hat der Staat bzw. staatliche Institutionen dabei gespielt?*)
8. Como evalúa usted el sistema político en cuanto a la transparencia, la corrupción etc.? *Wie schätzen Sie das politische System ein hinsichtlich Transparenz, Korruption etc.?*

9. *Qué papel juega la ayuda al desarrollo por parte de organizaciones europeas o norteamericanas? (Welche Rolle spielt die Entwicklungszusammenarbeit mit westlichen Organisationen?)*

10. *Como evalúa usted la cooperación entre las organizaciones extranjeras, el gobierno hondureño y las organizaciones de mujeres? (Wie bewerten Sie die Kooperation zwischen den EZA-Organisationen, der honduranischen Regierung und den Frauenorganisationen?)*

B4) Fragebogen für Organisationen der EZA

1. *Since when does your organization work in Honduras and what kind of projects do you carry out? (Seit wann ist ihre Organisation in Honduras tätig und mit welcher Art von Projekten?)*

2. *Which are your organization's targets in the area of women/gender? (Welches sind Ihre Ziele im Bereich Frauen/gender?)*

3. *Which projects does your organization work on in this area? (Welche Projekte unternimmt ihre Organisation in diesem Bereich?)*

4. *How do you evaluate the achievements/failures in this area? (Wie bewerten Sie die Erfolge/Misserfolge in diesem Bereich?)*

5. *How do you evaluate the State's efforts in the area of women/gender? (Wie bewerten Sie die staatlichen Bemühungen im Bereich Frauen/gender?)*

6. *If your organization is working together with the government or single government institutions, how do you evaluate this cooperation? (Falls Sie mit der Regierung bzw. einzelnen Ministerien zusammenarbeiten, wie bewerten Sie diese Kooperation?)*

7. *How do you evaluate the political system concerning transparency, corruption etc.? (Wie schätzen Sie das politische System ein hinsichtlich Transparenz, Korruption etc.?)*

8. *How do you evaluate the efforts of the honduran women's movement or single women's rights organizations? (Wie bewerten Sie die Bemühungen der Frauenbewegung bzw. einzelner Frauenrechtsorganisationen in Honduras?)*

9. *Are you cooperating with any honduran women's organisations? If yes, which ones? (Kooperieren Sie mit honduranischen Frauenorganisationen? Wenn ja, mit welchen?)*

10. *How do you evaluate this cooperation? (Wie schätzen Sie diese Kooperation ein?)*

Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit mit dem Titel „*Selbst- und Fremdermächtigung von Frauen in der honduranischen Gesellschaft: Welche Plattformen der Ermächtigung haben Frauen in Honduras genutzt und welche Rolle spielt die westliche Entwicklungszusammenarbeit?*“ beschäftigt sich mit den verschiedenen, im Bereich „Frauenthemen“ engagierten, Akteuren – Frauen- und feministische Bewegung, Frauen in der Politik, EZA – und setzt sich kritisch mit ihnen auseinander. Grundsätzlich stellt sich unter anderem die Frage: Ist es überhaupt möglich, jemand anderen „zu ermächtigen“, oder stellt dies bereits einen Widerspruch dar?

An der Frage wird deutlich, dass ein entwicklungskritischer Ansatz – neben den verschiedenen Ansätzen postkolonialer Feministinnen, wie Peggy Antrobus, Chandra Talpade Mohanty und Srilatha Batliwala sowie Werken honduranischer Autorinnen wie Breny Mendoza und Rina Villars – die theoretische Basis der Arbeit bildet. Mit Hilfe der Ergebnisse einer zwei-monatigen empirischen Forschung in Form von Interviews mit den erwähnten Akteuren wird der Stand der Frauen- und Entwicklungsforschung in Honduras aktualisiert und um neue Elemente, die sich aus den politischen Veränderungen nach dem Putsch 2009 ergeben haben, erweitert.

Die zwei Hypothesen, die der Arbeit zugrunde liegen, fokussieren sich zum Einen auf Machtbeziehungen, die zwischen den verschiedenen Akteuren entlang von Grenzen wie *race*, *class* und *gender* existieren, und zum Anderen auf die Frage nach dem *Empowerment*-Potential der Plattformen, die Frauen in Honduras für sich nutzen. So wird davon ausgegangen, dass die westlichen EZA-„Partner“ aufgrund der bestehenden finanziellen Abhängigkeit zwischen „Gebern“ und „Nehmern“ einen starken Einfluss auf die honduranischen Akteure und ihre Zielsetzungen ausüben können. Auch zwischen Frauen in der Politik und Frauen der sozialen Bewegung werden Machtbeziehungen erwartet. Als Plattformen werden neben der Frauen- und feministischen Bewegung und der honduranischen Politik auch die westliche EZA und die Widerstandsbewegung *Frente Nacional de Resistencia Popular*, die nach dem Putsch 2009 gegründet wurde, analysiert. Letzterer wird ein besonderes Potential bezüglich der Idee einer *Selbst*-Ermächtigung zugeschrieben, während angenommen wird, dass die westliche EZA eher „*fremdermächtigt*“.

So zeigt die vorliegende Diplomarbeit nicht nur auf, welchen spezifischen Herausforderungen Frauen in Honduras begegnen und welchen Einfluss die Veränderungen politischer Rahmenbedingungen ausüben, sondern verhilft darüber hinaus zu einem allgemeinen Verständnis von Machtbeziehungen und Abhängigkeitsverhältnissen, die zwischen dem „Norden“ und dem „Süden“, Frauen und Männern und auch zwischen Frauen selbst bestehen.

Abstract

The presented diploma thesis entitled “Self- and External Empowerment of Women in the Honduran Society: Which empowerment platforms have women in Honduras used and what role does Western development cooperation play?” deals with the different actors involved in the area of “woman’s issues” - the women’s and feminist movement, women in politics, development cooperation (hereafter 'DC') - and critically evaluates them. Fundamentally, one of the questions being asked is: Is it even possible to “empower” another person, or does this present a contradiction in itself?

This question makes clear that an approach evaluating development – besides the various approaches of post-colonial feminists such as Peggy Antrobus, Chandra Talpade Mohanty and Srilatha Batliwala as well as works of Honduran authors such as Breny Mendoza and Rina Villars – builds the theoretical basis of the paper. Using the results of two months of empirical research in the form of interviews with the above-mentioned actors, the state of research in the areas of women and development is updated and expanded by new elements that resulted from the political changes after the coup of 2009.

The two hypotheses which form the foundations of the diploma thesis focus on the one hand on the power relationships that exist between the different actors along the lines of race, class and gender, and on the other hand deal with the issue of the empowerment potential of the platforms that women in Honduras use for themselves. It is then assumed that the Western DC “partners”, on the basis of the existing financial dependency between “donors” and “recipients”, can render a strong influence upon the Honduran actors and their objectives. Power relationships are also expected between women in politics and women of the social movement. The platforms of the women's and feminist movement and Honduran politics are analyzed as well as the Western DC and the resistance movement Frente Nacion de Resistencia Popular, which was founded after the coup of 2009. A particular self-empowerment potential is ascribed to the latter while it is presumed that the Western DC is mainly empowering “externally”.

Thus the diploma thesis not only highlights the specific challenges women in Honduras face and the influence changes in political conditions exert, but additionally helps provide a general understanding of power relationships and independent relationships that exist between the north and the south, women and men and between women themselves.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Caroline Sander
 Geburtsdatum/ -ort: 29.11.1984, Oldenburg
 Staatsbürgerschaft: Deutschland

Schulbildung

08-1997 bis 06-2001 Gymnasium Graf- Anton- Günther- Schule Oldenburg
 08-2001 bis 06-2002 Foothill High School in Redding, California, USA
 08-2002 bis 06-2004 Gymnasium Graf- Anton- Günther- Schule, Abschluss mit Abitur in Oldenburg
 10-2005 bis 06-2009 Studium der Politikwissenschaft und der Internationalen Entwicklung in Wien
 08-2009 bis 12-2009 Auslandsemester an der *Universidad Pedagógica Nacional Francisco Morazán*, San Pedro Sula, Honduras
 03-2010 bis 01-2012 Studium der Politikwissenschaft und der Internationalen Entwicklung in Wien

Praktische Arbeits- und Berufserfahrung

Sept 2010 – Okt 2010 Advocacy-Praktikum mit der Organisation *Global Alliance against Traffic in Women (GAATW)* im Rahmen der 5. UN- Konferenz zur Konvention gegen das transnationale Verbrechen (CTOC/COP) in Wien
 Apr 2009 – Mai 2009 Research und Evaluierung der österreichischen Gesetzgebung zur Definition und Bestrafung von Menschenhandel im Projekt *E-Notes*
 Feb 2008 Freiwillige HelferIn beim ersten Forum der *UN-Global Initiative to Fight Human Trafficking (UN.GIFT)* in Wien

Sprachkenntnisse

Deutsch - Muttersprache
 Englisch - sehr gut
 Spanisch - sehr gut
 Swahili - Basiswissen